

### **Förderung des freiwilligen Engagements und der Selbsthilfe in Kommunen: kommunale Umfrage und Befragung von Selbsthilfekontaktstellen, Freiwilligenagenturen und Seniorenbüros zur Förderpraxis und zur künftigen Unterstützung des freiwilligen Engagements**

Braun, Joachim; Bischoff, Stefan; Gensicke, Thomas

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

#### **Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:**

Braun, J., Bischoff, S., & Gensicke, T. (2001). *Förderung des freiwilligen Engagements und der Selbsthilfe in Kommunen: kommunale Umfrage und Befragung von Selbsthilfekontaktstellen, Freiwilligenagenturen und Seniorenbüros zur Förderpraxis und zur künftigen Unterstützung des freiwilligen Engagements*. (ISAB-Berichte aus Forschung und Praxis, 72). Köln: Institut für sozialwissenschaftliche Analysen und Beratung (ISAB). <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-128611>

#### **Nutzungsbedingungen:**

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

#### **Terms of use:**

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

## **Förderung des freiwilligen Engagements und der Selbsthilfe in Kommunen**

Kommunale Umfrage und Befragung von Selbsthilfekontaktstellen, Freiwilligenagenturen und Seniorenbüros zur Förderpraxis und zur künftigen Unterstützung des freiwilligen Engagements

Bundeswettbewerb: Engagement unterstützende Infrastruktur in Kommunen

Joachim Braun  
Stefan Bischoff  
Thomas Gensicke

Dezember 2001

Der Bericht entstand im Rahmen des vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend geförderten zweijährigen Projektes "Förderung des freiwilligen Engagements und der Selbsthilfe in Kommunen". Er wird in der ISAB-Schriftenreihe: Berichte aus Forschung und Praxis Nr. 72, ISAB-Verlag Köln - Leipzig veröffentlicht.

Die Deutsche Bibliothek - CIP-Einheitsaufnahme

Braun, Joachim:

Förderung des freiwilligen Engagement und der Selbsthilfe in Kommunen. Kommunale Umfrage und Befragung von Selbsthilfekontaktstellen, Freiwilligenagenturen und Seniorenbüros zur Förderpraxis und zur künftigen Unterstützung des freiwilligen Engagements; Bundeswettbewerb: Engagement unterstützende Infrastruktur in Kommunen.

Joachim Braun; Stefan Bischoff; Thomas Gensicke. ISAB, Institut für Sozialwissenschaftliche Analysen und Beratung. - Leipzig: ISAB-Verl., 2001

(ISAB-Berichte aus Forschung und Praxis; Nr. 72)

ISBN 3-929877-18-X

ISAB Institut

Overstolzenstraße 15

50677 Köln

Tel. 0221-412094

Fax. 0221-417015

E-mail: [isab@isab-institut.de](mailto:isab@isab-institut.de)

Internet: <http://www.isab-institut.de>

Gesellschafter:

Prof. Dr. Christian von Ferber

Prof. Dr. Helmut Klages

Dr. Berthold Becher

Geschäftsführender Gesellschafter

Dipl. Soziologe Joachim Braun



# Vorwort

Erstmals liegen aus der im Projekt "Förderung des freiwilligen Engagements und der Selbsthilfe in Kommunen" durchgeführten kommunalen Umfrage und der Befragung der 580 Anlaufstellen für freiwilliges Engagement in Deutschland empirisch gesicherte Erkenntnisse zur Praxis und zu den Zielen der Engagementförderung von Kommunen vor.

Die vergleichende Befragung von Freiwilligenagenturen, Seniorenbüros und Selbsthilfekontaktstellen konnte zeigen, welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen ihnen bestehen, im Hinblick auf

- ihr Aufgabenprofil und ihre Tätigkeiten,
- die von ihnen informierten und beratenen Bürger/innen,
- die unterstützten Organisationsformen des freiwilligen Engagements, also Vereine, Selbsthilfegruppen, Verbände und Einrichtungen und
- ihre Ressourcenausstattung und Finanzierung.

Die Erkenntnisse zur gegenwärtigen Situation der Engagement unterstützenden Infrastruktur in Kommunen bieten eine gute Basis für eine zukunftsgerichtete Weiterentwicklung der bisherigen Anlaufstellen für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe.

Die insbesondere von Kommunen für notwendig gehaltene Erweiterung des Aufgaben- und Leistungsprofils der bisherigen Anlaufstellen, das sich an alle Bürger/innen in allen Engagementbereichen wendet, verbessert die Chancen ihrer finanziellen Absicherung und der Erreichbarkeit durch die an freiwilligem Engagement Interessierten.

Wie der Freiwilligensurvey 1999 gezeigt hat, steht die Erwartung nach besserer Information und Beratung über Gelegenheiten zum freiwilligen Engagement ganz oben in den Unterstützungspräferenzen der Bürger/innen. Daher wäre es zu begrüßen, wenn es auch mit Unterstützung der kommunalen Spitzenverbände gelingt, in möglichst vielen Kommunen in Deutschland, ein ausreichend dichtes Netz von Anlaufstellen für freiwilliges Engagement zu realisieren.

Die im IJF 2001 eingeforderte Nachhaltigkeit der förderpolitischen Strategien würde hierdurch im Interesse der engagementbereiten und -interessierten Bürger/innen konsequent eingelöst.

Die im vorliegenden Bericht dokumentierten Ergebnisse des Bundeswettbewerbes "Engagement unterstützende Infrastruktur in Kommunen", in dem sieben Kommunen mit Preisen des BMFSFJ ausgezeichnet wurde, zeigen in hervorragender Weise, wie freiwilliges Engagement in Kommunen in enger Kooperation von Politik, Verwaltung und lokalen Anlaufstellen unterstützt werden kann.

Allen Beteiligten, die am erfolgreichen Verlauf des zweijährigen Projektes "Förderung des freiwilligen Engagement und der Selbsthilfe in Kommunen" mitgewirkt haben, ist zu danken. Ich wünsche dem Bericht eine ebenso große Verbreitung, wie sie der "Leitfaden für Kommunen zur Information und Beratung über freiwilliges Engagement und Selbsthilfe" gefunden hat.

Prof. Dr. Helmut Klages

# Gliederung

	<b>Vorwort: Prof. Dr. Helmut Klages .....</b>	<b>3</b>
<b>1</b>	<b>Einleitung .....</b>	<b>13</b>
1.1	Engagementförderung in Deutschland .....	18
1.2	Das Projektdesign: Ziele und Projektdurchführung .....	22
1.3	Zugangswege zum freiwilligen Engagement, Informations- und Beratungsmöglichkeiten und Engagementpotenzial .....	26
<b>2</b>	<b>Kommunale Umfrage zur Förderung des freiwilligen Engagements und der Selbsthilfe .....</b>	<b>34</b>
2.1	Kommunale Förderverständnisse, Ziele, Förderpraxis und Zuständigkeiten .....	35
2.2	Maßnahmen – Instrumente – Ressortzuständigkeit für Engagementförderung .....	49
2.3	Von Kommunen geförderte Bereiche und Formen des freiwilligen Engagements .....	60
2.4	Nutzung des Internets zur Förderung des freiwilligen Engagements in Kommunen .....	68
2.5	Anlaufstellen für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe als Element der Förderungspolitik von Kommunen .....	71
2.6	Zusammenfassende Ergebnisse der kommunalen Umfrage .....	74
<b>3</b>	<b>Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros und Freiwilligenagenturen: Ergebnisse der vergleichenden Befragung zu Adressaten, Aufgaben, Leistungen und Ressourcen .....</b>	<b>80</b>
3.1	Verbreitung und Bekanntheitsgrad der Anlaufstellen in Städten und Kreisen .....	81
3.2	Alter, Trägerschaft und Einzugsbereiche der Anlaufstellen für freiwilliges Engagement .....	92
3.3	Personelle und sachliche Ressourcen der Anlaufstellen für freiwilliges Engagement .....	97
3.4	Derzeitige Kosten und Finanzierung der Anlaufstellen für freiwilliges Engagement .....	106

3.5	Selbsthilfekontaktstellen, Freiwilligenagenturen und Seniorbüros: ihre Nutzer und Adressaten .....	111
3.6	Profile und Leistungen der drei Anlaufstellentypen im Vergleich.....	116
3.6.1	Aufgabenprofil der drei Anlaufstellentypen für freiwilliges Engagement .....	117
3.6.2	Einzeltätigkeiten der drei Anlaufstellentypen für freiwilliges Engagement.....	121
3.6.3	Bereiche des freiwilligen Engagements und der Selbsthilfe, die von den Anlaufstellen unterstützt werden.....	128
3.6.4	Von den Anlaufstellen unterstützte Organisationsformen für freiwilliges Engagement.....	132
3.7	Kommunale Einbindung der Anlaufstellen für freiwilliges Engagement und überregionale Unterstützung .....	135
<b>4</b>	<b>Künftige Engagementförderung aus Sicht der Kommunen und der Anlaufstellen für freiwilliges Engagement ....</b>	<b>145</b>
<b>5</b>	<b>Büro bzw. Netzwerk für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe: die erweiterte Konzeption einer Anlaufstelle für freiwilliges Engagement.....</b>	<b>157</b>
5.1	Konzeption für den Auf- und Ausbau der Engagement unterstützenden Infrastruktur in Städten und Kreisen.....	159
5.2	Aufgaben- und Leistungsprofil der „Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe“ .....	164
5.3	Personal- und Sachausstattung .....	170
5.4	Kosten, Mittelbedarf und Finanzierung .....	172
<b>6</b>	<b>Beispiele für die erweiterte Konzeption einer Engagement unterstützenden Infrastruktur aus dem Bundeswettbewerb „Engagement unterstützende Infrastruktur in Kommunen“.....</b>	<b>180</b>
6.1	Empfehlungen aus dem Bundeswettbewerb .....	180
6.2	Wettbewerbsdurchführung, Beteiligung der Kommunen und Preisauszeichnung .....	182
6.3	Sieben Preisträger des Bundeswettbewerbs .....	187
6.4	Konzeptionen und Profile der sieben Preisträger.....	189



6.4.1	München .....	190
6.4.2	Halle.....	202
6.4.3	Heidelberg .....	214
6.4.4	Parchim.....	223
6.4.5	Ahlen .....	231
6.4.6	Freiwilligen-Zentren des Rhein-Sieg-Kreises.....	242
6.4.7	Kreis Wesel.....	254
<b>7</b>	<b>Anhang.....</b>	<b>260</b>
7.1	Die Freiwilligenkultur in Deutschland entwickeln und gestalten: förderpolitische Empfehlungen aus Sicht der Bürger/innen für Bund, Länder, Kommunen, Verbände und Organisationen.....	260
7.2	Literaturverzeichnis .....	263
7.3	Presseartikel zum Bundeswettbewerb .....	268

## Abbildungsverzeichnis

1.1	Beteiligung an der kommunalen Umfrage .....	25
1.2	Beteiligung an der Befragung von Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros, Freiwilligenagenturen u. ä. Anlaufstellen.....	25
1.3	Eigeninitiative und Anstöße für freiwilliges Engagement.....	27
1.4	Engagementpotenzial in Deutschland .....	29
1.5	Wunsch nach Information und Beratung über freiwilliges Engagement in verschiedenen Bereichen.....	33
2.1	Kommunale Zuständigkeit für die Förderung des freiwilligen Engagements.....	36
2.2	Zielprioritäten der Engagementförderung von Kommunen.....	37
2.3	Kommunen mit unterschiedlichem Förderverständnis .....	39
2.4	Kommunale Förderpraxis des freiwilligen Engagements.....	41
2.5	Förderpraxis in Kommunen mit unterschiedlichem Förderverständnis und mit unterschiedlicher Einwohnerzahl .....	43
2.6	Einflussfaktoren für das freiwillige Engagement in Kommunen mit unterschiedlicher Einwohnerzahl.....	45

2.7	Bereitschaft der Kommunen zur Abgabe von Kompetenzen an die Bürger/innen .....	47
2.8	Maßnahmen der Engagementförderung in Kommunen.....	50
2.9	Maßnahmen der Engagementförderung in Kommunen mit unterschiedlicher Einwohnerzahl und unterschiedlichem Förderverständnis .....	52
2.10	Instrumente der Verwaltung zur Unterstützung des freiwilligen Engagements.....	55
2.11	Ämter und Fachabteilungen, die freiwilliges Engagement fördern .....	57
2.12	Kenntnis der Organisationsformen des freiwilligen Engagements in Kommunen mit unterschiedlicher Einwohnerzahl .....	60
2.13	Von Kommunen unterstützte Organisationsformen des freiwilligen Engagements .....	62
2.14	Von Kommunen unterstützte Engagementbereiche.....	64
2.15	Von Kommunen mit unterschiedlicher Einwohnerzahl unterstützte Engagementbereiche.....	66
2.16	Aktuelle und geplante Internetaktivitäten der Kommunen zur Förderung des freiwilligen Engagements .....	70
2.17	Anlaufstellen für freiwilliges Engagement in Kommunen und Beurteilung der Informationsmöglichkeiten .....	72
2.18	Informiertheit der Kommunen über Anlaufstellen für freiwilliges Engagement .....	73
2.19	Unterschiede zwischen Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros, Freiwilligenagenturen und ähnlichen Einrichtungen .....	75
3.1	Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros und Freiwilligenagenturen in Kommunen mit über 10.000 Einwohnern.....	84
3.2	Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros und Freiwilligenagenturen in den 16 Bundesländern .....	86
3.3	Anlaufstellen für freiwilliges Engagement und Informationsinteresse der Bürger/innen .....	88
3.4	Informationsinteresse bei verschiedenen Bevölkerungsgruppen .....	90
3.5	Kenntnis von Anlaufstellen für freiwilliges Engagement bei Bürger/innen .....	91
3.6	Alter der Anlaufstellen für freiwilliges Engagement.....	92

3.7	Träger der Anlaufstellen für freiwilliges Engagement .....	94
3.8	Einzugsbereiche der Anlaufstellen für freiwilliges Engagement .....	96
3.9	Umfeld der Anlaufstellen für freiwilliges Engagement.....	97
3.10	Personelle Ausstattung der Anlaufstellen für freiwilliges Engagement .....	99
3.11	Zahl der hauptamtlichen Mitarbeiter/innen von Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros, Freiwilligenagenturen und ähnlichen Einrichtungen.....	100
3.12	Zahl der Mitarbeiter/innen in Anlaufstellen in Kommunen mit Anlaufstellen .....	101
3.13	Entwicklung der Personalsituation in den Anlaufstellen für freiwilliges Engagement.....	102
3.14	Mitarbeiter/innen-Qualifikationen der Anlaufstellen für freiwilliges Engagement.....	103
3.15	Sachausstattung der Anlaufstellen für freiwilliges Engagement .....	105
3.16	Derzeitige Finanzierungsquellen der Anlaufstellen für freiwilliges Engagement .....	107
3.17	Kosten und Mittelbedarf der Anlaufstellen für freiwilliges Engagement .....	108
3.18	Derzeitige durchschnittliche Ausgaben für eine Anlaufstelle für freiwilliges Engagement .....	109
3.19	Finanzierungssicherheit der Anlaufstelle für freiwilliges Engagement .....	110
3.20	Nutzerkreise von Anlaufstellen für freiwilliges Engagement.	111
3.21	Zahl der Bürger/innen, die Anlaufstellen für freiwilliges Engagement nutzen .....	113
3.22	Demografische Merkmale der Bürger/innen, die Anlaufstellen für freiwilliges Engagement nutzen .....	115
3.23	Vorrangige Aufgaben der Anlaufstellen für freiwilliges Engagement.....	118
3.24	Öffentlichkeitsarbeit der Anlaufstellen für freiwilliges Engagement.....	120
3.25	Tätigkeiten der Anlaufstellen für freiwilliges Engagement....	123
3.26	Zusätzliche Tätigkeiten der Anlaufstellen für freiwilliges Engagement mit mehr Ressourcen.....	125

3.27	Aufgabenerfüllung der Anlaufstellen für freiwilliges Engagement mit gegebenen Ressourcen .....	127
3.28	Von den Anlaufstellen für freiwilliges Engagement unterstützte Engagementbereiche .....	129
3.29	Von den Anlaufstellen für freiwilliges Engagement unterstützte Organisationsformen .....	133
3.30	Erschwerende Faktoren für die Arbeit der Anlaufstellen für freiwilliges Engagement .....	138
3.31	Kooperation der Anlaufstellen für freiwilliges Engagement mit anderen Einrichtungen .....	141
3.32	Unterstützungsbereitschaft des freiwilligen Engagements durch verschiedene Akteure .....	143
3.33	Unterstützung der Anlaufstellen für freiwilliges Engagement durch überregionale Unterstützer, Träger und Verwaltung .....	144
4.1	Zukünftige Unterstützung des freiwilligen Engagements aus Sicht der Kommunen und der Anlaufstellen für freiwilliges Engagement .....	146
4.2	Zukünftige Unterstützung des freiwilligen Engagements durch Kommunen mit unterschiedlichem Förderverständnis und aus Sicht der Anlaufstellen für freiwilliges Engagement .....	148
4.3	Zukünftige Förderprioritäten des freiwilligen Engagements in Kommunen mit unterschiedlicher Einwohnerzahl.....	149
4.4	Erwartungen der Anlaufstellen für freiwilliges Engagement an die Kommunen.....	156
5.1	Konzeption der infrastrukturellen Förderung des freiwilligen Engagements und der Selbsthilfe .....	163
5.2	Aufgabenprofil der Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe .....	165
5.3	Personalbedarf der Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe in unterschiedlichen Gemeindegrößen.....	172
5.4	Erforderliche Aufwendungen für ein Büro für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe in unterschiedlichen Gemeindegrößen .....	175

5.5	Präferierte Finanzierungsquellen der Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe.....	176
-----	---	-----



# 1 Einleitung

Das zweijährige Projekt „Förderung des freiwilligen Engagements und der Selbsthilfe in Kommunen“, das vom Institut für sozialwissenschaftliche Analysen und Beratung (ISAB) im Auftrag der Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend von Ende 1999 bis Ende 2001 durchgeführt wurde, thematisiert zentrale Fragen der Engagementförderung auf der kommunalen Ebene, die auch die Diskussionen im Internationalen Jahr der Freiwilligen 2001 bestimmt haben. Das Projekt verfolgte mehrere Ziele:

- die Rahmenbedingungen für freiwilliges Engagement und für ehrenamtliche Arbeit verbessern zu helfen;
- Impulse zur Unterstützung und Aktivierung des freiwilligen und bürgerschaftlichen Engagements in allen gesellschaftlichen Bereichen zu geben;
- neue Zugangswege zum freiwilligen Engagement anzuregen.

Hauptanliegen des Projektes war es, herauszufinden, mit welchen Konzeptionen und Strategien in Kommunen dem im Freiwilligensurvey 1999 ermittelten hohen Interesse der Bürger/innen nach Information und Beratung über Gelegenheiten zum freiwilligen Engagement derzeit entsprochen wird und wie die Informations- und Beratungsmöglichkeiten in Kommunen verbessert werden können. Hierzu wurden zwei Befragungen und ein Bundeswettbewerb durchgeführt. Die gute Beteiligung der Kommunen und der Anlaufstellen für freiwilliges Engagement an den Befragungen sowie die Beteiligung von 50 Kommunen am Bundeswettbewerb dokumentieren nachhaltig das Interesse an der zukunftsorientierten Gestaltung der Engagementunterstützung in Städten und Kreisen.

Der Bericht dokumentiert die Ergebnisse der Befragungen und des Bundeswettbewerbs. In erster Linie informiert er über Daten, Fakten und Einschätzungen zur Engagementförderung aus Sicht der Kommunen und der Anlaufstellen (Kap. 2 und Kap. 4) und berichtet über aktuelle kommunale Entwicklungswege (Kap. 6). Erstmals liegt ein Vergleich von Selbsthilfekontaktstellen, Freiwilligenagenturen und Seniorenbüros vor, der auf einer breiten empirischen Grundlage basiert. Die Untersuchungen haben gezeigt, worin die Hauptprobleme der Anlaufstellen bestehen, was sie leisten bzw. leisten könnten, wie ihre Ressourcen gestaltet sind, und welchen Unterstützungsbedarf sie benötigen, wenn sie ihr Aufgabenprofil nach den sich aus der Engagementunterstützung ergebenden Anforderungen er-

weitem (Kap. 3). In zweiter Linie werden hieraus Empfehlungen für die künftige infrastrukturelle Unterstützung des freiwilligen Engagements abgeleitet (Kap. 5).

Der Bericht informiert über die **bisherigen Erfahrungen der Förderung des freiwilligen Engagements in Kommunen** mit dem Ziel, Entwicklungshemmnisse in der Engagementförderung abzubauen. Kommunen und Engagement unterstützenden Anlaufstellen werden **Informationen und Orientierungen** zur Verfügung gestellt, **wie sie freiwilliges Engagement bedarfsorientiert unterstützen und Engagementpotenziale besser zur Entfaltung bringen können**. Den bestehenden Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros und Freiwilligenagenturen werden Anregungen zur Weiterentwicklung ihres Aufgabenprofils gegeben.

Der Bericht wendet sich vor allem an Entscheidungsträger aus Politik und Verwaltung in Kommunen, Verbänden und andere Akteure, die für die Weiterentwicklung der infrastrukturellen Engagementförderung verantwortlich sind.

Erste Ergebnisse der Befragungen wurden im Januar 2001 in einem **Leitfaden für Kommunen zur Information und Beratung über freiwilliges Engagement und Selbsthilfe** veröffentlicht, den ISAB als Beitrag für das Internationale Jahr der Freiwilligen 2001 (IJF) im Auftrag des BMFSFJ vorgelegt hat.<sup>1</sup> Da die Debatte über erfolgreiche Wege der infrastrukturellen Unterstützung des freiwilligen Engagements in vielen Kommunen am Anfang steht, gibt der Leitfaden aus den vorliegenden Erfahrungen Diskussionshilfen für den Auf- und Ausbau einer Infrastruktur zur Unterstützung des freiwilligen Engagements, für die Vernetzung der bestehenden Anlaufstellen sowie für deren längerfristige Absicherung. Der Leitfaden, von dem bisher 9.500 Exemplare von Vertreter/innen von Kommunalverwaltung und -politik, von Verbänden und Engagement unterstützenden Anlaufstellen angefordert wurden, hat zu vielfältigen Anregungen über die Weiterentwicklung der Engagement unterstützenden Infrastruktur geführt. Der Bericht vertieft die im Leitfaden vorgelegten Ergebnisse, insbesondere durch den Vergleich der Organisationsmerkmale und Leistungen bisheriger Anlaufstellentypen. Er zeigt differenzierte Fakten über kommunale Orientierungen in der Engagementförderung und aktuelle Entwicklungswege.

Vom Deutschen Städte- und Gemeindebund wird betont, dass Wege gefunden werden müssen, um die Städte und Gemeinden eingehender über die Thematik

---

<sup>1</sup> Braun, Joachim/ Abt, Hans Günter/ Bischoff, Stefan (2000)



der Engagementförderung und über Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe zu informieren. Denn der Kenntnisstand über das, was Selbsthilfekontaktstellen, Freiwilligenagenturen und Seniorenbüros bzw. die erweiterte Konzeption eines Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe leisten und welches Aufgabenprofil sie haben, ist insbesondere in den Kommunen unzureichend, in denen es keine solchen Anlaufstellen gibt.

Der Deutsche Städtetag hat auf seiner letzten Hauptversammlung vom 8. bis 10. Mai 2001 in Leipzig die Empfehlungen des Leitfadens diskutiert und stellte hierzu fest, dass ein wichtiges Ziel von Rat und Verwaltung die Mobilisierung und Gewinnung derer sein soll, die bereit sind, sich bürgerschaftlich zu engagieren. Kommunalpolitik soll ihre Aufgabe darin sehen, Hindernisse zu beseitigen und günstige Rahmenbedingungen zu schaffen. Die ressortbezogene Engagementförderung soll besser verzahnt und durch eine eigenständige Politik der Engagementförderung ergänzt werden. Auch der Ausbau einer „Anerkennungskultur“ (z. B. durch einschlägige Wettbewerbe, Förderpreise, Events etc.) und angemessene Weiterbildungs- und Qualifizierungsangebote werden vom DST für wichtig gehalten. Weiterhin wird gesehen, dass die Städte bürgerschaftliches Engagement auch durch eine entsprechende Infrastruktur – wie dies im Leitfaden dargelegt wird – unterstützen sollen. Problematisch gesehen werden konkrete Empfehlungen zur personellen und finanziellen Ausstattung der Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe.<sup>2</sup>

Auch mit den überregionalen Vertretern der verschiedenen Anlaufstellen für freiwilliges Engagement, der NAKOS und der DAG/SHG, der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligen-Agenturen (BAGFA) und der Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenbüros (BaS) wurden die Empfehlungen des Leitfadens diskutiert. Konsens bestand u. a. darin, dass ein Entwicklungshemmnis für den Ausbau und die Absicherung einer Engagement unterstützenden Infrastruktur in vielen Kommunen in der unzulänglichen Kenntnis der Aufgaben und Leistungen der Anlaufstellen für freiwilliges Engagement und in deren unzureichenden und unsicheren Finanzierung liegt.

Die **Profilunschärfen der bisherigen Anlaufstellen** werden z. T. dadurch verstärkt, dass überörtliche Verbände der Engagementunterstützung (BAGFA; BaS; DAG/SHG) in Konkurrenz zueinander versuchen, durch Überbetonung der Un-

---

<sup>2</sup> vgl. Diskussionspapiere für die Foren der Hauptversammlung aus der Internet-Homepage des Deutschen Städtetags [www.staedtetag.de](http://www.staedtetag.de)

terschiede die Profilierung ihres jeweiligen Anlaufstellentyps voranzutreiben. Angesichts der prekären finanziellen und personellen Situation, in der sich viele Anlaufstellen befinden, der Zurückhaltung vieler Kommunen gegenüber den Ressourcenforderungen solcher Anlaufstellen sowie des bestehenden Informationsinteresses in der Bevölkerung, sind die Abgrenzungs- und Ressourcenkonkurrenzen wenig hilfreich für die Erweiterung und die nachhaltige Etablierung einer Engagement unterstützenden Infrastruktur in Kommunen. Eine erste gemeinsame Erörterung ihrer Positionen ist durch BAGFA, BaS und DAG/SHG für Ende 2001 geplant. Ob sie ein strategisches Bündnis auf den Weg bringen, um sich gemeinsam für die Etablierung einer Engagement unterstützenden Infrastruktur einzusetzen, bleibt abzuwarten.

Die vom Bundestag eingesetzte Enquête-Kommission „Zukunft des bürger-schaftlichen Engagements“ hat sich ebenfalls mit der infrastrukturellen Förderung des freiwilligen Engagements in Kommunen auseinandergesetzt.<sup>3</sup>

Der vorliegende Bericht ist in sechs Kapitel gegliedert:

Das **erste Kapitel** gibt einen Überblick über die aktuelle Engagementförderung in Deutschland und beschreibt das Projektdesign sowie die Befragungskonzeption des vom BMFSFJ geförderten Projektes.

Im **zweiten Kapitel** werden die Ergebnisse der kommunalen Umfrage vorgestellt. Das besondere Augenmerk gilt der Situation in Kommunen mit unterschiedlicher Einwohnerzahl und mit unterschiedlichem Verständnis der Engagementförderung.

**Kapitel drei** vergleicht die bestehenden Anlaufstellentypen (Selbsthilfekontaktstellen, Freiwilligenagenturen, Seniorenbüros) hinsichtlich ihrer Aufgaben- und Nutzerprofile, Ressourcen und Bedarfe sowie ihrer Einbindung in kommunale und überregionale Kooperationsstrukturen. Ziel war es, das Gesamtspektrum der von den Anlaufstellen erbrachten Aufgaben und Tätigkeiten zu ermitteln und empirische Kenntnisse zur Aufgabenwahrnehmung zu gewinnen, die Aufschluss über Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Anlaufstellen geben. Durch die differenzierte Erfassung der Aufgaben und Tätigkeiten und die Frage danach, welche Tätigkeiten die einzelnen Anlaufstellentypen zur Unterstützung des freiwilligen Engagement und der Selbsthilfe vorrangig, teilweise oder gar nicht erbrin-

---

<sup>3</sup> vgl. Deutscher Bundestag (Hrsg.) (2001)

gen, konnte das jeweilige Leistungsverständnis der drei Anlaufstellentypen ermittelt werden.

Mit den Herausforderungen einer erfolgreichen Engagementförderung beschäftigt sich **Kapitel vier**. Hierbei werden die Einschätzungen der Kommunen den Bewertungen der Anlaufstellen für freiwilliges Engagement gegenübergestellt.

Im **fünften Kapitel** wird auf der Basis der aus den zwei Befragungen gewonnenen Erkenntnisse die Konzeption einer erweiterten Anlaufstelle für freiwilliges Engagement entwickelt. Sie kann auf den Erfahrungen von Selbsthilfekontaktstellen, Freiwilligenagenturen und Seniorenbüros aufbauen. Durch das Organisationskonzept und das Aufgabenprofil einer erweiterten Anlaufstelle kann sichergestellt werden, dass Information und Beratung zielgruppenorientiert für alle Bürger und insb. für bisher vernachlässigte Gruppen (wie z. B. Jugendliche, Arbeitslose) geleistet werden kann. Die interne Differenzierung der erweiterten Konzeption wird so gestaltet, dass über die Erweiterung auf alle Bevölkerungsgruppen und alle Engagementbereiche hinaus die von den bisherigen Anlaufstellen erbrachten Leistungen erhalten bleiben.

Welcher konzeptionelle Weg in den Kommunen eingeschlagen werden kann – Profilerweiterung und/oder Vernetzung bestehender Anlaufstellen oder Gründung erweiterter Anlaufstellen – wird davon abhängig gemacht, ob es bereits Anlaufstellen in der Kommune gibt und wie viele Einwohner eine Stadt oder ein Kreis hat. Ziel sollte in jedem Fall die Bündelung kommunaler Ressourcen zur Aktivierung des freiwilligen Engagements und nicht die Entwicklung unverbundener Parallelstrukturen sein. Um eine nachhaltige Anstoßwirkung für die Etablierung einer Engagement unterstützenden Infrastruktur in Kommunen zu geben, ist eine erweiterte Konzeption hilfreicher als Bestrebungen, nebeneinander arbeitende Anlaufstellen mit Teilfunktionen zu schaffen. Welche Gesichtspunkte bei der Gestaltung bzw. Weiterentwicklung der Engagement unterstützenden Infrastruktur in Kommunen berücksichtigt werden sollten und welche kommunalen Rahmenbedingungen für die Umsetzung der Konzeptionserweiterung und Vernetzung wichtig sind, zeigen auch die Ergebnisse des in Kapitel sechs dokumentierten Bundeswettbewerbs.

Das abschließende **sechste Kapitel** informiert über Ergebnisse des Bundeswettbewerbs „Engagement unterstützende Infrastruktur in Kommunen – Information und Beratung über freiwilliges Engagement und Selbsthilfe für alle Generatio-

nen“, der eine hohe Resonanz gefunden hat. Ziel des Bundeswettbewerbs war die Ermittlung und Auszeichnung innovativer Beispiele für eine Engagement unterstützende Infrastruktur in Großstädten, Städten, Kreisen und Gemeinden. Der Bundeswettbewerb richtete sich an Kommunen, Wohlfahrtsverbände, Vereine und sonstige Organisationen, die Träger einer oder mehrerer Selbsthilfekontaktstellen, Freiwilligenagenturen/-zentren, Seniorenbüros, Ehrenamtsbörsen etc. sind. Aus über 50 Kommunen wurden Konzeptionen vorgelegt, wie durch Information und Beratung über Gelegenheiten zum freiwilligen Engagement die Zugangswege und die Voraussetzungen für das freiwillige Engagement der Bürger/innen verbessert werden können und wie die Kluft zwischen bisherigem Engagement und den am freiwilligen Engagement Interessierten durch bessere Engagementförderung verringert werden kann. Da die Rahmenbedingungen zwischen Großstädten, Mittelstädten und Landkreisen für die Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements sehr unterschiedlich sind, wurden in vier Gemeindegrößenklassen sieben beispielhafte Konzeptionen und Strategien ausgezeichnet. Alle prämierten Kommunen zeichnen sich dadurch aus, dass eine breite, zielgruppen-, themen- und bereichsübergreifende Infrastruktur für engagierte und engagementinteressierte Bürger/innen zur Information und Beratung über Gelegenheiten zum freiwilligen Engagement und zur Selbsthilfe geschaffen wurde.

## **1.1 Engagementförderung in Deutschland**

Viele Veranstaltungen und Diskussionen im Internationalen Jahr der Freiwilligen (IJF 2001) haben dazu beigetragen, dem freiwilligen Engagement der Bürger/innen in all seinen Formen (Ehrenamt, bürgerschaftliches Engagement, Selbsthilfe u. a.) einen höheren gesellschaftspolitischen Stellenwert zu geben und neue Impulse und Orientierungen für die Gestaltung der Engagementförderung sichtbar werden zu lassen.

Die Proklamation zum IJF 2001 durch die Vereinten Nationen hat Bund, Länder, Kommunen, Verbände und zahlreiche Initiativen dieses Jahr dazu veranlasst, die in den vergangenen Jahren eher zurückhaltend geführte Diskussion über die gesellschaftliche Bedeutung, Anerkennung und Weiterentwicklung des freiwilligen Engagements in Deutschland zu intensivieren und nach Wegen zu suchen, wie die Rahmenbedingungen für freiwilliges Engagement nachhaltig verbessert, bestehendes Engagement stabilisiert und unterstützt sowie neues Engagement angeregt werden kann. Das IJF 2001 gibt den Freiwilligen und ihren Organisationen

Anlass und Gelegenheit, ihre Aktivitäten darzustellen, was bereits zu hunderten Veranstaltungen auf örtlicher Ebene geführt und den Blick der Öffentlichkeit stärker auf den Freiwilligensektor gelenkt hat.

Auf Initiative des Deutschen Bundestages wurde die Enquête-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ eingesetzt, die mit ihrer konstituierenden Sitzung am 14. Februar 2000 ihre Arbeit aufgenommen hat. Ihr gehören elf Abgeordnete sowie deren Stellvertreter und elf Sachverständige an. Aufgabe der Enquête-Kommission ist es, neben einer Bestandsaufnahme konkrete politische Strategien und Maßnahmen zur Förderung des freiwilligen, gemeinwohlorientierten, nicht auf materiellen Gewinn ausgerichteten bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland zu erarbeiten. Außerdem soll sie durch ihre Aktivitäten Erkenntnisse über bürgerschaftliches Engagement in die Öffentlichkeit tragen, um so über das Jahr 2001 hinaus nachhaltige Wirkungen zu erzielen. Durch eine ganze Reihe von Anhörungen, Tagungen, Workshops und Gutachten hat die Enquête-Kommission bereits wichtige öffentlichkeitswirksame Impulse gesetzt. Das Gutachten der Enquête-Kommission, das im nächsten Jahr vorgelegt werden soll, wird von vielen Akteuren mit großer Spannung erwartet.

Die Bundesregierung unterstützte das IJF 2001 in Deutschland ferner durch eine ganze Reihe vorbereitender, begleitender und empirisch fundierender Maßnahmen, wissenschaftliche Untersuchungen, Fachtagungen und besondere Events.<sup>4</sup>

Zur Vorbereitung und Begleitung des IJF 2001 wurde vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend ein Nationaler Beirat ins Leben gerufen, dem Träger des freiwilligen Engagements angehören, besonders Wohlfahrtsverbände, Jugend- und Frauenverbände, Seniorenorganisationen sowie Vertreter aus Bundesländern, Kommunen, der Kirchen und der Medien. Der Nationale Beirat soll die unterschiedlichen Aktivitäten vernetzen und Empfehlungen für neue und innovative Projekte erarbeiten. Ziel ist es, einen Dialog in der Gesellschaft zu initiieren, der über dieses Jahr 2001 hinausreicht.

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend begleitet das IJF mit der bundesweiten Kampagne „Was ich kann, ist unbezahlbar“. Wichtigstes Ziel ist dabei die Unterstützung regionaler und lokaler Aktivitäten von Organisationen, Vereinen und Initiativen. Bestandteile dieses Begleitkonzeptes sind

---

<sup>4</sup> vgl. Internet-Homepage des BMFSFJ [www.bmfsfj.de](http://www.bmfsfj.de)

- die Internet-Website [www.freiwillig.de](http://www.freiwillig.de), die Service und Informationen rund um freiwilliges Engagement und Aktivitäten bietet,
- ein Aktionspaket mit Materialien der Öffentlichkeitsarbeit zur Unterstützung örtlicher Initiativen,
- die Wanderausstellung „Freiwillig – für mich – für uns – für andere“ und
- die mit Koordinations- und Vernetzungsaufgaben betraute, eigens beim Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge eingerichtete Geschäftsstelle zum IJF 2001.

Eine wichtige Grundlage für die Stabilisierung und Weiterentwicklung des freiwilligen Engagements in unserer Gesellschaft bildet die im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend bereits im Vorfeld des Internationalen Jahrs der Freiwilligen 2001 durchgeführten Repräsentativbefragung zum freiwilligen Engagement in Deutschland (Freiwilligensurvey 1999), deren Ergebnisse Anfang 2000 in drei Berichten vorgelegt wurden.<sup>5</sup> Der Freiwilligensurvey 1999 nimmt erstmals das freiwillige Engagement in allen seinen Schattierungen, seinen Erscheinungsformen und seinen dynamischen Entwicklungen insgesamt in den Blick.

Auf der vom BMFSFJ initiierten Fachtagung mit dem Titel „Die Freiwilligen: das Sozialkapital des neuen Jahrtausends. Förderpolitische Konsequenzen aus dem Freiwilligensurvey 1999“<sup>6</sup> am 29. und 30. März 2001 in Bonn, diskutierten rund 200 Experten aus Politik, Verbänden und Wissenschaft die Ergebnisse des Freiwilligensurvey sowie Stellungnahmen und Positionsbestimmungen von Vertretern aus Politik, Verbänden und Lobbygruppen. Dabei wurden förderpolitische Konsequenzen aus den vorliegenden Ergebnissen und Expertenmeinungen für die zukünftige Gestaltung der Engagementförderung auf den unterschiedlichen Ebenen (Bund, Länder, Kommunen, Verbände, Institutionen etc.) gezogen (vgl. Anlage Kap. 7.1). Zu vier Punkten gab es einen breiteren Konsens:

- Freiwilliges Engagement ist für unsere moderne demokratische Gesellschaft in all seinen Formen (Ehrenamt, bürgerschaftliches Engagement, Selbsthilfe u. a.) gesellschaftspolitisch wünschenswert und unverzichtbar. Es ist der Kitt, der unsere Demokratie zusammenhält, wie Ministerin Bergmann in ihrer Eingangsrede zur Fachtagung betonte. Aus freiwilliger Arbeit und bürgerschaftli-

---

<sup>5</sup> vgl. von Rosenblatt, Bernhard (Hrsg.) (2000); Braun, Joachim/ Klages, Helmut (Hrsg.) (2000); Picot, Sybille (Hrsg.) (2000)

<sup>6</sup> vgl. Braun, Joachim/ Wahlen, Gabriele (2001)

chem Engagement erwächst eine Kultur der wechselseitigen Anerkennung, Zugehörigkeit und des Gemeinsinns. Vom bürgerschaftlichen Engagement profitieren auf vielfältige Weise Bund, Länder, Kommunen, Verbände, Vereine etc. und damit das gesamte föderale politische System Deutschlands.

- In Kommunen, wo das freiwillige Engagement am sinnfälligsten erfahrbar wird, ist das freiwillige Engagement der Bürger/innen wichtig zur Aufrechterhaltung einer hohen Lebensqualität, zur Gewährleistung einer lebendigen kommunalen Demokratie und zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts in den Kommunen. Engagementförderung muss deshalb vordringlich in den Kommunen ansetzen. Sie sind die Keimzellen der pluralistischen Gesellschaft und der föderalen politischen Kultur. Bund, Länder, Verbände, Organisationen, Vereine etc. sind deshalb gefordert, im Rahmen ihrer Wirkungsmöglichkeiten und -felder die Engagementförderung in den Kommunen zu unterstützen.
- Die Grundlagen und Rahmenbedingungen für freiwilliges Engagement haben sich gewandelt. Die Bedeutung des freiwilligen Engagements für die Gesellschaft und der Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger/innen werden weiter zunehmen. Damit freiwilliges Engagement sich besser entfalten kann, sind vielfältige, langfristig angelegte Bemühungen auf unterschiedlichen Ebenen notwendig. Als politisches Konjunkturthema ist das freiwillige Engagement nicht geeignet.
- Im Vordergrund einer modernen Unterstützungspolitik für mehr bürgerschaftliches Engagement steht das Ziel, wie die Erwartung realisiert werden kann, die 56 % der im Freiwilligensurvey Befragten haben, die Informations- und Beratungsmöglichkeiten über Gelegenheiten zum freiwilligen Engagement und die Zugangswege zum freiwilligen Engagement zu verbessern. Über welche Wege dies prioritär erfolgen bzw. sichergestellt werden soll, über die Verbesserung der institutionellen und organisatorischen Rahmenbedingungen, über die Bereitstellung von Mitteln für Projekte und Bildungsmaßnahmen, über die Verbesserung individueller Anreize und Nachteilsausgleich oder über den Auf- und Ausbau der kommunalen Informations- und Beratungsinfrastruktur, gehen die Meinungen auseinander.

## 1.2 Das Projektdesign: Ziele und Projektdurchführung

Wie bereits erwähnt, hat das Projekt Wege gezeigt, wie Zugangschancen zum freiwilligen Engagement verbessert werden können. Ausgehend vom Leitbild des aktivierenden Staates wurde das Bürgerengagement gestärkt und Wege zu einer bürgerorientierten Kommune aufgezeigt. Kommunen, Verbänden und sonstigen örtlichen Trägern des freiwilligen Engagements wurden Impulse zur Schaffung zeitgemäßer Zugänge zum freiwilligen Engagement gegeben. Um herauszufinden, mit welchen Konzeptionen und Handlungsstrategien in Kommunen dem im Freiwilligensurvey 1999 ermittelten Interesse der Bürger/innen nach besserer Information und Beratung über freiwilliges Engagement entsprochen werden kann, wurden die Vorstellungen und Einschätzungen der Kommunen ebenso berücksichtigt, wie die der Engagement unterstützenden Anlaufstellen.

Die Projektrealisierung erfolgte in zwei Abschnitten. Im Herbst 2000 wurden die Befragungen der Kommunen und der Anlaufstellen für freiwilliges Engagement abgeschlossen (vgl. **Kap. 1.3**). Die **Befragung von Kommunen** zielte darauf ab, die aktuelle Förderpraxis des freiwilligen Engagements in Kommunen und deren Vorstellungen bzw. Bereitschaften zur Weiterentwicklung der Engagementförderung zu ermitteln. Die **Befragung von Engagement unterstützenden Anlaufstellen in Kommunen** (Selbsthilfekontaktstellen, Freiwilligenagenturen/-zentren, Bürgerbüros, Seniorenbüros etc.) sollte Gemeinsamkeiten und Unterschiede der bestehenden Informations- und Kontaktstellen hinsichtlich ihres Aufgaben-, Leistungs- und Nutzerprofils ermitteln. Dabei sollte auch geprüft werden, welche Voraussetzungen eine erweiterte Konzeption der infrastrukturellen Unterstützung des freiwilligen Engagements erfüllen muss.

Bei den Anlaufstellen wurden drei Typen befragt, deren Hauptaufgabe ausdrücklich darin besteht, Bürger/innen mit Interesse an freiwilligem Engagement oder an Selbsthilfe über Tätigkeitsfelder und Organisationsmöglichkeiten zu informieren, zu beraten und in ihrem Engagement zu unterstützen. Dies sind Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros und Freiwilligenagenturen, die insbesondere in den letzten zehn Jahren in unterschiedlicher Trägerschaft entstanden und teilweise unter verschiedenen Bezeichnungen firmieren. Eine Bestandsaufnahme ermittelte, welche Anlaufstellen es in Kommunen gibt, die über freiwilliges Engagement informieren und beraten. Diese Bestandsaufnahme bildete die Basis für die Befragung der drei Anlaufstellentypen (vgl. Kap. 1.4).



Von den Kommunen wurden in Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden insgesamt 730 Kommunen mit mehr als 10.000 Einwohnern befragt, darunter 383 Kommunen mit einer oder mehreren der o. g. drei Anlaufstellen sowie 347 Kommunen ohne entsprechende Anlaufstellen. In die Befragung wurden alle 184 Städte in Deutschland mit mehr als 50.000 Einwohnern einbezogen. Von den 1341 Kommunen zwischen 10.000 und 50.000 Einwohnern wurde eine Zufallsstichprobe von 546 einbezogen.

Im zweiten Projektabschnitt wurde ein bundesweiter Wettbewerb für Kommunen durchgeführt. Dieser zielte darauf ab, innovative Konzeptionen für Engagement unterstützende Anlaufstellen, deren Vernetzung sowie neue Politikansätze zur Engagementförderung in Städten und Kreisen zu ermitteln und bekannt zu machen (vgl. Kap. 6).

### ***Befragungskonzept und Rücklauf***

Die Fragebögen für Kommunen und für Anlaufstellen für freiwilliges Engagement wurden so gestaltet, dass die für die Förderung des freiwilligen Engagements und der Selbsthilfe relevanten Faktoren und Prozesse in einer Kommune transparent werden. Um für die Weiterentwicklung des freiwilligen Engagements wichtige Erkenntnisse und Informationen zu gewinnen, wurden in der Befragung handlungsrelevante Fakten ermittelt. Ferner wurden Strategien, Verfahren und Handlungsverständnisse von Kommunen und Anlaufstellen erfragt. Dabei wurden die gegenwärtige Situation als auch die Vorstellungen für die künftige Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements ermittelt. Die Befragungsinstrumente wurden in mehreren Werkstattgesprächen mit Experten aus Kommunen, Verbänden und Anlaufstellen beraten und abgestimmt.

Die Umfrage in den Kommunen ermittelte Informationen über das Förderverständnis und die Förderpraxis der Kommunen:

- Sehen sich die Kommunen für die Förderung des freiwilligen Engagements und der Selbsthilfe zuständig? Welche Ziele verfolgen sie dabei und auf welchem Förderverständnis basieren diese?
- Mit welchen Maßnahmen und Instrumenten fördern die Kommunen freiwilliges Engagement und Selbsthilfe? Wer ist in der Verwaltung zuständig?
- Welche Bereiche und Formen freiwilligen Engagements und der Selbsthilfe werden unterstützt?
- Wie beurteilen die Kommunen Anlaufstellen für freiwilligen Engagement und Selbsthilfe und welche Entwicklungsmöglichkeiten sehen sie?

Für die drei Typen von Anlaufstellen für freiwilliges Engagements und Selbsthilfe wurden zum ersten Mal repräsentativ Informationen über deren aktuelle Situation, ihre Ressourcen und Ausstattung sowie ihre Arbeitsweise und Verankerung in den Kommunen ermittelt:

- Alter, Ausstattung, Ressourcen, Trägerschaft und Bedarf
- Nutzerprofile
- Aufgaben- und Tätigkeitsprofile sowie die unterstützten Engagementbereiche und Formen des freiwilligen Engagements
- Verankerung in den Kommunen und überregionale Unterstützung

Eine Reihe von Fragen zur Engagementunterstützung wurden in beiden Umfragen gestellt. Dadurch können Unterschiede und Gemeinsamkeiten in der Beurteilung der Fördersituation in den Kommunen aufgezeigt sowie die perspektivischen Vorstellungen gegenübergestellt werden, die Kommunen und Anlaufstellen für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe im Hinblick auf die Weiterentwicklung der Engagementförderung haben. Auf der Basis der kommunalen Sichtweise sowie der Sicht der Anlaufstellen wurde das Konzept eines „Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe“ für jede Kommune entwickelt, durch das freiwilliges Engagement bereichs- und zielgruppenübergreifend unterstützt werden kann. Hierzu wird gezeigt:

- Warum ein erweitertes Konzept „Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe“ in den Kommunen heute notwendig ist und was es leisten kann;
- Welche Ressourcenausstattung und welche Kosten angemessen sind;
- Wie und von wem ein Büro für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe finanziert und getragen werden soll.

Von den 730 befragten Kommunen mit mehr als 10.000 Einwohnern haben 317 geantwortet, dies entspricht einer Rücklaufquote von 43 % (vgl. **Abb. 1.1**). Von den befragten 184 Städten in Deutschland mit mehr als 50.000 Einwohnern beteiligten sich 61 % an der Befragung. Von den 546 einbezogenen Kommunen zwischen 10.000 und 50.000 Einwohnern haben sich 38 % an der Befragung beteiligt. Insgesamt lag die Beteiligungsquote bei 43 %. Acht Großstädte baten ISAB, ihnen weitere Fragebögen zuzusenden, damit sämtliche mit dem Thema Engagementförderung befassten Fachabteilungen, Ämter und Ressorts getrennt voneinander befragt werden konnten. Von diesen acht Städten wurden 48 Fragebögen zurückgesandt. Die Erinnerungsaktionen, die Verlängerung des Befragungszeitraums sowie die Unterstützung der Befragung durch die kommunalen Spitzenverbände trugen dazu bei, dass die Befragung eine gute Rücklaufquote und

eine hohe Datenqualität erzielen konnte. Das Interesse am Thema Engagementförderung hatte einen positiven Einfluss auf die Bereitschaft von Kommunen, an der Befragung mitzuwirken. Kommunen, die dem Thema Engagementförderung eine hohe Relevanz zumessen, haben sich verstärkt beteiligt, was auch daran erkennbar wird, dass Kommunen mit Anlaufstellen für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe in unserer Stichprobe überproportional vertreten sind.

<b>Abb. 1.1: Beteiligung an der kommunalen Umfrage</b>					
Gemeindegröße	Über 400.000 Einwohner	100. - 400.000 Einwohner	50. - 100.000 Einwohner	10. - 50.000 Einwohner	Insgesamt
Kommunen insg. <sup>1)</sup>	16	68	100	1.341	1.525
%-Anteil der Bevölkerung	15 %	15 %	9 %	32,5 %	71,5 %
Befragte Kommunen	16	68	100	546	730
Kommunen, die geantwortet haben <sup>2)</sup>	14	44	54	205	317
Rücklaufquote	88 %	65 %	54 %	38 %	43 %
<sup>1)</sup> 28,5 % der Bevölkerung lebt in 12.667 Gemeinden unter 10.000 Einwohnern.					
<sup>2)</sup> Darunter 51 Kreise.					
© Quelle: ISAB Köln 2000, Kommunale Umfrage zur Förderung des freiwilligen Engagements (n=317)					

An der Befragung von Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros, Freiwilligenagenturen und ähnlichen Anlaufstellen für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe beteiligten sich 57 % der 546 angeschriebenen Anlaufstellen. Die beste Beteiligung wurde bei den Selbsthilfekontaktstellen erzielt, von denen 70 % einen Fragebogen zurückschickten. Unterdurchschnittlich fiel die Beteiligung der Seniorenbüros aus (vgl. **Abb. 1.2**).

<b>Abb. 1.2: Beteiligung an der Befragung von Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros, Freiwilligenagenturen u. ä. Anlaufstellen</b>				
	Selbsthilfekontaktstellen	Seniorenbüros	Freiwilligenagenturen u. ä. E.	Anlaufstellen insgesamt
Angeschriebene Anlaufstellen	202	161	183	546
Anlaufstellen die geantwortet haben	142	66	104	312
Rücklaufquoten	70 %	41 %	57 %	57 %
© Quelle: ISAB Köln 2000, Befragung von Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros, Freiwilligenagenturen u. ä. E. (n = 312)				

### **1.3 Zugangswege zum freiwilligen Engagement, Informations- und Beratungsmöglichkeiten und Engagementpotenzial**

Der Freiwilligensurvey 1999 konnte zeigen, dass freiwillig Engagierte mehrheitlich (58 %) durch Anfrage oder Werbung zu ihrem freiwilligen Engagement gekommen sind und nicht, wie häufig vermutet, hauptsächlich durch Eigeninitiative (vgl. **Abb. 1.3**).<sup>7</sup> Die wichtigsten Anstöße zum Engagement kamen für die freiwillig Engagierten von anderen Engagierten, die selbst Leitungspositionen in Gruppen oder Organisationen innehatten (42 %) und von Freunden bzw. Bekannten (35 %). Dies zeigt, dass persönliche Kontakte und Beziehungen zu anderen Engagierten und die Einbindung in Gruppen, Organisation oder Vereine eine wesentliche Rolle für die Aufnahme einer freiwilligen Tätigkeit spielen. Allerdings setzt die Wirksamkeit persönlicher Ansprache in der Regel die Existenz stabiler sozialer Beziehungen und örtlicher Bezugspunkte voraus. In einer mobilen Gesellschaft sind diese Grundlagen jedoch nicht für alle Bürger/innen gleichermaßen gegeben. Gerade Menschen die z. B. aus beruflichen Gründen zu häufigen Ortswechseln gezwungen sind, verfügen häufig nicht über entsprechende örtliche Bezugspunkte und Bindungen. Sie benötigen, wenn sie soziale Kontakte suchen und sich über Möglichkeiten des freiwilligen Engagements erkundigen und beraten lassen wollen, öffentlich zugängliche Informationen und Beratung und kompetente Kontakt- und Ansprechpartner in ihrer Kommune.

In den Kommunen gibt es mehrere Akteure, die Bürger/innen Möglichkeiten und Zugang zum freiwilligen Engagement und zur Selbsthilfe bieten. Neben Einrichtungen und Verbänden, Parteien und Kirchen sind dies alle Organisationen des Freiwilligenbereichs wie Vereine, Gruppen, Projekte und Initiativen. Diese sind für ihre verschiedenen Aufgaben an Freiwilligen interessiert. Informationsleistungen für interessierte Bürger/innen erbringen sie in der Regel deshalb vorrangig, um Freiwillige für die eigene Organisation oder Gruppe zu gewinnen. Durch diese Informationsmöglichkeiten wird nur ein Teil der Bürger/innen erreicht. Es nehmen überwiegend diejenigen Kontakt auf oder übernehmen freiwillige Tätigkeiten, die bereits eine Bindung an die Organisationen haben, z. B. über Freunde oder Familienmitglieder, oder die sich zumindest in ihrem unmittelbaren Umfeld bewegen, etwa als Teilnehmer/innen an Veranstaltungen. Damit stoßen die Organisationen jedoch an ihre Grenzen, weil solche Bindungen, die oft auf der Identifikation mit sozialen Milieus und der längerfristigen Ansässig-

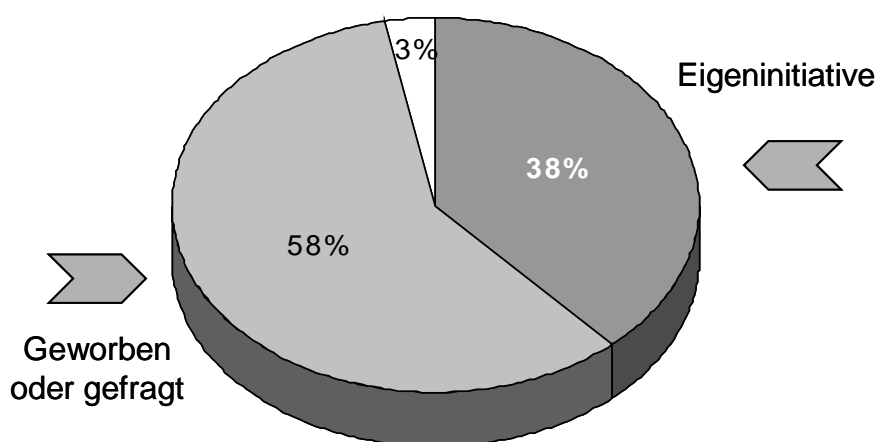
---

<sup>7</sup> vgl. Braun, Joachim/ Klages, Helmut (Hrsg.) (2000)

keit in der Kommune beruhen, abgenommen haben, insbesondere bei jungen Leuten und in den größeren Städten. Die Klagen aus Vereinen und Wohlfahrtsverbänden über zu wenige Freiwillige sind hierfür typisch.

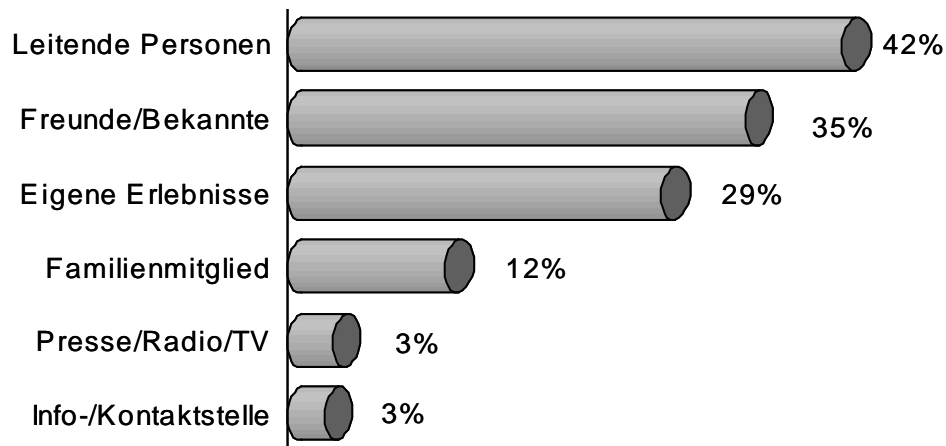
### Abb. 1.3: Eigeninitiative und Anstöße für freiwilliges Engagement

*Ging die Initiative eher von Ihnen selbst aus oder wurden Sie geworben oder gefragt, ob Sie die Aufgaben übernehmen wollen?*



*Wo kam für Sie damals der Anstoß her, die Tätigkeit zu übernehmen? Welche der folgenden Punkte treffen zu?*

Anstöße gaben ...



© ISAB-Institut Köln 4/2000, Freiwilligensurvey 1999. (n = 14.922)

Zur Unterstützung der Organisationen sind in den vergangenen Jahren neben den genannten Akteuren drei Typen von Anlaufstellen für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe entstanden, deren Hauptaufgabe ausdrücklich darin besteht, Bürger/innen mit Interesse an freiwilligem Engagement oder an Selbsthilfe gezielt anzusprechen, über Tätigkeitsfelder und Organisationsmöglichkeiten zu informieren, zu beraten und in ihrem Engagement zu unterstützen, z. B. durch Fort- und Weiterbildung, durch Erfahrungsaustausch und durch Öffentlichkeitsarbeit. Dies sind Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros und Freiwilligenagenturen bzw. -zentren, die in unterschiedlicher Trägerschaft arbeiten und unter verschiedenen Bezeichnungen firmieren. Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros sowie Freiwilligenagenturen und ähnliche Anlaufstellen für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe gibt es nicht in allen Kommunen. In Deutschland verfügen 383 Kommunen über eine oder mehrere solcher Anlaufstellen, insgesamt existieren derzeit 585 (vgl. **Kap. 3**).

Trotz des bislang unzureichenden Verbreitungsgrades solcher Anlaufstellen und der häufig mangelhaften Kenntnis der Existenz und der Leistungen solcher Anlaufstellen bei Bürger/innen und bei kommunalen Entscheidungsträgern ist es bemerkenswert, dass nach dem Freiwilligensurvey 5 % aller Bürger/innen bereits Kontakt zu einer Anlaufstelle hatten. Umgerechnet auf die Kommunen mit Anlaufstellen liegt der Prozentsatz über 15 %. Danach ist der Anstoß zum freiwilligen Engagement durch Anlaufstellen, trotz ihrer geringen Verbreitung, bereits so groß wie die Anstoßwirkung der Medien (Presse, Rundfunk, Fernsehen). 30 %, also 18 Mio. Bürger/innen, sind daran interessiert, die Leistungen der Anlaufstellen in Anspruch zu nehmen (vgl. **Abb. 1.3**).

Der Freiwilligensurvey 1999 hat auch gezeigt, dass nicht nur viele Menschen engagiert sind (34 %), sondern dass es auch ein großes Interesse am Engagement bei denjenigen Menschen gibt, die nicht engagiert sind (vgl. **Abb. 1.4**). Darüber hinaus sind viele Engagierte zu einem zusätzlichen Zeiteinsatz bereit. Mit anderen Worten gibt es in Deutschland gegenwärtig ein unausgeschöpftes Engagementpotenzial, das unter bestimmten Voraussetzungen aktiviert werden kann (vgl. Klages 2000).

Von allen Bürgern, die sich aktuell nicht freiwillig engagieren, sind über 40 % an einem Engagement interessiert. Das sind bezogen, auf die Gesamtbevölkerung Deutschlands ab 14 Jahren, 26 %. Zählt man diejenigen bereits Engagierten hinzu, die erklärten, dass sie zur Ausweitung ihres Engagements bereit sind, kommt

man auf 37 % der Menschen ab 14 Jahre, bei denen ein aktivierbares Engagementpotenzial vorhanden ist. Hochgerechnet handelt es sich hierbei um über 20 Millionen Menschen.

**Abb. 1.4: Engagementpotenzial in Deutschland**

<b>Freiwillig Engagierte</b> <b>34 %</b>	Personen, die derzeit nicht engagiert sind 66 %	
↓ davon bereit und in der Lage, ihr Engagement noch auszu- weiten 34 %	davon waren ...	
	früher einmal engagiert 31 %	bisher nicht engagiert 67 %
	davon heute oder zukünftig interessiert	
	sich wieder zu engagieren 47 %	sich erstmals zu engagieren 37 %
<b>„Expansive“</b>	<b>„Ehemalige“</b>	<b>„Neue“</b>
in % aller Befragten		
<b>11 %</b>	<b>10 %</b>	<b>16 %</b>
Nicht genutztes Engagementpotenzial insgesamt: 37 %		
© Quelle: Klages 2000, Freiwilligensurvey 1999 (n = 14.922)		

Die empirischen Daten des Freiwilligensurvey zeigen, dass **drei Probleme** bewältigt werden müssen, wenn die Aktivierung des unausgeschöpften Engagementpotenzials gelingen soll.

Als **erstes Problem** bezeichnet Klages **strukturelle Hemmschwellen oder Restriktionen im Engagementsystem** selbst. Die entscheidende Information ist, dass die Engagierten mehrheitlich nicht aus eigener Initiative tätig wurden, sondern geworben oder gefragt bzw. in ein Amt hineingewählt wurden. D. h. die eigene Motivation und Bereitschaft ist für die Einmündung ins Engagement keineswegs immer ausreichend. Oft bedarf es hierzu der Zustimmung anderer, wie auch formalisierter Verfahren, bei denen häufig Auswahlentscheidungen getrof-

fen werden. Viele Tätigkeiten haben den Charakter von „Ehrenämtern“, die aber nicht in beliebiger Anzahl zur Verfügung stehen, sondern – z. B. aufgrund von Vereinssatzungen – festgelegt sind und somit keinesfalls in flexibler Anpassung an die Zahl verfügbarer Interessenten vermehrt werden können. Mit anderen Worten sind die Chancen für den Zugang zum Engagement in einem großen Teil der Fälle kontingiert und somit auch knapp. Nicht jeder, der in einen Vereinsvorstand oder in den Kreis der Funktionsträger einer örtlichen Partei- oder Gewerkschaftsorganisation hineinkommen möchte, kommt auch hinein.

Bei dem **zweiten Problemfeld** geht es ebenfalls um **Zugangsprobleme**, die aus der unterschiedlichen sozialen Integration herrühren. Diese werden sichtbar, wenn man sich vor Augen führt, dass der Weg ins Engagement oft durch die werbende Einflussnahme von Eltern, Geschwistern, Freunden und Bekannten vorgebahnt wird, die selbst schon engagiert sind. Das bedeutet, dass der Eintritt ins Engagement – oft schon in früher Jugend – durch die Integration in ein soziales Umfeld entschieden wird, das traditionelle Vernetzungen mit dem Engagementsystem aufweist. Kinder deren Eltern im kirchlichen Bereich aktiv sind, werden selbst häufiger als andere im kirchlichen Bereich aktiv. Ähnlich verhält es sich mit Kindern deren Eltern im sportlichen Bereich aktiv sind, oder mit Kindern von musikbegeisterten Eltern, die einem Gesangsverein oder Freizeitorchester angehören. Der entscheidende Punkt ist aber, dass nicht alle in dieser Lage sind. Im Gegenteil fehlt es vielen Menschen an einem solchen Umfeld und man findet diese Menschen gehäuft unter den am Engagement interessierten Nichtengagierten. Diese weisen hinsichtlich der Integration in ein engagementorientiertes soziales Umfeld ein Defizit auf. Sie finden deshalb auch den Weg ins Engagement nicht im selben Maße. Die Daten erweisen, dass es bei ihnen zunächst ein **Informationsdefizit** bezüglich des Engagements gibt, zu dem hinzugehört, dass häufig falsche Vorstellungen hinsichtlich der Anforderungen des Engagements, wie auch hinsichtlich der vom Engagement erwartbaren persönlichen Befriedigungswirkungen vorhanden sind. Den am Engagement interessierten Nichtengagierten fehlt es aber nicht nur an realistischen Kenntnissen über das Engagement. Vielmehr gibt es für sie darüber hinaus auch weniger alltägliche Herausforderungen und Anstöße zum Engagement. Es fehlt ihnen die **„Brücke“ zum Engagement**, die diejenigen hatten, die im persönlichen Umfeld über Menschen verfügen, deren Engagement sie beobachten konnten, deren Berichte über das Engagement sie alltäglich hören konnten und die sie eines Tages auch „mit hinnahmen“, ohne dass sie lange abwägen und nachdenken mussten.



Beim **dritten Problemfeld** handelt es sich nicht um ein Zugangsproblem, sondern um ein **Abgangs- und Rückkehrproblem**. Der Freiwilligensurvey belegt, dass es unter den Nichtengagierten viele gibt, die früher schon einmal, oder vielleicht auch mehrmals engagiert waren, die es aber heute nicht mehr sind. Es handelt sich um 1/3 der Nichtengagierten, d. h. also um einen beträchtlichen Teil von ihnen. Knapp die Hälfte dieser „Ehemaligen“ wäre daran interessiert, wieder ins Engagement zurückzukehren und kann somit dem Engagementpotenzial zugerechnet werden. Allerdings besteht eine Diskrepanz zwischen Rückkehrbereitschaft und faktischer Rückkehr in ein freiwilliges Engagement. Genau betrachtet sollte man annehmen, dass eine Person, die einmal im Engagement war, baldmöglichst wieder dorthin zurückstrebt, wenn der Anlass, der zur Beendigung einer Tätigkeit geführt hatte, d. h. z. B. eine Krankheit, ein Umzug, die Geburt eines Kindes, oder eine besondere berufliche Belastung, bewältigt ist. Dies ist jedoch häufig nicht der Fall. Der überwiegende Teil der Ehemaligen, die im Freiwilligensurvey 1999 erfasst wurden, war bereits mehr als fünf Jahre lang nicht mehr engagiert und hatte während dieser Zeit auch keine erkennbaren Anstrengungen zur Rückkehr ins Engagement unternommen. Die Daten lassen weiterhin erkennen, dass das Rückkehrinteresse mit zunehmendem zeitlichen Abstand vom letzten Engagement immer mehr absinkt. Hieran lässt sich Klages zufolge die Prognose anknüpfen, dass die meisten „Ehemaligen“ – falls sich in Zukunft nichts ändert – für das Engagement verloren sind, und dies, obwohl die Ehemaligen positive Rückerinnerungen an das frühere Engagement haben. Dass sie dennoch nicht zurückkehren, kann also nicht am Faktor „Ärger und Frust“ liegen. Offensichtlich kommen bei ihnen die Einstellungs- und Motivebene und die Handlungsebene nicht zur Deckung, sondern klaffen auseinander. Es fehlt ein Verbindungsglied, das den Ehemaligen selbst nicht zur Verfügung steht, das ihnen aber auch nicht von außen angeboten wird. Das „Engagementsystem“ hat hier eine Lücke, die folgenreich ist, weil sie einen Dauerverlust an menschlichem Sozialkapital nach sich zieht.

Insgesamt gesehen ist der **Freiwilligensektor durch starke Ein- und Austrittsbewegungen gekennzeichnet**. Seine Dynamik lässt sich am besten verstehen durch ein Bild ineinander greifender Strömungen und Austauschbewegungen, vergleichbar den Vorgängen auf dem Arbeitsmarkt. Freiwilliges Engagement ist meist keine Tätigkeit auf Lebenszeit. Viele Menschen engagieren sich aus einem bestimmten Anlass und in einer bestimmten Lebenssituation auf Zeit. Die Aus- und Eintrittsbewegungen können daher kurzfristige Verschiebungen im Umfang und bei den inhaltlichen Schwerpunkten des freiwilligen Engagements auslösen.

Der aktuelle Umfang des freiwilligen Engagements darf deshalb nicht darüber hinweg täuschen, dass Anstrengungen erforderlich sind, dieses Niveau quantitativ und qualitativ zu erhalten.

Aktive Ansprache verspricht somit Erfolge bei der Gewinnung von Freiwilligen. Mit einer auf der „Komm-Struktur“ basierenden Engagementförderung können hingegen nur wenige erreicht und mit den relevanten Informationen unterstützt werden. In Kommunen bestehen die besten Möglichkeiten zur Ansprache auf Gelegenheiten zum Engagement und für die Motivierung zur Selbsthilfe. **56 % der freiwillig Engagierten erwarten** öffentliche Unterstützung in Form von **besserer Information und Beratung über Gelegenheiten zum freiwilligen Engagement**. Das Informationsinteresse ist am höchsten im Engagementbereich bürgerschaftliche Aktivität am Wohnort und im Gesundheitsbereich (vgl. **Abb. 1.5**).

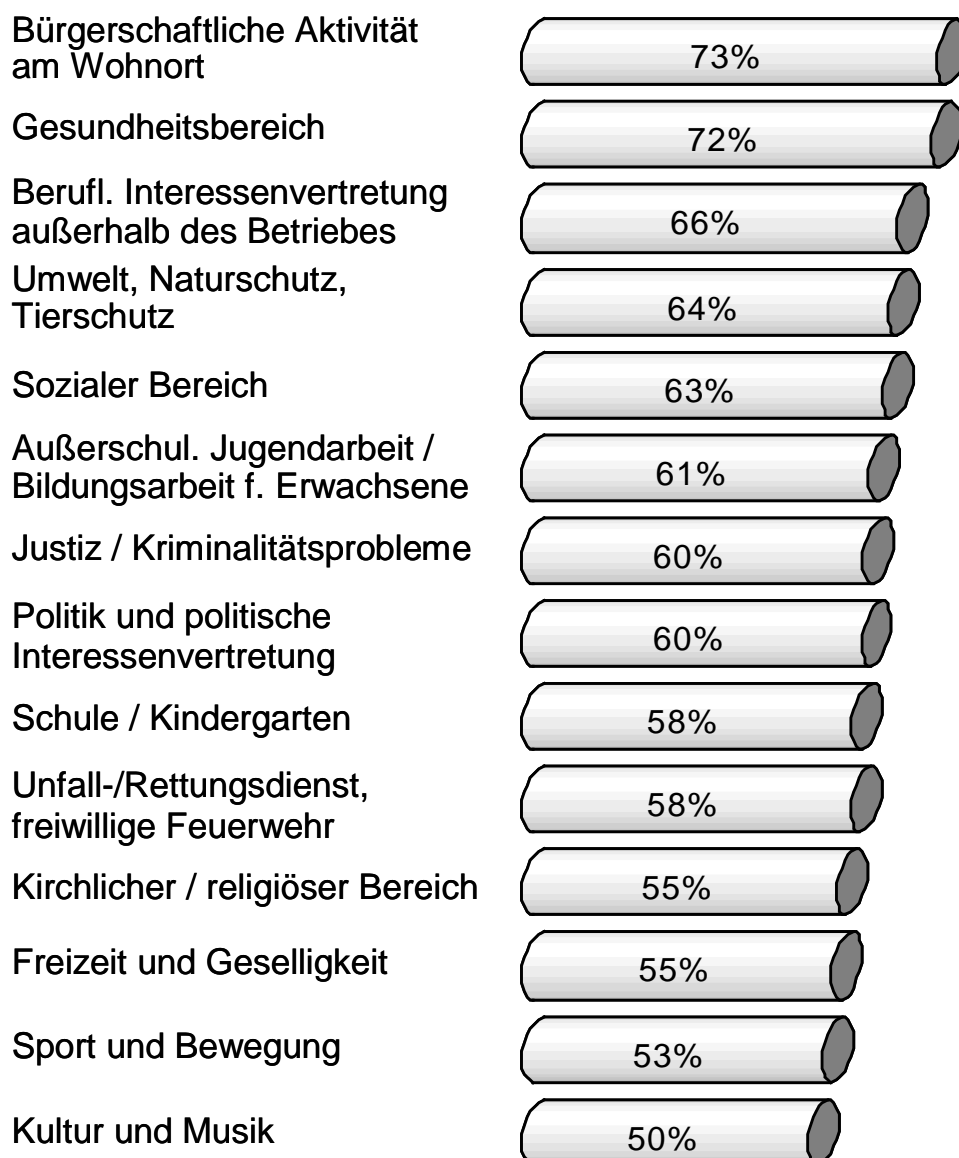
Die Herausforderung für die Engagementförderung besteht somit in der aktiven Ansprache interessierter Bürger/innen unter Berücksichtigung bisher kaum erreichter Zielgruppen und in der Erleichterung des Zugangs zum freiwilligen Engagement durch Information und Beratung über entsprechende Gelegenheiten. Benötigt wird eine ausreichend dichte, auf kommunaler Ebene angesiedelte Infrastruktur von Anlaufstellen für freiwilliges Engagement (wie z. B. Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros, Freiwilligenagenturen) in allen Bundesländern. Der aktivierende Staat wird erst dann zur Realität, wenn in Deutschland eine dichte Infrastruktur von Engagementförderstellen vorhanden ist, die Informations-, Beratungs- und Vermittlungsaufgaben leisten können.<sup>8</sup>

---

<sup>8</sup> vgl. Klages, Helmut (2000), S. 196

### Abb. 1.5: Wunsch nach Information und Beratung über freiwilliges Engagement in verschiedenen Bereichen

Im jeweiligen Bereich wünschen ... Engagierte mehr Information und Beratung über Gelegenheiten zum Engagement ...



© ISAB-Institut Köln 4/2000, Freiwilligensurvey 1999. (n = 14.922)

## **2 Kommunale Umfrage zur Förderung des freiwilligen Engagements und der Selbsthilfe**

Das freiwillige Engagement der 22 Millionen engagierten Bürger/innen, das sind 34 % der Bevölkerung ab 14 Jahren, wird in den Städten, Gemeinden und Kreisen sichtbar. Die Kommunen bieten die lebensräumlichen Bezugspunkte und Rahmenbedingungen, innerhalb derer sich Menschen freiwillig engagieren. Ihr Engagement ist vielfältig und in vielen gesellschaftlichen Bereichen ein tragendes Element, das aus der Praxis von Vereinen, Verbänden und Initiativen nicht mehr wegzudenken ist. Die Kommunen sind heute und auch zukünftig auf die aktive Beteiligung der Bürger/innen angewiesen. Freiwilliges Engagement ist in all seinen Formen (Ehrenamt, bürgerschaftliches Engagement, Selbsthilfe etc.) ein lebendiges, wünschenswertes und gesellschaftlich notwendiges Element unserer demokratischen Gesellschaft. Gemeinsame Aktivitäten interessierter Bürger/innen, aber auch Leistungen für andere werden freiwillig und unentgeltlich erbracht. In Selbsthilfegruppen und Initiativen engagieren sie sich für soziale und gesundheitliche Anliegen und Probleme. Sport und Bewegung (11 %), Engagement in Schule/Kindergarten (6 %), Freizeit/Geselligkeit (6 %) und Kirche (6 %) sind die attraktivsten Betätigungsfelder, während freiwillige Engagements im sozialen Bereich (4 %) und im Bereich Politik und politische Interessenvertretung (3 %), oder bürgerschaftliche Aktivitäten mit lokalem Bezug (1 %) bislang weniger, aber mit zunehmender Tendenz gefragt werden.<sup>1</sup>

Dieses freiwillige Engagement trägt zur Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung der Lebensqualität in den Kommunen bei und stärkt den sozialen Zusammenhalt der Menschen, die auf diesem Wege in soziale Netzwerke und Verantwortungsrollen außerhalb von Beruf und Familie eingebunden werden. Die Attraktivität einer Kommune erhöht sich mit der Zahl freiwilliger Aktivitäten im Freizeit-, Sport-, Kultur-, Bildungs- und Sozialbereich etc. Als öffentliche oder private Dienstleistungen wären diese weder zu steuern noch zu finanzieren. Bürger/innen übernehmen mit ihrem freiwilligen Engagement darüber hinaus selbst Verantwortung innerhalb der Kommune. Die Übergänge zur aktiven Beteiligung von Bürger/innen an der Weiterentwicklung kommunaler Vorhaben in Verantwortung der Kommunalpolitik und -verwaltung sind fließend. Freiwillig Engage-

---

<sup>1</sup> vgl. von Rosenblatt, Bernhard (Hrsg.) (2000)

gierte kommen dem Interesse der Kommunen an Bürger/innen entgegen, die nicht auf Versorgung durch den Staat und öffentliche Einrichtungen warten, sondern die Eigenverantwortung, Eigenaktivität, Selbsthilfe und Partizipation entfalten möchten. Freiwilliges Engagement in der Zivilgesellschaft in all seinen Formen (Ehrenamt, bürgerschaftliches Engagement, Selbsthilfe u. a.) ist gesellschaftlich wünschenswert und notwendig:

- zur Aufrechterhaltung einer hohen Lebensqualität in den Kommunen,
- zur Gewährleistung einer lebendigen kommunalen Demokratie und
- zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts in den Kommunen.

Die Umfrage in den Kommunen hat Informationen darüber erbracht,

- ob sich die Kommunen für die Förderung des freiwilligen Engagements und der Selbsthilfe zuständig sehen, welche Ziele sie dabei verfolgen und auf welchem Förderverständnis diese basieren (Kap. 2.1);
- mit welchen Maßnahmen und Instrumenten die Kommunen freiwilliges Engagement und Selbsthilfe fördern und wer in der Verwaltung zuständig ist (Kap. 2.2);
- welche Bereiche und Formen freiwilligen Engagements und der Selbsthilfe unterstützt werden (Kap. 2.3);
- welche Bedeutung der Nutzung des Internets zur Förderung des freiwilligen Engagements beigemessen wird (Kap. 2.4);
- wie die Kommunen Anlaufstellen für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe beurteilen, und welche Entwicklungsmöglichkeiten sie sehen (Kap. 2.5).

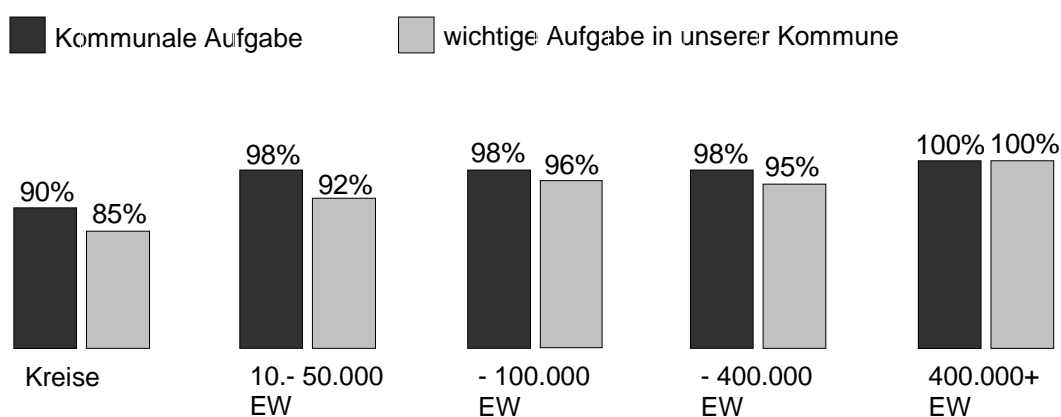
## **2.1 Kommunale Förderverständnisse, Ziele, Förderpraxis und Zuständigkeiten**

Inwieweit die Förderung des freiwilligen Engagements als eine kommunale Aufgabe gesehen wird und ob diese Aufgabe bereits für wichtig gehalten wird, wird aus **Abb. 2.1** erkennbar. Fast alle Kommunen bejahen die kommunale Zuständigkeit für die Förderung des freiwilligen Engagements, der Selbsthilfe und des bürgerschaftlichen Engagements. Alle Großstädte mit über 400.000 Einwohner bejahen die kommunale Zuständigkeit für die Engagementförderung. Bei den Städten ab 10.000 bis 400.000 Einwohnern liegt die Zustimmung bei 98 %. Lediglich bei den Kreisen liegt die Zustimmung mit 90 % niedriger als bei den Städten. Nur wenige Städte und Kreise sind der Auffassung, diese Förderung wäre keine kommunale Aufgabe.

### Abb. 2.1: Kommunale Zuständigkeit für die Förderung des freiwilligen Engagements

*Ist die Förderung des freiwilligen Engagements, des Ehrenamtes, der Selbsthilfe und des bürgerschaftlichen Engagements eine kommunale Aufgabe?*

*Ist das auch in Ihrer Kommune eine wichtige Aufgabe?*



© Quelle: ISAB Köln 2000, Kommunale Umfrage zur Förderung des freiwilligen Engagements (n=317)

Die Mehrheit der Städte und Kreise sind außerdem der Meinung, dass diese Förderungsaufgabe bei ihnen bereits eine wichtige Aufgabe ist. Wiederum fällt die Zustimmung der Kreise in dieser Frage geringer aus als die der Städte. Festzuhalten ist, dass die Kommunen mehrheitlich der Auffassung sind, dass sie für das Politik- und Handlungsfeld „Förderung des freiwilligen Engagements“ zuständig sind und dass die Engagementförderung bereits heute eine wichtige kommunale Aufgabe ist. Nach wichtigen **Zielen zur Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements<sup>2</sup>** befragt (vgl. Abb. 2.2),

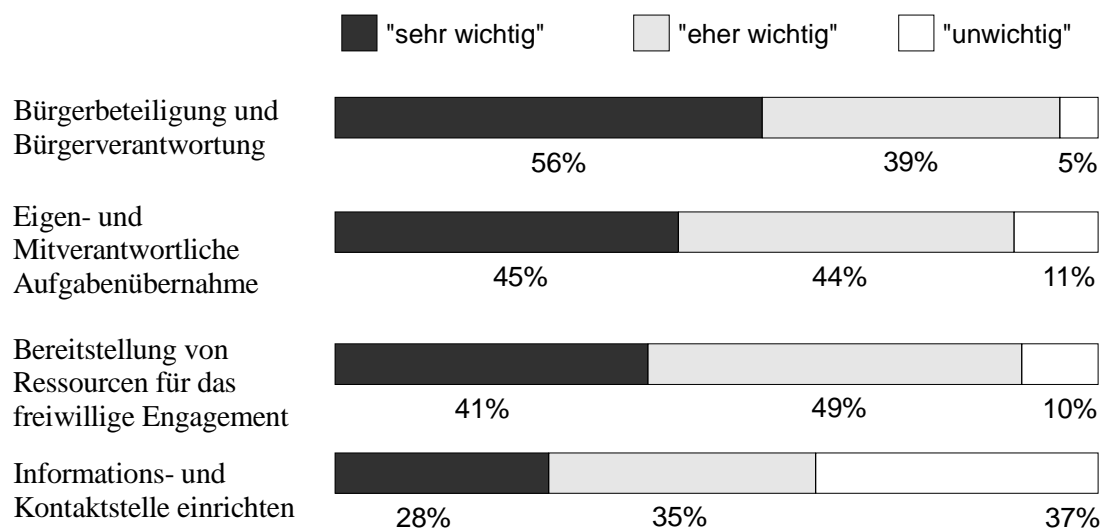
2

#### Welche Ziele werden in Ihrer Kommune zur Unterstützung des freiwilligen, ehrenamtlichen und bürgerschaftlichen Engagements für wichtig gehalten?

1. Die Bürger/innen und ihre Initiativen, Vereine und Organisationen sollen sich mitverantwortlich an Planungs- und Gestaltungsentscheidungen beteiligen
2. Die eigen- und mitverantwortliche Übernahme von öffentlichen Aufgaben durch die Bürger/innen wird angestrebt und gefördert
3. Freiwilliges Engagement, Ehrenamt und Selbsthilfe der Bürger/innen soll durch die Bereitstellung von Ressourcen unterstützt werden
4. Eine Informations- und Kontaktstelle, die über freiwilliges Engagement, Ehrenamt und Selbsthilfe informiert und berät, soll eingerichtet und längerfristig abgesichert werden

## Abb. 2.2: Zielprioritäten der Engagementförderung von Kommunen

Welche Ziele werden in Ihrer Kommune zur Unterstützung des freiwilligen, ehrenamtlichen und bürgerschaftlichen Engagements für wichtig gehalten?



Städte und Kreise		10. - 100.000 EW	100.- 400.000 EW	über 400.000 EW	Kreise
Bürgerbeteiligung und Bürgerverantwortung an Planungs- und Gestaltungsentscheidungen	sehr wichtig	54%	69%	69%	50%
	eher wichtig	41%	24%	31%	42%
	unwichtig	5%	7%	0%	8%
Eigen- und mitverantwortliche Aufgabenübernahme durch Bürger/innen	sehr wichtig	45%	42%	69%	40%
	eher wichtig	44%	42%	23%	48%
	unwichtig	11%	16%	8%	12%
Bereitstellung von Ressourcen für freiwilliges Engagement, Ehrenamt und Selbsthilfe	sehr wichtig	39%	47%	62%	37%
	eher wichtig	50%	47%	38%	49%
	unwichtig	11%	6%	0%	14%
Informations- und Kontaktstelle für freiw. Engagement, Ehrenamt und Selbsthilfe einrichten	sehr wichtig	23%	50%	46%	24%
	eher wichtig	36%	30%	46%	33%
	unwichtig	41%	20%	8%	43%

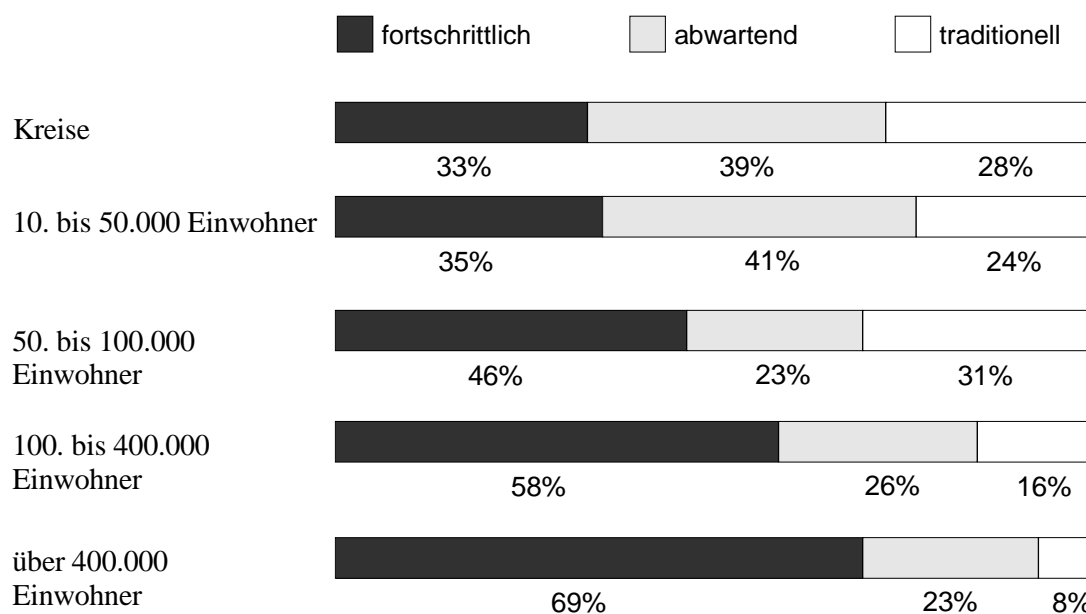
© Quelle: ISAB Köln 2000, Kommunale Umfrage zur Förderung des freiwilligen Engagements (n=317)

- messen 56 % der Kommunen der Einbeziehung der Bürger/innen, Initiativen und Organisationen in Planungs- und Gestaltungsentscheidungen einen hohen Stellenwert bei;
- halten 45 % der Kommunen die eigenverantwortliche Aufgabenübernahme der Bürger für sehr wichtig;
- wird die Bereitstellung von Ressourcen für freiwilliges Engagement von 41 % für sehr wichtig gehalten;
- halten 28 % der Kommunen die längerfristige Absicherung der Anlaufstellen für freiwilliges Engagement für eine sehr wichtige Aufgabe. Die Bedeutung der Anlaufstellen wird von den Kommunen um so höher geschätzt, je größer die Einwohnerzahl ist und je fortschrittlicher ihr Förderverständnis ist.

Obwohl die Kommunen die Ziele der Engagementförderung unterschiedlich bewerten, stellen diese Ziele einen eng zusammenhängenden Komplex der Engagementfreundlichkeit des kommunalen Klimas dar. Daher konnten **Kommunen** nach dem Zustimmungsgrad zu den vier Hauptzielen der Engagementförderung zu drei Gruppen **mit unterschiedlichem Förderverständnis** typisiert werden (vgl. **Abb. 2.3**).

- **41 %** der Kommunen bewerten die meisten Ziele der Engagementförderung sehr hoch. Sie haben ein fortschrittliches Förderverständnis und sind engagementfreundlich. Sie messen der Bürgerbeteiligung an Planungs- und Gestaltungsentscheidungen eine deutlich größere Bedeutung bei als Kommunen mit abwartendem oder traditionellem Förderverständnis. Die Kommunen mit fortschrittlichem Förderverständnis unterscheiden sich von den anderen beiden Kommune-Typen auch deutlich in ihrer Bereitschaft, Anlaufstellen für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe einzurichten und längerfristig abzusichern. Ein fortschrittliches Förderverständnis besteht in größeren Städten. Auch der Anteil in der größeren Gruppe der Kommunen mit 10.000 bis 100.000 Einwohnern ist hoch, gefolgt von den Kreisen mit einem Drittel. 46 % der Städten mit 50.000 bis 100.000 Einwohnern haben ein fortschrittliches Förderverständnis.
- 35 % der Kommunen bewerten die meisten Ziele der Engagementförderung eher zurückhaltend, sie **zeichnen sich durch ein abwartendes Förderverständnis aus**.



**Abb. 2.3: Kommunen mit unterschiedlichem Förderverständnis**

	Förderverständnis		
	fortschrittlich	abwartend	traditionell
Ziele der Engagementförderung („sehr wichtig“)	41%	35%	24%
- Mitverantwortung bei Planungs- und Gestaltungsentscheidungen	84%	51%	11%
- Eigen- und mitverantwortliche Aufgabenübernahme	77%	31%	8%
- Bereitstellung von Ressourcen	74%	23%	8%
- Informations- und Kontaktstelle einrichten und längerfristig absichern	55%	14%	1%
- Kommune mit Anlaufstelle	52%	30%	18%
- Kommune ohne Anlaufstelle	22%	46%	32%

© Quelle: ISAB Köln 2000, Kommunale Umfrage zur Förderung des freiwilligen Engagements (n=317)

- **24 % der Kommunen** bewerten alle Förderziele gering. Ihr **Förderverständnis** lässt sich als **traditionell** charakterisieren. Diese Kommunen sehen es zu 33 % als unwichtig an, Ressourcen für freiwilliges Engagement bereitzustellen und zu 85 % als unwichtig, eine Anlaufstelle für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe zu unterstützen. In letzterem folgen ihnen auch 40 % der „Abwartenden“.

**Kommunen mit Anlaufstellen für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe sind nicht nur besonders engagementfreundlich. Ihre Bereitschaft, Ressourcen für Projekte, Initiativen und Vereine bereitzustellen** sowie beim Ausbau der Anlaufstellen Prioritäten zu setzen, ist größer als in Kommunen ohne Anlaufstellen.

Regional gesehen, gibt es zwischen den Bundesländern ein Nord-Süd- und ein Ost-West-Gefälle. Bezogen auf die größeren Bundesländer gibt es in Baden-Württemberg und Hessen mehr Kommunen mit fortschrittlichem Förderverständnis als in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen. In den neuen Ländern und Berlin gibt es mit 42 % mehr Kommunen mit abwartendem Förderverständnis, bei den Kommunen mit fortschrittlichem Förderverständnis bleiben sie deutlich hinter den Kommunen der alten Länder zurück.

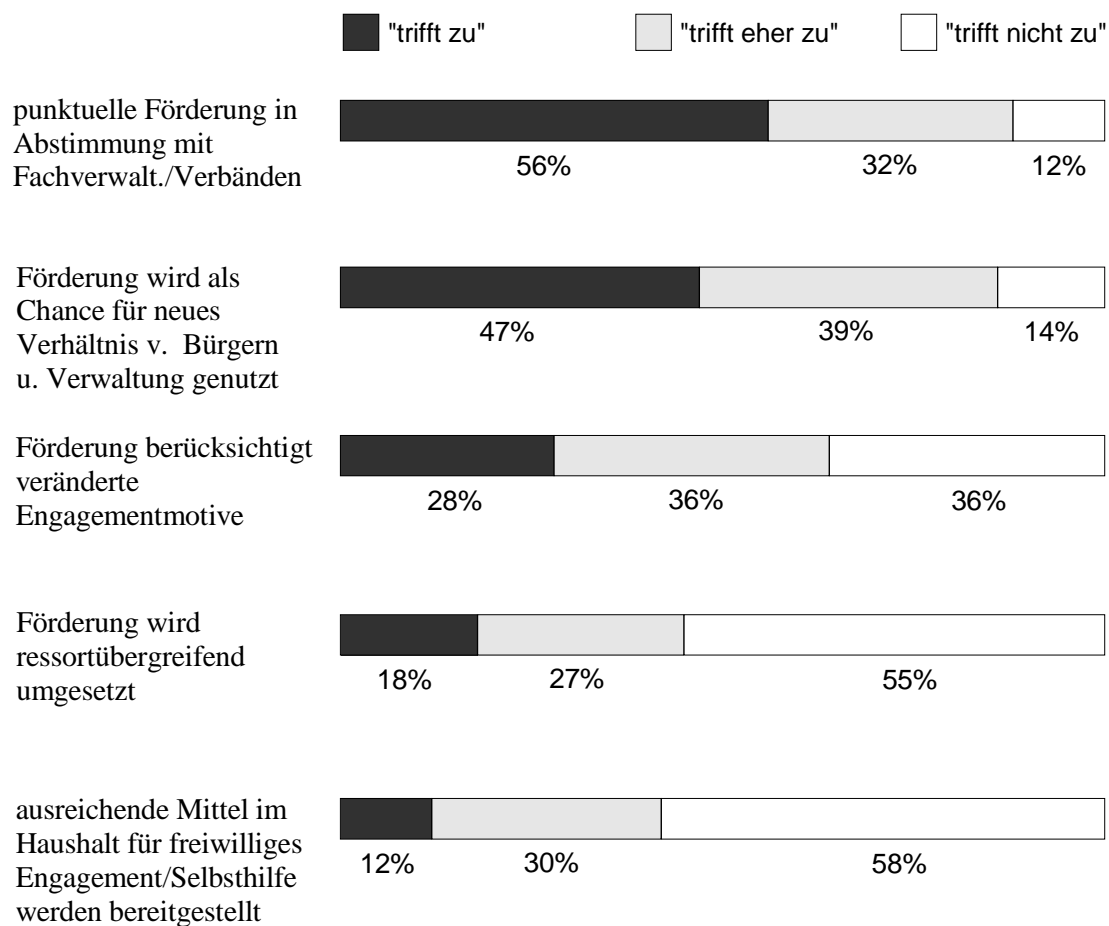
Trotz der hohen Akzeptanz, die Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements als wichtige Aufgabe zu sehen, und trotz der fortschrittlichen Förderziele, wird die **bisherige Förderpraxis** selbstkritischer beurteilt. Hierzu wurden den Kommunen eine Reihe von Statements vorgelegt, die wesentliche Eckpfeiler kommunaler Engagementförderung betreffen (vgl. **Abb. 2.4** und **Abb. 2.5**). Danach bestätigen 88 % der Kommunen, dass ihre kommunale Engagementförderung überwiegend traditionell ausgerichtet ist, dass diese punktuell erfolgt, in Abstimmung mit Fachverwaltungen und Verbänden. Lediglich 18 % geben an, dass die Förderung bereits ressortübergreifend umgesetzt wird.

In knapp der Hälfte der Kommunen wird die Förderung des freiwilligen Engagements bereits als Chance für ein neues Verhältnis von Verwaltung und Bürgern genutzt. Bei 40 % der Kommunen ist dies zumindest teilweise der Fall. Viele Kommunen beginnen über das herkömmliche Verständnis der Engagementförderung hinauszugehen. Es gibt die Bereitschaft, sich der Vorstellung einer neuartigen Bürgerorientierung anzunähern, die eine neue Qualität im Verhältnis von Bürger/innen und Verwaltung anstrebt. Diese Bürgerorientierung beinhaltet ein

erweitertes Verständnis des freiwilligen Engagements, d. h. eine verstärkte und umfassendere Beteiligung der Bürger/innen an Entscheidungsprozessen und an der Aufgabenerfüllung in den Kommunen, wie es die KGST herausgestellt hat.<sup>3</sup>

### Abb. 2.4: Kommunale Förderpraxis des freiwilligen Engagements

*Treffen folgende Aussagen auf die Förderpraxis des freiwilligen Engagements, des Ehrenamtes, des bürgerschaftlichen Engagements und der Selbsthilfe in Ihrer Kommune zu?*



© Quelle: ISAB Köln 2000, Kommunale Umfrage zur Förderung des freiwilligen Engagements (n=317)

<sup>3</sup> vgl. Braun, Joachim/ Bischoff, Stefan (1998)

Schwächer fällt die Zustimmung der Kommunen aus, wenn es um die Frage der Ressourcen für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe in den kommunalen Haushalten geht. Lediglich 12 % der Kommunen sind der Meinung, dass ausreichende Mittel im Haushalt für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe bereitgestellt werden. 30 % von ihnen äußern sich in diesem Punkt zurückhaltend. 56 % der Kommunen sind der Meinung, dass die bereitgestellten Haushaltsmittel bislang nicht ausreichen.

Die Frage, ob die kommunale Engagementförderung die veränderten Motive der Bürger/innen berücksichtigt, die sich besonders dann engagieren, wenn sie mitbestimmen und eigenverantwortlich handeln können und Spaß am Engagement haben, wird von den Kommunen geteilt beantwortet. 28 % der Kommunen berücksichtigen die gewandelten Engagementmotive, in jeweils 36 % der Kommunen ist das eher oder nicht der Fall.

**Zwischen der neuen Bürgerorientierung, der ressortübergreifenden Förderung, der Berücksichtigung gewandelter Engagementmotive und der ausreichenden Mittelbereitstellung besteht ein hoher Zusammenhang.** Die Förderpraxis der Kommunen wird stark durch deren Förderverständnis geprägt (vgl. **Abb. 2.5**). 61 % der Kommunen mit fortschrittlichem Förderverständnis sehen die Engagementförderung in besonderem Maße als Chance, eine neue Qualität des Verhältnisses zwischen Bürger/innen und Verwaltung zu erreichen, was nur auf 22 % der Kommunen mit traditionellem Förderverständnis zutrifft. Das Ziel einer neuen Bürgerorientierung der Verwaltung und einer neuen mitverantwortlichen Rolle der Bürger/innen, kommt damit in der Kommuntypologie deutlich zum Ausdruck. Allerdings dominiert auch bei fortschrittlichen Kommunen noch die traditionelle ressort- und organisationsabhängige Förderung, die durch neue Vorgehensweisen ergänzt wird. Vielen Kommunen fällt es schwer, fortschrittliche Ziele umzusetzen, besonders wenn es um die ressortübergreifende Förderung geht. Hierauf kann sich das neue Steuerungsmodell ungünstig auswirken, da es die Selbstständigkeit der Verwaltungseinheiten fördert. Das mag betriebswirtschaftlich sinnvoll sein, erschwert jedoch die Einbindung engagementbereiter Bürger/innen in neue Verantwortungsrollen der Mitwirkung an kommunalen Gestaltungsprozessen. Obwohl in größeren Städten bereits mehr Anlaufstellen für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe unterstützt werden, sind sie nicht der Meinung, dass bereits ausreichende Mittel für die Information und den Zugang zum freiwilligen Engagement bereitgestellt werden.



Rückschlüsse auf die kommunalen Möglichkeiten der Engagementförderung und das Förderverständnis der Kommunen lassen sich aus den Antworten auf einen Fragenkomplex gewinnen, in dem sechs Einflussfaktoren für das freiwillige Engagement angesprochen werden. Diese beziehen sich auf Faktoren, die das Verwaltungshandeln betreffen, aber auch auf solche, die außerhalb der Einflussmöglichkeiten der Verwaltung liegen (vgl. **Abb. 2.6**).

Die Kommunen sind mehrheitlich der Auffassung, dass Verbände und Einrichtungen bereit sind, dem freiwilligen Engagement der Bürger/innen einen angemessenen Raum zu geben. Nur wenige sind der Meinung, dass dies nicht zutrifft. Widersprüchlicher fällt das Votum der Städte mit über 400.000 Einwohnern aus. Dort kontrastieren Zustimmung (46 %) und Ablehnung (15 %) viel deutlicher, als in den anderen Gemeindegrößen (40 % vs. 8 %). Insgesamt bescheinigen die Kommunen nichtkommunalen Trägern und Akteuren damit eine hohe Engagementfreundlichkeit.

Auch den engagierten bzw. engagementbereiten Bürger/innen trauen die Kommunen mehrheitlich mehr an Wirkungsmöglichkeiten und Problemlösungskapazitäten zu als ihnen bislang eingeräumt wird. Rund ein Drittel der Kommunen sieht allerdings in den Reglementierungen keine Einschränkung für die Handlungsmöglichkeiten der Bürger/innen. Die Mehrheit der Kommunen bzw. der kommunalen Verwaltungen hat nach eigener Einschätzung ein partnerschaftliches Verhältnis zu ihren engagierten Bürger/innen und behandeln diese nicht als bloße Klienten. In Städten mit über 400.000 Einwohnern werden stärkere Zweifel an dieser Partnerschaftlichkeit geäußert als in kleineren Städten und Kreisen.

Die positive Bewertung der Verbände, Einrichtungen und Bürger/innen sowie die positive Selbstbewertung der Kommunen hinsichtlich des eigenen Umgangs mit den Bürger/innen relativieren sich, wenn es um Verbesserung kommunaler Unterstützungsmöglichkeiten für freiwilliges Engagement durch das verwaltungsinterne Handeln geht. Der Aussage, dass Ämter und Fachabteilungen bereit seien, an die Bürger/innen Kompetenzen abzugeben, um diesen neue Verantwortungsrollen zu ermöglichen, stimmen nur wenige Kommunen ungeteilt zu. 40 % der Kommunen können sich eine solche Verantwortungsübertragung vorstellen. Die andere Hälfte der Kommunen bringt klar zum Ausdruck, dass in ihrer Kommune eine solche Bereitschaft nicht vorhanden ist.

**Abb. 2.6: Einflussfaktoren für das freiwillige Engagement in Kommunen mit unterschiedlicher Einwohnerzahl**

<i>Unterschiedliche Faktoren beeinflussen das freiwillige Engagement, das Ehrenamt und die Selbsthilfe der Bürger/innen: Wie schätzen Sie die Situation in Ihrer Kommune ein?</i>		Städte mit ...			Kreise
		10.- 100.000 EW	100.- 400.000 EW	über 400.000 EW	
Verbände und Einrichtungen sind bereit, dem freiwilligen Engagement der Bürger/innen einen angemessenen Raum zu geben	trifft zu	40%	40%	46%	40%
	trifft eher zu	52%	58%	39%	52%
	trifft nicht zu	8%	2%	15%	8%
Die Ämter und Fachabteilungen der Verwaltung sind bereit, Kompetenzen abzugeben, um den Bürger/innen neue Verantwortungsrollen zu ermöglichen	trifft zu	18%	2%	15%	12%
	trifft eher zu	38%	42%	39%	36%
	trifft nicht zu	44%	56%	46%	52%
Die Bürger/innen könnten mit ihrem Engagement und ihren Fähigkeiten größere Wirkungen erzielen und Probleme besser lösen, wenn sie nicht durch Reglementierungen eingeschränkt würden	trifft zu	16%	16%	17%	28%
	trifft eher zu	48%	51%	67%	38%
	trifft nicht zu	36%	33%	16%	34%
Die Verwaltung informiert Bürger und Vereine hinreichend über Zuständigkeiten und Entscheidungsstrukturen	trifft zu	27%	15%	15%	22%
	trifft eher zu	57%	47%	31%	57%
	trifft nicht zu	16%	38%	54%	21%
Führungskräfte und Mitarbeiter/innen der Verwaltung sind für den Umgang mit freiwillig engagierten Bürger/innen und Vereinen qualifiziert	trifft zu	18%	13%	0%	22%
	trifft eher zu	52%	47%	46%	40%
	trifft nicht zu	30%	40%	54%	38%
Freiwillig engagierte Bürger/innen werden von der Verwaltung als Klienten und nicht als Partner wahrgenommen	trifft zu	4%	2%	8%	4%
	trifft eher zu	22%	27%	39%	29%
	trifft nicht zu	74%	71%	54%	67%
© Quelle: ISAB Köln 2000, Kommunale Umfrage zur Förderung des freiwilligen Engagements (n=317)					

Eingeschränkte Zustimmungen dominieren, wenn es darum geht, ob die Verwaltung ihre Bürger/innen hinreichend über ihre Zuständigkeiten und Entscheidungsstrukturen aufklärt. Negative Aussagen über die Transparenz von Zuständigkeiten und Entscheidungsstrukturen nehmen von den kleinen Städten über die mittleren zu den großen Städten zu.

Die Hoffnung auf eine rasche Veränderung der kommunalen Engagementförderung wird in Frage gestellt, wenn man die Antworten der Kommunen auf die Frage nach den Qualifikationen von Führungskräften und Mitarbeiter/innen der Verwaltung im Umgang mit engagierten Bürger/innen und Vereinen betrachtet. Lediglich ein Fünftel der Kommunen ist uneingeschränkt der Auffassung, ihre Verwaltungsmitarbeiter/innen seien hierfür qualifiziert. Knapp die Hälfte der Kommunen halten ihre Führungskräfte und Mitarbeiter nur eingeschränkt für den Umgang mit Freiwilligen für qualifiziert. 32 % der Kommunen konstatieren eine diesbezüglich fehlende Qualifikation.

In den meisten Kommunen ist man sich bewusst, dass Bürgerengagement durch intransparente Zuständigkeits- und Entscheidungsstrukturen in der Verwaltung erschwert wird. Fortschrittliche Kommunen zeichnen sich durch eine höhere Bereitschaft aus, den Bürger/innen Freiräume für Verantwortungsrollen einzuräumen und Kompetenzen an die Bürger/innen abzugeben (vgl. **Abb. 2.7**). Nur 35 % von ihnen lehnen die Abgabe von Kompetenzen an die Bürger/innen ab. Verwaltungen, die bereit sind, Kompetenzen abzugeben, gestalten ihr Verhältnis zu den Bürger/innen partnerorientierter als Kommunen, die sich hiermit schwerer tun.

### ***Diskrepante Einschätzungen von Kommunen und Anlaufstellen für freiwilliges Engagement***

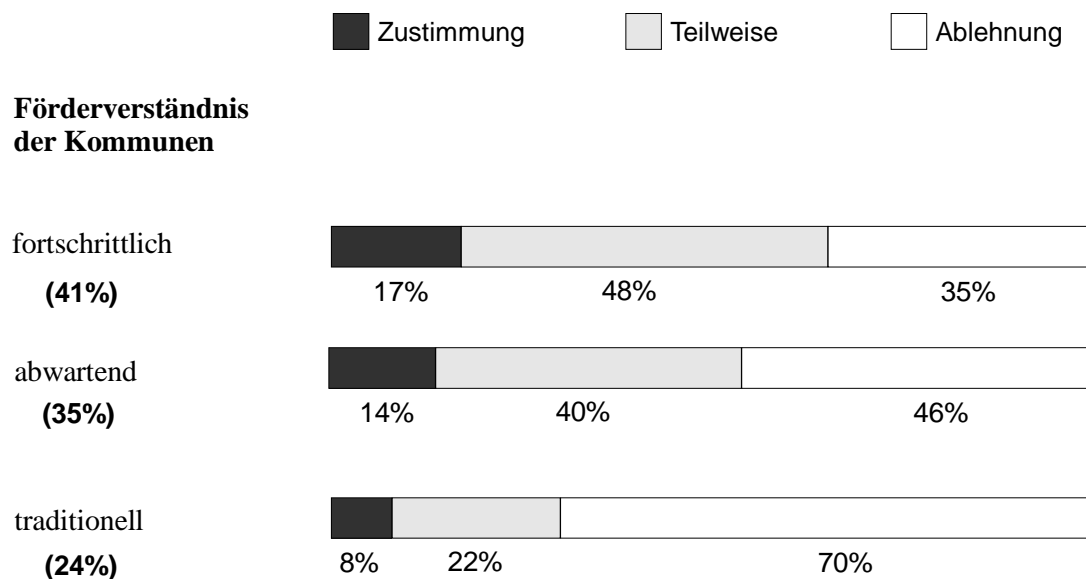
Verbände und Einrichtungen, die das freiwillige Engagement und die Selbsthilfe in der Kommune beeinflussen, werden von den Anlaufstellen für freiwilliges Engagement besser beurteilt als die Kommunalverwaltung. 29 % der Anlaufstellen sind uneingeschränkt und 55 % eingeschränkt der Meinung, dass Verbände und Einrichtungen dem freiwilligen Engagement der Bürger/innen angemessenen Raum geben. Ein Kritikpotenzial besteht besonders bei den verbandsnahen Freiwilligenagenturen. Die Seniorenbüros dagegen beurteilen Verbände und Einrichtungen günstiger. Die Kommunen stellen den Verbänden und Einrichtungen ein positiveres Zeugnis aus als die Anlaufstellen. Die Anlaufstellen als Vermitt-



lungs- und Beratungsakteure von engagierten Bürger/innen beurteilen Verbände und Einrichtungen insgesamt kritischer.

### Abb. 2.7: Bereitschaft der Kommunen zur Abgabe von Kompetenzen an die Bürger/innen

*Die Ämter und Fachabteilungen der Verwaltung sind bereit, Kompetenzen abzugeben, um den Bürger/innen neue Verantwortungsrollen zu ermöglichen*



© Quelle: ISAB Köln 2000, Kommunale Umfrage zur Förderung des freiwilligen Engagements (n=317)

Sowohl Anlaufstellen, als auch Kommunen haben ein Bewusstsein dafür entwickelt, dass das Bürgerengagement und seine Wirksamkeit durch bürokratische Strukturen eingeschränkt wird. Die Seniorenbüros nähern sich wie bei der Beurteilung der Verbände und Einrichtungen der positiveren Meinung der Kommunen an. Insbesondere in Städten über 400.000 Einwohner werden Reglementierungen von den Anlaufstellen kritisiert.

Wenn 79 % der Kommunen der Meinung sind, ihre Verwaltung informiere Bürger/innen und Vereine hinreichend über Zuständigkeiten und Entscheidungsstrukturen aber nur 39 % der Anlaufstellen, müssen sich die Verwaltungen fragen

lassen, ob sie ihre Transparenz nicht überschätzen. Vermutlich würden Bürgerbefragungen zu ähnlichen Einschätzungen gelangen wie die der Anlaufstellen. Das Empfinden der Undurchschaubarkeit der Verwaltungsbürokratie ist in der Bevölkerung weit verbreitet.

Immerhin sind sich in dieser Frage auch die Kommunen gewisser Defizite bewusst, indem sie ihre Transparenz für Bürger/innen und Vereine zum größten Teil nur eingeschränkt positiv beurteilen. Wiederum nähern sich die Seniorenbüros an die Urteile der Kommunen an. Sie urteilen mit 50 % Zustimmung dennoch kritischer als die Kommunen. Auch in Anlaufstellen, die in kleineren Städten aktiv sind, wird die Transparenz der Verwaltungsstrukturen besser beurteilt.

Eine Kontroverse zwischen Kommunen und Anlaufstellen entspinnt sich bei der Beurteilung des Umgangs der Verwaltung mit engagierten Bürger/innen. Während die Anlaufstellen zu 63 % die Bürger/innen von der Verwaltung als Klienten behandelt sehen, meinen 72 % der Kommunen, sie würden diese partnerschaftlich behandeln. Anlaufstellen in kleineren Städten stellen der Verwaltung ein besseres Zeugnis aus und sprechen dieser zu 49 % einen partnerschaftlichen Umgang mit engagierten Bürger/innen zu.

Bezüglich der Frage, ob die Verwaltung bereit sei, Kompetenzen abzugeben, um Bürger/innen neue Verantwortungsrollen zu ermöglichen, haben die Anlaufstellen größere Zweifel als die Kommunen. Trotz der teils kontroversen Meinungen der Anlaufstellen und der Kommunen zu den Einflussfaktoren für freiwilliges Engagement sind die Antwortstrukturen ähnlich. Die Eröffnung neuer Verantwortungsspielräume für Bürger/innen und eine Abgabe von Kompetenzen, Verwaltungstransparenz und Engagement unterstützende Verwaltungsmitarbeiter/innen werden in Kommunen und Anlaufstellen mit der Behandlung von Bürger/innen als Klienten für unvereinbar gesehen.

Ein Unterschied zwischen Anlaufstellen und Kommunen liegt darin, dass sich die Kommunen die Überregulierung, die Bürger/innen an einem wirksameren Engagement hindere, nicht zurechnen. Sie sehen die Ursachen für Überregulierungen mehr in Landes- oder Bundesgesetzen oder den Gepflogenheiten in Organisationen. Um kritische Sichtweisen konstruktiv zu nutzen, um Schwachstellen in der Transparenz abzubauen, sollte ein enger Meinungsaustausch zwischen Kommunen und Anlaufstellen erfolgen.

## 2.2 Maßnahmen – Instrumente – Ressortzuständigkeiten für Engagementförderung

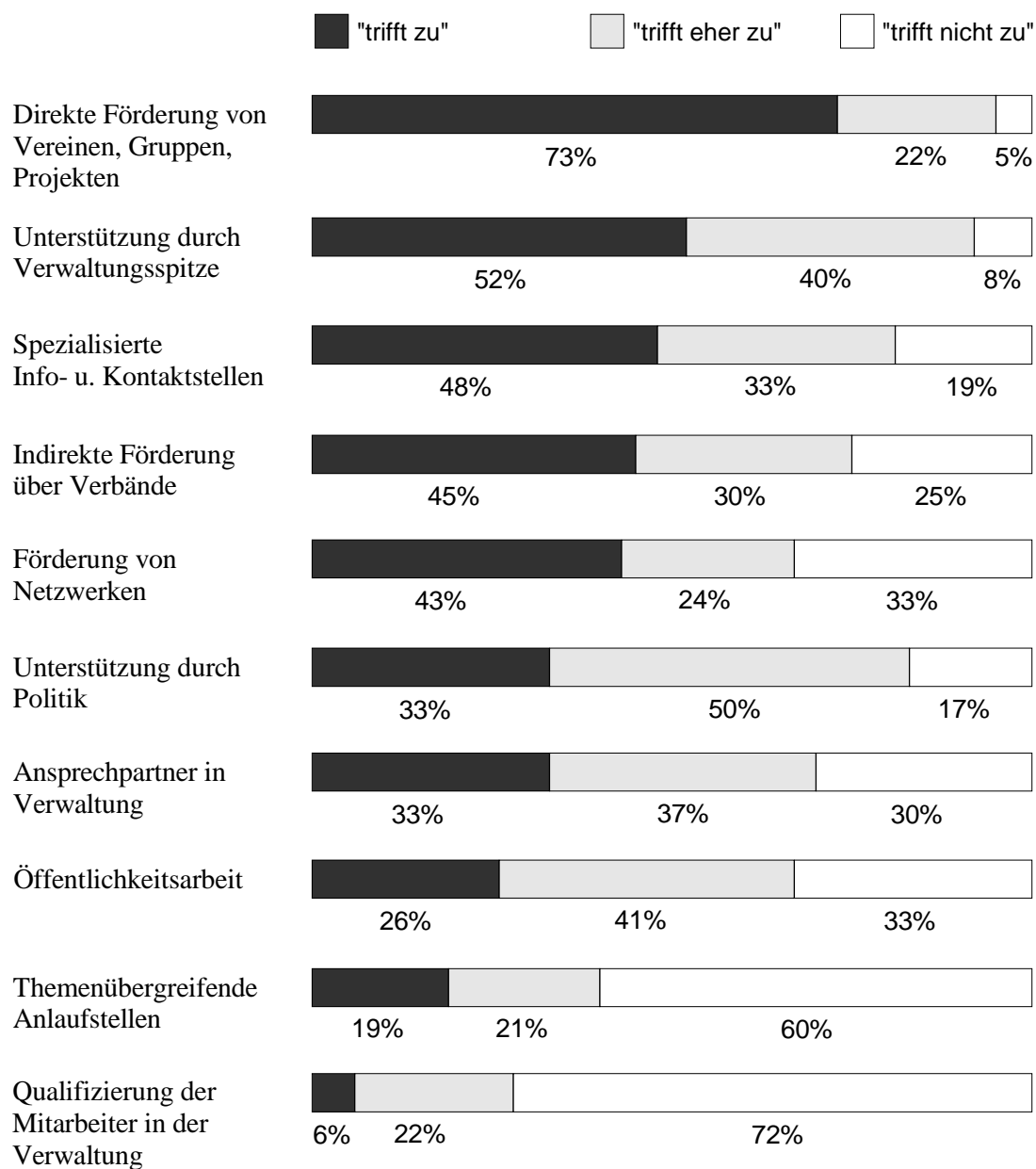
Die Kommunen setzen zur Förderung des freiwilligen Engagements eine Vielzahl unterschiedlicher Instrumente und Verfahren ein. Das **Spektrum der Engagement fördernden Maßnahmen** wird in **Abb. 2.8** und **Abb. 2.9** erkennbar:

- Es dominiert die direkte Förderung von Vereinen, Gruppen und Projekten. In 73 % der Kommunen ist das der Fall. Es besteht keine Abhängigkeit von der Stadtgröße, nur die Kreise sind etwas zurückhaltender.
- Mehr als die Hälfte der Kommunen unterstützt das freiwillige Engagement und die Selbsthilfe durch die Verwaltungsspitze, insbesondere in kleineren Städten und in den Kreisen.
- 45 % der Kommunen fördern freiwilliges Engagement auf indirektem Wege über Verbände.
- 43 % fördern netzwerkartige Aktivitäten, etwa in der Stadtteilarbeit, im „Agenda-21-Prozess“ oder im „Gesunde Städte Netzwerk“. Diese haben in den größeren Städten höhere Bedeutung, weil erhöhter Vernetzungsbedarf besteht.
- In 33 % der Kommunen gibt es bereits Ansprechpartner für freiwilliges Engagement in der Verwaltung. Die Kreise liegen dabei an der Spitze, gefolgt von den Städten über 400.000 Einwohnern.
- Bei der Unterstützung durch die Politik sind die Unterschiede zwischen den Kommunen nicht so groß. Die Unterstützung durch die Politik bleibt in allen Größenklassen hinter der Unterstützung durch die Verwaltungsspitze zurück, besonders in den Kreisen und den Städten bis zu 100.000 Einwohnern.
- Eine Engagement unterstützende Öffentlichkeitsarbeit zur Schaffung eines engagementfreundlichen Klimas wird erst in einem Viertel der Kommunen praktiziert.
- Die Förderung des freiwilligen Engagements und der Selbsthilfe der Bürger/innen durch eine Engagement unterstützende Infrastruktur, die der inhaltlichen und organisatorischen Vielfalt des Engagementsektors gerecht wird, steht in vielen Kommunen erst am Anfang. Lediglich 19 % der Kommunen unterstützen bisher themenübergreifende Anlaufstellen für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe. Dies deckt sich mit den Ergebnissen der von ISAB durchgeführten Bestandsaufnahme<sup>4</sup> (vgl. Kap. 3.1). Anders sieht das Bild in Großstädten aus, wo 54 % themenübergreifende Anlaufstellen für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe unterstützen.

<sup>4</sup> Ein vollständiges Verzeichnis der Selbsthilfekontaktstellen, Freiwilligenagenturen und Seniorenbüros findet sich auf der ISAB-Homepage [www.isab-institut.de](http://www.isab-institut.de).

## Abb. 2.8: Maßnahmen der Engagementförderung in Kommunen

*Durch welche Maßnahmen wird das freiwillige Engagement, das Ehrenamt und die Selbsthilfe derzeit unterstützt?*



© Quelle: ISAB Köln 2000, Kommunale Umfrage zur Förderung des freiwilligen Engagements (n=317)

Ob die Anlaufstellen der angesprochenen Vielfalt und den an sie gestellten Aufgaben tatsächlich gerecht werden, ist auch von ihren sachlichen, finanziellen und personellen Ressourcen abhängig (vgl. Kap. 3).

- Weiter verbreitet sind dagegen Beratungsstellen für Teilbereiche wie Sucht oder einzelne Zielgruppen wie Frauen und Jugendliche, die in gut der Hälfte der Kommunen gefördert werden.
- Das Schlusslicht Engagement unterstützender Maßnahmen in Kommunen spielt die Qualifizierung der Mitarbeiter/innen der Verwaltung, die mit Freiwilligenorganisationen und freiwillig engagierten Bürger/innen zusammenarbeiten. Lediglich 6 % der Kommunen haben bisher Anstrengungen unternommen, um Führungskräfte und Mitarbeiter/innen der Verwaltungen besser zur Engagementförderung zu befähigen.

Insgesamt lassen die **zehn Aussagen zu den kommunalen Fördermaßnahmen** zwei typische Antwortmuster erkennen, die als **kontrastierende Förderstrategien** interpretiert werden können: eine neuartige und eine traditionelle Förderstrategie.

Die derzeit noch wenig verbreitete neuartige Strategie ist gekennzeichnet durch die Unterstützung themenübergreifender Anlaufstellen für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe. Eng damit korrespondiert die Unterstützung freiwilligen Engagements durch Ansprechpartner/innen in der Verwaltung sowie eine engagementfreundliche Öffentlichkeitsarbeit. Auch die Qualifikationsanstrengungen, um Führungskräfte und Mitarbeiter/innen der Verwaltungen besser zur Engagementförderung zu befähigen, sind Teil dieser Strategie. Ergänzt wird die Sonderstellung der „Fortschrittlichen“ durch eine stärkere ausgeprägte Förderung verzweigender Unterstützungsformen.

Von der neuartigen Strategie der Engagementförderung setzt sich die traditionelle, ressortpolitisch orientierte Förderstrategie ab. Diese Strategie ist bislang vorherrschend. Ihr Kern besteht in der überwiegenden, indirekten Förderung des Engagements, vermittelt über die Wohlfahrtsverbände und der direkten Förderung von Vereinen. Sie wird begleitet durch die Unterstützung spezialisierter Kontakt- und Beratungsstellen. Kommunen mit fortschrittlichem Förderverständnis praktizieren die neuartige Förderstrategie häufiger (vgl. **Abb. 2.9**). Die vier Hauptmerkmale dieser Förderstrategie unterscheiden fortschrittliche Kommunen im Verständnis der Engagementförderung von denjenigen der eher traditionell ausgerichteten Kommunen. Als Zwischenfazit ist festzuhalten, dass die

**Abb. 2.9**

traditionellen Maßnahmen der Engagementförderung in den meisten Kommunen aufgrund einer gewachsenen Förderkultur vorherrschend sind. In den Kommunen mit fortschrittlichem Förderverständnis werden traditionelle Förderstrategien nicht ersetzt, sondern durch neue Maßnahmen und Strategien ergänzt.

### ***Kommunale Fördermaßnahmen aus Sicht von Kommunen und Anlaufstellen für freiwilliges Engagement***

Maßnahmen der Engagementunterstützung, die in der Verantwortung der Kommunen liegen, werden von den Anlaufstellen kritischer als von diesen selbst gesehen. Einige Unterschiede zwischen Kommunen und Anlaufstellen gehen darauf zurück, dass die Kommunen einzelne Unterstützungsmaßnahmen positiver bewerten als die Anlaufstellen, z. B. die indirekte Förderung des freiwilligen Engagements über Wohlfahrtsverbände und bei der direkten Unterstützung von Vereinen und Gruppen. Bei der Unterstützung von Netzwerken scheint es der Fall zu sein, dass die Anlaufstellen sich die Unterstützungsaktivitäten teilweise auch selbst zurechnen.

Bezüglich der Unterstützung des freiwilligen Engagements und der Selbsthilfe durch die Politik und durch die Verwaltungsspitze sind die Anlaufstellen kritischer und weisen stärker als die Kommunen auf Defizite hin. Z. B. sehen die Anlaufstellen die Unterstützung durch die Politik zu 40 % als eher nicht vorhanden an, im Unterschied zu 17 % der Kommunen. Fehlende Unterstützung durch die Verwaltungsspitze bemängeln 33 % der Anlaufstellen, aber nur 8 % der Kommunen. Skepsis bei den Anlaufstellen gibt es bei der Frage, ob Ansprechpartner in der Verwaltung das freiwillige Engagement und die Selbsthilfe unterstützen.

Weitgehend Konsens besteht in der Frage, ob Führungskräfte und Mitarbeiter/innen der Verwaltung für die Unterstützung des freiwilligen Engagements und der Selbsthilfe qualifiziert werden. Die Kommunen gehen zu 72 % davon aus, das wäre eher nicht der Fall, was auch 73 % der Anlaufstellen so sehen. Ein Konsens besteht auch in der Frage, ob in der Kommune Öffentlichkeitsarbeit zur Schaffung eines engagementfreundlichen Klimas geleistet wird. 33 % ablehnenden Meinungen bei den Kommunen stehen 39 % bei den Anlaufstellen gegenüber.

Da, wo sich die Anlaufstellen indirekt selbst bewerten, werden günstigere Urteile als von den Kommunen abgegeben. Das betrifft vor allem die Frage, ob in der Kommune themenübergreifende Anlaufstellen für freiwilliges Engagement und

Selbsthilfe unterstützt werden, womit die Anlaufstellen indirekt auch ihre Ausrichtung oder die anderer Anlaufstellen einschätzen. Zu 33 % erfolgt eine uneingeschränkte Zustimmung seitens der Anlaufstellen, was bei den Kommunen nur zu 19 % der Fall ist (in Kommunen mit Anlaufstellen immerhin zu 28 %). Solche Bewertungen zur themenübergreifenden Ausrichtung der Anlaufstellen werden häufiger von Selbsthilfekontaktstellen abgegeben, durchschnittlich von Freiwilligenagenturen (30 %) und weniger von Seniorenbüros (18 %), die ihre seniorenbetonte Ausrichtung damit angemessen einschätzen.

### ***Instrumente der Verwaltung zur Förderung des freiwilligen Engagements***

**Abb. 2.10** gibt einen Überblick über die Instrumente der Verwaltung zur Unterstützung des freiwilligen Engagements. Die vorparlamentarische Bürgerbeteiligung ist nach Einschätzung der Kommunen weithin etabliert. Alle großen Städte praktizieren solche Formen. Besondere Ereignisse und Veranstaltungen für engagierte Bürger/innen sowie regelmäßige Ehrungen engagierter Bürger/innen stehen ebenfalls ganz oben auf der Agenda der Engagementförderung der Stadt- und Kreisverwaltungen.

Preisverleihungen an Vereine, Gruppen und Projekte sind nicht so weit verbreitet (53 %) und werden besonders in Großstädten weniger durchgeführt (38 %). Dafür organisieren die mittleren und die großen Städte über 400.000 Einwohner häufiger Selbsthilfe- und Gesundheitstage sowie Engagementbörsen, was in kleinen Städten und Kreisen wiederum weniger der Fall ist.

Zur Mittelbereitstellung, den partizipatorischen Angeboten und öffentlichen Veranstaltungen kommen die medialen Förderaktivitäten, die allerdings nicht überall eingesetzt werden. 55 % der Kommunen geben Broschüren über Vereine und Gruppen heraus oder finanzieren diese. Hier sind Städte mit über 100.000 Einwohnern aktiver als Kleinstädte und Kreise. In Zeitungen weisen 51 % der Kommunen regelmäßig auf freiwilliges Engagement hin, Kreise mehr als Städte.



### Abb. 2.10: Instrumente der Verwaltung zur Unterstützung des freiwilligen Engagement

Wie wird das freiwillige Engagement, das Ehrenamt und die Selbsthilfe derzeit von Ihrer Verwaltung unterstützt?

		Städte mit...			
		10.- 100.000 EW	100- 400.000 EW	über 400.000 EW	Kreise
<i>Vorparlamentarische Bürgerbeteiligung</i>	83%	79%	95%	100%	82%
<i>Besondere Veranstaltungen</i>	82%	81%	93%	92%	74%
<i>Regelmäßige Ehrungen</i>	76%	75%	79%	76%	75%
<i>Broschüren über Vereine, Gruppen</i>	55%	52%	70%	85%	46%
<i>Preisverleihungen</i>	53%	51%	56%	38%	58%
<i>Hinweise in Zeitungen</i>	51%	49%	51%	38%	62%
<i>Selbsthilfetage, Freiwilligenbörsen</i>	45%	37%	77%	76%	40%
<i>Laufende Berichte</i>	34%	34%	33%	7 %	40%
<i>Qualifikations- maßnahmen</i>	29%	25%	35%	69%	28%
<i>Zukunftswerkstätten</i>	16%	14%	32%	23%	10%
<i>Bürgerbefragungen</i>	12%	9%	23%	38%	10%

© Quelle: ISAB Köln 2000, Kommunale Umfrage zur Förderung des freiwilligen Engagements (n=317)

Qualifikationsmöglichkeiten für Freiwillige fördern 29 % der Kommunen, besonders Städte über 400.000 Einwohner. Eine laufende Berichterstattung über freiwilliges Engagement spielt in Kreisen eine stärkere Rolle als in Städten. Großstädte bedienen sich eher der Bürgerbefragung, um die Situation des freiwilligen Engagements und der Selbsthilfe in der Kommune einzuschätzen. Zukunftswerkstätten zum freiwilligen Engagement werden besonders in Städten zwischen 100.000 bis 400.000 Einwohnern unterstützt.

Bereichsübergreifende Förderrichtlinien gibt es in 40 % der Kommunen. Förderlinien, die sich nur auf einzelne Bereiche beziehen, werden in 38 % der Kommunen eingesetzt.

Welche Instrumente zur Engagementunterstützung setzen Kommunen mit unterschiedlichem Förderverständnis ein? Die Kommunen unterscheiden sich wenig bei der direkten Mittel- und Zuschussvergabe an Vereine und Gruppen, regelmäßigen Ehrungen engagierter Bürger/innen, bei Preisverleihungen und der Organisation besonderer Veranstaltungen und Ereignisse für Freiwillige. Solche Instrumente zur Unterstützung des freiwilligen Engagements sowie die z. T. vorparlamentarische Einbeziehung der Bürger/innen sind überall verbreitet.

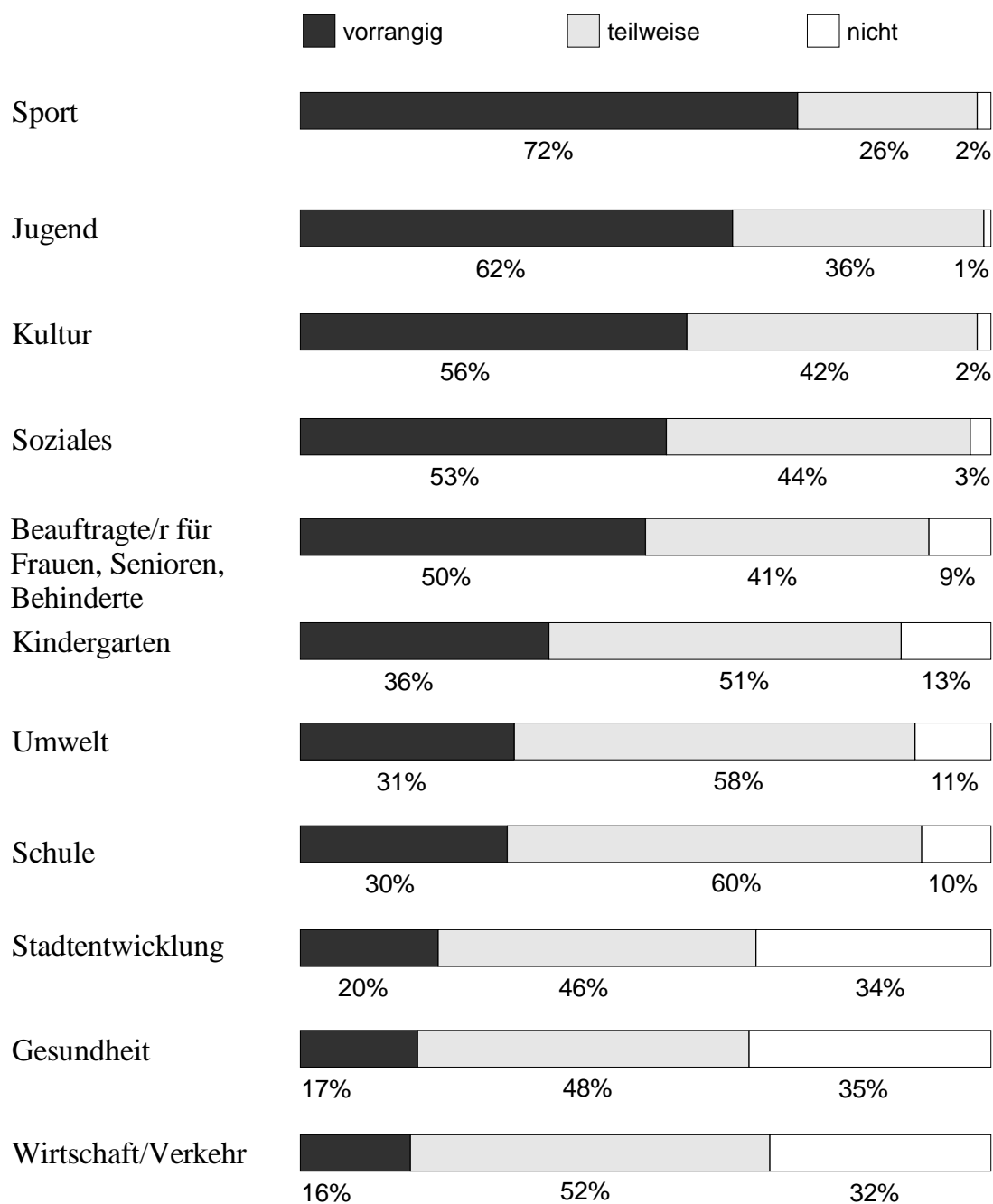
Kommunen mit fortschrittlichem Förderverständnis unterscheiden sich von den anderen Kommunen dadurch, dass sie eine Reihe von Instrumenten der Engagementförderung einsetzen, die über die gängigen Verfahren hinausgehen. Zu nennen sind die Herausgabe und Finanzierung von Broschüren über Vereine und Gruppen, die Organisation von Selbsthilfetagen, Engagementbörsen sowie Qualifizierungsmaßnahmen für Freiwillige. 44 % der fortschrittlichen Kommunen fördern solche Instrumente. Auch bislang wenig eingesetzte Instrumente wie die laufende Berichterstattung über den Freiwilligensektor, Zukunftswerkstätten und Bürgerbefragungen, werden von Kommunen mit fortschrittlichem Förderverständnis stärker genutzt als von anderen.

### ***Zuständigkeit in der Verwaltung für die Förderung des freiwilligen Engagements***

Viele Ämter bzw. Fachabteilungen der Verwaltung sind mit Fragen der Förderung des freiwilligen Engagements in ihrer Kommune befasst, wenn auch in unterschiedlichem Umfang (vgl. **Abb. 2.11**). Ämter und Fachabteilungen, die für Sport zuständig sind, fördern zu 72 % vorrangig freiwilliges Engagement.

### Abb. 2.11: Ämter und Fachabteilungen, die freiwilliges Engagement fördern

*Welche Ämter bzw. Fachabteilungen Ihrer Verwaltung fördern das freiwillige Engagement und die Selbsthilfe in Ihrer Kommune?*



© Quelle: ISAB Köln 2000, Kommunale Umfrage zur Förderung des freiwilligen Engagements (n=317)

Dem folgt der Jugendbereich mit 62 % vorrangiger Förderung. Fachabteilungen, die sich mit Kultur befassen, und Fachabteilungen für Soziales fördern zu 56 % bzw. 52 % vorrangig freiwilliges Engagement. Fachabteilungen für Soziales und Gesundheit sind für die Engagementförderung der mittelgroßen und großen Städten besonders wichtig. Auch Beauftragte für Frauen, Senioren und Behinderte fördern freiwilliges Engagement und Selbsthilfe.

46 % der Kommunen haben feste Ansprechpartner für die Unterstützung des freiwilligen Engagements, in weiteren 8 % sind Ansprechpartner/innen geplant. 71 % der Großstädte geben an, dass sie feste Ansprechpartner/innen für freiwilliges Engagement haben.

In 11 % der Kommunen setzt sich ein stadtübergreifendes Gremium für die Förderung des freiwilligen Engagements ein, besonders in Städten mit über 100.000 Einwohnern. 24 % der Kommunen haben mehrere Gremien in verschiedenen Bereichen, die auch freiwilliges Engagement unterstützen. Der Anteil von Kommunen mit solchen Gremien steigt von den Kommunen mit traditionellem Förderverständnis (25 %) über diejenigen mit abwartendem (30 %) zu den mit fortschrittlichem Förderverständnis (45 %) deutlich an.

38 % der Großstädte und 10 % der Städte über 100.000 Einwohner haben einen Stiftungsbeauftragten ernannt.

### ***Förderpraxis aus Sicht der Kommunen und der Anlaufstellen***

Die Anlaufstellen beurteilen die Informations- und Beratungsmöglichkeiten für Bürger/innen, die sich freiwillig engagieren wollen, zum großen Teil als gut und nur zu einem geringen Anteil als schlecht (9 %, teils-teils 27 %). Mehrheitliche positive Bewertungen gibt es in allen Stadtgrößen bzw. in Kreisen, in denen die Anlaufstellen aktiv sind.

Die Anlaufstellen schätzen damit die Informations- und Beratungsmöglichkeiten besser ein als die Kommunen mit Anlaufstellen (gut 38 %) oder die Kommunen ohne Anlaufstellen (gut 14 %). Man kann annehmen, dass die Anlaufstellen in stärkerem Maße Selbsteinschätzungen ihrer Arbeit abgegeben und weniger die Situation in der Kommune insgesamt beurteilt haben.

Die Förderinstrumente der Kommunen (direkte und infrastrukturelle Förderung) werden von den Anlaufstellen jeweils nur zu einem Drittel positiv beurteilt. Die

Unterschiede zwischen den Typen der Anlaufstellen sind gering. Wir müssen aufgrund der geteilten Antwortverteilung davon ausgehen, dass (unabhängig vom Typ der Anlaufstellen) die Situation in den Kommunen große Unterschiede aufweist. Insbesondere bei der Förderung neuer Formen und der Infrastruktur des freiwilligen Engagements und der Selbsthilfe haben wir nahezu eine Dreiteilung in Bewertungen, die gut, teils-teils oder schlecht ausfallen.

Bei der direkten Vereins- und Verbandsförderung gibt es allerdings größere Unterschiede je nach der Größenklasse. In Städten bis 100.000 Einwohner wird diese zu 45 % als gut angesehen und nur zu 15 % als schlecht, in Städten über 400.000 Einwohnern nur zu 7 % als gut und zu 33 % als schlecht. Solche Unterschiede wiederholen sich auch bei der Bewertung der Förderung neuer Formen des freiwilligen Engagements und der Selbsthilfe, die in Städten von 100.000 bis 400.000 Einwohner etwas besser und in Kreisen etwas ungünstiger eingeschätzt wird. Bezüglich der Förderung der Infrastruktur wird die Situation in Städten über 400.000 Einwohner zu 44 % als schlecht, in kleineren Städten dagegen zu 46 % als gut beurteilt.

Die Anlaufstellen bewerten zwar ihre eigene Informations- und Beratungstätigkeit trotz einer oft unzureichenden Unterstützung durch die Kommunen bzw. andere Akteure positiv, obwohl sie die Informations- und Beratungsmöglichkeiten der Bürger/innen insgesamt als verbesserungswürdig einschätzen. Im Zusammenhang mit einer Aufwertung des Themas des freiwilligen Engagements und der Selbsthilfe in der kommunalen Verwaltung und Politik fordern die Anlaufstellen häufig die Bereitstellung von sachlichen und personellen Ressourcen sowie die Verbesserung der Informations- und Beratungsmöglichkeiten über freiwilliges Engagement und Selbsthilfe. Diejenigen Anlaufstellen, die ihre Aufgaben ressourcenbedingt nur schlecht wahrnehmen können, fordern zu 77 % die Verbesserung der Informations- und Beratungsmöglichkeiten zur Unterstützung des freiwilligen Engagements.

## 2.3 Von Kommunen geförderte Bereiche und Formen des freiwilligen Engagements

### *Informationsstand über die Organisationsformen des freiwilligen Engagements und der Selbsthilfe*

Am besten ist die Informiertheit der Kommunen über die Zahl der Vereine. 71 % können darüber annähernd Aussagen machen (vgl. **Abb. 2.12**). Kleine Städte bis 100.000 Einwohner wissen über die Vereinsanzahl besser Bescheid als große Städte. Große Informationsdefizite bestehen in Städten mit 100.000 bis 400.000 Einwohnern, die zu 56 % die Anzahl der Vereine nicht annähernd schätzen können.

Über die Anzahl von Selbsthilfegruppen ist der Kenntnisstand der Kommunen weniger gut, 61 % der Kommunen können diesbezüglich Angaben machen. Städte mit 100.000 bis 400.000 Einwohnern sind über Selbsthilfegruppen wie auch die Vereine am geringsten informiert. Auch über die Anzahl der Initiativen und Projekte sind die Kommunen nicht gut informiert. Städte mit mehr als 400.000 Einwohnern kennen die Zahl ihrer Freiwilligenorganisationen etwas besser. Der geringste Informationsstand über die Freiwilligenorganisationen besteht in Städten mit 100.000 bis 400.000 Einwohnern.

**Abb. 2.12: Kenntnis der Organisationsformen des freiwilligen Engagements in Kommunen mit unterschiedlicher Einwohnerzahl**

Wie viele Vereine, Initiativen und Projekte etc. gibt es in Ihrer Kommune?	Städte mit ...			Kreise
	10.- 100.000 EW	100.- 400.000 EW	über 400.000 EW	
Vereine nicht bekannt	23%	56%	29%	34%
Selbsthilfegruppen nicht bekannt	39%	47%	21%	40%
Initiativen/Projekte nicht bekannt	51%	71%	71%	50%
Verbände im Freiwilligenbereich nicht bekannt	71%	82%	64%	66%
Stiftungen nicht bekannt	64%	56%	29%	64%
© Quelle: ISAB Köln 2000, Kommunale Umfrage zur Förderung des freiwilligen Engagements (n=317)				

38 % der Kommunen können Angaben über die Zahl ihrer Stiftungen machen. Durchschnittlich wurden 17 Stiftungen pro Kommune angegeben. Die großen Städte wissen über die Zahl der Stiftungen, die es bei ihnen gibt, gut Bescheid. 71 % der Städte mit mehr als 400.000 Einwohnern konnten diese mit durchschnittlich 168 Stiftungen beziffern. Hier werden die Folgen sichtbar, die ein Festhalten am traditionellen Förderverständnis hat. Mit der Größe der Kommunen nehmen die Freiwilligenorganisationen zwangsläufig zu. Ohne veränderte Methoden ihrer Erfassung und der Zusammenarbeit treten Informationsdefizite bei den Kommunen auf. Je informeller und kleiner Gruppierungen sind, desto seltener werden sie wahrgenommen, desto geringer ist jedoch auch ihre Chance auf Unterstützung.

### ***Von den Kommunen unterstützte Engagementformen***

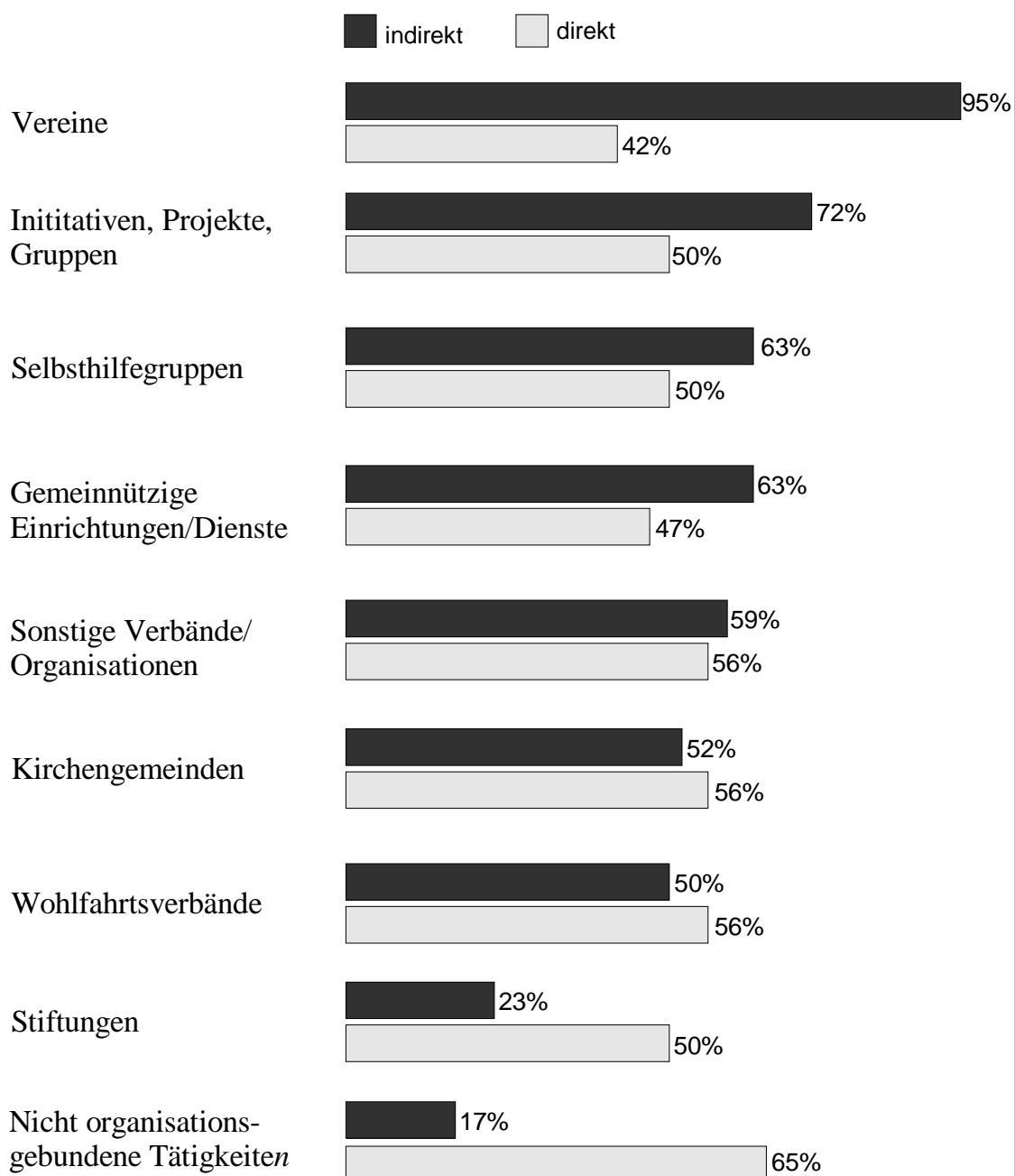
Fast alle Kommunen fördern Vereine in direkter Form durch Zuweisung von Finanzmitteln und zu 42 % indirekt durch nichtfinanzielle Unterstützung (vgl. **Abb. 2.13**).

In der direkten Förderung sind die Unterschiede zwischen den Gemeindegrößenklassen gering. Die indirekte Förderung wird in Städten mit mehr als 400.000 Einwohnern mit 64 % am häufigsten praktiziert. Hier handelt es sich z. B. um die Bereitstellung von Räumen. Häufig unterstützen Kommunen auch Initiativen, Projekte und selbstorganisierte Gruppen. Das geschieht zu 72 % in direkter Form und zu 52 % in indirekter Form. Die Großstädte sind bei der direkten und indirekten Unterstützung führend. Selbsthilfegruppen erhalten zu 63 % direkte und zu 50 % indirekte Unterstützung, gemeinnützige Einrichtungen und Dienste zu jeweils 63 % und 47 %.

Das Verhältnis von direkter und indirekter Unterstützung verschiebt sich noch mehr, wenn es um Stiftungen und nicht organisationsgebundene Tätigkeiten geht. Letztere werden zu 17 % direkt unterstützt, erstere zu 23 %. Nicht organisationsgebundene Aktivitäten werden mit 65 % indirekt unterstützt.

### Abb. 2.13: Von Kommunen unterstützte Organisationsformen des freiwilligen Engagements

*Welche Formen des freiwilligen Engagements, des Ehrenamtes und der Selbsthilfe werden von Ihrer Kommune gefördert und unterstützt?*



© Quelle: ISAB Köln 2000, Kommunale Umfrage zur Förderung des freiwilligen Engagements (n=317)



***Von den Kommunen unterstützte Engagementbereiche***

Bei der Engagementförderung von Kommunen dominieren die klassischen Bereiche des freiwilligen Engagements (vgl. **Abb. 2.14**). An der Spitze der unterstützten Engagementbereiche stehen der Sportbereich, Rettungsdienst und Freiwillige Feuerwehr sowie der Bereich Kultur und Musik.

Bei den mit 82 % vorrangig unterstütztem Bereich **Sport und Bewegung** sind die Unterschiede nach Gemeindegrößenklassen nicht groß, auffällig ist die geringere Förderung durch Städte von 100.000 bis 400.000 Einwohner. Der zweite vorrangige Unterstützungsbereich des freiwilligen Engagements sind **Unfall, Rettungsdienste, Freiwillige Feuerwehr**. Hier gibt es ein klares Muster nach Gemeindegrößen: In den Städten bis 100.000 Einwohnern und bei den Kreisen wird dieser Bereich des freiwilligen Engagements stärker gefördert als in den größeren Städten (vgl. **Abb. 2.15**). Dies lässt sich dadurch erklären, dass diese Dienste in größeren Kommunen oft von Hauptberuflichen erbracht werden, damit natürlich noch mehr Aufwendungen verursachen.

Ein eher klassischer Engagementbereich ist **Kultur und Musik**, dessen Förderung bei 71 % der Kommunen Priorität hat, besonders in kleinen und großen Städten.

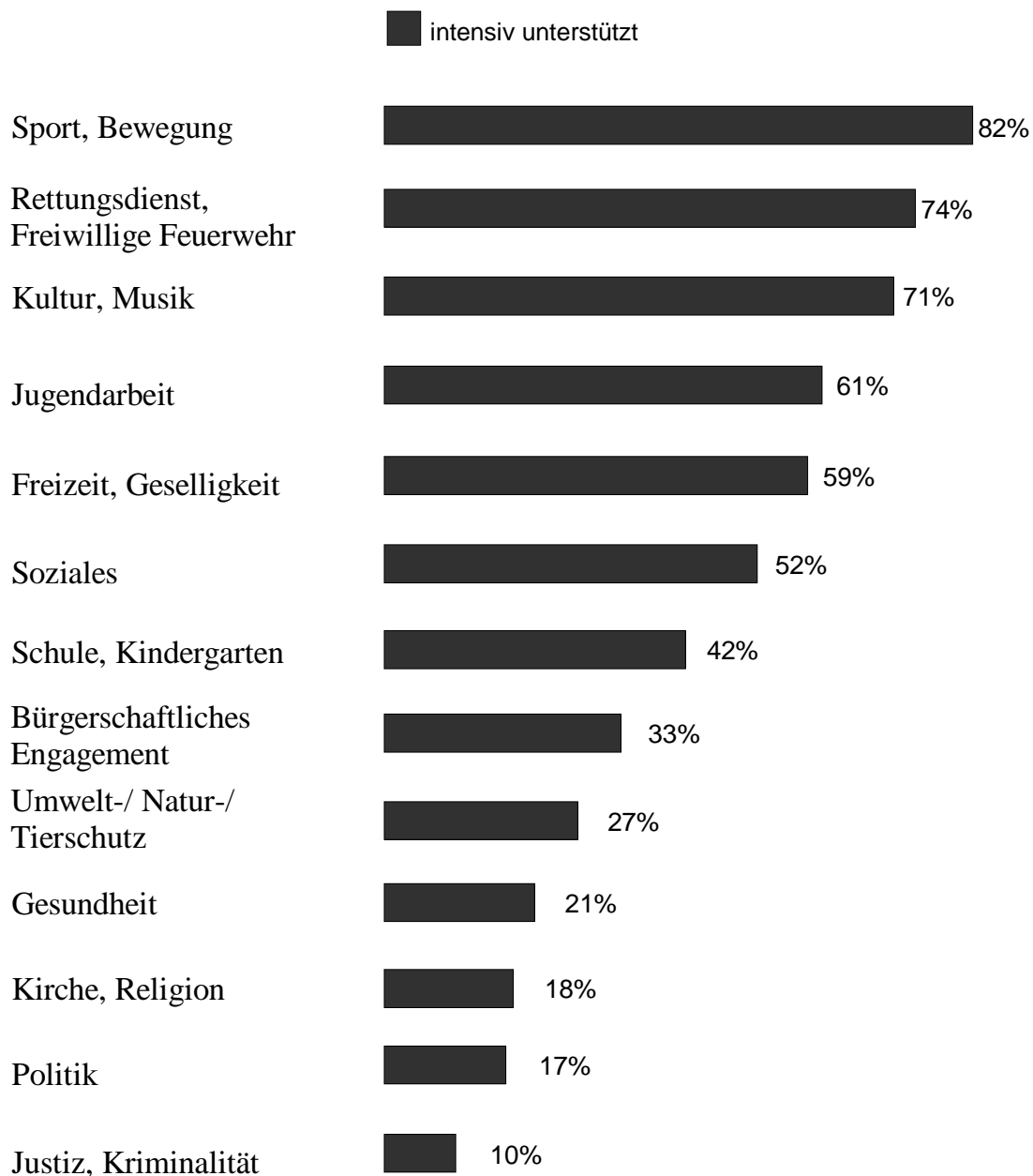
Die Unterstützung des freiwilligen Engagements der Jugend und des Bereichs **Freizeit und Geselligkeit** rangieren fast gleichauf an vierter und fünfter Stelle. Beide Bereiche werden besonders in Städten mit mehr als 400.000 Einwohnern gefördert.

Die Unterstützung von freiwilligem Engagement im **sozialen Bereich** steht nicht an der Spitze der Prioritäten der Kommunen. Nur 52 % fördern diesen Sektor vorrangig. Allerdings nimmt die Bedeutung des sozialen Bereichs ausgehend von kleineren Städten (48 %) und Kreisen über mittlere Städte hin bis zu großen Städten (86 %) deutlich zu.

Auch der **gesundheitliche Bereich** des freiwilligen Engagements spielt in den mittleren und großen Städten eine größere Rolle. Es wird dabei ein enger Zusammenhang zur erhöhten Bedeutung sozialer Angelegenheiten gesehen. Neben der Jugendarbeit ist in den Städten über 400.000 Einwohnern auch die Unterstützung des freiwilligen Engagements in Kindergärten und Schulen wichtig.

### Abb. 2.14: Von Kommunen unterstützte Engagementbereiche

Welche Engagementbereiche unterstützt Ihre Kommune?  
(Antwortvorgaben: "intensiv", "teilweise", "nicht")



© Quelle: ISAB Köln 2000, Kommunale Umfrage zur Förderung des freiwilligen Engagements (n=317)

Der soziale Bereich und die Jugendarbeit werden in Kommunen mit fortschrittlichem Förderverständnis stärker gefördert. Hier besteht eine Überlappung mit den größeren Städten, die diese Bereiche verstärkt fördern und vermehrt ein fortschrittliches Förderverständnis haben.

Die Förderung **bürgerschaftlicher Aktivitäten** spielt in Kommunen mit 10.000 bis 100.000 Einwohnern eine stärkere Rolle (Beispiele: Bürgerinitiativen und Arbeitskreise zur Orts- und Verkehrsentwicklung, Bürgerclubs, Agenda 21 Gruppen, Tauschbörsen, Gib-und-Nimm-Zentralen usw.) als in größeren Städten oder Kreisen.

### ***Beispiele für die Übertragung von Aufgaben auf Bürger/innen, Vereine und Projekte***

Die Kommunen wurden gebeten, Angaben darüber zu machen, wo sie Möglichkeiten sehen oder bereits realisiert haben, dass Bürger/innen, Vereine bzw. Projekte Aufgaben übernehmen, die die Verwaltung wahrnimmt bzw. bisher wahrgenommen hat. In der Folge wird eine Auswahl von Aufgaben nach Bereichen gegliedert, die von den Kommunen angegeben wurden. Insgesamt dominierte der Bereich Sport, gefolgt von Kultur und Kunst, Jugend und Kinder (inkl. Kindergarten und Schule) sowie Umwelt und Ortserhaltung/-entwicklung.

- **Umwelt, Natur**

Baumpatenschaften, Grünpflege an Baumschulen, Umweltberatung durch Vereine, Pflege von öffentlichen Grünanlagen/Wohnumfeld, Grünflächenpflege, Landschaftsschutz, Kontrollpatenschaften, Übertragung von Patenschaften für Stadtbäche, Feldschutz durch die Naturschutzorganisationen, Pflege von Ausgleichsflächen, Gewässerpflege durch Angelverein, Landschaftspflegemaßnahmen, Säuberungsaktionen, Beteiligung an der Flächennutzungsplanung

- **Ortserhaltung und -entwicklung**

Förderverein(/-gruppe) zur Erhaltung historischer Gebäude, Verein zur Förderung und Renovierung eines denkmalgeschützten Klosters, Trägerschaft für Rauhfutterspeicher (Denkmal), Zukunftswerkstatt zur Ortsentwicklung, Mitarbeit in Projektgruppen zur Stadtteilgestaltung, Stadtmarketing e.V. mit verschiedenen Arbeitsgruppen, Aktion „Sanierung ...brunnen“, Pflege von Denk- und Ehrenmalen

**Abb. 2.15: Von Kommunen mit unterschiedlicher Einwohnerzahl unterstützte Engagementbereiche**

<i>Welche Engagementbereiche unterstützt Ihre Kommune?</i>		Städte mit ...			Kreise
		10.- 100.000 EW	100.- 400.000 EW	über 400.000 EW	
Sport und Bewegung	intensiv	86%	64%	85%	76%
	teilweise	13%	36%	15%	22%
Unfall-/Rettungsdienst, Feuerwehr	intensiv	79%	55%	46%	78%
	teilweise	20%	36%	46%	18%
Kultur und Musik	intensiv	75%	59%	79%	64%
	teilweise	24%	41%	21%	34%
Außerschulische Jugendar- beit/Jugend	intensiv	63%	55%	71%	52%
	teilweise	35%	41%	29%	40%
Freizeit und Geselligkeit	intensiv	61%	52%	71%	53%
	teilweise	36%	46%	29%	39%
Sozialer Bereich	intensiv	48%	69%	86%	47%
	teilweise	47%	29%	14%	47%
Schule/Kindergarten	intensiv	42%	42%	71%	31%
	teilweise	52%	54%	29%	45%
Sonstige bürgerschaftliche Aktivi- täten	intensiv	37%	26%	29%	25%
	teilweise	52%	64%	71%	58%
Umwelt, Natur-/Tierschutz	intensiv	29%	26%	31%	19%
	teilweise	63%	70%	62%	73%
Gesundheitsbereich	intensiv	13%	48%	54%	20%
	teilweise	54%	41%	46%	53%
Kirche/Religion	intensiv	17%	20%	31%	17%
	teilweise	62%	55%	54%	55%
Politik und Interessenvertretung	intensiv	15%	22%	39%	17%
	teilweise	51%	61%	59%	57%
Justiz/Kriminalitätsprobleme	intensiv	9%	20%	29%	4%
	teilweise	35%	64%	43%	44%

© Quelle: ISAB Köln 2000, Kommunale Umfrage zur Förderung des freiwilligen Engagements (n=317)

- **Ausländer, Aussiedler**

Betreuung von Flüchtlingen, Aus- und Übersiedlern, europäische Stammtische, 4 Sprachen, Integration von Ausländern und Aussiedlern, Integration von kurdischen Frauen (z. B. durch Sprachkurse), Sprachkurse für russische Migranten

- **Justiz, Kriminalität, soziale Problembearbeitung**

Täter-Opfer-Ausgleich, Kriminalitätsvorbeugung, Übergabe der Aufgabe „Prävention“, Präventionsrat, Schuldnerberatung, Suchtberatung, Erwerbslosenberatung, Kontaktpunkt für Nichtsesshafte

- **Sport**

Betrieb einer Sportstätte durch Verein, Betrieb einer Sporthalle, Unterhaltung von Sportanlagen, Neubau Sportanlage, Übernahme von Pflege- und Wartungsarbeiten in Sportinitiativen, Übergabe Fußballstadion an Fußballverein, Übertragung der städtischen Tennisanlage an TC, Betreiben der städtischen Multisportanlage, Übernahme Kegelanlage durch Verein zur Betriebsleitung, Mithilfe beim Betrieb eines Freibades, Breitensportförderung, Übernahme des innerstädtischen Strandbads, Schlüsselgewalt für Vereine für Sporthallen und -plätze, Übernahme eines Hundesportplatzes, Betreiben der Tennis-Anlage

- **Schule, Kindergarten**

Betrieb eines Kindergartens durch eine Elterninitiative, Betreibung Kitas, Kinderhorte, Schulhorte, Organisation der „Ferienspiele“, Kinderbetreuung in Schulen, Umgestaltung von Schulhöfen Eltern/Schüler, Nachmittagsbetreuung von Hauptschülern, Schulsozialarbeit, Umbauplanung eines Kindergartens, vor- und nachschulische Betreuung in zwei Ortsteilen, Anstrich- und Verschönerungsarbeiten in einzelnen Schulen durch Eltern, Verschönerung von Klassenräumen

- **Kinder, Familie**

Pflegekinderdienst, Führung des Mütter- u. Familienzentrums, Mitarbeit bei Pflege u. Unterhaltung von Spielplätzen, Spielplatz-Patenschaft, Organisation von Kleinkindgruppen, Schaffung von Spielmöglichkeiten für Kinder, Tagespflege für Kinder im Alter von 0 - 2 Jahren, Tagesmütterinitiative, Erlebnisspielpark für Kinder

- **Jugend**

Betreibung Jugendtreffs, Errichtung Jugendcafé, selbstverwaltete Jugendräume, verantwortliche Mitarbeit im Jugendreferat, Jugendkulturcafé, Jugendhilfeplanungsprojekt, Verein zur Ausbildungsförderung benachteiligter Jugendlicher, z. Zt. 13 Projekte im

Jugendförderplan des Landkreises, Jugendparlament, Agenda AK Jugend – Jugend im Rat, Beteiligung an Planung und Umsetzung zweier Jugendhäuser, Aktionstag für Graffiti

- **Senioren**

selbstverwaltete Seniorenbegegnungsstätte, Seniorenbeirat, Seniorenbegegnungsstätten, Internet-Café für Senioren, Durchführung von Seniorenfahrten, Durchführung eines Seniorenfestes durch Schützenverein, Seniorenkulturprogramm, Senioren-Bildungseinrichtung (Senioren-VHS), Alltagshelfer für Altersverwirrte

- **Freizeit**

für 3 Städtepartnerschaften bestehen Vereine, kommunales Kino, Jazzfest, Planung und Mitwirkung beim jährlich stattfindenden Stadtfest, Betrieb von Mehrzweckhallen in den Stadtteilen durch Dorfgemeinschaften, Abgabe der Trägerschaft für das Heimat- und Kinderfest (Rutenfest), Verwaltung Grillplatz

- **Kultur und Bildung**

Bewirtschaftung des Kulturhauses, Kino mit Kulturprojekten, die vorher vom Kulturamt durchgeführt wurden, Trägerschaft für Heimathaus, Stadtkapelle e.V., Betreuung des städtischen Museums und Sportarchivs, Heimatmuseum, Archiv-Verein, Betreuung eines Museumsladens, Verwaltung eines soziokulturellen Zentrums durch eine Theatergruppe, Kulturkreis - realisiert umfangreiche Veranstaltungen, Küstenmuseum, Durchführung der städtischen Kulturtage, Wissens- und Interessenbörse e.V., Bibliothek

- **Kunst und Musik**

Bürgerstiftung „Kunst“ zur Finanzierung von Objektkunst im Straßenraum, literarisches Programm der Stadtbibliothek, Künstlersymposium, Literarische Veranstaltungen, Kunstbeirat, organisiert Ausstellungen u. ä. selbstständig, Kulturmodell (in Künstler-selbstverwaltung), Betreibervertrag zur Konzerthalle zwischen der Stadt und dem Kulturverein, Sing- und Musikschule e.V., Musikschule

## **2.4 Nutzung des Internets zur Förderung des freiwilligen Engagements in Kommunen**

Das Internet wird für die Städte und Gemeinden immer bedeutsamer. So kam eine jüngste Erhebung des Gemeinde- und Städtebundes Thüringen zu dem Ergebnis, dass inzwischen alle Städte in Thüringen über 30.000 Einwohner im Netz

vertreten sind.<sup>5</sup> Bundesweit dürfte die Präsenz der Städte, Gemeinden und Kreise im Internet noch höher liegen. 95 % der befragten Kommunen haben eine Homepage im Internet, bei 5 % der Kommunen befand sich diese in Planung. Allerdings zeichnen sich die Internetauftritte der Kommunen bislang durch erhebliche Qualitätsunterschiede aus. Die Bandbreite reicht von einfachen Kerninformationen zur Stadt bis zu differenzierten Informations- und Kommunikationsangeboten unter Einbezug von Verwaltungsdienstleistungen sowie von Angeboten aus der lokalen und regionalen Wirtschaft, aus Kultur, Freizeit, Sport, Bildung und Informationen zu Möglichkeiten des freiwilligen Engagements. Insgesamt lässt sich der Trend zu einer umfassenden Darstellung der Stadt im Internet erkennen.

Auch viele Verbände, Vereine, Gruppen, Projekte, Anlaufstellen für freiwilliges Engagement etc. nutzen bereits mehr oder weniger intensiv die vielfältigen Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten, die das Internet bietet. Einige Bundesländer haben eigens für den Freiwilligensektor Internetauftritte konzipiert, um über Ziele und Aktivitäten des Landes im Freiwilligenbereich zu informieren und um den vielen Akteuren des Freiwilligensektors eine Plattform zum Austausch zu bieten. Das Internet ist aus dem Freiwilligensektor nicht mehr wegzudenken. Zukünftig wird sich die Nutzung des Internets in diesem Bereich quantitativ und qualitativ enorm erweitern.

Insofern ist es erfreulich, dass 63 % der Kommunen der Meinung sind, dass durch ansprechende Informationen zum Freiwilligenbereich ihrer Kommune auf der kommunalen Internet-Seite das freiwillige Engagement gefördert werden sollte. Der Blick auf die bestehenden Informationsangebote zum Freiwilligensektor zeigt allerdings, dass die skizzierten Nutzungsfelder für den Freiwilligensektor in den meisten Gemeinden eher Zukunft als Gegenwart sind (vgl. **Abb. 2.16**).

Über die zukünftigen Nutzungsmöglichkeiten kommunaler Internetportale für den Freiwilligenbereich besteht zwischen Anlaufstellen und Kommunen weitgehender Konsens (vgl. **Abb. 2.16**). Nach übereinstimmender Auffassung sollten auf der Gemeinde-Website folgende Informationsmöglichkeiten geboten werden:

- Eine eigene kostenlose Internetseite für Vereine und Gruppen des Freiwilligenbereichs;
- Suchmöglichkeiten für alle Fragen des freiwilligen Engagements (Tätigkeiten, Angebote, Informationen, Veranstaltungen etc.)

---

<sup>5</sup> vgl. Stadt und Gemeinde (2001)

- Suchmöglichkeit, nach der Vereine, Selbsthilfegruppen und Initiativen nach Themen und Bereichen gefunden werden können;
- Überregionale Suchmöglichkeit, wenn der Verein oder die Gruppe in der Kommune nicht gefunden werden kann;
- Diskussionsforen für Vereine, Gruppen des Freiwilligenbereichs;
- Möglichkeit, Übersichten zu Vereinen und Gruppen des Freiwilligenbereichs in der Kommune zu erstellen.

**Abb. 2.16: Aktuelle und geplante Internetaktivitäten der Kommunen zur Förderung des freiwilligen Engagements**

<i>Welche Informationsmöglichkeiten sollten für Bürger/innen sowie Gruppen und Vereine Ihrer Kommune auf der Gemeinde-Internet-Seite angeboten werden?</i>	Kommunen		Anlaufstellen	
	Sollte angeboten werden	Gibt es bereits	Sollte angeboten werden	Gibt es bereits
kostenlose Internet Seite für Vereine und Gruppen des Freiwilligenbereichs	62%	19%	77%	12%
ausführliche Suchmöglichkeiten für alle Fragen des freiwilligen Engagements	62%	13%	80%	9%
Suchmöglichkeit über Vereine, Selbsthilfegruppen, Initiativen nach Themen und Bereichen	70%	18%	79%	11%
überregionale Suchmöglichkeit über Vereine oder Gruppen	68%	4%	70%	12%
Diskussionsforen für Vereine und Gruppen des Freiwilligenbereichs	57%	7%	67%	10%
Statistiken und Übersichten zum Freiwilligenbereich in der Kommune	61%	2%	66%	5%
© Quelle: ISAB Köln 2000, Kommunale Umfrage zur Förderung des freiwilligen Engagements (n=317) und Befragung von Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros, Freiwilligenagenturen u. ä. E. (n = 312)				

Wünschenswert aus kommunaler Sicht sind nach Themen und Bereichen strukturierte Suchmöglichkeiten nach Vereinen, Gruppen und Initiativen. Aus Sicht der Anlaufstellen sollten besonders Suchmöglichkeiten für alle Fragen des freiwilligen Engagements und nach Themen und Bereichen strukturierte Suchmöglichkeiten geschaffen werden. Auch die Einrichtung eigener Homepages für Vereine, Gruppen und Initiativen des Freiwilligensektors auf den Internet-Sites der Kommunen wird in Zukunft an Bedeutung gewinnen. In einigen Städten gibt es diese



Möglichkeit bereits, 77 % der Anlaufstellen und 62 % der Kommunen befürworten dies. Sinnbildlich hierfür war auch das große Interesse der Befragten an der Internet-Plattform [www.vereinsnetz.de](http://www.vereinsnetz.de), das Vereinen, Gruppen und Initiativen des Freiwilligensektors eine eigene kostenlose Homepage und vielfältige Nutzungsmöglichkeiten bietet.

Dass es bei den Angeboten und Nutzungsmöglichkeiten des Internet durch die Kommunen auch um die erweiterte Einbindung der Bürger/innen geht, wird im folgenden Zitat deutlich: „Die kommunale Ebene ist wie keine andere in der Lage, mit dem Internet den Anforderungen der sich herausbildenden Kommunikations- und Bürgerbeteiligungsgesellschaft Rechnung zu tragen. Denn zunehmend wollen die Bürgerinnen und Bürger ganz unabhängig von den Wahlen bei vielerlei Gelegenheiten ihr Votum abgeben, wollen gefragt sein und sich einbringen können.“<sup>6</sup>

## **2.5      Anlaufstellen für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe als Element der Förderungspolitik von Kommunen**

Die Befragung von Kommunen und Anlaufstellen sowie die Ergebnisse des Bundeswettbewerbs „Engagement unterstützende Infrastruktur in Kommunen“ haben gezeigt, dass die Förderung von Anlaufstellen für freiwilliges Engagement bereits heute in vielen Kommunen als bedeutsames Element ihrer Förderungspolitik angesehen und praktiziert wird.

Insgesamt unterstützen 41 % der befragten Kommunen wenigstens eine Anlaufstelle für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe finanziell (vgl. **Abb. 2.17**). Große Städte fördern zu 86 % finanziell mindestens eine Anlaufstelle, bei mittelgroßen Städten sind das 66 %, bei Städten ab 50.000 bis 100.000 Einwohner 53 %, bei Kreisen 41 % und bei Städten bis 50.000 Einwohnern 29 %. Kommunen mit fortschrittlichem Förderverständnis unterstützen Anlaufstellen finanziell wesentlich mehr als Kommunen mit traditionellem Förderverständnis.

---

<sup>6</sup> vgl. Stadt und Gemeinde (2001), S.3

**Abb. 2.17: Anlaufstellen für freiwilliges Engagement in Kommunen und Beurteilung der Informationsmöglichkeiten**

		Städte mit ...			Kreise
		10.- 100.000 EW	100.- 400.000 EW	über 400.000 EW	
<i>Sind die Informations- und Beratungsmöglichkeiten für engagementbereite Bürger ...</i>	gut	26%	20%	23%	23%
	ausreichend	64%	67%	46%	60%
	schlecht	10%	13%	31%	17%
<i>Falls Informations- und Kontaktstelle vorhanden, welcher Typ?</i>					
Freiwilligenagentur		16%	40%	71%	18%
Selbsthilfekontaktstelle		21%	67%	93%	34%
Seniorenbüro		30%	62%	64%	44%
Anderer Typ		19%	40%	50%	20%
Verwaltungsinterne Anlaufstelle		21%	24%	29%	22%
Anlaufstelle für freiwilliges Engagement von Jugendlichen		19%	27%	21%	24%
<i>Ist der Informationsstand über Informations- und Kontaktstellen in Ihrer Kommune ...</i>	gut	34%	50%	69%	35%
	teils-teils	48%	45%	23%	54%
	schlecht	18%	5%	8%	11%
<i>Welche Informations- und Kontaktstellen/Anlaufstellen wurden von Ihrer Verwaltung finanziell in den letzten 12 Monaten unterstützt?</i>					
Freiwilligenagentur/-zentrum		6%	22%	43%	10%
Selbsthilfekontaktstelle		9%	47%	57%	22%
Seniorenbüro		21%	31%	36%	28%
Anderer Typ		11%	22%	21%	14%
Anlaufstelle für freiwilliges Engagement von Jugendlichen		9%	13%	14%	16%
© Quelle: ISAB Köln 2000, Kommunale Umfrage zur Förderung des freiwilligen Engagements (n=317)					

Es hat sich gezeigt, dass in vielen Kommunen die Diskussion zum Aufbau einer tragfähigen und auf Nachhaltigkeit angelegten Engagement unterstützenden Infrastruktur am Anfang steht und die Perspektive einer bereichsübergreifenden Information und Beratung für alle Altersgruppen erst im Ansatz entwickelt ist. In einigen Kommunen ist eine Situation parallel arbeitender Anlaufstellen für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe (also von Selbsthilfekontaktstellen, Freiwilligenagenturen und Seniorenbüros) entstanden. Zunehmend wird dort an konzeptionellen Lösungen zu deren Vernetzung bzw. deren Aufgaben- und Profilerweiterung gearbeitet (vgl. Kap. 6.1).

Von den befragten Kommunen wollen 55 % den erreichten Stand infrastruktureller Förderung auf jeden Fall erhalten. **41 % der Kommunen sind der Meinung, dass die infrastrukturelle Unterstützung des freiwilligen Engagements ausgeweitet werden sollte.** Für den Ausbau und die Weiterentwicklung der infrastrukturellen Förderung des freiwilligen Engagements durch Anlaufstellen für freiwilliges Engagement in Kommunen ist es notwendig, dass der Informationsstand kommunaler Entscheidungsträger über Ziele, Aufgaben, Nutzer und Leistungsmöglichkeiten dieser Anlaufstellen verbessert wird.

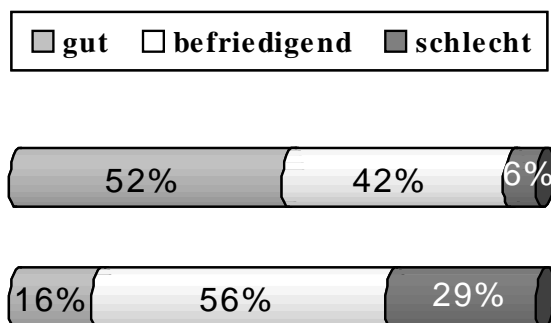
### Abb. 2.18: Informiertheit der Kommunen über Anlaufstellen f. freiw. Engagement

Informiertheit über Ziele,  
Aufgaben und Nutzer

Kommunen

**mit** Anlaufstellen

**ohne** Anlaufstellen



© Quelle: ISAB Köln 2000: Kommunale Umfrage zur Förderung des freiwilligen Engagements und der Selbsthilfe (n = 317).

Der Informationsstand in Kommunen mit Anlaufstellen für freiwilliges Engagement ist deutlich besser als in Kommunen ohne Anlaufstellen (vgl. **Abb. 2.18**). Insgesamt halten sich 38 % der Kommunen gut über Ziele, Aufgaben und Nutzer von Anlaufstellen für freiwilliges Engagement informiert, 47 % eher mäßig und 14 % schlecht. In Kreisen und kleineren Städten ist der Informationsstand schlechter als in mittelgroßen Städten oder großen Städten (vgl. **Abb. 2.17**). Urteile über Anlaufstellen für freiwilliges Engagement, die Bürger/innen über Möglichkeiten freiwilligen Engagements beraten, beruhen dort, wo es bereits mehrere Anlaufstellen gibt, auf einem besseren Kenntnisstand. Größere Städte und Kommunen mit fortschrittlichem Förderverständnis wissen auch deshalb besser über Anlaufstellen für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe Bescheid, weil sie diese stärker finanziell unterstützen.

Trotz des Informationsdefizits auf kommunaler Seite gibt es zwischen den Kommunen, besonders denjenigen mit Anlaufstellen, und den Anlaufstellen selbst eine hohe Übereinstimmung in der Bewertung der Unterschiede zwischen Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros und Freiwilligenagenturen (vgl. **Abb. 2.19**). 68 % der Kommunen mit Anlaufstellen und 71 % der Anlaufstellen für freiwilliges Engagement sind der Meinung, dass die Anlaufstellen teilweise gleiche Aufgaben, Ziele, Adressaten und Nutzer haben. Nur 14 % der Anlaufstellen und der Kommunen mit Anlaufstellen meinen, Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros und Freiwilligenagenturen haben grundsätzlich unterschiedliche Aufgaben, Ziele, Adressaten und Nutzer. Nur wenige Kommunen und Anlaufstellen vertreten die Auffassung, Anlaufstellen für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe hätten weitgehend gleiche Aufgaben, Ziele, Adressaten und Nutzer.

## **2.6 Zusammenfassende Ergebnisse der kommunalen Umfrage**

In der modernen Gesellschaft schreiten Prozesse der Individualisierung und Mobilisierung voran, die traditionelle soziale Beziehungen auflösen, die früher in überschaubaren regionalen Kleinräumen und sozial integrierten Kleingruppen und Milieus ihre Basis hatten. Insbesondere in großen Städten ist die Mobilität hoch. Individualisierungsprozesse sind bereits weit fortgeschritten, so dass darüber nachgedacht werden muss, wie die spontanen und vielfältigen Versuche von Menschen, zu sozialen Kontakten zu kommen und sich für sich selbst, für andere und ihre Umwelt zu engagieren, auf eine neuartige Weise unterstützt werden können.

**Abb. 2.19: Unterschiede zwischen Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros, Freiwilligenagenturen u.ä.E.**

*Was meinen Sie zu den Unterschieden zwischen Informations- und Kontaktstellen, die über freiwilliges Engagement und Selbsthilfe informieren und beraten?*

	Kommunen		Anlaufstellen für freiwilliges Engagement
	mit Anlaufstellen	ohne Anlaufstellen	
Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros und Freiwilligenagenturen haben teilweise gleiche Ziele, Aufgaben, Adressaten und Nutzer	68 %	47 %	71 %
Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros und Freiwilligenagenturen haben grundsätzlich unterschiedliche Ziele, Aufgaben, Adressaten und Nutzer.	14 %	9%	14 %
Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros und Freiwilligenagenturen haben weitgehend gleiche Ziele, Aufgaben, Adressaten und Nutzer.	5 %	8%	9 %
Kann ich nicht beurteilen	10 %	36 %	6 %
	Selbsthilfe-kontaktstellen	Freiwilligen-agenturen	Senioren-büros
Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros und Freiwilligenagenturen haben teilweise gleiche Ziele, Aufgaben, Adressaten und Nutzer	67%	75%	70%
Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros und Freiwilligenagenturen haben grundsätzlich unterschiedliche Ziele, Aufgaben, Adressaten und Nutzer.	20%	12%	6%
Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros und Freiwilligenagenturen haben weitgehend gleiche Ziele, Aufgaben, Adressaten und Nutzer.	9%	6%	13%
Kann ich nicht beurteilen	4%	7%	11%
© Quelle: ISAB Köln 2000, Befragung von Kommunen (n = 317) sowie von Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros, Freiwilligenagenturen u. ä. E. (n = 312) zur Förderung des freiwilligen Engagements			

Das freiwillige Engagement und die Selbsthilfe der Bürger/innen sind zunächst auf die Unterstützung durch die kommunale Politik, die Kommunalverwaltung und andere politische Ebenen angewiesen. Andererseits erhöht ein entwickelter Freiwilligensektor die Lebensqualität in den Kommunen, so dass sich deren materielle und ideelle Investitionen zur Verbesserung des sozialen Klimas, der sozialen Integration und des Lebensgefühls der Bürger/innen sowie zur Erhöhung der Attraktivität des kommunalen Standortes (für Unternehmen, bessere soziale Schichtdurchmischung, Tourismus etc.) amortisieren. Mittelbar können dadurch wieder Kosten eingespart werden (z. B. wegen Verringerung von Sozialhilfeausgaben, Gesundheits- und Drogenproblemen, Kriminalität und Vandalismus usw.) bzw. die kommunalen Einnahmen sogar erhöht werden (mehr Steuereinnahmen etc.).

Der lokale Raum, in dem die Menschen leben und arbeiten, ist der wichtigste Kristallisationspunkt des bürgerschaftlichen Engagements. Förderliche wie hemmende Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement in den Kommunen entscheiden daher in hohem Maße über die Zugangschancen zum freiwilligen Engagement und über den Aktivierungsumfang des Engagementpotenzials der Bürger. Die starken Ein- und Austrittsbewegungen im Freiwilligensektor sind sowohl Resultat persönlicher Präferenzen und Bereitschaften wie auch Ergebnis der gesellschaftlichen Anerkennung bzw. Nicht-Anerkennung sowie unterstützender bzw. hemmender Rahmenbedingungen.

Aus einer Reihe von Unterstützungsmöglichkeiten für freiwilliges Engagement stehen aus Sicht der Bürger bessere Informations- und Beratungsmöglichkeiten über Gelegenheiten zum freiwilligen Engagement an erster Stelle. Wenn diesem Unterstützungswunsch entsprochen werden soll, müssen die Kommunen neue förderpolitische Schwerpunkte setzen. Die direkte Förderung des freiwilligen Engagements über Organisationen und Verbände und die Unterstützung traditioneller Strukturen sollten durch ergänzende Förderinstrumente, durch Anlaufstellen für freiwilliges Engagement in kommunaler oder anderer Trägerschaft sowie durch gezielte, strategische Vernetzungen ergänzt werden (vgl. Kap. 3 und 5).

Wie in Kap. 3 dargelegt wird, zeichnet sich in den letzten Jahren eine Entwicklung ab, nach der in einigen Kommunen Parallelstrukturen von Anlaufstellen entstehen, mit jeweils knappen Personal- und Sachressourcen. Viele solcher unzureichend ausgestatteten Anlaufstellen können nach eigenem Bekunden ihre selbst gesetzten Ziele aus Kapazitätsgründen nur teilweise umsetzen und müssen

häufig improvisieren. In manchen Kommunen wird – z. B. ausgehend von der bestehenden Selbsthilfekontaktstelle, dem Seniorenbüro oder der Freiwilligenagentur – eine Aufgabenprofilenerweiterung zur Unterstützung des freiwilligen Engagements insgesamt vorgenommen. Im Bundeswettbewerb wurden von Kommunen hierzu interessante und zukunftsweisende Konzeptionen vorgelegt (vgl. Kap. 6).

Da die bisherigen Anlaufstellen weder alle Bevölkerungsgruppen erreichen, noch über das freiwillige Engagement in allen Engagementbereichen informieren können (vgl. Kap. 3), stellt sich die **Frage nach der Konzeption**, die diesen Anforderungen gerecht wird. Die im Leitfaden für Kommunen hierzu entwickelten **Empfehlungen**, die in Kap. 5 weiter konkretisiert werden, **berücksichtigen vier unterschiedliche Ausgangslagen**:

1. Die Anforderungen in Kommunen mit unterschiedlicher Einwohnerzahl;
2. Die Situation in Kommunen, in denen es eine Selbsthilfekontaktstelle, ein Seniorenbüro oder eine Freiwilligenagentur gibt;
3. Die Situation in Kommunen, in denen es mehrere Anlaufstellen unterschiedlichen Typs gibt;
4. Die Situation in Kommunen, in denen es noch keine Anlaufstelle gibt.

Wie die kommunale Engagementförderpolitik umgesetzt wird und welche Maßnahmen letztlich zum Tragen kommen, hängt von unterschiedlichen Faktoren und Rahmenbedingungen ab. Die gewachsenen, örtlichen Strukturen und die Prozesse der Förderung des freiwilligen Engagements spielen hierbei eine ganz wesentliche Rolle.

Festzuhalten bleibt: Freiwilliges Engagement zu unterstützen, ist für Kommunen nicht neu. Die Engagementförderung ist in den Kommunen politisch und administrativ in der Regel den jeweiligen Ressorts zugeordnet. Diese betreiben beispielsweise Sport- oder Kulturförderung, unterstützen freiwilliges Engagement im Jugend- oder Sozialbereich oder fördern die Freiwillige Feuerwehr und Rettungsdienste. Die kommunale Unterstützung des freiwilligen Engagements erfolgt meist in Abstimmung zwischen den Fachverwaltungen und den mit ihnen kooperierenden Vereinigungen und Trägern. Mit zu den wichtigsten kommunalen Partnern zählen die Wohlfahrtsverbände. Jede Fachverwaltung (Dezernat) beschränkt sich auf die Bereiche, die in ihre Zuständigkeit fallen. Vorrangig erfolgt die Förderung bisher bei den Zuständigen für Sport, Jugend, Kultur und Soziales sowie den Beauftragten für Frauen, Senioren oder Behinderte.

Die bereichsübergreifende Sichtweise der Engagementförderung und die Entwicklung einer eigenständigen Politik der Engagementförderung steht am Anfang. Das Bewusstsein, das wir vor einer umfangreichen Generationenaufgabe im Ausbau der Engagementförderung stehen, beginnt sich erst zu entwickeln. Hierzu sind verstärkte Aufklärung und Information vor Ort sowie Qualifizierungsmaßnahmen wichtig. Eine Veränderung dahin wird durch die Aufteilung der Zuständigkeiten für verschiedene Engagementbereiche auf die einzelnen Ämter oder Fachabteilungen und punktuelle Fördermaßnahmen erschwert, weil sie quer zu bestehenden Verantwortlichkeiten liegt.

Dennoch zeigt die Befragung, dass die in den letzten Jahren verstärkt geführte Debatte über freiwilliges Engagement, über neue Beteiligungsformen für Bürger/innen an kommunalen Entscheidungen und über eine neue Aufgabenverteilung zwischen Bürger/innen und Verwaltung in den kommunalen Zielsetzungen aufgegriffen wird und auch in der Förderung der kommunalen Infrastruktur ihren Niederschlag findet. Allerdings befinden wir uns erst in einer Anschubphase der infrastrukturellen Entwicklung. Wenn diese Schwelle überwunden werden soll, brauchen wir auf Nachhaltigkeit angelegte Förderstrategien und solide hauptamtliche personelle Unterstützung. **Aus kommunaler Sicht ergeben sich für die Förderziele und -praxis nachfolgende Konsequenzen:**

- Die Kommune ist der Ort der Bürgergesellschaft, hier findet überwiegend das Bürgerengagement statt.
- Jedes Engagement ist für Kommunen wichtig: die Freiwillige Feuerwehr ebenso wie das Engagement in Selbsthilfegruppen. Freiwilligenarbeit und bezahlte Arbeit dürfen sich jedoch nicht überschneiden.
- Hauptziel der Engagementförderung von Kommunen ist es, neue Räume für freiwilliges Engagement zu schaffen. Hierzu müssen die kommunale Handlungsfähigkeit erhalten und größere Freiräume auf kommunaler Ebene geschaffen werden, auch durch den Abbau der Überregulierung durch Bundes- und Landesgesetze.
- Erfolgreiche Engagementförderung in Kommunen erfordert gemeinsame Strategien von Kommunalpolitik und kommunaler Verwaltung.
- Notwendig ist eine übergreifende Förderpolitik als Ergänzung der Förderung durch Ressorts und Ämter. Hierzu müssen die sich aus dem neuen Steuerungsmodell (der Dezentralisierung und Budgetierung) ergebenden Restriktionen für ressortübergreifende Engagementförderung überwunden werden.



- Notwendig sind Ansprechpartner für bürgerschaftliches Engagement in der Verwaltung.
- Die Mitarbeiter/innen der kommunalen Verwaltungen benötigen für die Mitgestaltung dieses Prozesses eine Qualifizierung.
- Öffentliche Einrichtungen (Kindergärten, Schulen etc.) sollen sich für das bürgerschaftliche Engagement öffnen. Im Sinne des ermöglichenden Staates sollen auf vielfältigen Wegen Bürger/innen für freiwilliges Engagement gewonnen werden.
- Für die Frage der infrastrukturellen Förderung des freiwilligen Engagements muss jeweils vor Ort geklärt werden, welches Konzept eingelöst werden kann. Es kann jedoch nur eine Förderung geben.
- Wenn sich Kommunen an der Förderung der Infrastruktur beteiligen, gibt es zwei Forderungen an die Träger: Das Verhältnis von Haupt- und Ehrenamtlichen muss geklärt werden, und die Frage, wie engagementfreundlich die Träger insgesamt sind.
- Für die Kommunen stellt sich ferner die Frage, ob die Verbände der freien Wohlfahrtspflege die Kommunen bei der Entwicklung von Fachlichkeit und Standards unterstützen. Dies schließt auch die Frage der Sicherstellung von Qualifikationsangeboten für freiwilliges Engagement ein.

### **3      Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros und Freiwilligenagenturen: Ergebnisse der vergleichenden Befragung zu Adressaten, Aufgaben, Leistungen und Ressourcen**

Die Unterschiede und Gemeinsamkeiten der drei Typen von Anlaufstellen, also der Selbsthilfekontaktstellen, Freiwilligenagenturen/-zentren sowie Seniorenbüros, hinsichtlich ihrer Aufgaben- und Nutzerprofile, Ressourcen und Bedarfe sowie ihrer Einbindung in die Kommune stehen im Zentrum des 3. Kapitels. Die gewonnenen empirischen Erkenntnisse zu den von den Anlaufstellen erbrachten Aufgaben und Tätigkeiten zeigen konkret, in welcher Entwicklungsphase die einzelnen Anlaufstellentypen stehen und welche Annäherungsprozesse sich zwischen ihnen abzeichnen.

Bei den ermittelten Kernaufgaben und den von ihnen erbrachten Tätigkeiten war es nicht Ziel der Befragung, den zeitlichen Umfang der Leistungen oder die Qualität der Leistungserbringung zu untersuchen. Dies ist an anderer Stelle bereits hinreichend erfolgt.<sup>1</sup> Durch die in der Befragung vorgenommene Unterscheidung von Aufgaben und Tätigkeiten und die Frage danach, welche Tätigkeiten die einzelnen Anlaufstellentypen zur Unterstützung des freiwilligen Engagements und der Selbsthilfe vorrangig, teilweise oder gar nicht erbringen, kann ein differenziertes Bild der Gemeinsamkeiten und Besonderheiten im Leistungsverständnis der drei Anlaufstellentypen gezeichnet werden.

Eine direkte Befragung der Nutzer der bisherigen Anlaufstellen war nicht Gegenstand des Projektes. Angaben zu der Demografie der Bürger/innen sowie zu den unterschiedlichen Gruppen und Vereinen basieren auf den Angaben der Leiter der Anlaufstellen für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe.

Ermittelt wurde auch, in welchen Städten und Kreisen Anlaufstellen für freiwilliges Engagement bestehen und welche Kommunen keine Anlaufstelle haben. Die daraus erkennbare Angebotsdichte einerseits und das im Freiwilligensurvey 1999 ermittelte Informationsinteresse der Bevölkerung an diesem Zugangsweg zum freiwilligen Engagement andererseits bieten wichtige Anhaltspunkte für den

---

<sup>1</sup> vgl. Baldas, Eugen/Bock, Teresa/Gleich, Johann M./Helmbrecht, Michael/Roth, Rainer A. (Hrsg.) (2001); Braun, Joachim/Claussen, Frauke (1997); Braun, Joachim/Emons, Gisela (ISAB-Institut Köln) (1999); Braun, Joachim/Kettler, Ulrich/Becker, Ingo (1997); Braun, Joachim/Opielka, Michael (1992); Jakob, Gisela/Janning, Heinz (2000); Stiftung Mitarbeit, Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen e.V. (Hrsg.) (2000)

Aufbau und die Weiterentwicklung einer Engagement unterstützenden Infrastruktur in Städten und Kreisen.

Aus dem empirischen Vergleich der Anlaufstellen und ihrer Verbreitung in Städten und Kreisen lassen sich Empfehlungen für die notwendige konzeptionelle Weiterentwicklung und nachhaltige Stabilisierung einer Engagement unterstützenden Infrastruktur in Städten und Kreisen entwickeln.

### **3.1      Verbreitung und Bekanntheitsgrad der Anlaufstellen in Städten und Kreisen**

Selbsthilfekontaktstellen, Freiwilligenagenturen und Seniorenbüros sind in unterschiedlichen politischen und organisatorischen Kontexten entstanden. Insofern beziehen sie ihre Legitimation bisher auch aus unterschiedlichen Zielsetzungen.

**Selbsthilfekontaktstellen** sind in Deutschland in den letzten beiden Jahrzehnten auf örtlicher und regionaler Ebene mit dem Ziel entstanden, die Selbsthilfe von Bürger/innen in schwierigen Lebenssituationen oder mit gemeinsamen Anliegen in Form von Selbsthilfegruppen und Initiativen zu fördern. Sie haben einen eigenständigen, fachlichen und institutionellen Arbeitsansatz zur fach- und themenübergreifenden Information und Beratung von Selbsthilfe-Interessierten und zur Unterstützung und Förderung von Selbsthilfegruppen entwickelt. Ziel der Selbsthilfekontaktstellen ist es, Einzelpersonen oder Gruppen den Weg zu bahnen. Ihrem prozessorientierten Arbeitsansatz entsprechend entfallen wesentliche Leistungen der Selbsthilfekontaktstellen auf die Unterstützung von Gruppen. Die Einbindung von Freiwilligen in die Arbeit der Selbsthilfekontaktstellen ist nicht ihr primäres Ziel. Die Anlaufstellen bestehen bei unterschiedlichen öffentlichen und freien Trägern und verfügen über hauptamtliches Personal, Räume und Ressourcen. Die Selbsthilfeunterstützung ist für sie eine Hauptaufgabe. Neben Selbsthilfekontaktstellen gibt es Selbsthilfe-Unterstützungsangebote von Wohlfahrtsverbänden, kommunalen Behörden, Krankenkassen, Volkshochschulen, Universitäten und anderen Versorgungseinrichtungen (z. B. Behindertenberatungsstellen, Suchtberatungsstellen). Die Selbsthilfe-Unterstützung ist bei diesen Einrichtungen eine Neben- bzw. Teilaufgabe, so dass hier nur eingeschränkte Angebote möglich sind.<sup>2</sup>

---

<sup>2</sup> vgl. Deutsche Arbeitsgemeinschaft Selbsthilfegruppen e.V. (Hrsg.) (2001)

Insgesamt gesehen ist die Selbsthilfekontaktstellen-Landschaft in Deutschland nicht homogen. Unterschiedliche lokale bzw. regionale Traditionen spielen dabei ebenso eine Rolle, wie der Umstand, dass die Voraussetzungen zur Entwicklung und fachlichen Stabilisierung der Selbsthilfekontaktstellen in den Bundesländern und Kommunen unterschiedlich sind. Auch bezogen auf die jüngste Soll-Vorschrift für die gesetzlichen Krankenkassen zur Förderung von Selbsthilfekontaktstellen (§ 20, Abs. 4, SGB V) besteht noch ein erheblicher Klärungs- und Abstimmungsbedarf.

Die Ausbreitung der Selbsthilfekontaktstellen geht mit einer positiven Veränderung der öffentlichen Wertschätzung von Selbsthilfegruppen einher, insbesondere beeinflusst durch praktische Erfahrungen und wissenschaftliche Erkenntnisse über die Gesundheitsselbsthilfe in Gruppen und Selbsthilfeorganisationen. In zwei Bundesmodellprojekten wurde die Arbeit der Selbsthilfekontaktstellen untersucht und ihr Aufgabenprofil entwickelt.<sup>3</sup> Die Deutsche Arbeitsgemeinschaft Selbsthilfegruppen (DAG SHG), die Nationale Kontaktstelle für Selbsthilfegruppen (NAKOS) und die Landesarbeitsgemeinschaften fördern den Erfahrungsaustausch und die Weiterentwicklung der Selbsthilfeunterstützung.

**Seniorenbüros** verfolgen das Ziel, ältere Menschen, insbesondere im Anschluss an die Erwerbsphase, bei der Aufnahme freiwilliger Tätigkeiten und der Vermittlung in gemeinschaftliche Aktivitäten zu unterstützen. Ihre Einrichtung ging von einem Modellprojekt des BMFSFJ aus.<sup>4</sup> Mit den Seniorenbüros sollen der wachsenden Zahl von Senior/innen in Deutschland bei der Neuorientierung im Rentenalter Perspektiven für die aktive Teilnahme am gesellschaftlichen Leben eröffnet werden, insbesondere im Freiwilligensektor. Seniorenbüros werden von der Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenbüros (BaS) durch vielfältige Aktivitäten unterstützt.

Die Seniorenbüropraxis beruht nach dem Selbstverständnis der in der BaS zusammengeschlossenen Seniorenbüros in der Umsetzung der Kernaufgaben der Engagementförderung, mit Beratung, Vermittlung, Begleitung und Fortbildung. Außerdem werden in den Seniorenbüros dem besonderen Bedürfnis der Älteren nach Begegnung, Entwicklung eigener Projekte, altengerechter Bildung und seniorenspezifischen Veranstaltungen Raum, Zeit und teilweise auch Finanzmittel gegeben. Damit wird dem Umstand Rechnung getragen, dass Senioren eigene

---

<sup>3</sup> Braun, Joachim/Kettler, Ulrich/Becker, Ingo (1997)

<sup>4</sup> Braun, Joachim/Becker, Ingo (red. Bearbeitung) (1998)

Zugänge zum Ehrenamt haben, die von ihren Lebenslagen geprägt sind. Seniorenbüros sind deshalb keine reinen Beratungs- und Vermittlungsagenturen der Freiwilligenarbeit. Sie bilden u. a. den organisatorischen Rahmen für „nicht-staatliche und nicht-ökonomische Zusammenschlüsse und Assoziationen auf freiwilliger Basis“.

**Freiwilligenagenturen** u. ä. E. sind überwiegend in den letzten Jahren entstanden, einige aus der Weiterentwicklung von Selbsthilfekontaktstellen. Ihre Konzeptionen sind – wie bei jungen Anlaufstellen üblich – sehr unterschiedlich. Insgesamt umfasst der Typ Freiwilligenagenturen und -zentren ein breites Spektrum: Ehrenamtsbörsen, Bürgerbüros etc. Viele Freiwilligenagenturen in Deutschland wurden nach Vorbildern in den Niederlanden oder England konzipiert und knüpfen an deren Erfahrungen an. Freiwilligenzentren wurden in einem Modellprojekt des Deutschen Caritasverbandes erprobt.<sup>5</sup> Die Anfang 1999 als eingetragener Verein gegründete Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen (BAFA) unterstützt die Entwicklung von Freiwilligenagenturen z. B. durch Beratung und Begleitung in der Entwicklungsphase, durch die Organisation von Fachtagungen und Bildungsveranstaltungen.<sup>6</sup>

Gemeinsam sind den Freiwilligenagenturen die Kernaufgaben Vermittlung und Beratung von Freiwilligen über Gelegenheiten zum Engagement und deren Vermittlung in freiwillige Tätigkeiten. Einige Freiwilligenagenturen setzen darüber hinaus Schwerpunkte bei der Unterstützung und Initiierung von Gruppen, der Öffentlichkeitsarbeit und der Entwicklung themen- und zielgruppenspezifischer Projekte. Die **Freiwilligenzentralen** der Caritas haben sich auf ein gemeinsames Aufgabenprofil und gemeinsame Ziele verständigt. Das Konzept umfasst drei Schwerpunkte. Dazu gehören die Vermittlung von Freiwilligen/Ehrenamtlichen, Forum soziales Engagement und die Werkstatt sozialer Aktion.

Die im Rahmen des Projektes durchgeführte Bestandserhebung der Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros und Freiwilligenagenturen in Deutschland erbrachte erstmals einen gesamten Überblick über deren Verbreitung in Kommunen mit mehr als 10.000 Einwohnern und in den 16 Bundesländern (vgl. **Abb. 3.1** und **Abb. 3.2**).

<sup>5</sup> Baldas, Eugen/Bock, Teresa/Gleich, Johann M./Helmbrecht, Michael/Roth, Rainer A. (Hrsg.) (2001)

<sup>6</sup> Jakob, Gisela/Janning, Heinz (2000); Stiftung Mitarbeit, Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen e.V. (Hrsg.) (2000)

**Abb. 3.1: Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros und Freiwilligenagenturen in Kommunen mit über 10.000 Einwohnern**

	Kommunen nach Einwohnerzahl				Insg.
	Über 400.000 Einwohner	100.000 - 400.000 Einwohner	50.000 - 100.000 Einwohner	10.000 - 50.000 Einwohner	
Kommunen insgesamt	16 <sup>1)</sup>	68	100	1.341	1.525
Anteil der Bevölkerung	15 %	15 %	9 %	32,5 %	71,5 %
Kommunen mit Anlaufstellen	16 (100 %)	58 (85 %)	66 <sup>2)</sup> (66 %)	243 <sup>3)</sup> (18 %)	383 <sup>6)</sup> (25 %)
Durchschnittliche Zahl der Anlaufstellen in Kommunen mit Anlaufstellen	3 <sup>4)</sup>	2	1,5	1,1	1,5
Zahl der Anlaufstellen insgesamt <sup>5)</sup>	93	119	101	272	585
<u>davon:</u>					
Selbsthilfe-kontaktstellen	40	55	48	92	235
Seniorenbüros	14	20	24	108	166
Freiwilligenagenturen u. ä. E.	39	44	29	72	184
<sup>1)</sup> Darunter 4 Millionenstädte: Berlin, Hamburg, München, Köln <sup>2)</sup> Darunter 37 Kreisstädte <sup>3)</sup> Darunter 107 Kreisstädte <sup>4)</sup> Durchschnittliche Zahl der Anlaufstellen in den 12 Städten unter 1 Mio. Einwohner <sup>5)</sup> 30 % der Anlaufstellen sind für Kreise zuständig. <sup>6)</sup> Von den 383 Kommunen mit Anlaufstellen verfügen: <ul style="list-style-type: none"> <li>▶ 261 Kommunen mit über 1 Anlaufstelle</li> <li>▶ 95 Kommunen mit über 2 Anlaufstellen</li> <li>▶ 19 Kommunen mit über 3 Anlaufstellen</li> <li>▶ 8 Kommunen mit über 4 oder mehr Anlaufstellen</li> </ul>					
© Quelle: ISAB Köln 2000, Kommunale Umfrage zur Förderung des freiwilligen Engagements (n=317) und Befragung von Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros, Freiwilligenagenturen u. ä. E. (n = 312) sowie ergänzende Auswertungen von Verzeichnissen (Stand: Mai 2000)					

Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros sowie Freiwilligenagenturen und ähnliche Einrichtungen gibt es nicht in allen Kommunen. Die bislang existierenden 585 Anlaufstellen für freiwilliges Engagement in der bisherigen Form von Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros und Freiwilligenagenturen verteilen sich auf 383 Kommunen mit mehr als 10.000 Einwohnern. 261 Kommunen haben eine Anlaufstelle, also entweder eine Selbsthilfekontaktstelle oder ein Seniorenbüro oder eine Freiwilligenagentur. 95 Kommunen haben zwei Anlaufstellen. In 27 Kommunen gibt es drei und mehr Anlaufstellen. Das bedeutet, dass erst 25 % der 1.525 Kommunen mit mehr als 10.000 Einwohnern über eine Anlaufstelle verfügen.

**Abbildung 3.1** zeigt die Verteilung der Anlaufstellen auf die Kommunen mit unterschiedlicher Einwohnerzahl:

- In den **4 deutschen Millionenstädten** gibt es jeweils mehrere Informations- und Kontaktstellen unterschiedlichen Typs. Bei diesen Städten geht es zukünftig um die Vernetzung und den Ausbau der bestehenden Anlaufstellen.
- In den **12 Städten mit 400.000 bis 650.000 Einwohnern** gibt es im Durchschnitt 3 Anlaufstellen. Auch in diesen Städten werden Vernetzungsstrategien an Bedeutung gewinnen.
- Von den **68 Städten mit 100.000 bis 400.000 Einwohnern** verfügen 58 Städte (85 %) über durchschnittlich 2 Anlaufstellen. 10 Städte haben bislang keine Anlaufstelle.
- Von den **100 Städten mit 50.000 bis 100.000 Einwohnern** verfügen 66 Städte (66 %) über mindestens eine Anlaufstelle, der Durchschnitt liegt bei 1,5 Anlaufstellen. 37 der 66 Städte mit Anlaufstellen sind Kreisstädte, bei denen die Anlaufstellen in der Regel nicht nur für die Stadt, sondern für den gesamten Kreis zuständig sind. 34 Städte haben keine Anlaufstelle.
- In **Städten mit 10.000 bis 50.000 Einwohnern** ist die Versorgung mit Engagement unterstützenden Anlaufstellen am schlechtesten. Lediglich 18 % der 1.341 Kommunen dieser Größenklasse haben in der Regel eine Anlaufstelle. Von den 243 Kommunen mit Anlaufstellen sind 107 Kreisstädte, deren Anlaufstellen meist für das gesamte Kreisgebiet zuständig sind.

**Abb. 3.2** zeigt, wie sich die Anlaufstellen auf die 16 Bundesländer verteilen. Danach kommen auf Deutschland 0,7 Anlaufstellen auf jeweils 100.000 Einwohner. Die meisten Anlaufstellen pro 100.000 Einwohner gibt es in den Bundesländern

Thüringen, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Saarland, die wenigsten in Bayern, Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen und Sachsen.

**Abb. 3.2: Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros und Freiwilligenagenturen in den 16 Bundesländern**

<i>Bundesland</i>	Anlaufstellen pro 100.000 Einwohner	Kommunen mit Anlaufstellen	Anlaufstellen insg.	Selbsthilfekontaktstellen	Seniorenbüros	Freiwilligenagenturen
Baden-Württemberg	0,8	58	80	21	15	44
Bayern	0,4	26	48	19	14	15
Berlin	0,8	1	27	20	1	6
Brandenburg	1,4	28	36	17	16	3
Bremen	0,7	1	5	3	1	1
Hamburg	0,9	1	15	3	1	11
Hessen	0,8	32	44	17	13	14
Mecklenburg-Vorpommern	1,3	17	24	12	11	1
Niedersachsen	0,9	46	70	37	15	18
Nordrhein-Westfalen	0,5	62	95	37 <sup>1)</sup>	22	36
Rheinland-Pfalz	0,4	15	17	6	7	4
Saarland	1,2	9	12	1	6	5
Sachsen	0,6	18	26	11	12	3
Sachsen-Anhalt	0,8	17	23	7	5	11
Schleswig-Holstein	1	21	26	10	5	11
Thüringen	1,5	30	37	14	22	1
<i>Deutschland insgesamt</i>	<i>0,7</i>	<i>383</i>	<i>585</i>	<i>235</i>	<i>166</i>	<i>184</i>

<sup>1)</sup> Davon 23 Selbsthilfekontaktstellen mit mindestens 1,5 Stellen.

© Quelle: ISAB Institut Köln 2000: Kommunale Umfrage zur Förderung des freiwilligen Engagements (n = 317) sowie von Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros, Freiwilligenagenturen u. ä. E. (n = 312) zur Förderung des freiwilligen Engagements und der Selbsthilfe sowie ergänzende Auswertungen von Verzeichnissen (Stand: Mai 2000)



Von einer bedarfsgerechten Angebotsdichte an Informations- und Beratungsleistungen für die gesamte Bevölkerung in Deutschland kann also bisher keine Rede sein. Hinzu kommt, dass die bestehenden Anlaufstellen – wie im folgenden gezeigt wird – weder alle Engagementbereiche einbeziehen noch alle Bevölkerungsgruppen ansprechen. Viele Anlaufstellen haben unzureichende finanzielle und personelle Ressourcen, was den Umfang und die Qualität der Engagement unterstützenden Informations- und Beratungsleistungen für engagementinteressierte Bürger/innen noch weiter einschränkt.

Die in den letzten Jahren geführten Diskussionen über die Förderung von Selbsthilfe und freiwilligem Engagement haben mit dazu beigetragen, dass bereits 42 % der Bürger/innen von Informations- oder Kontaktstellen gehört haben, dies hat der Freiwilligensurvey 1999 herausgefunden<sup>7</sup>. 14 % der Befragten haben schon von Anlaufstellen gehört, bei 23 % sind Anlaufstellen vor Ort bekannt, fünf Prozent der Bürger/innen hatten bereits Kontakt mit einer Informations- und Kontaktstelle, das ist jeder sechste von allen, die davon Kenntnis haben (vgl. **Abb. 3.3**). Umgekehrt heißt dies aber, dass Informations- und Kontaktstellen für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe 58 % der Bürger/innen noch nicht bekannt sind. Allerdings besteht eine klare Diskrepanz zwischen Informationswünschen und ihrer Realisierung. Außerdem sind die Informationswünsche nicht in allen Bevölkerungsgruppen gleich. Ein persönliches Interesse an einschlägigen Informationen und an diesem Informationsweg haben besonders Bürger/innen, die bisher nicht engagiert sind, die jedoch zur Übernahme einer freiwilligen Tätigkeit bereit sind. 64 % von ihnen möchten sich bei einer Anlaufstelle für freiwilliges Engagement informieren.

Zu den Nutzern der Anlaufstellen gehören auch bereits Engagierte, die ihr Engagement insgesamt oder ihre jeweilige Tätigkeit ausweiten möchten oder die eine neue Tätigkeit suchen. Das persönliche Interesse der Bürger/innen an einschlägigen Informationen ist mit 30 % deutlich höher als die derzeitige Inanspruchnahme der Anlaufstellen, d. h. die Nachfrage ist wesentlich größer als die bisherige Informations- und Beratungskapazität. Auf die Bundesrepublik Deutschland hochgerechnet wollen 18 Millionen Menschen die Leistungen von Informations- und Kontaktstellen nutzen. Insofern existiert eine Diskrepanz zwischen erklärten Informationswünschen und deren Realisierung. Diese Wahrnehmung der Bürger/innen steht im Gegensatz zur eher positiven Beurteilung der gegenwärtigen Informations- und Beratungsmöglichkeiten sowohl durch die Kommunen selbst

---

<sup>7</sup> vgl. Braun, Joachim/Klages, Helmut (Hrsg.) (2000), S. 219 ff.

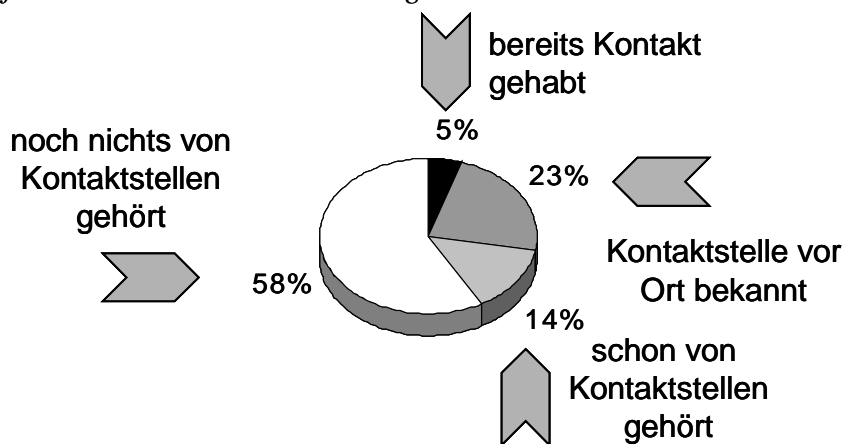
als auch durch die Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros und Freiwilligenagenturen.

### Abb. 3.3: Anlaufstellen für freiwilliges Engagement und Informationsinteresse der Bürger/innen

*In vielen Städten und Kreisen werden Freiwilligenagenturen, Selbsthilfekontaktstellen und Seniorenbüros eingerichtet. ... Haben Sie davon schon einmal gehört?*

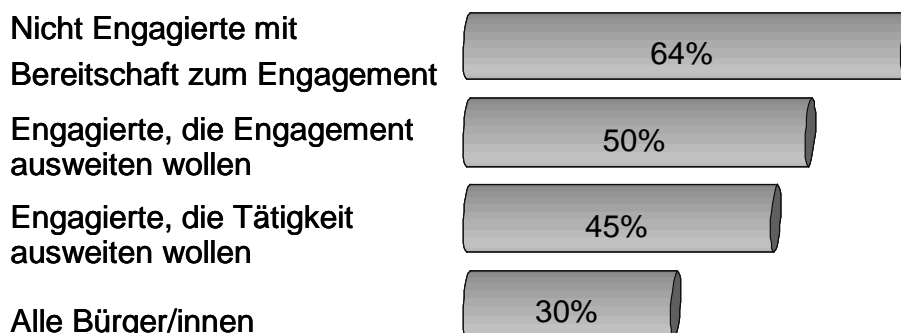
*Gibt es eine solche Informations- oder Kontaktstelle in Ihrer Stadt oder in Ihrer Region?*

*Haben Sie selbst schon einmal Kontakt mit einer solchen Informations- oder Kontaktstelle gehabt?*



*Wären Sie persönlich interessiert, sich bei einer solchen Stelle einmal über Möglichkeiten für freiwilliges Engagement zu informieren?*

Interesse an Information haben ...



© ISAB-Institut Köln 4/2000, Freiwilligensurvey 1999. (n = 14.922)

Im Hinblick auf die Zukunft des freiwilligen Engagements ist das persönliche Interesse an Informationen ein wichtiger Indikator für die Erschließung des Engagementpotenzials und die Gestaltung der Engagement unterstützenden Infrastruktur in Kommunen. Beim Vergleich des Informationsinteresses der verschiedenen Bevölkerungsgruppen sind zwei Auffälligkeiten festzustellen. Frauen sind mit 33 % häufiger interessiert als Männer mit 27 % (vgl. **Abb. 3.4**). Am stärksten wird das Interesse von jungen Menschen bekundet, während unter den Senioren der Anteil der Interessierten nur halb so groß ist. Hier gibt es einen Ansatzpunkt, mit Informationen auf die beiden Gruppen zuzugehen, die entweder im freiwilligen Engagement noch unterrepräsentiert sind wie die Frauen oder die langfristig das Potenzial für freiwilliges Engagement bilden, also die Jugendlichen und jungen Erwachsenen.

Geringe Unterschiede im Informationsinteresse gibt es zwischen ländlichen und städtischen Regionen. Die Schwankungen betragen lediglich vier Prozentpunkte, wobei das Interesse in Großstadtkernen und in kleineren Ortschaften größer ist als in Mittelstädten und Randbezirken von Großstädten. Auch mit dem Umfang des Engagements verändert sich das Informationsinteresse nur wenig, so dass unter den Engagierten keine besondere Zielgruppe auszumachen ist.

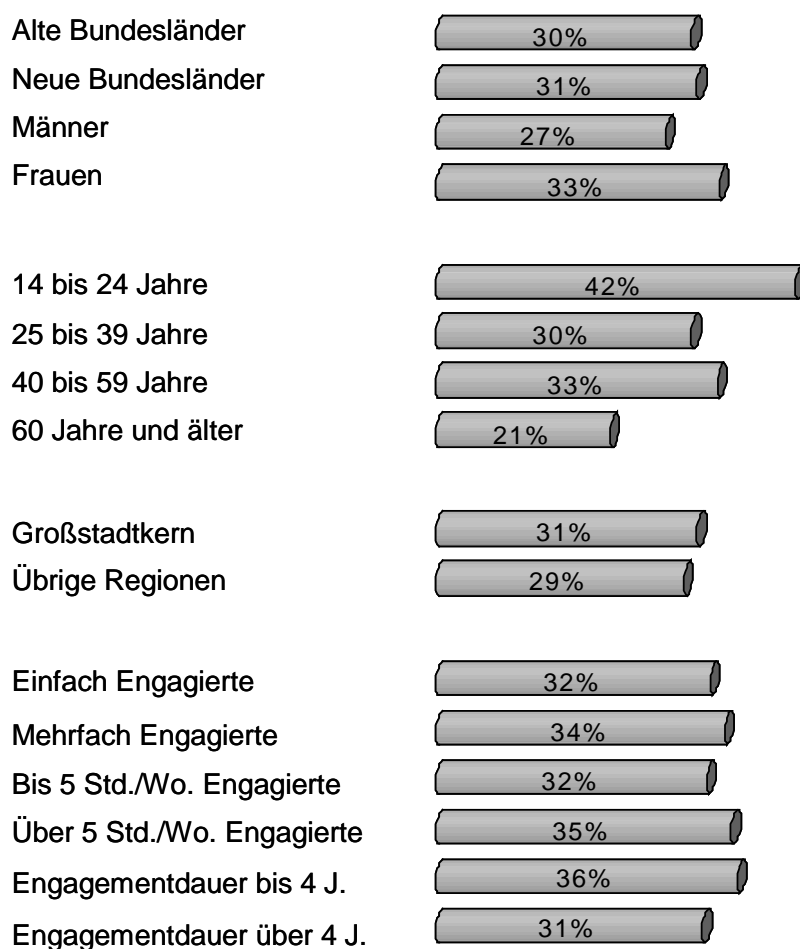
Im Kontrast hierzu stehen die Kenntnisse über Informations- und Kontaktstellen und die Erfahrungen, die bisher vorliegen. Beispielsweise sind mehr Frauen über Informations- oder Kontaktstellen informiert als Männer (vgl. **Abb. 3.5**). Anders stellt sich die Situation der Altersgruppen dar. Mit dem Alter steigt der Informationsgrad wie die Kontaktrate der Gruppen an. Personen über 40 Jahren sind informierter als die jüngeren, am besten aber die Senioren. Der geringe Informationsstand der jüngsten Altersgruppe stellt angesichts ihres hohen Informationsinteresses eine wichtige Herausforderung dar.

Offenbar erleichtern eigene Erfahrungen mit freiwilligem Engagement die Nutzung der Anlaufstellen. Wegen häufig vorkommender Tätigkeitenwechsel bei den Engagierten kann dieses Ergebnis nicht als Fehlplatzierung von Ressourcen und Aktivitäten interpretiert werden. Vielmehr zeigt sich, dass diese Anlaufstellen zur Stabilisierung des vorhandenen Engagements einen wichtigen Beitrag leisten. Die Tatsache, dass in einigen Bereichen relativ viele Bürger, die zwar aktiv, aber noch nicht weitergehend engagiert sind, zu den Anlaufstellen Kontakte hatten, zeigt, dass die Anlaufstellen neben der direkten Vermittlung in frei-

willige Tätigkeiten auch die Vermittlung ins aktive Umfeld fördern und damit den Boden für einen späteren Übergang ins Engagement bereiten.

**Abb. 3.4: Informationsinteresse bei verschiedenen Bevölkerungsgruppen**

Persönliches Interesse an Information  
durch Informations- und Kontaktstellen haben  
... Bürger/innen.

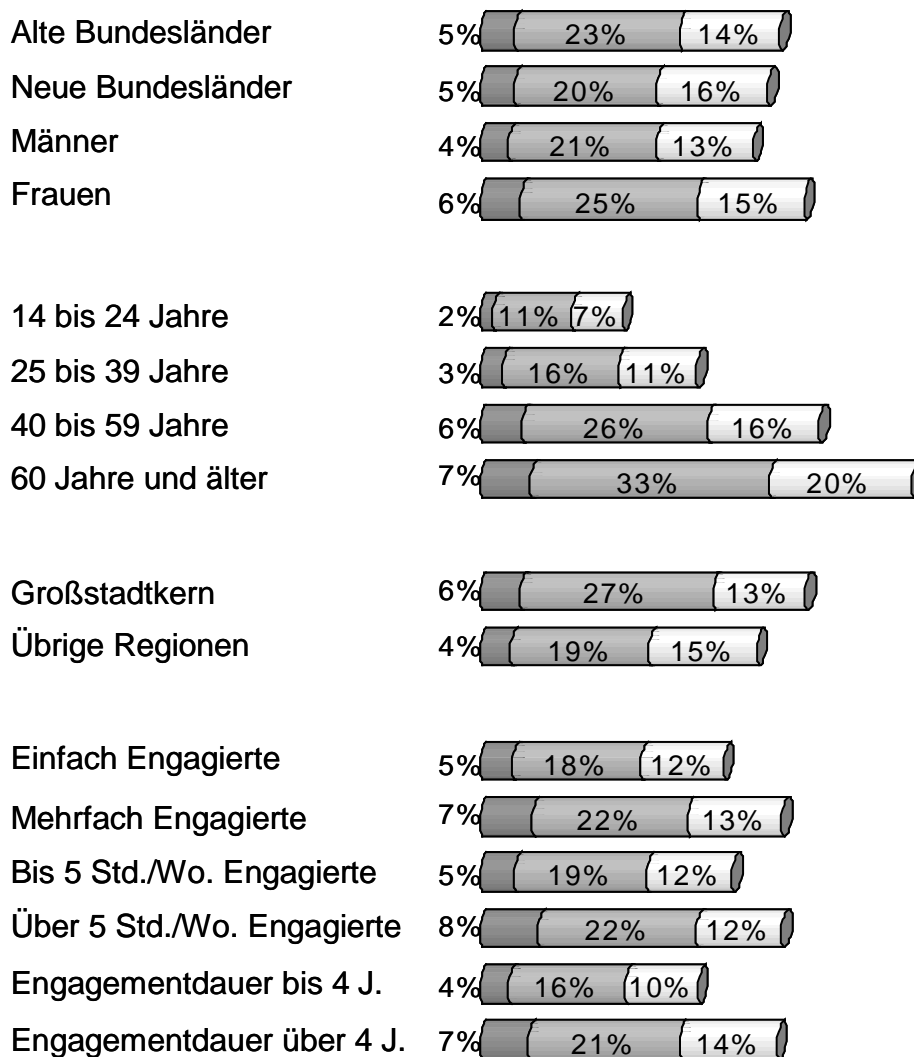


© ISAB-Institut Köln 4/2000, Freiwilligensurvey 1999. (n = 14.922)

### Abb. 3.5: Kenntnis von Anlaufstellen für freiwilliges Engagement bei Bürger/innen

Von Bürgerinnen und Bürgern ...

haben bereits Kontakt gehabt	kennen eine Kontaktstelle	haben schon von Kontaktstellen gehört
------------------------------	---------------------------	---------------------------------------



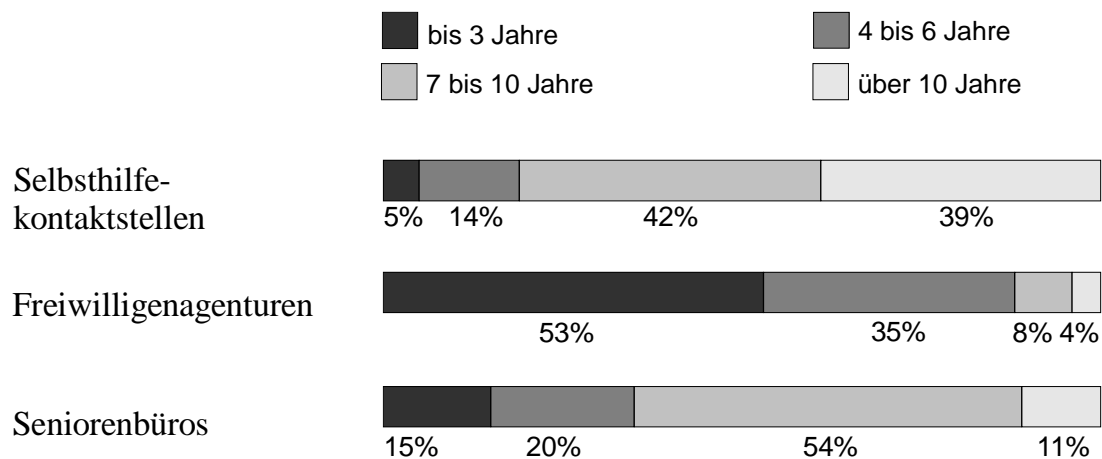
© ISAB-Institut Köln 4/2000, Freiwilligensurvey 1999. (n = 14.922)

Die Befragungen haben die Diskrepanz zwischen den Informationswünschen der Bevölkerung und deren Realisierungschancen deutlich gemacht. Diese Diskrepanz ist nicht nur auf fehlende Informationen über die Existenz dieser Anlaufstellen zurückzuführen, sondern auch auf deren noch geringe Verbreitung sowie auf die unzureichende themen- und zielgruppenspezifische Ausrichtung. Ihr Bekanntheitsgrad wird von den einzelnen Anlaufstellentypen sehr unterschiedlich eingeschätzt: 16 % der Selbsthilfekontaktstellen sind der Meinung, dass sie bisher zu wenig bekannt sind, im Unterschied zu 57 % der Freiwilligenagenturen und 23 % der Seniorenbüros.

### 3.2 Alter, Trägerschaft und Einzugsbereiche der Anlaufstellen für freiwilliges Engagement

Die **Abb. 3.6** gibt einen Überblick über das Alter der drei Anlaufstellentypen.

**Abb. 3.6: Alter der Anlaufstellen für freiwilliges Engagement**



© Quelle: ISAB Köln 2000, Befragung von Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros, Freiwilligenagenturen u. ä. E. (n = 312)

Die ältesten Anlaufstellen für freiwilliges Engagement sind die Selbsthilfekontaktstellen. Von ihnen waren zum Befragungszeitpunkt 39 % über zehn Jahre alt, wurden also vor 1990 gegründet. Weitere 42 % gibt es seit sechs bis neun Jahren,

sie wurden in den Jahren 1990 bis 1993 gegründet. D. h. vier Fünftel der Selbsthilfekontaktstellen bestehen mindestens seit der ersten Hälfte der 90er Jahre. Seniorenbüros gibt es noch nicht so lange. Mehr als die Hälfte ist sechs bis neun Jahre alt. Knapp zwei Drittel arbeiten seit der ersten Hälfte 90er Jahre.

Freiwilligenagenturen sind als jüngster Typ der Anlaufstellen für freiwilliges Engagement entstanden. Mehr als die Hälfte war im Befragungsjahr 2000 erst zwei Jahre alt. Sie wurden also seit 1998 gegründet. Mehr als ein Drittel ist drei bis fünf Jahre alt. Die geringe Etablierungszeit der Freiwilligenagenturen zeigt sich auch in ihrer Einschätzung, dass Schwierigkeiten in der Arbeit bestehen, weil sie noch nicht lange genug bestehen.

Die Trägerstruktur der Anlaufstellen ist heterogen (vgl. **Abb. 3.7**). Kommunen, Wohlfahrtsverbände, Vereine und Trägerverbünde sind Träger von Selbsthilfekontaktstellen, Freiwilligenagenturen und Seniorenbüros.

Zur Trägerschaft der einzelnen Anlaufstellen ergibt sich folgendes Bild:

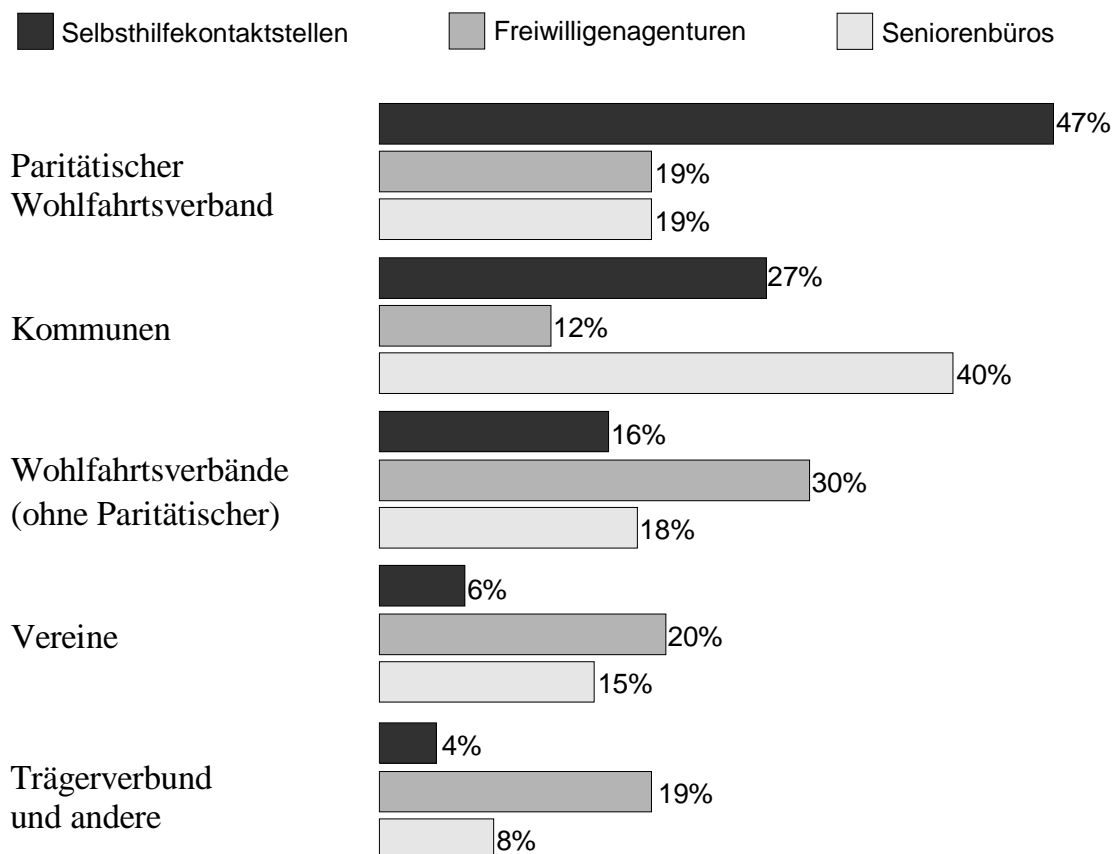
	Selbsthilfe- kontaktstellen	Freiwilligen- agenturen	Senioren- büros
Wohlfahrtsverbände	63 %	50 %	37 %
Kommunen	27 %	12 %	40 %
Vereine	7 %	20 %	15 %
Trägerverbünde und sonstige Träger	3 %	18 %	8 %

53 % aller Anlaufstellen (Selbsthilfekontaktstellen, Freiwilligenagenturen, Seniorenbüros) werden von fünf Wohlfahrtsverbänden (AWO, Caritas, Diakonie, DRK, Paritätischer) getragen. Kommunen sind Träger von 24 % der Anlaufstellen. 13% der Anlaufstellen befinden sich in der Trägerschaft eigenständiger Vereine. 10 % werden von Trägerverbünden und sonstigen Trägern (u. a. Stiftungen, Krankenkassen) getragen.

- Für die Selbsthilfekontaktstellen sind die Wohlfahrtsverbände, besonders der Paritätische Wohlfahrtsverband bzw. dessen Mitgliedsverbände, und die Kommunen die wichtigsten Träger. Fast die Hälfte wird vom Paritätischen

Wohlfahrtsverband getragen. Zusammen mit anderen Verbänden als Träger (16 %) sind Selbsthilfekontaktstellen zu fast zwei Dritteln in der Trägerschaft von Wohlfahrtsverbänden.

**Abb. 3.7: Träger der Anlaufstellen für freiwilliges Engagement**



© Quelle: ISAB Köln 2000, Befragung von Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros, Freiwilligenagenturen u. ä. E. (n = 312)

- Freiwilligenagenturen sind ebenfalls verbandsnah (insgesamt 50 %), nur dass sie stärker von anderen Verbänden getragen werden, vor allem konfessionellen wie Caritas und Diakonie. Trägerverbünde und Vereine sind für Freiwilligenagenturen ebenfalls wichtig; nur 12 % befinden sich in kommunaler Trägerschaft.



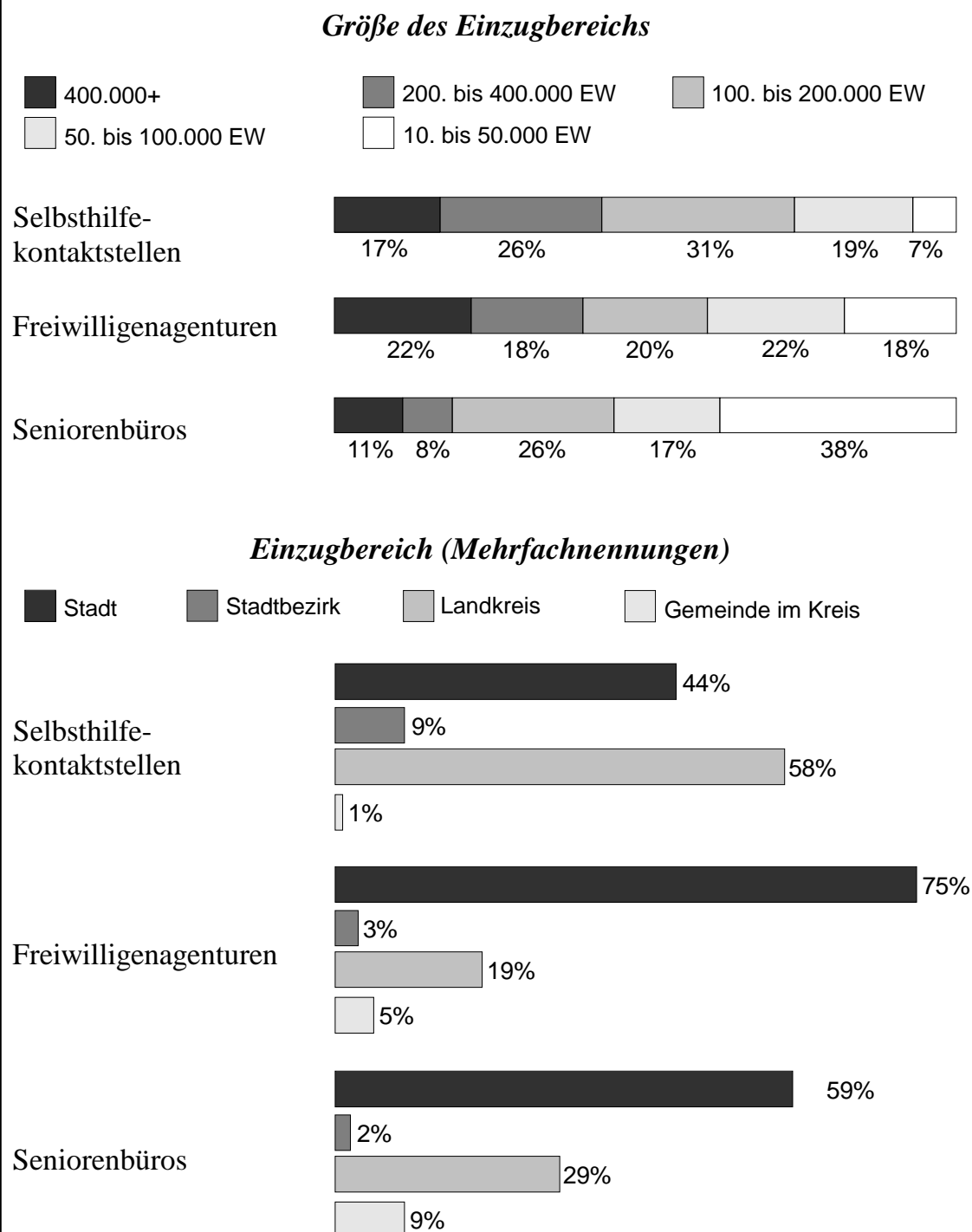
- Seniorenbüros werden besonders häufig von Kommunen getragen (40 %). Kommunen als Träger von Seniorenbüros sind besonders für den ländlichen und mittelstädtischen Bereich typisch. An zweiter Stelle stehen mit 37 % die Wohlfahrtsverbände. Auch spielt der Paritätische eine dominierende Rolle.

Das breite Trägerschaftsspektrum der Anlaufstellen verdeutlicht das hohe Interesse vieler Akteure an der Unterstützung des freiwilligen Engagements und der Selbsthilfe der Bürger/innen. Allerdings führen unterschiedliche Trägerinteressen nicht selten zu Konkurrenzsituationen zwischen Trägern, die sich mit einer Anlaufstelle in einer Kommune gegeneinander zu profilieren versuchen. Die Profilierungskonkurrenz überdeckt dabei häufig die dahinter stehende Ressourcenkonkurrenz.

Die zukunftsorientierte Weiterentwicklung und nachhaltige Etablierung einer träger-, zielgruppen- und bereichsübergreifenden Engagement unterstützenden Infrastruktur in Städten und Kreisen (vgl. Kap. 5) wird durch diese Konkurrenzsituationen erschwert. Auf Dauer, so auch das Votum der Jury zum Bundeswettbewerb „Engagement unterstützende Infrastruktur in Kommunen“, hat eine Engagement unterstützende Infrastruktur nur dann eine nachhaltige Chance auf Etablierung im kommunalen Kontext und eine tragfähige Finanzierung, wenn sie von einem Bündnis aller wichtigen Akteure der Kommune mitgetragen und unterstützt wird. Hierzu gehört auch die Unterstützung durch die kommunale Politik und Verwaltung. Kommunale Partnerschaften müssen nicht im Gegensatz zum wohlverstandenen Eigeninteresse unterschiedlicher Träger stehen müssen, sondern helfen, diese sogar besser umzusetzen (vgl. Kap. 6).

Die Befragung der Anlaufstellen gibt auch Aufschluss über ihre **Einzugsbereiche und das Umfeld**, in dem sie ihre Aktivitäten entfalten (vgl. **Abb. 3.8** und **Abb. 3.9**). Kleine Einzugsbereiche sind danach für Seniorenbüros typischer als für die anderen Anlaufstellen. 55 % der Seniorenbüros haben Einzugsbereiche bis zu 100.000 Einwohnern. Selbsthilfekontaktstellen haben ihren Schwerpunkt in Einzugsbereichen zwischen 100.000 und 400.000 Einwohnern. Freiwilligenagenturen sind von der Größe des Einzugsbereichs durchschnittlich, setzen allerdings mit 22 % einen Schwerpunkt in Kommunen mit mehr als 400.000 Einwohnern. 58 % der Selbsthilfekontaktstellen beziehen in ihren Einzugsbereich den Landkreis ein, während sich Freiwilligenagenturen mit drei Vierteln auf die Stadt beziehen. Bei 29 % der Seniorenbüros erstreckt sich der Einzugsbereich auf den Kreis.

**Abb. 3.8: Einzugsbereiche der Anlaufstellen für freiwilliges Engagement**

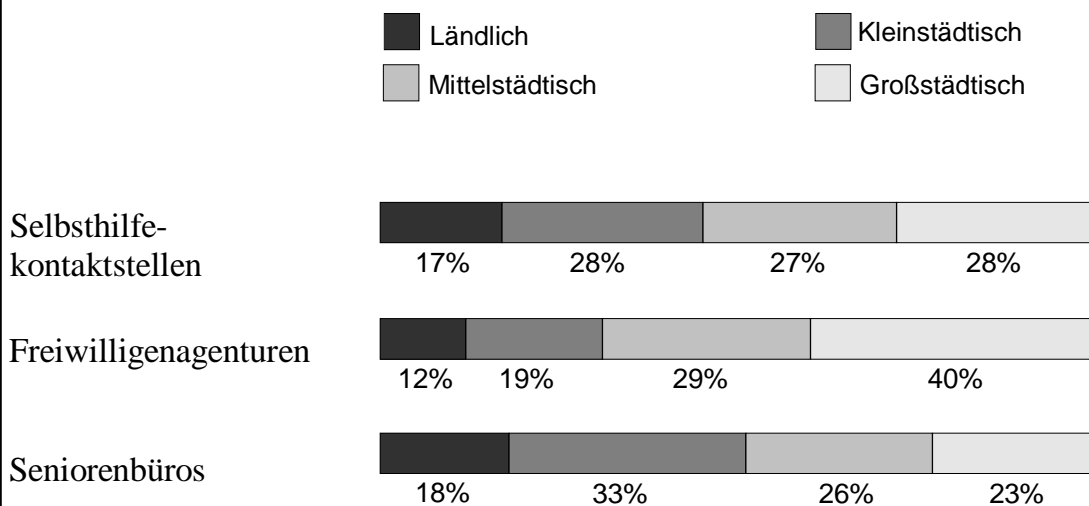


© Quelle: ISAB Köln 2000, Befragung von Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros, Freiwilligenagenturen u. ä. E. (n = 312)

Das Umfeld, in dem Selbsthilfekontaktstellen arbeiten, wird etwa zu gleichen Teilen als ländlich, kleinstädtisch, mittelstädtisch und großstädtisch beschrieben (vgl. **Abb. 3.9**). Im Gegensatz dazu sind Freiwilligenagenturen in Großstädten mit 40 % stark und auf dem Lande mit 12 % wenig präsent. Freiwilligenagenturen arbeiten in größeren Städten überproportional in Stadtkernen und weniger in Randlage. Seniorenbüros sind mit einem Drittel oft in Kleinstädten zu finden.

### **Abb. 3.9: Umfeld der Anlaufstellen für freiwilliges Engagement**

*In welchem Umfeld arbeitet Ihre Anlaufstelle?*



© Quelle: ISAB Köln 2000, Befragung von Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros, Freiwilligenagenturen u. ä. E. (n = 312)

## **3.3 Personelle und sachliche Ressourcen der Anlaufstellen für freiwilliges Engagement**

Die nachfolgende, vergleichende Untersuchung der personellen und sachlichen Ressourcen führt zur Abschätzung der bisher in Kommunen mit Anlaufstellen insgesamt vorhandenen personellen Kapazität für die Engagement unterstützende Infrastruktur.

Die Anlaufstellen unterscheiden sich z. T. erheblich im Umfang ihrer hauptamtlichen Aufgabenerfüllung. Selbsthilfekontaktstellen arbeiten zu drei Vierteln hauptamtlich, was nicht einmal auf die Hälfte der Seniorenbüros zutrifft (vgl. **Abb. 3.10**). Ein Drittel der Seniorenbüros erbringt ihre Aufgaben mit weniger als 50 % hauptamtlich. Die Freiwilligenagenturen gleichen in der hauptamtlichen Aufgabenerfüllung mehr den Selbsthilfekontaktstellen als den Seniorenbüros. Auch von ihnen werden die Aufgaben zu unter drei Vierteln hauptamtlich erbracht.

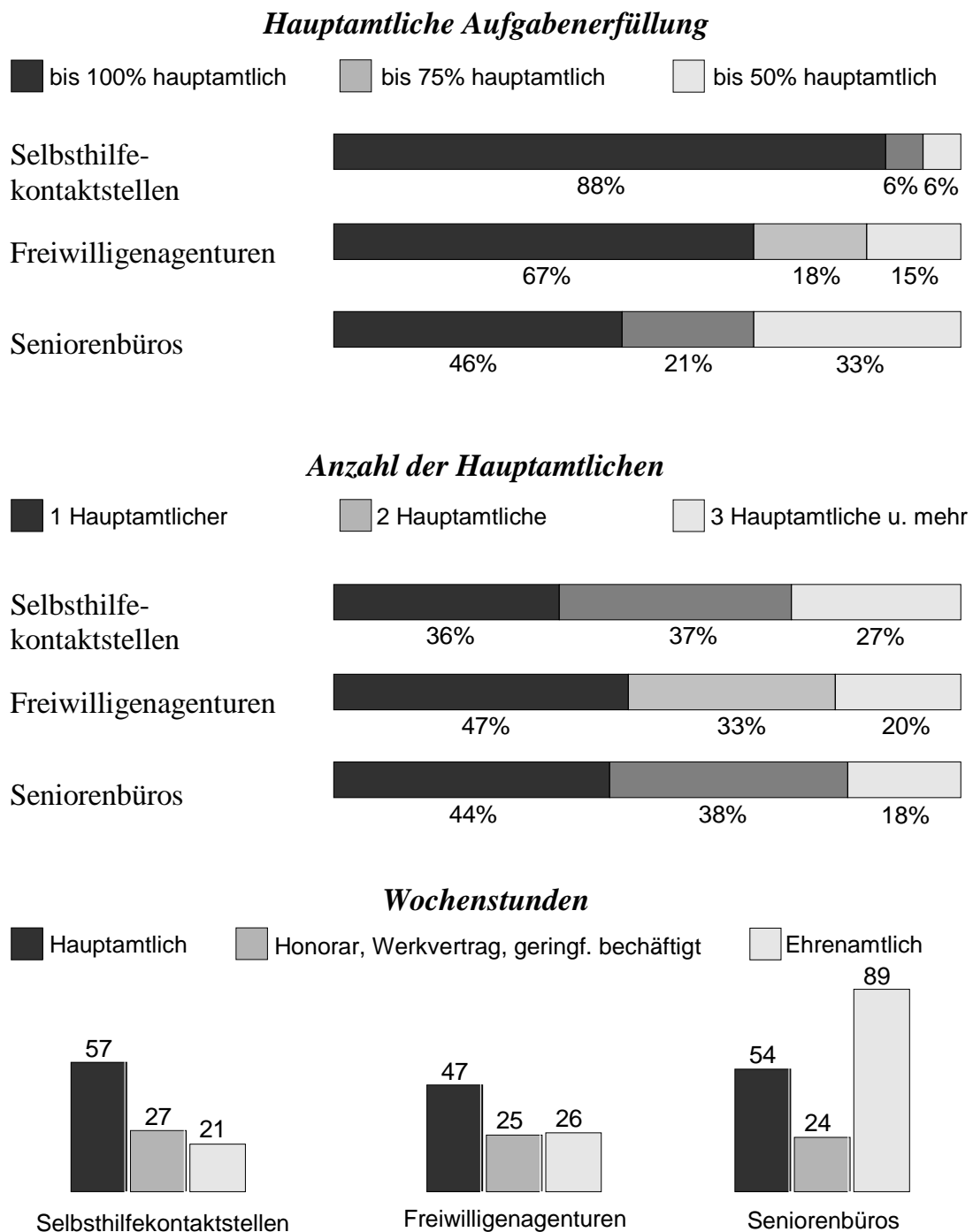
Selbsthilfekontaktstellen sind nicht nur bei der hauptamtlichen Aufgabenerfüllung besser ausgestattet als die anderen Anlaufstellen. Sie verfügen auch über eine größere Zahl hauptamtlicher Mitarbeiter/innen. 64 % der Selbsthilfekontaktstellen haben zwei Hauptamtliche oder mehr, im Unterschied zu 56 % der Seniorenbüros und zu 53 % der Freiwilligenagenturen.

Die Freiwilligenagenturen stehen weniger hauptamtliche Stunden pro Woche zur Verfügung als den anderen Anlaufstellen. Seniorenbüros und Selbsthilfekontaktstellen haben im Durchschnitt etwa 1 ½ Vollzeitstellen pro Woche, die Freiwilligenagenturen nur etwa 1 ¼ Vollzeitstellen.

Seniorenbüros können sich auf ein Potenzial an Freiwilligen stützen (89 Stunden pro Woche). Freiwillige spielen dagegen mit durchschnittlich 21 Wochenstunden bei den Selbsthilfekontaktstellen die geringste Rolle. Seniorenbüros beklagen Schwierigkeiten in der Arbeit wegen zu geringer Mitarbeiterzahl am wenigsten. Die Selbsthilfekontaktstellen kritisieren eine zu geringe Personalausstattung am stärksten.

**Abb. 3.11** zeigt die derzeitige Personalausstattung der Anlaufstellen in Kommunen mit unterschiedlicher Einwohnerzahl. 41 % haben eine/n Mitarbeiter/in, 36 % haben zwei Mitarbeiter/innen und 23 % haben mehr als zwei Mitarbeiter/innen. Anlaufstellen mit nur einem/r Mitarbeiter/in gibt es in Kommunen jeder Größenordnung, aber auch solche mit mehr als drei Mitarbeiter/innen. **Die personelle Ausstattung ist bisher mehr oder weniger zufällig und durch die Finanzierungsbereitschaft bedingt, nicht aber Ergebnis einer Bemessung des Personalbedarfs, die am Aufgabenumfang und an den Nutzerkreisen ausgerichtet ist.** Anlaufstellen mit nur einer hauptamtlichen Kraft können die organisatorischen Aufgaben kaum bewältigen, die sich durch eine aktivere Ansprache von Zielgruppen und damit vermehrte Außenaktivitäten ergeben würden.

**Abb. 3.10: Personelle Ausstattung der Anlaufstellen für freiwilliges Engagement**



© Quelle: ISAB Köln 2000, Befragung von Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros, Freiwilligenagenturen u. ä. E. (n = 312)

**Abb. 3.11: Zahl der hauptamtlichen Mitarbeiter/innen von Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros, Freiwilligenagenturen u. ä. E.***Wie viele Personen arbeiten in Ihrer Anlaufstelle?*

Städte mit ...	Mitarbeiter/innen			Zahl der Anlaufstellen
	1	2	3 u. mehr	
400. - 650.000 E.	25 %	38 %	38 %	40
100. - 400.000 E.	33 %	38 %	39 %	45
10.- 100.000 E.	48 %	31 %	21 %	81
Kreise	44 %	38 %	18 %	113
Insgesamt	41 %	36 %	23 %	279
© Quelle: ISAB Köln 2000: Befragung von Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros, Freiwilligenagenturen u. ä. E. (n = 312) zur Förderung des freiwilligen Engagements und der Selbsthilfe.				

Da es in 122 Kommunen mehrere Anlaufstellen – oft in unterschiedlicher Trägerschaft – gibt, wurde durch eine Hochrechnung die derzeit in Kommunen mit Anlaufstellen insgesamt vorhandenen personellen Ressourcen in allen Anlaufstellen der Kommune ermittelt. Dies zeigt die Personalkapazität, die für Information, Beratung und Vermittlung in einer Kommune bereits jetzt durchschnittlich zur Verfügung steht (vgl. **Abb. 3.12**). Dabei werden die Anlaufstellen in Kommunen nach vier Gemeindegrößenklassen unterschieden, weil die Zahl der Bürger/innen die Größe der Anlaufstellen sowie den Bedarf an Information, Beratung und Vermittlung beeinflusst. Dieser in **Abb. 3.12** ausgewiesene Ist-Zustand der Personalausstattung der Anlaufstellen in einer Kommune ergibt sich aus dem Durchschnitt aller, also der unzureichenden und der gut ausgestatteten Anlaufstellen.

In der Hälfte der Anlaufstellen werden die hauptamtlichen Kräfte durch freiwillig engagierte Bürger/innen unterstützt, z. B. in der Öffentlichkeitsarbeit, oder bei der Entwicklung von Angeboten und Projekten. Die Einbeziehung freiwilliger Tätigkeiten gelingt in Seniorenbüros mit 30 % am besten. 41 % der Anlaufstellen arbeiten ausschließlich mit hauptamtlichen Fachkräften, lediglich 9 % werden allein von Freiwilligen getragen, meist während der Aufbauphase. Nur von Freiwilligen getragene Anlaufstellen geraten rasch an zeitliche und personelle Gren-

zen und müssen begonnene Aufgaben wieder zurücknehmen. Häufig wurden sie wieder geschlossen, weil die regelmäßige Erreichbarkeit und die Verlässlichkeit bei Routinearbeiten von Freiwilligen allein nicht gewährleistet werden konnte.

<b>Abb. 3.12: Zahl der Mitarbeiter/innen in Anlaufstellen in Kommunen mit Anlaufstellen</b>				
	400 - 650.000 E.	200 - 400.000 E.	100 - 200.000 E.	unter 100.000 E
Ø Zahl der Anlaufstellen	3	2,4	2	1
Ø Stunden pro Woche aller Anlaufstellen in einer Kommune <sup>1)</sup>	201	151	82	44
Ø Zahl der Vollzeitstellen aller Anlaufstellen in einer Kommune <sup>2)</sup>	5,2	3,9	2,1	1,1
1) <u>Frage</u> : Wie viele Personen arbeiten in Ihrer Einrichtung? (Festangestellte/Vollzeit + Teilzeit, SAM-, ABM-, BSHG-Kräfte) Wie viele Stunden pro Woche? 2) <u>Berechnung</u> : Wochenstundenzahl aller Anlaufstellen einer Kommunen: 38,5 Std./Woche = Zahl der Vollzeitstellen aller Anlaufstellen einer Kommune				
© Quelle: ISAB Köln 2000: Befragung von Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros, Freiwilligenagenturen u. ä. E. (n = 312) zur Förderung des freiwilligen Engagements und der Selbsthilfe.				

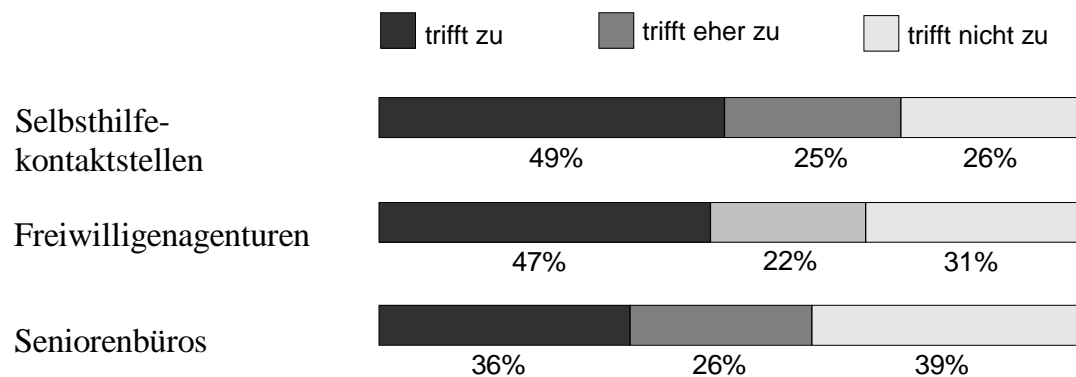
Trotz der Einbeziehung von Freiwilligen ist die Personalsituation nur für ein Drittel der Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros oder Freiwilligenagenturen zufriedenstellend. Für eine Engagement unterstützende Infrastruktur, deren Wirkung wesentlich vom Zuspruch und vom Erreichen der Bevölkerung abhängt, ist die ermittelte Personalausstattung eine Mindestausstattung, die häufig zu Einschränkungen in der Wahrnehmung von Aufgaben oder in der Erreichbarkeit führt. Hier kann auch ein Grund für die geringere Inanspruchnahme durch Berufstätige liegen. Obwohl die Personalausstattung der Freiwilligenagenturen am ungünstigsten ist, hat sich bei 30 % der Freiwilligenagenturen die Mitarbeitersituation in den letzten zwölf Monaten verbessert (vgl. **Abb. 3.13**). Am stabilsten ist die Mitarbeitersituation bei den länger bestehenden Anlaufstellen, den Selbsthilfekontaktstellen und den Seniorenbüros.

Welches **berufliche Qualifikationsprofil** haben die hauptamtlichen Mitarbeiter/innen der Anlaufstellen für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe? Es dominieren sozialarbeiterische und sozialpädagogische Ausbildungsprofile (vgl. **Abb. 3.14**). Besonders in Selbsthilfekontaktstellen, in denen drei Viertel der Hauptamtlichen solche Qualifikationen haben. Diese Qualifikationsstruktur för-

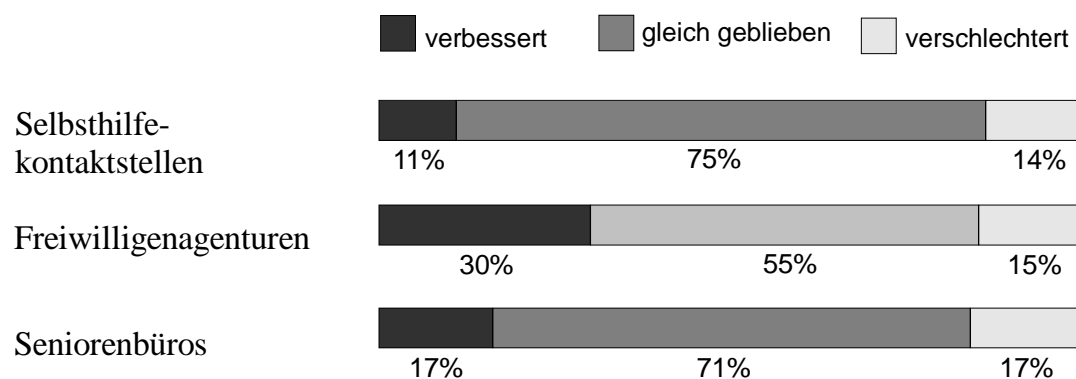
dert in allen drei Anlaufstellen eine starke Ausrichtung der Engagementförderung auf den sozialen Bereich.

**Abb. 3.13: Entwicklung der Personalsituation in den Anlaufstellen für freiwilliges Engagement**

*Unzureichende Personalausstattung*



*Entwicklung der Mitarbeiter/innensituation in den Anlaufstellen im letzten Jahr*



© Quelle: ISAB Köln 2000, Befragung von Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros, Freiwilligenagenturen u. ä. E. (n = 312)

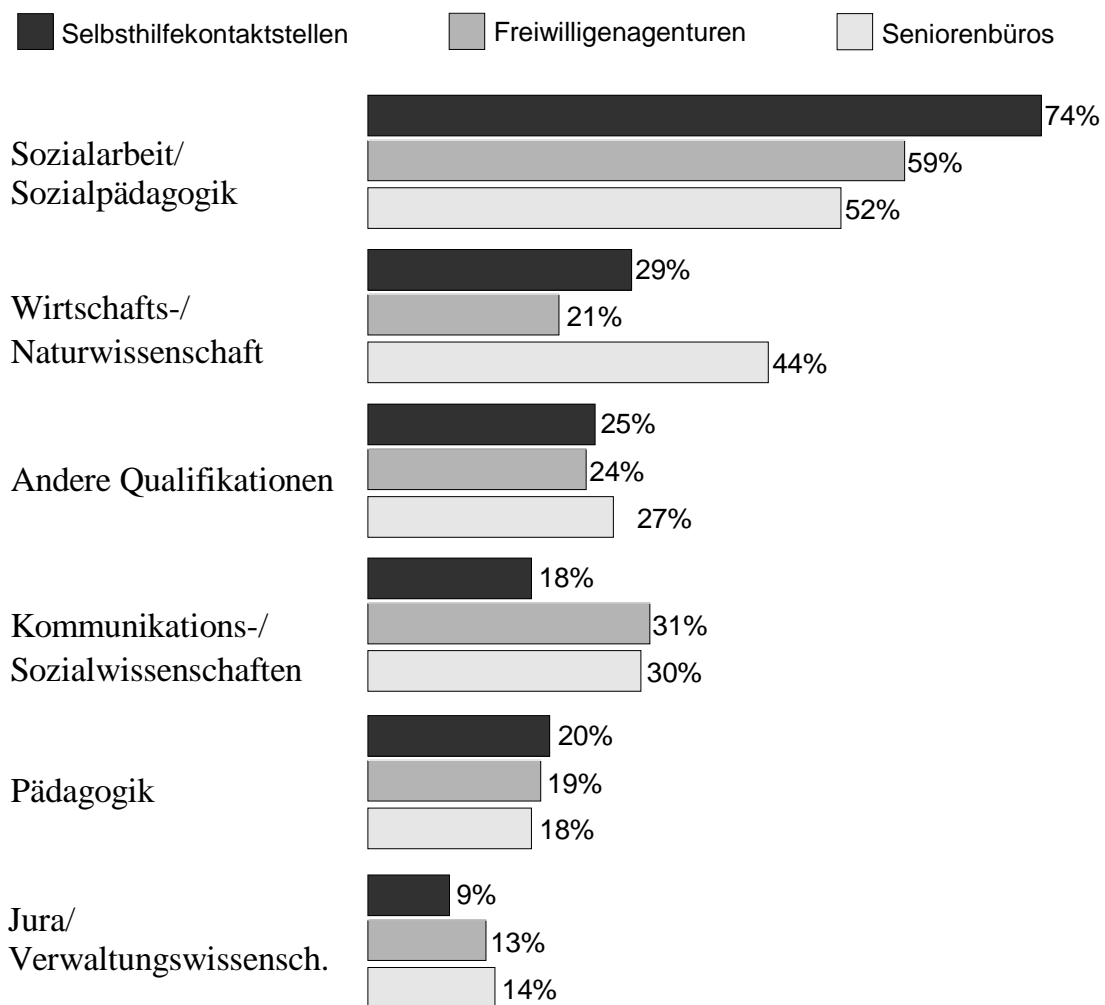
Bei den Seniorenbüros haben viele Mitarbeiter/innen wirtschaftlich-kaufmännische und technisch-naturwissenschaftliche Qualifikationen. Zudem sind bei den Seniorenbüros und den Freiwilligenagenturen sozialwissenschaftlich-politologische und auf Kommunikation und Medien bezogene Qualifikationsprofile et-



was häufiger als bei Selbsthilfekontaktstellen. Juristische und verwaltungsbezogene Berufsprofile spielen nur eine geringe Rolle.

### **Abb. 3.14: Mitarbeiter/innen-Qualifikationen der Anlaufstellen für freiwilliges Engagement**

*Welche beruflichen Qualifikationen besitzen die hauptamtlichen Mitarbeiter/innen Ihrer Anlaufstelle? (Mehrfachnennungen)*



© Quelle: ISAB Köln 2000, Befragung von Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros, Freiwilligenagenturen u. ä. E. (n = 312)

Aus den Tätigkeiten der Anlaufstellen, aus ihrem aktivierenden, auf Informationsvermittlung und Unterstützung angelegten Arbeitsansatz sowie den von ihnen zu erbringenden Moderationsaufgaben für den Freiwilligenbereich ergeben sich ähnliche Qualifikationsanforderungen für die Mitarbeiter/innen aller Anlaufstellen. Dies trifft in besonderem Maße für die Leiter/innen zu, auf die von ihnen zu erbringenden Managementaufgaben. Für den Kernbereich der in Kap. 3.6 beschriebenen Aufgaben und Tätigkeiten der Anlaufstellen sind in allen drei Anlaufstellentypen ähnliche Kompetenzen und methodische Grundqualifikationen erforderlich (Tool-Kompetenzen). Die zentralen Anforderungen an die Unterstützungsarbeit in allen drei Anlaufstellen bestehen in der Fähigkeit zur aktivierenden, informierenden und beratenden Unterstützung, in der Ermutigung zu selbstständigem Engagement und Empowerment. Für einzelne Engagementbereiche und Zielgruppen sind zusätzliche bzw. besondere Qualifikationen notwendig, z. B. für den Selbsthilfebereich oder für die Engagementförderung von Senioren. Die Qualifikationsanforderungen in den Anlaufstellen grenzen sich deutlich von einem therapeutischen und betreuenden Arbeitsverständnis ab.

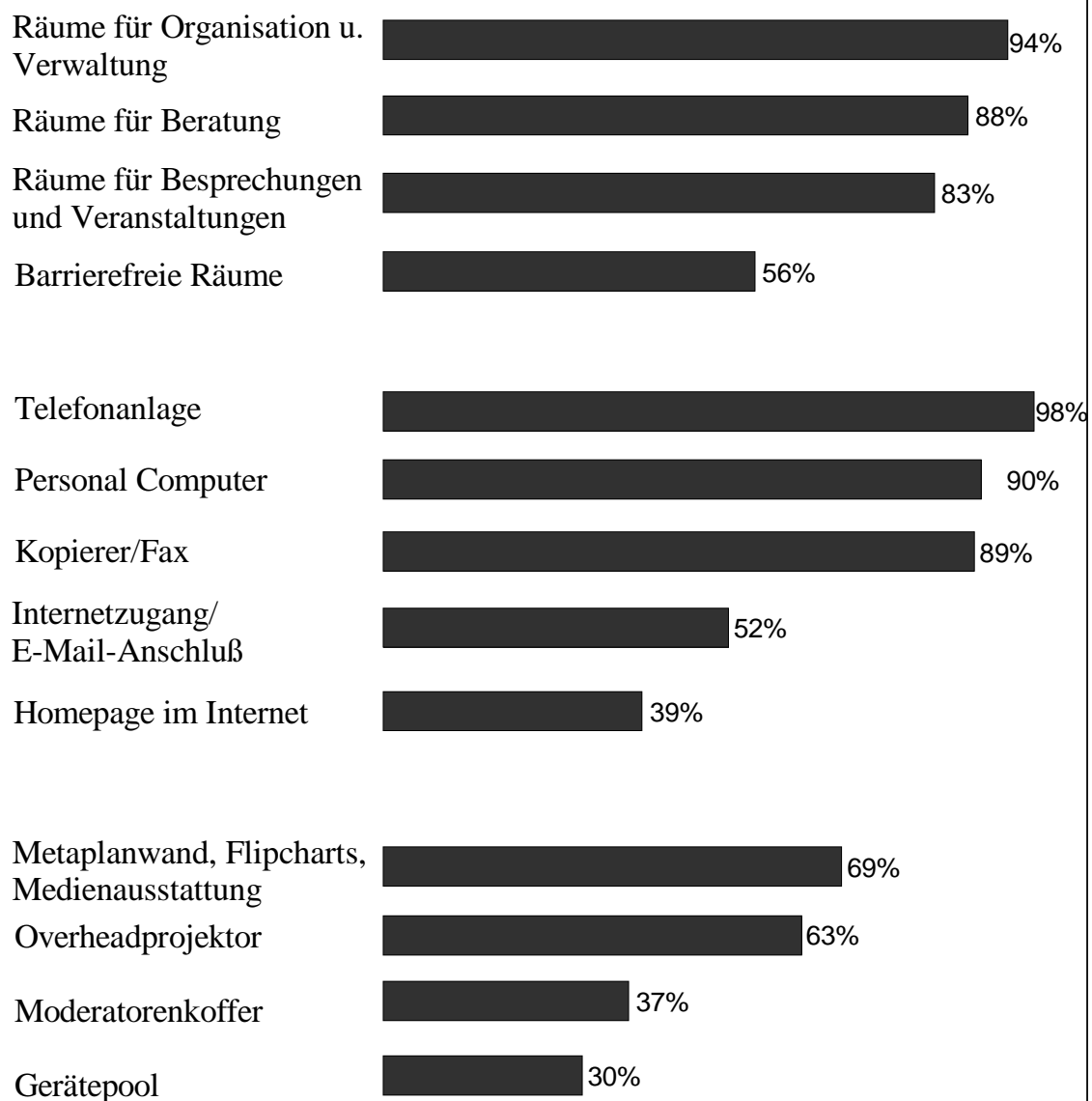
Einen Überblick über die Sachausstattung der Anlaufstellen für freiwilliges Engagement vermittelt die **Abb. 3.15**. Fast alle Anlaufstellen verfügen über Räume für Beratung und für Besprechungen. Die Räume der Anlaufstellen sind zu drei Vierteln barrierefrei, also behindertengerecht. Im Durchschnitt verfügen die Anlaufstellen über 80 m<sup>2</sup> eigene Räumlichkeiten. Am günstigsten sind die Selbsthilfekontaktstellen ausgestattet mit 93 m<sup>2</sup>, gefolgt von den Seniorenbüros mit 86 m<sup>2</sup>, ungünstiger die Freiwilligenagenturen mit nur 60 m<sup>2</sup>. Die Seniorenbüros können darüber hinaus mehr Räumlichkeiten bei ihrem Träger nutzen, so dass sie räumlich am komfortabelsten ausgestattet sind.

Telefonanlagen gehören in den Anlaufstellen zur Selbstverständlichkeit. Kopierer und PC sind weit verbreitet. Internetanschlüsse haben 52 % der Anlaufstellen. 39 % verfügen über eine eigene Homepage.

Über moderne Präsentationsmaterialien und -techniken für Vorträge, Workshops und Seminare verfügen besonders Selbsthilfekontaktstellen. Während 84 % einen Overhead-Projektor besitzen, ist das bei den Seniorenbüros nur zu 65 % der Fall. Gerätepools für Gruppen, Vereine etc. stehen vor allem den Selbsthilfekontaktstellen zur Verfügung.

### Abb. 3.15: Sachausstattung der Anlaufstellen für freiwilliges Engagement

*In Selbsthilfestellen, Freiwilligenagenturen, Seniorenbüros u.ä. Anlaufstellen bereits vorhanden:*



© Quelle: ISAB Köln 2000, Befragung von Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros, Freiwilligenagenturen u. ä. E. (n = 312)

### 3.4      **Derzeitige Kosten und Finanzierung der Anlaufstellen für freiwilliges Engagement**

Fast zwei Dritteln der Selbsthilfekontaktstellen gelingt es, Landesmittel für die eigene Arbeit zu erhalten (vgl. **Abb. 3.16**). Wegen ihres auf Gesundheit bezogenen Profils werden 53 % der Selbsthilfekontaktstellen auch Mittel von Krankenkassen zur Verfügung gestellt, wenn auch in bescheidenem Umfang. Wegen neuer Vereinbarungen über die Selbsthilfeförderung durch Krankenkassen kann sich deren Beitrag nach Abschluss der Befragung erhöht haben.<sup>8</sup> Freiwilligenagenturen sind erfolgreicher, Mittel aus Spenden und Sponsoring sowie von Wohlfahrtsverbänden einzuwerben.

Die Mittel, die Selbsthilfekontaktstellen von Wohlfahrtsverbänden erhalten, sind mit 28 % geringer, obwohl sie zu fast zwei Dritteln von Wohlfahrtsverbänden getragen werden. Bei Freiwilligenagenturen stehen die Wohlfahrtsverbände als Träger stärker für deren Finanzierung zur Verfügung. Noch geringer ist die Bedeutung der Wohlfahrtsverbände für die Finanzierung von Seniorenbüros, die überwiegend aus kommunalen Mitteln sowie aus SAM-, ABM- und BSHG-Mitteln finanziert werden.

Im Vergleich der Anlaufstellen stehen den Selbsthilfekontaktstellen derzeit die meisten Mittel zur Verfügung, Freiwilligenagenturen müssen mit den wenigsten Mitteln auskommen. Allerdings sind diese Unterschiede nicht sehr groß (vgl. **Abb. 3.17**). Bei Selbsthilfekontaktstellen streuen die Kosten am breitesten über die verschiedenen Größenordnungen. Immerhin 14 % der Selbsthilfekontaktstellen erhielten mehr als 300.000 DM im letzten Jahr. 44 % der Freiwilligenagenturen hatten weniger als 100.000 DM zur Verfügung. Auch die Seniorenbüros liegen schwerpunktmäßig im unteren Bereich der Kostenkategorien, 70 % wurden mit Beträgen unter 150.000 DM finanziert.

Die Kosten für Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros und Freiwilligenagenturen setzen sich aus Personal- und Sachaufwendungen zusammen. In **Abb. 3.18** werden die derzeitigen durchschnittlichen Ausgaben für eine Anlaufstelle ausgewiesen, unterschieden nach vier Gemeindegrößenklassen. Demnach kostet eine Anlaufstelle je nach Gemeindegrößenklasse im Durchschnitt zwischen 95.000

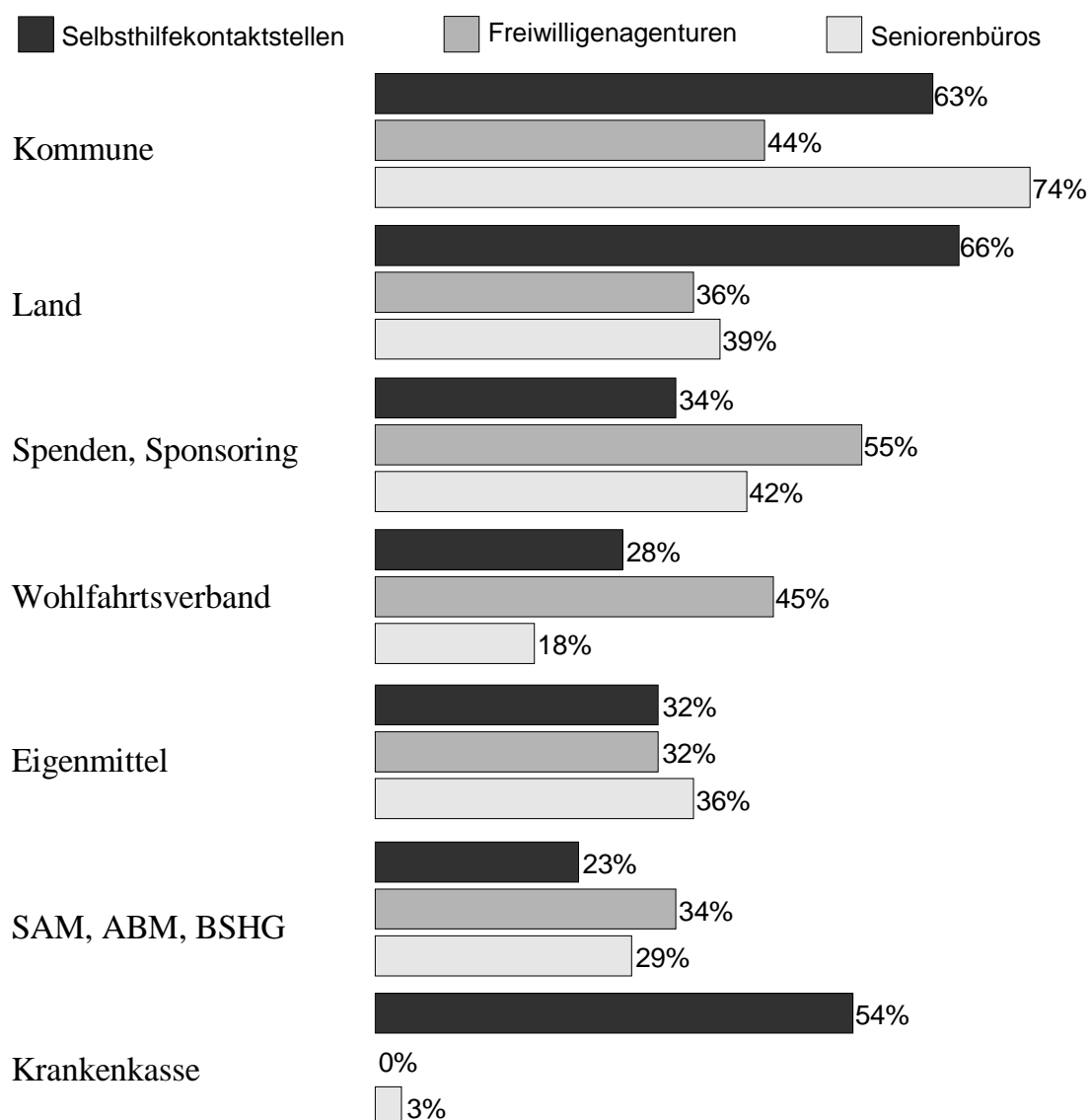
---

<sup>8</sup> vgl. Nakos-Info (2001)

und 183.000 DM in den neuen Bundesländern bzw. zwischen 132.000 und 233.000 DM in den alten Bundesländern.

### Abb. 3.16: Derzeitige Finanzierungsquellen der Anlaufstellen für freiwilliges Engagement

*Durch welche Einnahmen wurde Ihre Anlaufstelle im letzten Jahr finanziert?  
(laufende Finanzierung und Projektfinanzierung)*

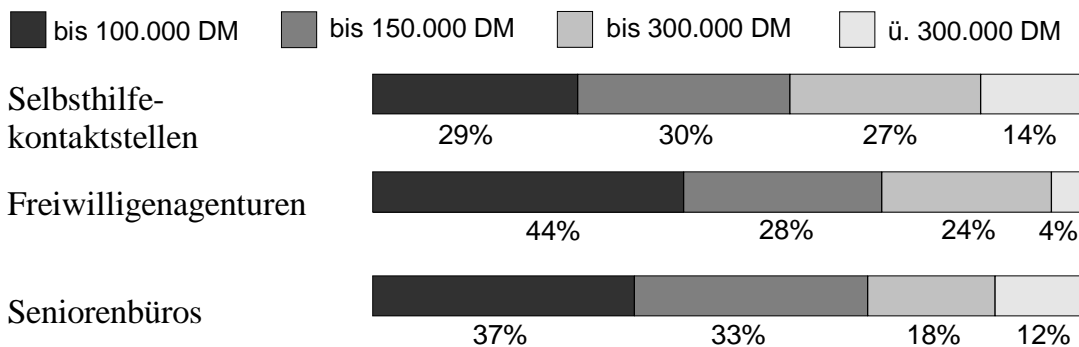


© Quelle: ISAB Köln 2000, Befragung von Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros, Freiwilligenagenturen u. ä. E. (n = 312)

**Abb. 3.17: Kosten und Mittelbedarf der Anlaufstellen für freiwilliges Engagement**

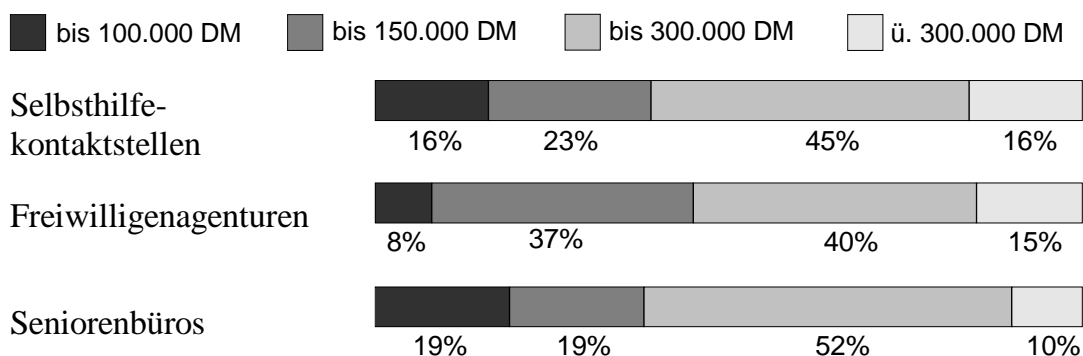
*Aktuelle Kosten*

Was kostete Ihre Anlaufstelle im letzten Jahr?



*Mittelbedarf*

Wieviel Mittel benötigt Ihre Anlaufstelle pro Jahr mindestens, um ihre Aufgaben so erfüllen zu können, wie Sie dies fachlich für notwendig halten?



© Quelle: ISAB Köln 2000, Befragung von Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros, Freiwilligenagenturen u. ä. E. (n = 312)

Die Gründe für die Ost-West-Unterschiede liegen in der geringeren Größe der Anlaufstellen in den neuen Bundesländern und im überdurchschnittlich hohen Anteil der Personalfinanzierung aus SAM-, ABM- und BSHG-Mitteln.

Die durchschnittlichen Gesamtausgaben für eine Anlaufstelle in einer Kommune ergeben sich aus der Addition der Kosten aller einzelnen Anlaufstellen in der Kommune. Dabei wurden die Anlaufstellen unabhängig von ihrer Trägerschaft

wie ein gemeinsamer „Topf“ behandelt, obwohl sie ihre Zuwendungen aus unterschiedlichen Quellen beziehen. Diese Gesamtausgaben werden derzeit für die Informations-, Beratungs- und Vermittlungsleistungen in Kommunen finanziert (vgl. **Abb. 3.18**).

<b>Abb. 3.18: Derzeitige durchschnittliche Ausgaben für eine Anlaufstelle für freiwilliges Engagement</b>		
<b>Städte mit...</b>	<b>alte BL</b>	<b>neue BL</b>
400. - 650.000 E.	233.000 DM	183.000 DM
200. - 400.000 E.	196.000 DM	144.000 DM
100. - 200.000 E.	156.000 DM	131.000 DM
Unter 100.000 E.	132.000 DM	95.000 DM
© Quelle: ISAB Institut Köln (8/00): Befragung von Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros, Freiwilligenagenturen u. ä. E. (n = 312) zur Förderung des freiwilligen Engagements und der Selbsthilfe.		

In allen Anlaufstellen liegt der Mittelbedarf über den bereits zur Verfügung stehenden Mitteln (vgl. **Abb. 3.17**). 59 % der Anlaufstellen benötigen mindestens 150.000 DM, um ihre Aufgaben fachlich anspruchsvoll erfüllen zu können, aber nur 35 % verfügen über diese Mittel. Dies zeigt, dass für viele Anlaufstellen eine angemessene Aufgabenerfüllung nicht möglich ist oder unbezahlt erbracht werden muss. Die Diskrepanz zwischen erforderlichen und realen Mitteln ist bei den Seniorenbüros besonders groß. 62 % der Seniorenbüros halten jährliche Mittel über 150.000 DM für erforderlich, aber nur 30 % steht dieser Betrag zur Verfügung. Bei Freiwilligenagenturen ist das Verhältnis 55 % zu 28 % und bei Selbsthilfekontaktstellen mit 61 % zu 41 % relativ am günstigsten.

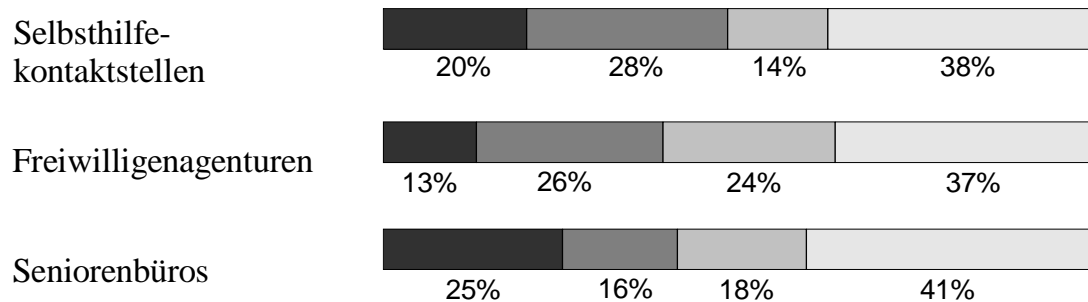
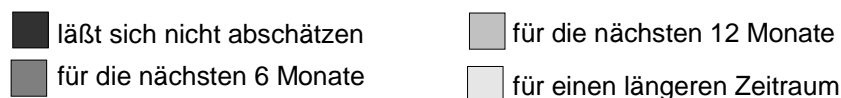
Die Anlaufstellen halten für eine erfolgreiche Durchführung ihrer Aufgaben einen höheren Mittelbedarf für erforderlich. Die Differenz zwischen derzeitigen Kosten und den erforderlichen Mitteln liegt z. T. bei über einem Drittel der jetzigen Kosten. In den alten Bundesländern wird ein höherer Mittelbedarf gesehen als in den neuen. Die bessere Personalausstattung trägt am stärksten zu dem Mehrbedarf bei. Die Freiwilligenagenturen machen mit durchschnittlich 39 % die größte Mittelaufstockung geltend. Einen über 30 % höheren Budgetansatz halten

Selbsthilfekontaktstellen für notwendig. Der von Seniorenbüros als erforderlich angesehene Zusatzbedarf liegt bei 20 % (vgl. auch Kap. 5.3).

Die Finanzierungssicherheit der meisten Anlaufstellen ist prekär (vgl. **Abb. 3.19**). 43 % sind nur bis zu einem Jahr finanziell gesichert, mit 50 % ist der Anteil bei den Freiwilligenagenturen am höchsten. Alarmierend ist die Situation der 28 % Selbsthilfekontaktstellen und der 26 % Freiwilligenagenturen einzuschätzen, die Mitte 2000 nur für sechs Monate gesichert waren. Über zwölf Monate waren nur 38 % der Anlaufstellen finanziell gesichert. Insbesondere bei Seniorenbüros besteht eine hohe Unsicherheit über die Dauer ihrer weiteren Finanzierung.

**Abb. 3.19: Finanzierungssicherheit der Anlaufstellen für freiwilliges Engagement**

*Wie lange ist die Finanzierung Ihrer Anlaufstelle gesichert?*



© Quelle: ISAB Köln 2000, Befragung von Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros, Freiwilligenagenturen u. ä. E. (n = 312)



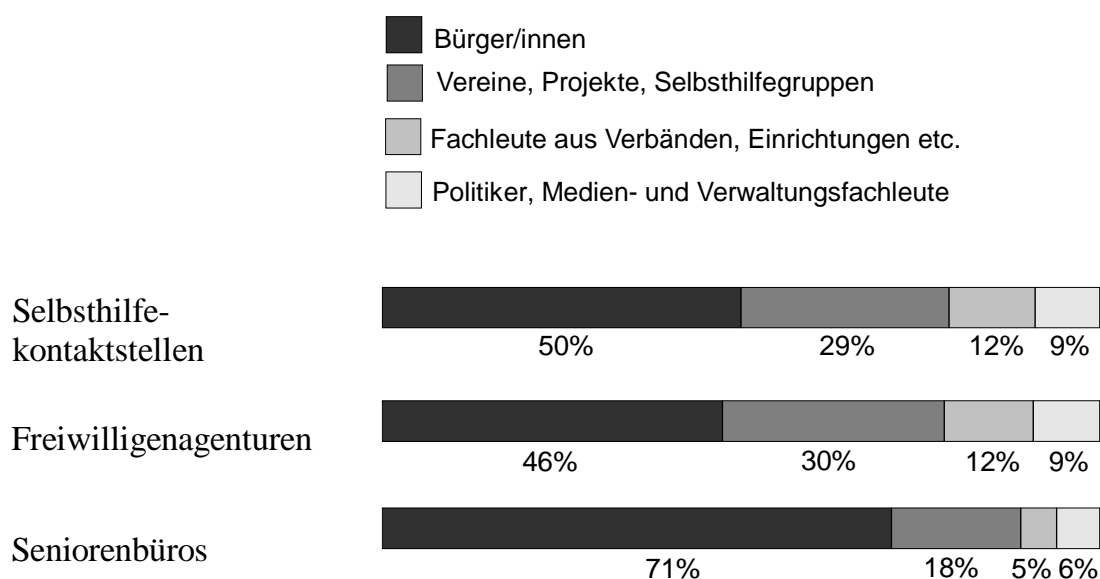
### 3.5 Selbsthilfekontaktstellen, Freiwilligenagenturen und Seniorenbüros: ihre Nutzer und Adressaten

Von den drei Anlaufstellentypen werden, wenn auch in unterschiedlichem Maße, folgende Nutzerkreise informiert und beraten (vgl. **Abb. 3.20**):

- Bürger/innen, die in Vereinen, Selbsthilfegruppen, Initiativen oder Einrichtungen aktiv mitmachen wollen,
- Bürger/innen, die sich freiwillig engagieren bzw. engagieren wollen,
- Vereine, Selbsthilfegruppen, Initiativen und Projekte,
- Fachleute aus Verbänden, Einrichtungen und Organisationen,
- Politiker, Verwaltungsfachleute und Medienvertreter.

**Abb. 3.20: Nutzerkreise von Anlaufstellen für freiwilliges Engagement**

*Welche Personen, Gruppen und Fachleute hat Ihre Anlaufstelle in den letzten sechs Monaten informiert und beraten?*



© Quelle: ISAB Köln 2000, Befragung von Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros, Freiwilligenagenturen u. ä. E. (n = 312)

Die **größte Nutzergruppe** der Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros und Freiwilligenagenturen sind **die Bürger/innen**. 50 % aller Nutzer/innen von Anlaufstellen sind Bürger/innen, die sich über Gelegenheiten zum freiwilligen Engagement oder zur Selbsthilfe informieren oder die selbst aktiv in Vereinen, Gruppen oder Projekten mitmachen wollen.

Der **zweite Nutzerkreis**, den Anlaufstellen unterstützen, sind Vereine, Selbsthilfegruppen, Initiativen und Projekte, die Bürger/innen einen organisatorischen Rahmen und Möglichkeiten für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe bieten. Knapp 30 % der Kontakte erstrecken sich auf diesen Kreis. Neben der Information und Beratung von bestehenden Vereinen, Gruppen und Projekten umfassen sie die Anregung und Begleitung neuer Initiativen sowie die Unterstützung bei der Gründung von Vereinen und Selbsthilfegruppen. Mit jeweils etwa 30 % ist dieser Nutzerkreis sowohl bei Selbsthilfekontaktstellen als auch bei Freiwilligenagenturen typischer als für Seniorenbüros.

Wichtige Voraussetzung für die Verankerung der Anlaufstellen und ihre Arbeit in den Kommunen ist die kontinuierliche Zusammenarbeit mit Fachleuten in sozialen und kulturellen Einrichtungen, von Verbänden und Organisationen, in Einrichtungen der Jugend- und Altenarbeit und im Gesundheitswesen. Die Zusammenarbeit mit ihnen verbessert die Rahmenbedingungen für freiwillige Tätigkeiten und für Selbsthilfeaktivitäten innerhalb der Einrichtungen und der hauptamtlich geführten Organisationen. Auf diese **dritte Nutzergruppe** entfallen rund 10 % der Kontakte, etwas mehr wiederum bei Freiwilligenagenturen und Selbsthilfekontaktstellen.

Ein **viertes Standbein** der Arbeit von Anlaufstellen bildet die regelmäßige Kooperation mit Politik, Verwaltung und mit Vertretern der Medien. Im Schnitt entfallen bei den Anlaufstellentypen 9 % der Kontakte auf sie. Ziel der Zusammenarbeit mit den verschiedenen Adressatengruppen ist die Entwicklung geeigneter Rahmenbedingungen für freiwilliges Engagement sowie die Verbesserung der öffentlichen Anerkennung der Leistungen freiwillig engagierter Bürger/innen.

Die bestehenden Anlaufstellentypen sprechen die Bürger/innen auf unterschiedliche Weise an:

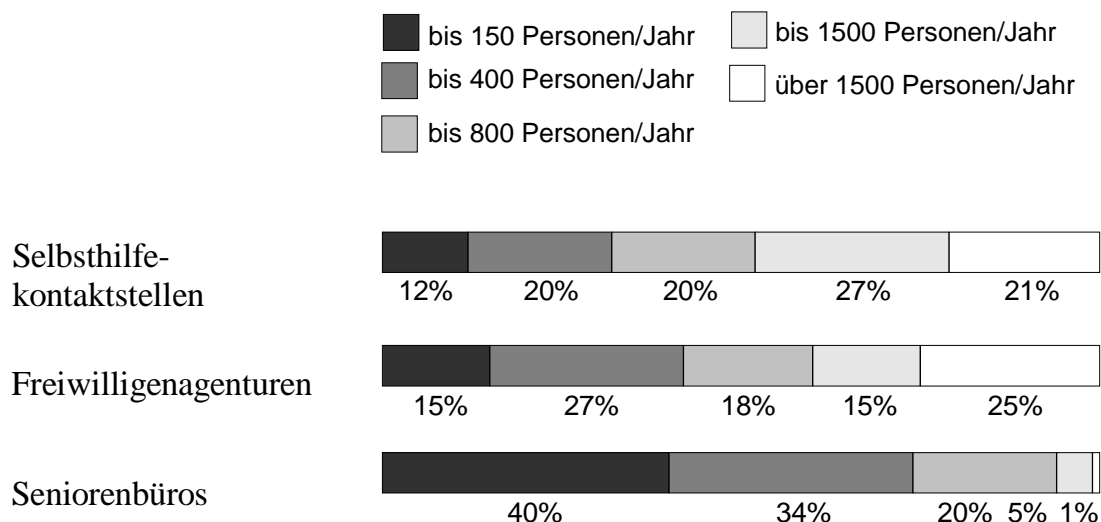
- Selbsthilfekontaktstellen durch den Problembezug meist gesundheitlicher oder psychosozialer Art sowie das Interesse an gemeinschaftlicher Bewältigung,

- Seniorenbüros über das Lebensalter bzw. die Lebensphase am Ende oder nach Abschluss des Erwerbslebens mit dem Ziel der Erschließung neuer Tätigkeitsfelder und Verantwortungsrollen,
- Freiwilligenagenturen u. ä. E. über das Interesse an freiwilligen Tätigkeiten.

Die in der Befragung ermittelten Angaben der Anlaufstellen zu ihrer Inanspruchnahme zeigen, dass die Häufigkeit der Inanspruchnahme mit dem Zeitraum des Bestehens wächst. Selbsthilfekontaktstellen und Seniorenbüros als bereits länger etablierte Anlaufstellen haben die höchsten Nutzerquoten durch Bürger/innen. Viele Freiwilligenagenturen sind noch in der Aufbauphase, was sich bereits am Gewicht der Kontakte mit Politik und Verwaltung ablesen lässt. Daher bleibt ihre Nutzung und Inanspruchnahme durch Bürger/innen deutlich hinter denen der Typen von Anlaufstellen zurück (vgl. **Abb. 3.21**).

### **Abb. 3.21: Zahl der Bürger/innen die Anlaufstellen für freiwilliges Engagement nutzen**

*Wie viele Einzelpersonen, Vereine, Projekte und Selbsthilfegruppen, sowie Fachleute hat Ihre Einrichtung in den letzten 6 Monaten informiert und beraten (telefonisch und persönlich)?*



© Quelle: ISAB Köln 2000, Befragung von Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros, Freiwilligenagenturen u. ä. E. (n = 312)

Eine Voraussetzung für die Nutzung der Anlaufstellen sind ausreichende Sprechzeiten, damit potenzielle Nutzer sie überhaupt erreichen können. 42 % der Anlaufstellen können mit ihrer Personalkapazität mehr als 20 Stunden wöchentliche Sprechzeit (telefonisch und persönlich) für Bürger/innen anbieten. Die Seniorenbüros sind mit 55 % am besten zu erreichen, gefolgt von den Selbsthilfekontaktstellen mit 45 % und den noch in der Etablierung befindlichen Freiwilligenagenturen mit 30 %. 36 % der Anlaufstellen sind nur zwischen elf und 20 Stunden, 22 % nur bis zu zehn Stunden pro Woche für Bürger/innen erreichbar.

Weitere Einflüsse auf die Inanspruchnahme der Anlaufstellen durch Bürger/innen sind:

- die Größe des Einzugsbereichs und das Umfeld der Anlaufstelle,
- die Personalausstattung und die verfügbaren Mittel für Öffentlichkeitsarbeit,
- die finanzielle Absicherung,
- die Arbeitskonzeptionen und die Trägeranbindung,
- der Umfang, in dem die jeweilige Anlaufstelle auf die Unterstützung durch freiwillig engagierte Bürger/innen zurückgreifen kann.

Der Hauptunterschied der Inanspruchnahme der drei Anlaufstellentypen besteht bei den Altersgruppen und – in der Konsequenz daraus – bei der Erwerbstätigkeit (vgl. **Abb. 3.22**). Selbsthilfekontaktstellen erreichen immerhin zu 46 % Erwerbstätige und liegen damit als einziger Typ von Anlaufstelle nahe am Bevölkerungsdurchschnitt. Bei Selbsthilfekontaktstellen und Freiwilligenagenturen stellt sich die Frage, inwieweit die Erreichbarkeit für Erwerbstätige durch organisatorische Regelungen (Öffnungszeiten) eingeschränkt wird.

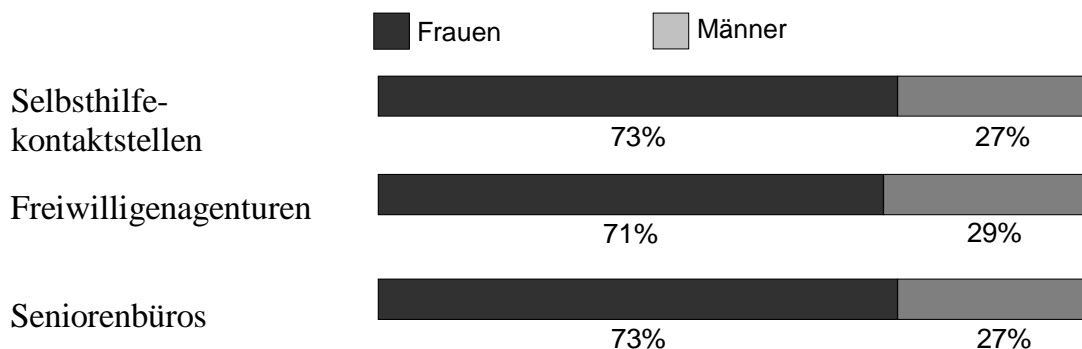
Fast drei Viertel der Nutzer/innen sind Frauen und das unabhängig von der Art der Anlaufstelle. Für den unterschiedlich hohen Frauenanteil dürften mehrere Gründe verantwortlich sein: stärkere Bedürfnisse nach sozialer Integration, größere Bereitschaft zur Verantwortungsübernahme für gesundheitliche und soziale Probleme, mehr Offenheit für Gruppenaktivitäten, geringe Einbindung und Zugangschancen zu etablierten Vereins- und Verbandsstrukturen.

Wenn sich unter den Nutzern aller Anlaufstellentypen nur knapp 30 % Männer befinden, steht dies in einem klärungsbedürftigen Kontrast zu dem im Freiwilligensurvey ermittelten, höheren Informations- und Beratungsinteresse der Männer (vgl. **Abb. 3.4**).

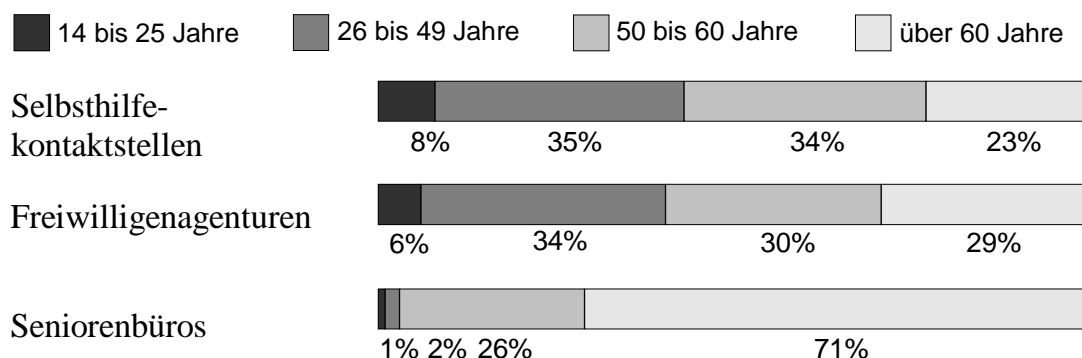
### Abb. 3.22: Demografische Merkmale der Bürger/innen die Anlaufstellen für freiwilliges Engagement nutzen

Welche Personen haben die Leistungen Ihrer Anlaufstelle in den letzten sechs Monaten genutzt?

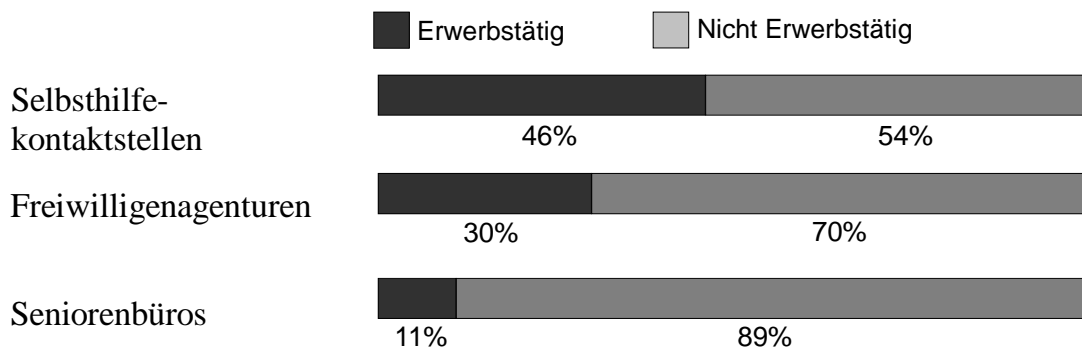
#### Geschlecht



#### Alter



#### Erwerbstätigkeit



© Quelle: ISAB Köln 2000, Befragung von Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros, Freiwilligenagenturen u. ä. E. (n = 312)

Ein Grund für die unterdurchschnittliche Erreichung der Engagement interessierten Männer liegt in der bisherigen Beschränkung der Anlaufstellen auf überwiegend soziale, gesundheitliche und gesellige Engagementbereiche.

71 % der Nutzer/innen von Seniorenbüros sind über 60 Jahre alt. Seniorenbüros werden jedoch nicht nur von Senior/innen, sondern zu einem Drittel von Personen zwischen 50 und 60 Jahren in Anspruch genommen. Die Altersstruktur der Nutzer/innen von Selbsthilfekontaktstellen und Freiwilligenagenturen ist nahezu identisch. Allerdings sind mehr als die Hälfte der Nutzer/innen von Selbsthilfekontaktstellen und Freiwilligenagenturen Bürger/innen über 50 Jahren, wodurch es zu hohen Überschneidungen mit den von Senior/innen erreichten Altersgruppen kommt. Ein gutes Drittel der von Selbsthilfekontaktstellen und Freiwilligenagenturen erreichten Altersgruppen befindet sich im mittleren Erwachsenenalter. Junge Menschen fühlen sich am wenigsten durch die Aufgaben und Leistungen der bisherigen Anlaufstellen angesprochen und werden trotz ihres höheren Informationsinteresses nach dem Freiwilligensurvey durch sie bislang kaum erreicht (vgl. **Kap. 3.1**).

### **3.6 Profile und Leistungen der drei Anlaufstellentypen im Vergleich**

Nach den in Kapitel 3.2 bis 3.5 dokumentierten Gemeinsamkeiten und Besonderheiten der drei Anlaufstellentypen bezüglich ihrer organisatorischen Merkmale (wie Alter, Trägerschaft, Ressourcen und Kosten) sowie der Nutzer und Adressaten, die sie in Anspruch nehmen, richtet sich ein zentrales Erkenntnisinteresse der Befragung von Anlaufstellen auf ihre Aufgaben und Leistungen.

In einem generellen Sinne ergeben sich diese Aufgaben und Leistungen aus den Erfordernissen und Bedarfen der den Freiwilligenbereich strukturierenden Dimensionen. Dazu zählen die Engagementbereiche und Organisationsformen des freiwilligen Engagements, die ständigen Austauschbewegungen im freiwilligen Engagement (Eintritt, Austritt und Wiedereintritt) und der daraus resultierende Informations- und Beratungsbedarf engagierter und an freiwilligem Engagement interessierter Bürgern sowie die Einbindung des Freiwilligenbereichs in den gesellschaftlichen Zusammenhang.

Im Hinblick auf ihre Leistungen (ihre Bedarfsgerechtigkeit bzw. Defizite) stellen sich hieraus für die Anlaufstellen vier zentrale Fragen,

- welche Hauptaufgaben von ihnen erbracht werden (bzw. werden sollen);
- durch welche Tätigkeiten diese konkret umgesetzt werden;
- auf welche Engagementbereiche die Aufgaben gerichtet sind;
- und welche Organisationsformen des freiwilligen Engagements von ihnen unterstützt werden.

### **3.6.1 Aufgabenprofil der drei Anlaufstellentypen für freiwilliges Engagement**

In ihren Selbstdarstellungen verwenden die bisherigen Anlaufstellen zum Teil unterschiedliche Begriffe zur Beschreibung ihrer Aufgaben und Tätigkeiten. Dies resultiert aus ihren jeweiligen Entwicklungsstadien und daraus, dass sie aus dem insgesamt erforderlichen Leistungsspektrum wegen unzureichender Ressourcen oft nur einzelne Leistungen erbringen können.

Um das gesamte Aufgaben- und Tätigkeitsprofil aller drei Anlaufstellentypen angemessen zu erfassen, wurde mit Vertretern von Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros und Freiwilligenagenturen in zwei Workshops zur Entwicklung der Fragebogen geklärt, welches ihre Hauptaufgaben und die von ihnen erbrachten Einzeltätigkeiten sind. Hierbei wurden auch die in der Evaluation von Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros und Freiwilligenzentren ermittelten Aufgabendifferenzierungen einbezogen.<sup>9</sup>

Da das Gesamtspektrum der von den Anlaufstellen erbrachten Aufgaben und Tätigkeiten unzureichend bekannt ist, stellen die vorliegenden empirischen Erkenntnisse zur Aufgabendurchführung ein wesentliches Ergebnis der Befragung der Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros und Freiwilligenagenturen dar. Das hierbei sichtbar gewordene Aufgabenspektrum, das für eine erfolgreiche Engagementunterstützung erbracht werden muss, ist eine wesentliche Grundlage für die Bemessung des Personalbedarfs und die Qualifikationsanforderung der hauptamtlichen Mitarbeiter/innen in den Anlaufstellen. Zentrales Ergebnis der Befragung ist es, dass alle drei Typen der Anlaufstellen für freiwilliges Engage-

---

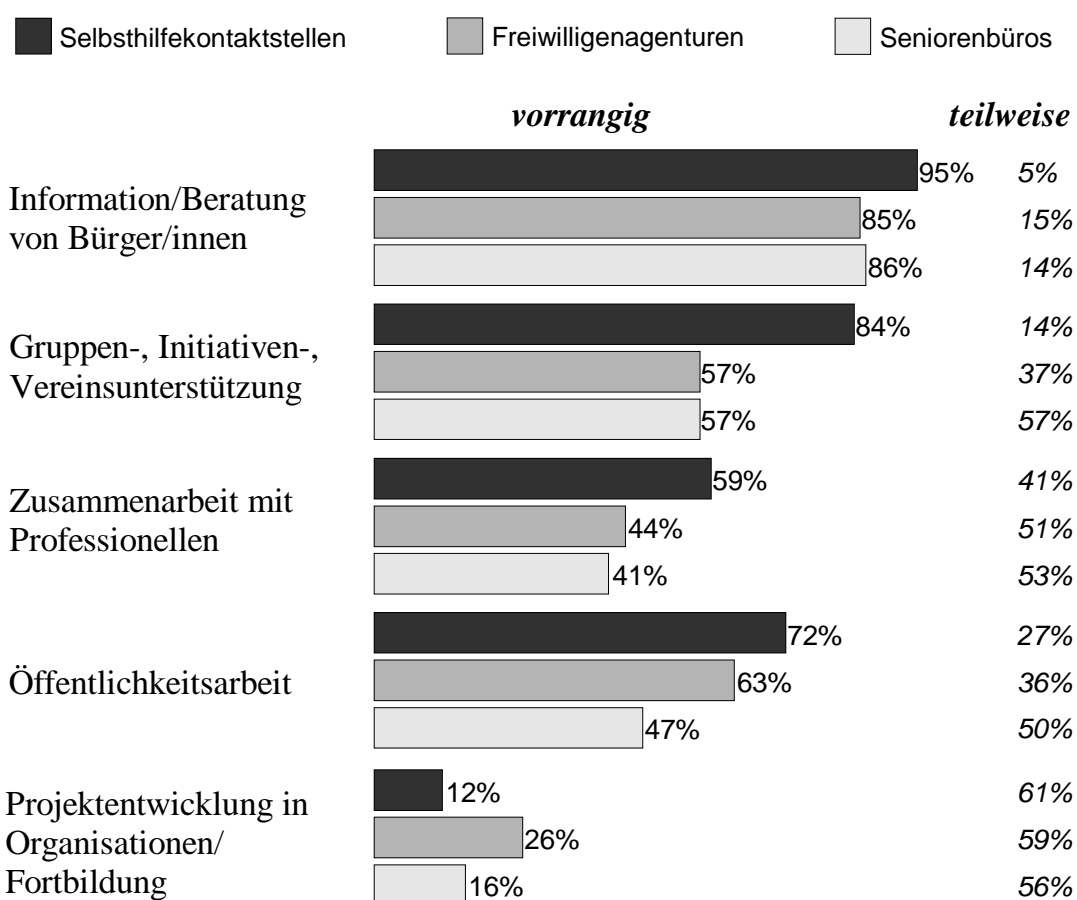
<sup>9</sup> vgl. Baldas, Eugen/Bock, Teresa/Gleich, Johann M./Helmbrecht, Michael/Roth, Rainer A. (Hrsg.) (2001); Braun, Joachim/Claussen, Frauke (1997); Braun, Joachim/Emons, Gisela (ISAB-Institut Köln) (1999); Braun, Joachim/Kettler, Ulrich/Becker, Ingo (1997); Braun, Joachim/Opielka, Michael (1992); Jakob, Gisela/Janning, Heinz (2000); Stiftung Mitarbeit, Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen e.V. (Hrsg.) (2000)

ment ein ähnliches **Aufgabenprofil entwickelt** haben (vgl. **Abb. 3.23**), das **fünf Kernaufgaben** umfasst, die durch 19 konkrete Tätigkeiten praktisch umgesetzt werden (vgl. **Abb. 3.25**).

### **Abb. 3.23: Vorrangige Aufgaben der Anlaufstellen für freiwilliges Engagement**

*Welche Hauptaufgaben werden von Ihrer Anlaufstelle wahrgenommen?*

*Antwortvorgaben: "Vorrangig" - "teilweise" - "gar nicht"*



© Quelle: ISAB Köln 2000, Befragung von Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros, Freiwilligenagenturen u. ä. E. (n = 312)

Eine erste Hauptaufgabe der Anlaufstellen ist die Information und Beratung von am Engagement interessierter Bürger/innen und die Vermitteln dieser in bestimmte Angebote und Tätigkeiten im Freiwilligenbereich und der Selbsthilfe bei



Gruppen, Organisationen oder in Einrichtungen. Diese Aufgabe wird von jedem Typ der Anlaufstellen vorrangig wahrgenommen, am ausgeprägtesten von den Selbsthilfekontaktstellen.

Mit ihrer zweiten Hauptaufgabe unterstützen sie bereits bestehende sowie neue Gruppen, Vereine, Initiativen und Projekte in ihren Tätigkeiten und ihrem Engagement. Hierbei schlägt bei Selbsthilfekontaktstellen das stark auf Selbsthilfegruppen bezogene Profil besonders durch. Sie nehmen diese Aufgabe zu 84 % vorrangig wahr. Für Freiwilligenagenturen und Seniorenbüros ist diese Aufgabe jeweils nur bei 57 % vorrangig.

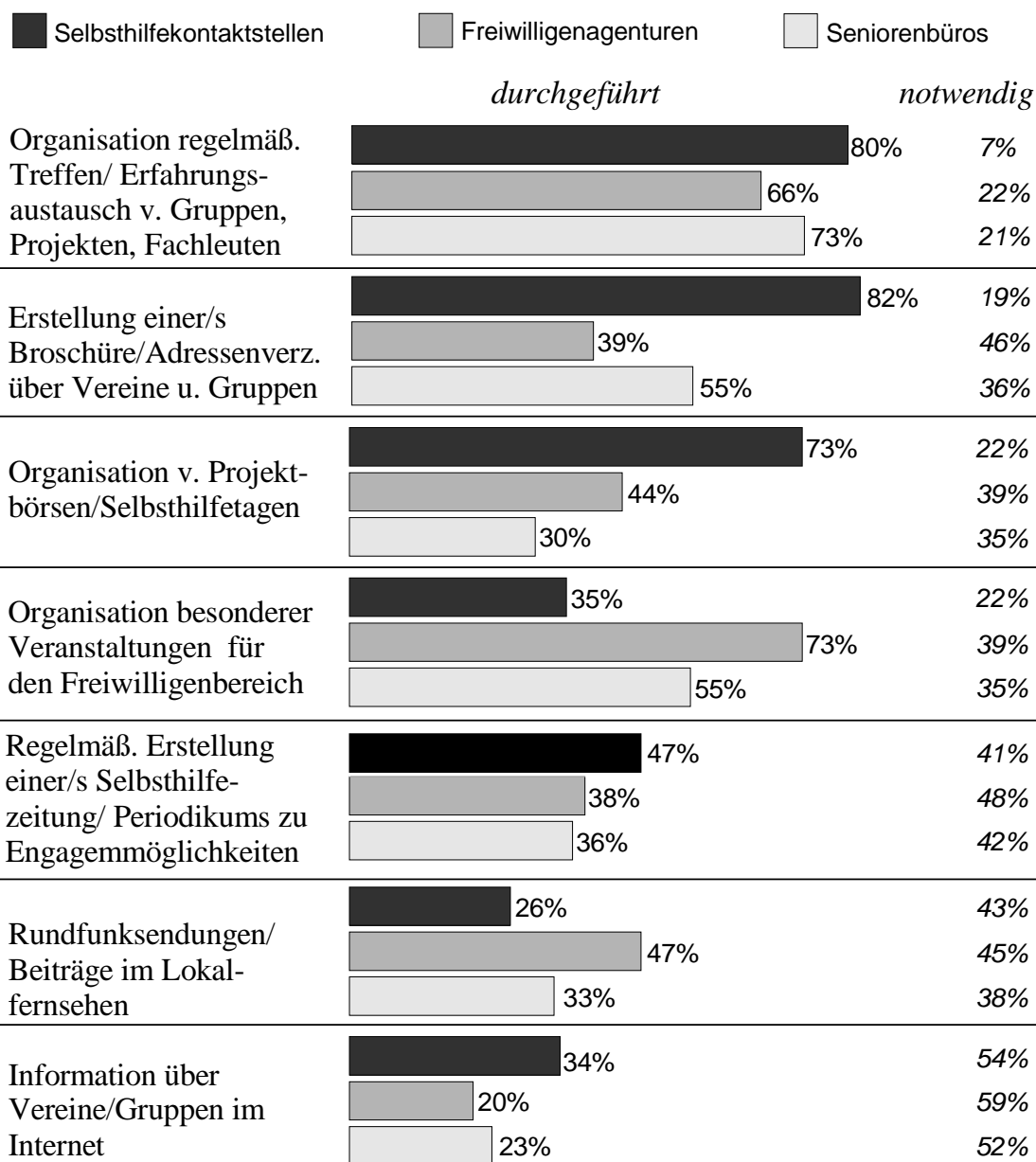
Selbsthilfekontaktstellen entfalten mehr Aktivitäten, wenn es um die Öffentlichkeitsarbeit für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe und um die Zusammenarbeit mit professionellen Einrichtungen und Verbänden geht, wobei Kontakte mit Professionellen im Gesundheitsbereich besondere Bedeutung haben. Die Öffentlichkeitsarbeit von Seniorenbüros hat einen geringeren Stellenwert. Sie wird bei ihnen vor allem durch den Mangel an entsprechenden Ressourcen erschwert. Selbsthilfekontaktstellen decken oft ganze Landkreise bzw. Einzugsbereiche mittlerer Größe ab. Freiwilligenagenturen sind meist in mittleren und großen Städten aktiv, beide Anlaufstellentypen haben also strukturell einen größeren Bedarf an Öffentlichkeitsarbeit. Bei den Freiwilligenagenturen wird eine intensivere Öffentlichkeitsarbeit ebenfalls durch knappe Mittel erschwert.

In allen Anlaufstellen spielt die Aufgabe Projektentwicklung in gemeinnützigen Organisationen und Fortbildung für Freiwillige nur teilweise eine Rolle. Immerhin mehr als ein Viertel der Freiwilligenagenturen nimmt diese Aufgabe bereits vorrangig wahr. Außer dem Umstand, dass diese Aufgabe in den Anlaufstellen neben der Beratungs- und Vermittlungstätigkeit für Bürger/innen, der Öffentlichkeitsarbeit und anderen Aufgaben wegen zu geringer Ressourcen oft zurückgestellt werden muss, stellt sich die Frage, inwieweit Verbände und Einrichtungen für solche Unterstützungsaktivitäten der Anlaufstellen offen sind.

Bei der Öffentlichkeitsarbeit der Anlaufstellen spielt die Organisation regelmäßiger Treffen zum Erfahrungsaustausch von Projekten und Gruppen die wichtigste Rolle. Nur 20 % der Anlaufstellen gehen davon aus, dass diese Aufgabe intensiviert werden sollte, falls mehr Ressourcen zur Verfügung stünden (vgl. **Abb. 3.24**).

### Abb. 3.25: Öffentlichkeitsarbeit der Anlaufstellen für freiwilliges Engagement

*Welche Öffentlichkeitsmaßnahmen führte Ihre Anlaufstelle in den letzten 12 Monaten durch? Welche Maßnahmen wären notwendig, wenn Ihnen mehr Ressourcen zur Verfügung ständen?*



© Quelle: ISAB Köln 2000, Befragung von Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros, Freiwilligenagenturen u. ä. E. (n = 312)

Die zweitwichtigste Öffentlichkeitsmaßnahme besteht in der Erstellung einer Broschüre bzw. eines Adressverzeichnisses über Vereine, Selbsthilfegruppen und Projekte bzw. in deren regelmäßiger Fortschreibung. Hier bestehen erhebliche Unterschiede zwischen den Anlaufstellen. Diese Aufgabe wird bereits von 82 % der Selbsthilfekontaktstellen wahrgenommen, jedoch erst von 39 % der Freiwilligenagenturen und von 55 % der Seniorenbüros. Die Freiwilligenagenturen sehen sich hier am meisten gefordert, wenn sie mehr Ressourcen zur Verfügung hätten.

54 % der Anlaufstellen führen bereits Projektbörsen- bzw. Selbsthilfetage oder ähnliche Veranstaltungen durch. Hier ragen wieder die Selbsthilfekontaktstellen mit 72 % heraus, die Seniorenbüros haben dagegen nur zu 30 % solche Veranstaltungen durchgeführt. Dennoch stellen solche Maßnahmen keine Priorität für die Anlaufstellen dar, wenn es darum geht, ihre Aktivitäten zu intensivieren. Besondere Veranstaltungen zum Freiwilligenbereich haben 52 % der Anlaufstellen durchgeführt. Hier waren die Freiwilligenagenturen öfter tätig, da sie diesen Typ von Veranstaltung offensichtlich mehr bevorzugen.

41 % der Anlaufstellen erstellen regelmäßig Selbsthilfezeitungen bzw. ähnliche Periodika, die Engagementmöglichkeiten in der Kommune bekannt machen. Diese Aufgabe wollen die Anlaufstellen über das bisherige Maß hinaus intensivieren, insbesondere die Freiwilligenagenturen und die Seniorenbüros.

### **3.6.2 Einzeltätigkeiten der drei Anlaufstellentypen für freiwilliges Engagement**

Die in **Abb. 3.23** und **3.25** ausgewiesenen Gewichtungen der drei Anlaufstellentypen zeigen, von wenigen Einzelleistungen abgesehen, eine hohe Übereinstimmung im praktischen Vollzug der Unterstützungsarbeit zwischen ihnen. Die Analyse der Aufgabenwahrnehmung zeigt, dass weitergehende Unterschiede eher dann bestehen, wenn junge, erst ein bis zwei Jahre alte bestehende Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros, Freiwilligenagenturen den älteren, bereits mehrere Jahre stehenden Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros und Freiwilligenagenturen gegenübergestellt werden.

Erwartungsgemäß ergibt die Differenzierung der Anlaufstellen mit geringer bzw. mit hoher Ressourcenausstattung größere Unterschiede im Spektrum und in der

Gewichtung der geleisteten Tätigkeiten als die Differenzierung zwischen den Anlaufstellentypen.

Bei der Hauptaufgabe, der Information, Beratung und Vermittlung von Bürger/innen, spielen Information und Beratung über Gelegenheiten zum Engagement in allen drei Anlaufstellentypen die wichtigste Rolle. 82 % erbringen diese Tätigkeiten vorrangig und wieder stehen die Selbsthilfekontaktstellen, wie bei den meisten Tätigkeiten dieses Aufgabenschwerpunktes, vorn (vgl. **Abb. 3.25**). Die Seniorenbüros nehmen die meisten Aktivitäten dieser Hauptaufgabe weniger vorrangig wahr als die anderen Anlaufstellen, insbesondere bei den Vermittlungsleistungen. Vermittlung von Interessierten steht bei mehr als zwei Dritteln der drei Anlaufstellentypen im Vordergrund, bei Selbsthilfekontaktstellen und Freiwilligenagenturen mit ähnlicher Intensität.

Begleitende Unterstützung von Freiwilligen und der in Selbsthilfe Tätigen hat nur bei den Selbsthilfekontaktstellen eine Priorität, bei den beiden anderen Anlaufstellen wird die Leistung mehr teilweise als vorrangig erbracht. Freiwillige und an Selbsthilfe Interessierte in niedrigschwellige Schnupperangebote zu bringen, ist in jedem Typ der Anlaufstellen keine vorrangige Leistung, möglicherweise weil solche Angebote noch zu wenig zur Verfügung stehen.

Die besondere Bedeutung der Aufgabe Unterstützung von Gruppen bei den Selbsthilfekontaktstellen wird auch in den Einzelleistungen dieses Aufgabenschwerpunktes deutlich. In der Arbeit der Freiwilligenagenturen und der Seniorenbüros werden Vereine, Initiativen und Projekte eher nur teilweise unterstützt, bei den Selbsthilfekontaktstellen dagegen fast immer vorrangig. Besonders groß sind die Unterschiede zwischen den Anlaufstellen, wenn es um die vorrangige Unterstützung bei der Gründung von Gruppen, Vereinen und Projekten geht (Selbsthilfekontaktstellen 92 %, Seniorenbüros 27 %, Freiwilligenagenturen 19 %). Dasselbe gilt für die vorrangige Information, Beratung, organisatorische Hilfe und den Know-how Transfer (Selbsthilfekontaktstellen 76 %, Seniorenbüros 11 %, Freiwilligenagenturen 28 %).

Bei den Tätigkeiten für die Öffentlichkeitsarbeit sind die Unterschiede zwischen den Typen der Anlaufstellen nicht groß. Bei der allgemeinen Werbung für den Freiwilligenbereich sind die Freiwilligenagenturen aktiver, was sich aus der Etablierungsphase und dem oft noch geringeren Bekanntheitsgrad erklärt.

<b>Abb. 3.25: Tätigkeiten der Anlaufstellen für freiwilliges Engagement</b>				
<i>Welche Leistungen erbringt Ihre Anlaufstelle zur Unterstützung des freiwilligen Engagements und/oder der Selbsthilfe?</i>		Selbsthilfe-kontaktstellen	Freiwilligen-agenturen	Senioren-büros
<b>Information, Beratung von Bürger/innen</b>				
Information u. Beratung	vorrangig	88%	82%	73%
	teilweise	12%	18%	27%
Vermittlung in. Schnupper-angebote	vorrangig	36%	34%	24%
	teilweise	50%	43%	62%
Vermittlung von Interessen-ten	vorrangig	74%	74%	55%
	teilweise	23%	19%	36%
Begleitende Unterstützung	vorrangig	70%	45%	45%
	teilweise	27%	49%	48%
<b>Gruppen-, Initiativen-, Vereinsunterstützung</b>				
Unterstützung bei Gründung von Gruppen	vorrangig	92%	19%	27%
	teilweise	6%	56%	61%
Mitwirkung an direkten För-dermaßnahmen	vorrangig	47%	10%	19%
	teilweise	48%	49%	57%
Information, Beratung, orga-nisatorische Hilfen	vorrangig	76%	28%	11%
	teilweise	24%	57%	69%
Bereitstellung von Geräten etc.	vorrangig	64%	9%	29%
	teilweise	34%	44%	40%
<b>Zusammenarbeit mit Professionellen</b>				
Einbindung in/Beteiligung an Netzwerken	vorrangig	26%	36%	18%
	teilweise	64%	53%	54%
Zusammenarbeit mit Fach-leuten	vorrangig	39%	28%	23%
	teilweise	59%	55%	66%
Mitwirkung an kommunaler Planung	vorrangig	28%	28%	24%
	teilweise	52%	47%	54%
Übernahme von Koordinie-rungsaufgaben	vorrangig	32%	23%	22%
	teilweise	59%	52%	54%
<b>Öffentlichkeitsarbeit</b>				
Allgemeine Öffentlichkeits-arbeit	vorrangig	52%	61%	45%
	teilweise	42%	36%	47%
Presse- u. Medienarbeit	vorrangig	54%	55%	42%
	teilweise	46%	42%	55%
Erstellung von Informati-onsmaterial	vorrangig	50%	46%	48%
	teilweise	45%	51%	39%
Durchführung von Veran-staltungen	vorrangig	33%	40%	29%
	teilweise	55%	55%	60%
<b>Projektentwicklung</b>				
Weiterentwicklung von För-derkonzepten	vorrangig	36%	14%	14%
	teilweise	47%	43%	52%
Erschließung von Tätigkeits-feldern	vorrangig	20%	45%	49%
	teilweise	50%	41%	30%
Schaffung von Weiterbil-dungsangeboten	vorrangig	22%	33%	19%
	teilweise	65%	55%	56%
© Quelle: ISAB Köln 2000, Befragung von Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros, Freiwilligenagentu-ren u. ä. E. (n = 312)				

In der Presse- und Medienarbeit sind Selbsthilfekontaktstellen und Freiwilligenagenturen ähnlich aktiv. Veranstaltungen, die Engagementmöglichkeiten für Freiwillige unterstützen, werden von Freiwilligenagenturen etwas mehr durchgeführt als von Selbsthilfekontaktstellen und Seniorenbüros. Sie stehen bei allen Typen von Anlaufstellen nicht im Vordergrund ihrer Tätigkeiten.

Keine der Tätigkeiten aus dem Aufgabenbereich Zusammenarbeit mit professionellen Einrichtungen und Verbänden wird von den Anlaufstellen vorrangig erbracht, auch nicht von den Selbsthilfekontaktstellen, die diese Aufgabe immerhin zu 59 % vorrangig wahrnehmen. Ein Schwerpunkt bei den Selbsthilfekontaktstellen liegt bei der Zusammenarbeit mit Fachleuten sowie bei der Übernahme von Koordinationsaufgaben. Freiwilligenagenturen sind etwas stärker in der Netzwerkarbeit, was mit der höheren Präsenz im mittel- und großstädtischen Raum zu tun haben kann. Mitwirkung an der kommunalen Planung wird von allen drei Anlaufstellentypen bisher nur teilweise praktiziert, obwohl sie durchaus mehr aktiv werden wollen.

In der Aufgabe Projektentwicklung und Weiterbildungsmöglichkeiten bemühen sich Seniorenbüros und Freiwilligenagenturen verstärkt um die Erschließung von neuen Tätigkeitsfeldern. Für die Weiterentwicklung von Förderkonzepten der Selbsthilfe bzw. Projektentwicklung in gemeinnützigen Organisationen engagieren sich Selbsthilfekontaktstellen etwas mehr. Freiwilligenagenturen sind etwas aktiver bei der Schaffung von Weiterbildungsangeboten für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe.

Bei den **Einzeltätigkeiten, die Anlaufstellen bei besserer Ressourcenausstattung vermehrt erbringen wollen**, steht vor allem die Schaffung von Weiterbildungsangeboten für Freiwillige und die Erschließung von Tätigkeitsfeldern für Freiwillige im Vordergrund (vgl. **Abb. 3.26**). Letzteres ist auch dort der Fall, wo die Tätigkeiten bereits in hohem Maße erbracht werden, in den Freiwilligenagenturen und Seniorenbüros. Gerade sie wollen ihre Aktivitäten in diesem Bereich intensivieren.

An der kommunalen Planung wollen sich vor allem Selbsthilfekontaktstellen und Freiwilligenagenturen mehr beteiligen. Ein besonderes Interesse, ihre Zusammenarbeit mit Fachleuten zu intensivieren, haben die Selbsthilfekontaktstellen, die diese bereits vermehrt praktizieren. Im Bereich der Entwicklung von Förderkonzepten wollen Selbsthilfekontaktstellen ihre Aktivitäten noch intensivieren.

Seniorenbüros halten es für besonders erforderlich, Freiwillige stärker begleitend zu unterstützen, eine Leistung, die sie bis jetzt erst zu 45 % vorrangig erbringen können. Sie wollen auch, falls mehr Ressourcen verfügbar wären, ihre Vermittlungsbemühungen von Freiwilligen in Gruppen, Vereine etc. verstärken, ein Leistungsbereich, in dem Seniorenbüros bisher weniger aktiv sind als die anderen Anlaufstellentypen.

<b>Abb. 3.26: Zusätzliche Tätigkeiten der Anlaufstellen für freiwilliges Engagement mit mehr Ressourcen</b>			
<i>Welche 10 Leistungen sollten verstärkt erbracht werden, wenn Ihre Anlaufstelle mehr personelle und sachliche Ressourcen erhalten würde?</i>	Selbsthilfekontaktstellen	Freiwilligenagenturen	Seniorenbüros
<b>Information, Beratung von Bürger/innen</b>			
mehr Information u. Beratung	47%	41%	50%
mehr begleitende Unterstützung	49%	47%	58%
mehr Vermittlung von Interessierten in Gruppen u. Einrichtungen	23%	27%	50%
<b>Gruppen-, Initiativen-, Vereinsunterstützung</b>			
mehr Unterstützung bei der Gründung von Gruppen	47%	49%	50%
mehr Information, Beratung für organisatorische Hilfen	49%	49%	36%
<b>Projektentwicklung</b>			
mehr Erschließung von Tätigkeitsfeldern	45%	72%	68%
mehr Schaffung von Weiterbildungsangeboten	62%	62%	64%
mehr Weiterentwicklung von Förderkonzepten	58%	49%	47%
<b>Zusammenarbeit mit Professionellen</b>			
mehr Mitwirkung an kommunaler Planung	58%	56%	41%
mehr Zusammenarbeit mit Fachleuten	59%	45%	42%
mehr Einbindung in/Beteiligung an Netzwerken	44%	33%	35%
<b>Öffentlichkeitsarbeit</b>			
mehr allgemeine Öffentlichkeitsarbeit	39%	60%	52%
mehr Durchführung von Veranstaltungen	41%	50%	52%
mehr Presse- u. Medienarbeit	36%	51%	42%
mehr Erstellung von Informationsmaterial	43%	35%	47%
© Quelle: ISAB Köln 2000, Befragung von Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros, Freiwilligenagenturen u. ä. E. (n = 312)			

Die Freiwilligenagenturen haben zu 60 % ein Interesse, bei besserer Ressourcenausstattung ihre Öffentlichkeitsarbeit und Werbung für den Freiwilligenbereich zu intensivieren, obwohl sie hier schon überdurchschnittlich aktiv sind. Ähnlich ist dies auch bezüglich der Presse- und Medienarbeit und bei der Durchführung von Unterstützungsveranstaltungen für den Freiwilligenbereich. Auch die Seniorenbüros halten eine Verstärkung ihrer Öffentlichkeitsarbeit bei besserer Res-

sourcenlage für notwendig, insbesondere bei der Erstellung von Informationsmaterial, Broschüren etc. und der Durchführung von Veranstaltungen für freiwilliges Engagement.

### **Resümee**

In dem sich überlappenden Aufgabenprofil vieler Anlaufstellen wird deutlich, dass in der Praxis vor Ort bereits weitergehende Übereinstimmungen in der Aufgabenwahrnehmung bestehen als dies nach den Profilierungsabgrenzungsdiskussionen zwischen den Anlaufstellentypen den Anschein hat. Die von den Anlaufstellen wahrzunehmenden Aufgaben sind Querschnittsaufgaben der Engagementförderung, die sich auf alle Engagementbereiche beziehen. Ihre Tätigkeitsprofile liegen quer zur sektoralen Gliederung der Verwaltung und zu den verschiedenen Organisationsformen des freiwilligen Engagements.

Trotz ihrer unterschiedlichen Bedingungen und Entstehungszeitpunkte haben Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros und Freiwilligenagenturen ähnliche Aufgaben- und Tätigkeitsprofile entwickelt. Auch hinsichtlich der Adressat/innen und Nutzer/innen bestehen Überschneidungen. Viele Anlaufstellen befinden sich darüber hinaus in einer vergleichbaren Situation hinsichtlich personeller Kapazitätsprobleme und Finanzierungsunsicherheit. Dies führt häufig dazu, dass die Aufgabenfülle nur eingeschränkt wahrgenommen werden kann, dass einzelne Tätigkeiten mit dem hauptamtlichen Personal nicht oder nur teilweise erbracht werden können. Dies wird offenkundig aus den Antworten der Anlaufstellen auf die Frage „In welchem Maße kann ihre Einrichtung mit den gegebenen Ressourcen ihre Aufgaben erfüllen und ihre Ziele tatsächlich erreichen?“ (vgl. **Abb. 3.27**).

Die konkreten Einzeltätigkeiten der Anlaufstellen zur Unterstützung des freiwilligen Engagements stimmen sowohl im Hinblick auf ihre vorrangige wie teilweise Wahrnehmung weitgehend überein. Die Differenzen in der Zielgruppenerreichung und den Arbeitsfeldern sind gering. Grundsätzliche Unterschiede zwischen Selbsthilfekontaktstellen, Freiwilligenagenturen und Seniorenbüros bei der Unterstützung des freiwilligen Engagements lassen sich daher empirisch nicht belgen.

Eine hohe Übereinstimmung des Aufgabenprofils der Anlaufstellen zeigt sich auch bei den für die Öffentlichkeitsarbeit für wichtig gehaltenen Maßnahmen. Lediglich die Erstellung von Broschüren und Adressverzeichnissen für Gruppen



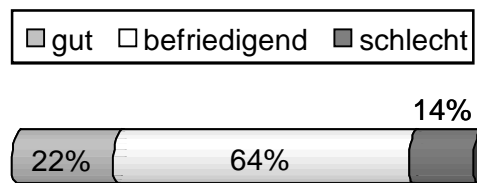
und Projekte wird von Freiwilligenagenturen bisher weniger praktiziert, während sie auf die Organisation besonderer Veranstaltungen für Freiwillige eine höhere Priorität legen.

### Abb. 3.27: Aufgabenerfüllung der Anlaufstellen für freiwilliges Engagement mit gegebenen Ressourcen

*In welchem Maße kann Ihre Einrichtung mit den gegebenen Ressourcen ihre Aufgaben erfüllen und ihre Ziele tatsächlich erreichen?*

#### Kommunen

400.000 Einwohner und mehr



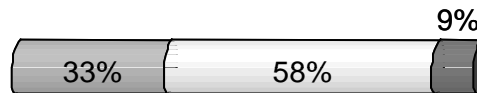
100. - u. 400.000 Einwohner



Unter 100.000 Einwohnern



Kreise



© Quelle: ISAB Köln 2000: Befragung von Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros, Freiwilligenagenturen u. ä. E. (n = 312) zur Förderung des freiwilligen Engagements und der Selbsthilfe.

Die tatsächliche Aufgabenwahrnehmung zeichnet sich dadurch aus, dass es vielschichtige Überlappungen und Parallelen gibt (vgl. Kap. 6). Daher ist es nicht verwunderlich, dass insbesondere in Kommunen, in denen es nur eine Anlaufstelle gibt, z. B. Seniorenbüros (z. B. Frankfurt) oder Selbsthilfekontaktstellen (z. B. Würzburg, Heidelberg), die Anlaufstellen ihr ursprünglich enger gefasstes Aufgaben- und Leistungsprofil erweitern. Viele planen entsprechende Profilerweiterungen. Dabei spielt die Frage der Ausstattung und Ressourcen eine erhebliche Rolle, da die Möglichkeiten zur Aufgabenerweiterung hiervon abhängig sind. **Die Begrenzung auf die bisherige Unterstützungskonzeption der drei Anlaufstellentypen ist primär eine Ressourcenfrage, weniger eine konzeptionelle Frage.**

### **3.6.3 Bereiche des freiwilligen Engagements und der Selbsthilfe, die von den Anlaufstellen unterstützt werden**

Die in Kapitel 3.6.1 und 3.6.2 dargestellten Aufgaben und Tätigkeiten der Anlaufstellen für freiwilliges Engagement bieten noch keine hinreichende Basis zur Beurteilung der Frage, welche thematischen Anliegen und Interessen der freiwillig Engagierten und der an freiwilligem Engagement Interessierten von den Anlaufstellen unterstützt werden. Dies erschließt sich erst durch den Blick auf die Engagementbereiche der freiwillig engagierten Bürger/innen, also darauf, in welchen Bereichen die Anlaufstellen freiwilliges Engagement und Selbsthilfe unterstützen.

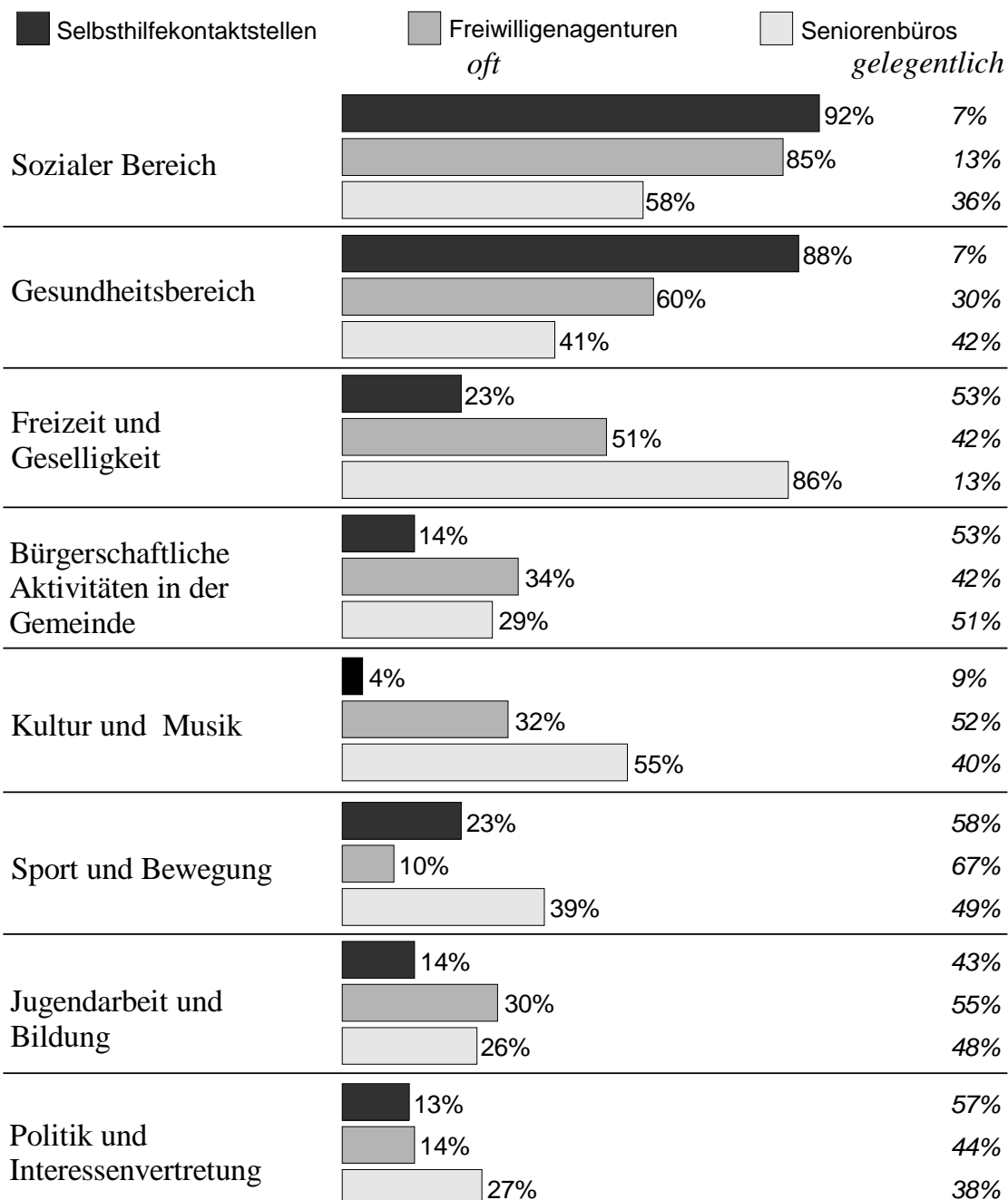
Um Einblick in die bisherigen Gewichtungungen und in das Aufgreifen der thematischen und inhaltlichen Engagementinteressen zu gewinnen, wurden die Selbsthilfekontaktstellen, die Seniorenbüros und die Freiwilligenagenturen gefragt, in welchem Umfang sie das freiwillige Engagement in den im Freiwilligensurvey unterschiedenen 14 Engagementbereichen unterstützen (oft, gelegentlich, gar nicht).

Selbsthilfekontaktstellen, Freiwilligenagenturen und Seniorenbüros haben eine gemeinsame Schnittstelle bezüglich der Bereiche, die sie regelmäßig (oft) unterstützen, und zwar den Bereich Soziales und eingeschränkter den Bereich Gesundheit (vgl. **Abb. 3.28**). Eine Gemeinsamkeit, allerdings eher zwischen Seniorenbüros und Freiwilligenagenturen, bildet auch der Bereich Freizeit und Geselligkeit. Nach den Prioritäten der von ihnen regelmäßig unterstützten Bereiche kann man die Anlaufstellen als Sozial- und Gesundheitsagenturen, Seniorenbüros auch als Sozial-, Geselligkeits- und Kontaktagenturen bezeichnen.

Selbsthilfekontaktstellen entwickelten ein besonders markantes sozial/gesundheitliches Bereichsprofil, begleitet von gelegentlichen Unterstützungsleistungen in den Bereichen Sport und Bewegung, Freizeit und Geselligkeit, politische Interessenvertretung sowie bürgerschaftliches Engagement. Engagementförderung in den Rettungsdiensten, der Freiwilligen Feuerwehr, dem kirchlich/religiösen Bereich sowie dem Bereich Kultur und Musik zählen Selbsthilfekontaktstellen nicht zu ihren Aufgaben.

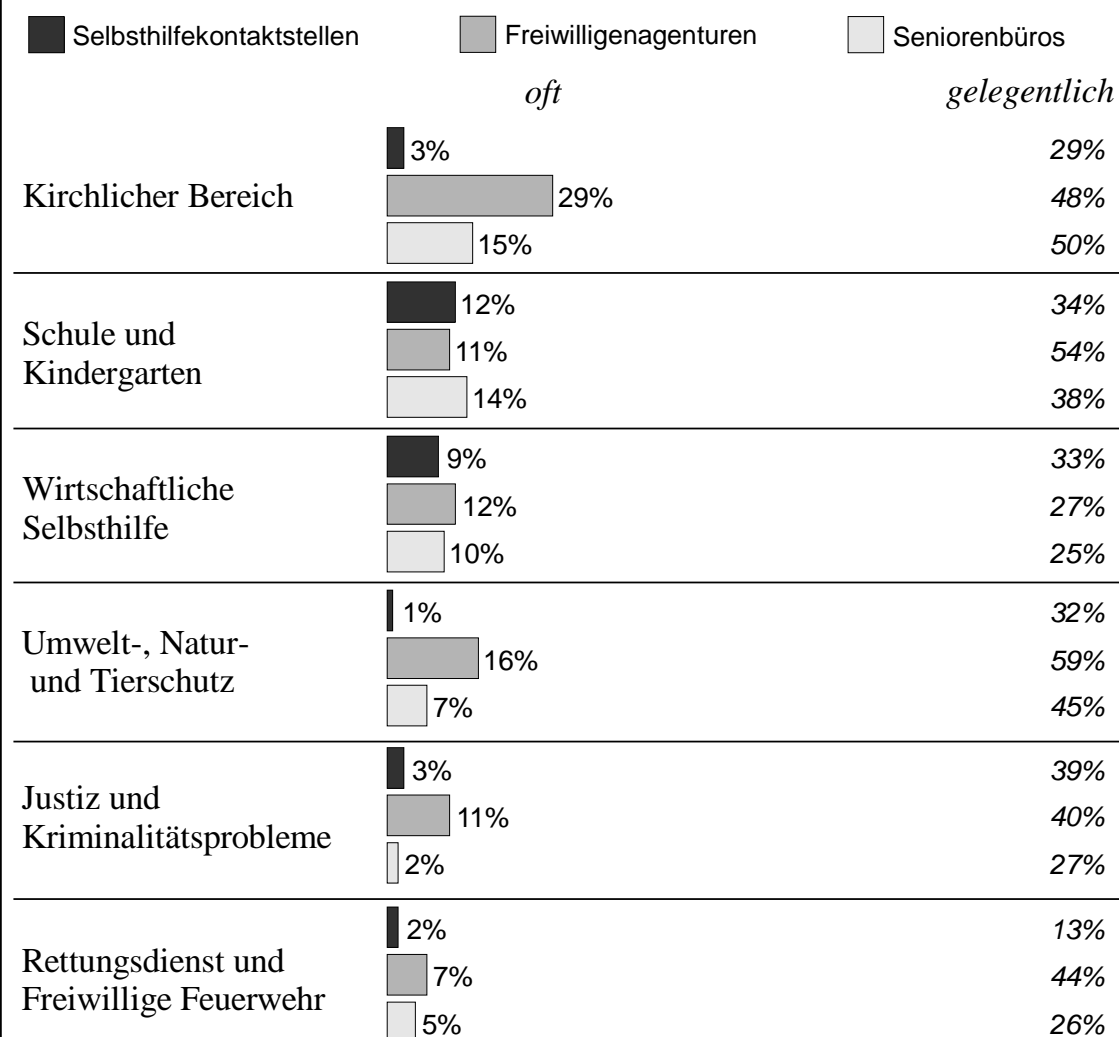
### Abb. 3.28: Von den Anlaufstellen für freiwilliges Engagement unterstützte Engagementbereiche

*In welchen Bereichen unterstützt Ihre Anlaufstelle das freiwillige Engagement und die Selbsthilfe?*



© Quelle: ISAB Köln 2000, Befragung von Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros, Freiwilligenagenturen u. ä. E. (n = 312)

**Abb. 3.28: Von den Anlaufstellen für freiwilliges Engagement unterstützte Engagementbereiche (Fortsetzung)**



© Quelle: ISAB Köln 2000, Befragung von Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros, Freiwilligenagenturen u. ä. E. (n = 312)

An der Spitze der von Freiwilligenagenturen unterstützten Engagementbereiche stehen, wie bei den Selbsthilfekontaktstellen, der Sozial- und Gesundheitsbereich. Bei den Freiwilligenagenturen und in schwächerer Form bei den Selbsthilfekontaktstellen steht an dritter Stelle der Bereich Freizeit und Geselligkeit. Freiwilligenagenturen und Selbsthilfekontaktstellen legen damit in ihrem Förderverständnis ähnliche Schwerpunkte in den von ihnen unterstützten Bereichen.

Ein Drittel der Freiwilligenagenturen unterstützt vorrangig auch: bürgerschaftliches Engagement in der Gemeinde, Kultur und Musik, Jugendarbeit und Bildung. Geringeres Gewicht legen sie auf: die Unterstützung des Engagements für Politik und Interessenvertretung, Sport, Schule und Kindergarten, Umwelt, Naturschutz sowie auf Justiz- und Kriminalitätsprobleme.

Freiwilligenagenturen haben sich bisher zwischen dem sozial/gesundheitlichen Profil der Selbsthilfekontaktstellen und dem gesellig/kulturellen Profil der Seniorenbüros etabliert. Man könnte sie als Sozialagenturen mit gewissen Schwerpunkten im Gesundheits- und Freizeitbereich bezeichnen. Freiwilligenagenturen unterstützen herkömmliche Bereiche etwas aktiver als die anderen Anlaufstellen, z. B. in den Bereichen Kirche, Religion, Rettungsdienste, Freiwillige Feuerwehr und Justiz, Kriminalitätsprobleme. Die Prioritäten der Engagementunterstützung von Freiwilligenagenturen überlappen sich damit auch mit denen der Kommunen.

Seniorenbüros unterstützen schwerpunktmäßig den Bereich Freizeit und Geselligkeit und haben im Unterschied zu den anderen Anlaufstellen ihre erste Priorität nicht im sozialen Bereich, der erst an zweiter Stelle folgt. Ein weiterer Schwerpunkt ist der Bereich Kultur und Musik. An vierter und fünfter Stelle liegen fast gleichauf die Bereiche Gesundheit sowie Sport und Bewegung. Seniorenbüros haben damit im Vergleich zu den Freiwilligenagenturen und den Selbsthilfekontaktstellen eine stärker freizeit- und kulturorientierte Ausrichtung. Die stärkste Kontrastlinie bezüglich der Unterstützung bestimmter Engagementbereiche verläuft zwischen Selbsthilfekontaktstellen und Seniorenbüros. Freiwilligenagenturen liegen etwa dazwischen.

Vergleicht man die von den Anlaufstellen für freiwilliges Engagement vorrangig unterstützten Engagementbereiche mit den von Kommunen unterstützten Bereichen, dann wird erkennbar, dass die Anlaufstellen besonders in den Bereichen Aktivitäten entfalten, die Kommunen mit ihren Förderaktivitäten nicht oder nur teilweise abdecken. Bereiche, die von Kommunen vorrangig gefördert werden, spielen bei den Anlaufstellen nur eine geringe Rolle wie Rettungsdienste, Freiwillige Feuerwehr und der Sportbereich. Im Bereich Freizeit und Geselligkeit besteht (außer im Sozialbereich) die stärkste Tendenz zur Überschneidung der Unterstützungsaktivitäten zwischen Anlaufstellen und Kommunen (vgl. Kap. 2). Hervorzuheben ist, dass die Anlaufstellen Bereiche fördern, die Interessenten nicht so leicht aus einem großen Aktivenumfeld schöpfen können.

Die bisher von den Anlaufstellen präferierten Unterstützungsprioritäten werfen die Frage auf, ob dies Resultat der Mitarbeiterqualifikation oder Ergebnis des ursprünglich stark auf Vermittlung im Sozialbereich und auf das Ehrenamt ausgerichteten Zielsetzung ist. Wie ein Blick in die Ergebnisse des Freiwilligensurvey zeigt, unterscheidet sich sowohl der Umfang des Engagements in den Engagementbereichen sowie die von Bürgern geäußerten Engagementinteressen von den bisherigen Unterstützungsprioritäten der Anlaufstellen. Aus Sicht der Engagementinteressen der Bürger/innen wird von den Anlaufstellen ein breiteres Spektrum der Information und Beratung in allen Engagementbereichen erwartet.

### **3.6.4 Von den Anlaufstellen unterstützte Organisationsformen des freiwilligen Engagements**

Die aus den unterstützten Engagementbereichen deutlich gewordenen inhaltlichen Schwerpunkte der bisherigen Engagementunterstützung durch die Anlaufstellen zeigen, auf welche Anliegen des freiwilligen Engagements ihre Aktivitäten überwiegend ausgerichtet sind. Erst der Blick auf die von ihnen unterstützten Organisationsformen, in denen sich die Bürger/innen freiwillig engagieren, lässt erkennen, in welchem Umfang sie eher traditionelle Organisationsformen bzw. neue Formen des freiwilligen Engagements fördern.

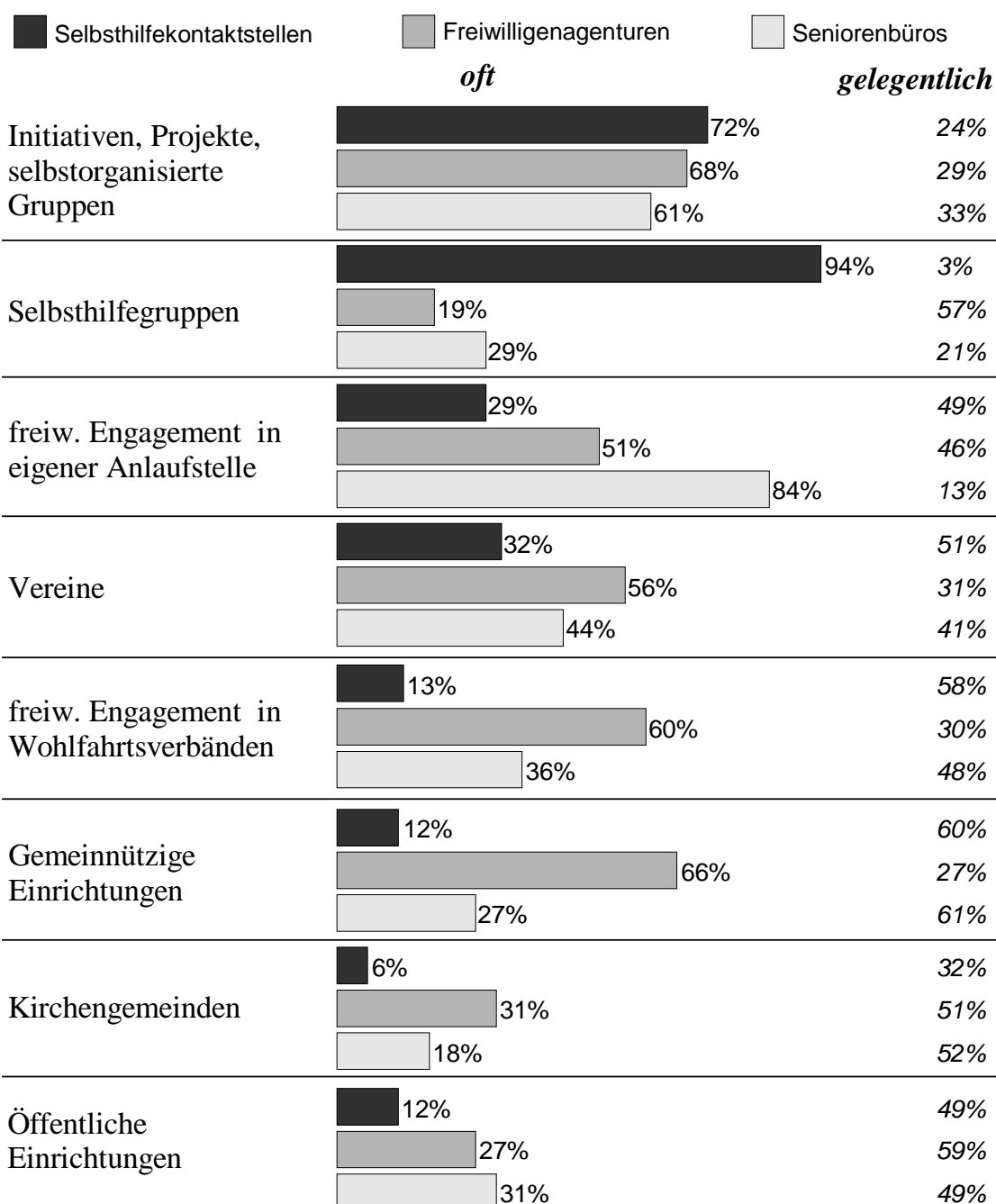
Wie der Freiwilligensurvey gezeigt hat, werden die freiwilligen Tätigkeiten in folgenden Organisationsformen erbracht:

- Verein: 43 % der Tätigkeiten
- Verband: 7 % der Tätigkeiten
- Gewerkschaft, Partei: 6 % der Tätigkeiten
- Kirche, religiöse Vereinigung: 14 % der Tätigkeiten
- Selbsthilfegruppe, Initiative, Projekt oder sonstige selbstorganisierte Gruppe: 13 % der Tätigkeiten
- Staatliche oder kommunale Einrichtung: 11% der Tätigkeiten

In Anlehnung an die im Freiwilligensurvey unterschiedenen Organisationsformen des freiwilligen Engagements wurden die Anlaufstellen gefragt, mit welcher Intensität sie diese unterstützen (vgl. **Abb. 3.29**).

### Abb. 3.29: Von den Anlaufstellen für freiwilliges Engagement unterstützte Organisationsformen

Welche Formen des freiwilligen Engagements und/oder der Selbsthilfe werden von Ihrer Anlaufstelle unterstützt? (durch Beratung, Vermittlung von Interessenten etc.)



© Quelle: ISAB Köln 2000, Befragung von Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros, Freiwilligenagenturen u. ä. E. (n = 312)

Wenn man von zwei Besonderheiten absieht,

- der erwartungsgemäß hohen Unterstützung von Selbsthilfegruppen durch Selbsthilfekontaktstellen sowie
- der für Seniorenbüros typischen Einbindung freiwillig Engagierter in einen ehrenamtlichen Unterstützerkreis des Seniorenbüros,

ergibt sich insbesondere im Hinblick auf die häufige Unterstützung von Initiativen, Projekten und selbstorganisierten Gruppen ein ähnliches Unterstützerprofil aller drei Anlaufstellentypen.

Die neuen Formen des freiwilligen Engagements werden von allen drei Anlaufstellentypen mit über 60 % **oft** unterstützt. Die eher traditionellen Organisationsformen des freiwilligen Engagements wie Vereine, Kirchengemeinden, das freiwillige Engagement in Wohlfahrtsverbänden sowie in Einrichtungen werden außer von den Freiwilligenagenturen von den Anlaufstellen weniger oft unterstützt.

Wie die Antworten auf die Frage zeigen, welche Formen des freiwilligen Engagements die Anlaufstellen **gelegentlich** unterstützen, werden alle Organisationsformen des freiwilligen Engagements von allen Anlaufstellentypen, wenn auch mit graduellen Unterschieden, unterstützt.

So werden Selbsthilfegruppen auch von Freiwilligenagenturen zu 57 % gelegentlich unterstützt. 51 % der Selbsthilfekontaktstellen und 41 % der Seniorenbüros unterstützen Vereine gelegentlich. Ähnliche Unterstützung durch Selbsthilfekontaktstellen und Seniorenbüros erfährt das freiwillige Engagement in Wohlfahrtsverbänden sowie in gemeinnützigen Einrichtungen.

Die vielfältigen Formen, in denen freiwillige Tätigkeiten ausgeübt werden, zeigen die strukturelle Heterogenität des Freiwilligenbereichs. Die Kenntnis dieser unterschiedlichen organisatorischen Rahmenbedingungen, in denen freiwillige Tätigkeiten ausgeübt werden, stellen die Mitarbeiter/innen der Anlaufstellen für freiwilliges Engagement vor hohe Anforderungen. Um das freiwillige Engagement in den verschiedenen organisatorischen Kontexten erfolgreich unterstützen zu können, benötigen sie konkrete Kenntnisse und Informationen über die spezifischen Anforderungen, die Tätigkeitschancen und die Erwartungen, die an das freiwillige Engagement in den verschiedenen organisatorischen Kontexten gestellt werden.



Wichtig sind auch Kenntnisse darüber, welche Organisationsformen für die verschiedenen Engagementbereiche charakteristisch sind. „Es gibt Engagementbereiche mit einer klar vorherrschenden Organisationsform. Und es gibt demgegenüber Bereiche mit sehr heterogenen organisatorischen Strukturen. Zu letzteren gehört der soziale Bereich, der Gesundheitsbereich, der Bereich Schule und Kindergarten, die außerschulische Jugend- und Bildungsarbeit und die sonstige bürgerschaftliche Aktivität am Wohnort.“<sup>10</sup>

Wie von Braun/Abt<sup>11</sup> gezeigt wurde, haben die Organisationsformen des freiwilligen Engagements erheblichen Einfluss auf die jeweiligen Zugangswege zum freiwilligen Engagement, was wiederum in den Aktivierungs- und Unterstützungsstrategien der Anlaufstellen berücksichtigt werden muss.

Ein Resümee des Vergleichs der Aufgabenwahrnehmung, der unterstützten Engagementbereiche und Organisationsformen des freiwilligen Engagements ist der Befund, dass die Freiwilligenagenturen, Selbsthilfekontaktstellen und Seniorenbüros zum Teil ähnliche Profilschwerpunkte mit einigen Besonderheiten entwickelt haben, auf die sie sich vor allem wegen unzureichender Ressourcen und ihres bisherigen Unterstützungsverständnisses beschränken. Sie fördern damit wichtige, aber nicht alle Engagementpotenziale, die nach den Ergebnissen des Freiwilligensurvey in eine umfassende Information und Beratung über freiwilliges Engagement einbezogen werden sollten.

### **3.7 Kommunale Einbindung der Anlaufstellen für freiwilliges Engagement und überregionale Unterstützung**

Aus Sicht der Anlaufstellen für freiwilliges Engagement gibt es Faktoren, die sich erschwerend auf ihre Arbeit auswirken und zeigen, welche Schnittstellen unproblematisch und welche verbesserungsbedürftig sind (vgl. **Abb. 3.30**). Es lassen sich drei Schnittstellenbereiche unterscheiden:

- Bürger/innen und ihre Engagementbereitschaft;
- Organisationen, Vereine und Gruppen und ihr Öffnungsgrad für Freiwillige;
- Kommunen und Öffentlichkeit und ihre Unterstützung für die Anlaufstellen bzw. die Freiwilligen.

---

<sup>10</sup> Bernhard von Rosenblatt, S. 74

<sup>11</sup> in Braun/ Klages 2000, Seite 258

Die geringsten Probleme für ihre Arbeit sehen die Anlaufstellen in einer zu geringen Engagementbereitschaft der Bürger/innen, nur etwas mehr in einer zu geringen Bereitschaft, in den Anlaufstellen freiwillig mitzuarbeiten. Ein Drittel sieht Schwierigkeiten in nicht ausreichenden Engagementmöglichkeiten, die zu den Bedürfnissen der Bürger/innen passen. Die Schnittstelle zu den Bürger/innen, deren Engagementbereitschaft und die dafür zur Verfügung stehenden Tätigkeitsangebote sind somit nicht das Hauptproblem der Anlaufstellen.

Allerdings ist darauf hinzuweisen, dass **in den neuen Bundesländern** die Schnittstelle zu den Bürger/innen weniger gut als in den alten Ländern funktioniert, dafür jedoch diejenige zu Verbänden und Vereinen besser bewertet wird. Im Freiwilligensurvey 1999 wurde festgestellt, dass das freiwillige Engagement und die Selbsthilfe in den neuen Ländern um etwa ein Drittel hinter den alten Ländern zurückbleiben. Zum anderen ist in den neuen Ländern die Aktivität der Bürger/innen in Gruppen und Vereinen niedriger sowie der Organisationsgrad, also die (formale) Mitgliedschaft in Vereinen, Organisationen, Verbänden und Parteien. Daraus resultieren Probleme, Engagierte für den Freiwilligen- und Selbsthilfebereich und für die Mitarbeit in den Anlaufstellen zu finden. Allerdings scheinen sich Organisationen, Vereine und Verbände an diese Situation anzupassen, indem sie sich stärker für Freiwillige öffnen.

**In den alten Bundesländern** verhält es sich umgekehrt, hier behindert es die Arbeit der Anlaufstellen viel mehr, dass Verbände und Organisationen weniger bereit sind, auf die Interessen von Freiwilligen einzugehen. Stärker als in den neuen Ländern wird der Mangel an bedürfnisgerechten Engagementmöglichkeiten kritisiert, weniger die mangelnde Engagementbereitschaft der Bürger/innen.

Es gibt allerdings innerhalb der neuen Länder einen großen Unterschied zwischen den Selbsthilfekontaktstellen und den Seniorenbüros in der Frage der Einschätzung der Engagementbereitschaft der Bürger/innen. Erstere beurteilen diese viel besser (nur zu 26 % Schwierigkeit) als letztere (58 %). Es muss allerdings diskutiert werden, warum in Ost und West Seniorenbüros mehr Probleme als andere Anlaufstellen damit angeben, dass zu wenig Bürger/innen zum Engagement bereit seien, insbesondere jedoch damit, dass zu wenig Bürger/innen in ihrer Anlaufstelle mitarbeiten wollen.

Wir hatten gesehen, dass sich die Seniorenbüros auf eine große Anzahl freiwilliger Helfer stützen können und intensive Bürger/innenkontakte haben. Die Erfah-

rungen der Seniorenbüros spiegeln den in ganz Deutschland zu beobachtenden Umstand wider, dass relativ zu den jüngeren Altersgruppen die ältere Altersgruppe, insbesondere über 65 Jahre, weniger zum Engagement bereit ist.<sup>12</sup> Vielleicht kommt darin auch der höhere Anteil Älterer zum Ausdruck, die von den Anlaufstellen eher Geselligkeit und Kontakte erwarten, als sich engagieren zu wollen.

Auch die Freiwilligenagenturen schätzen die Engagementbereitschaft der Bürger/innen ungünstiger ein. Es könnte sich dabei um Schwierigkeiten handeln, in mittel- und großstädtischen Räumen Engagementwillige zu erreichen und zu binden. Das kann mit dem noch unzureichenden Bekanntheitsgrad und der nicht ausreichenden Arbeitskapazität von Freiwilligenagenturen zusammenhängen, die noch in der Etablierungsphase sind. Natürlich kann auch die Konzeption und die Arbeitsweise dazu beitragen. Kommunale Strukturen setzen hohen Aktivierungsgrad voraus; kleinere Hürden bei der Erreichbarkeit führen zu größerem Wegbleiben, wenn kein Problemdruck vorliegt.

Freiwilligenagenturen und auch Seniorenbüros sehen Schwierigkeiten, für Bürger/innen bedürfnisgerechte Engagementmöglichkeiten ausfindig zu machen. Dies hängt eng mit der zu geringen Öffnung von Vereinen zusammen sowie mit hinderlichen Einzelinteressen von Verbänden. Es handelt sich um für Freiwilligenagenturen und Seniorenbüros typischere Probleme, die Selbsthilfekontaktstellen weniger haben, weil die dominante Organisationsform, auf die sie sich beziehen, Selbsthilfegruppen sind.

Insgesamt liegen die größten Schwierigkeiten der Anlaufstellen bei der Schnittstelle zu den öffentlichen Akteuren und deren unzureichenden Unterstützung des freiwilligen Engagements und der Anlaufstellen. Das gilt besonders für die Freiwilligenagenturen. Abgesehen von den Problemen mit Verbänden gilt das auch für die Selbsthilfekontaktstellen. Die Unterstützung der Seniorenbüros gestaltet sich günstiger, allerdings besteht auch hier Verbesserungsbedarf.

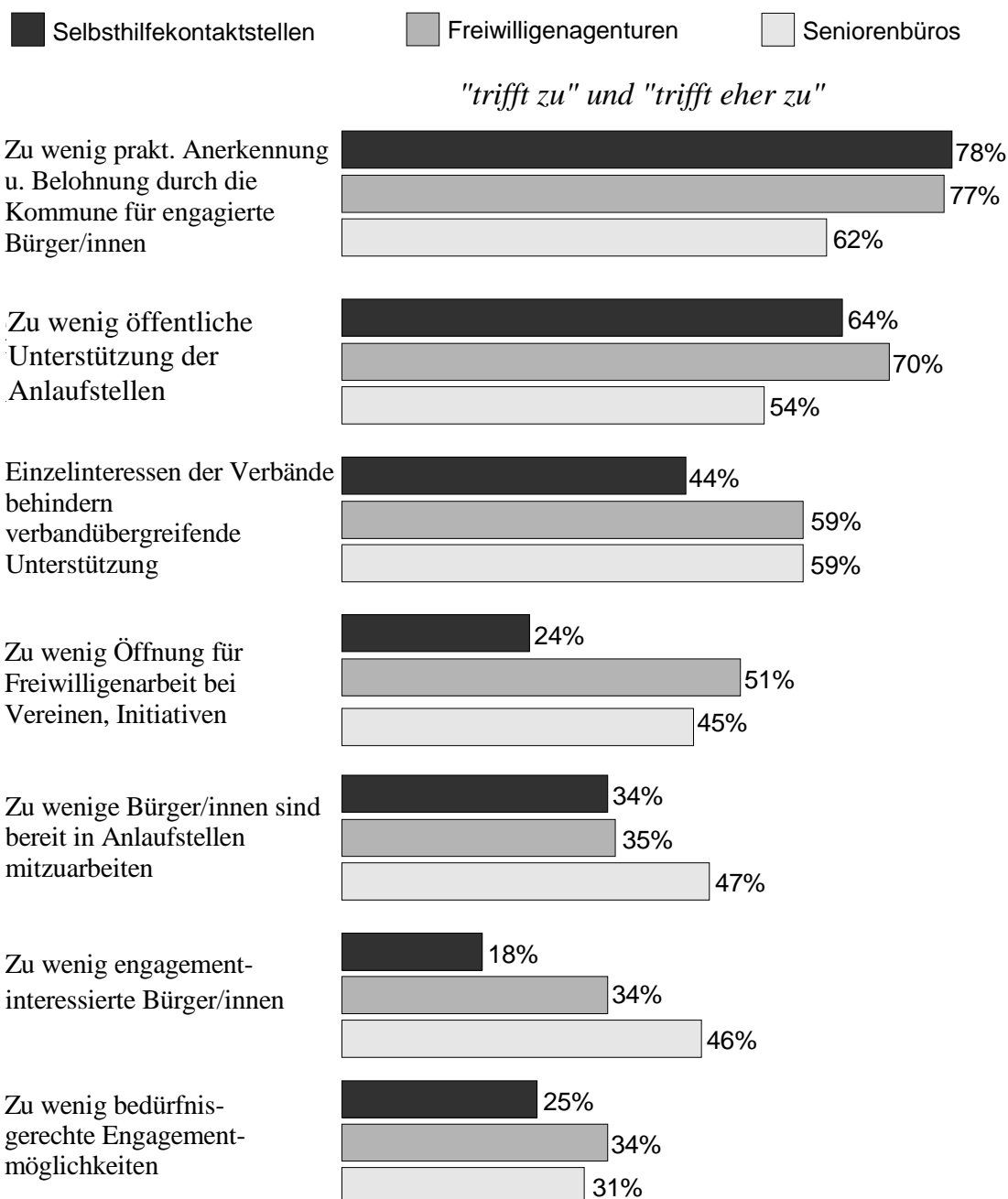
Die Kritik der Anlaufstellen an mangelnder praktischer Unterstützung und Anerkennung engagierter Bürger/innen durch die Kommunen hängt eng mit der von den Anlaufstellen vermissten öffentlichen Unterstützung zusammen. Diese Kritik hat damit zu tun, dass sich die Anlaufstellen nicht ausreichend mit Personal- und Sachmitteln ausgestattet sehen.

---

<sup>12</sup> vgl. Braun, Joachim/Brendgens, Karl-Ulrich (2000)

### Abb. 3.30: Erschwerende Faktoren für die Arbeit der Anlaufstellen für freiwilliges Engagement

*Welche Faktoren wirken sich erschwerend auf die Arbeit Ihrer Anlaufstelle aus?*



© Quelle: ISAB Köln 2000, Befragung von Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros, Freiwilligenagenturen u. ä. E. (n = 312)

Aus Sicht der Anlaufstellen ist die gegenwärtige Situation des freiwilligen Engagements und der Selbsthilfe in den Kommunen eindeutig gewichtet: Hauptsächlich geht es ihnen um eine bessere ideelle, praktische und finanzielle öffentliche Unterstützung und zwar nicht nur seitens der Kommunen und öffentlicher Einrichtungen, sondern auch durch die Unternehmen der Privatwirtschaft und die Medien. Zu diesem Unterstützungsdefizit kommt die zu geringe Bereitschaft der Verbände und Vereine, sich zu öffnen und über ihre Interessen hinaus übergreifend zusammenzuarbeiten, insbesondere aus Sicht der Freiwilligenagenturen und Seniorenbüros.

Die Auffassung der Anlaufstellen, die vor Ort ein realistisches Bild von der Engagementbereitschaft der sie in Anspruch nehmenden Bürger/innen gewinnen können, entsprechen den Ergebnissen des Freiwilligensurvey 1999, nach dem die mangelnde Engagementbereitschaft der Bürger/innen nicht das Problem auf dem Weg in die Bürgergesellschaft darstellt. Es mangelt viel mehr an Möglichkeiten zu einer ausreichenden Umsetzung dieser Bereitschaft in die Praxis. Es macht aber auch deutlich, dass Anlaufstellen eine breite Unterstützung vor Ort brauchen. Es genügt nicht, sie ins Leben zu rufen, sie müssen in einem breiten Konsens vorbereitet werden, sie müssen intensiv – nicht für, sondern – mit den Freiwilligenorganisationen zusammenarbeiten.

### ***Kommunale Ansprechpartner und Beiräte zur Unterstützung des freiwilligen Engagements***

Viele Anlaufstellen haben Kooperationsbeziehungen zu den Kommunen, etwa in Form von festen Ansprechpartnern in der Kommunalverwaltung, die für die Unterstützung des freiwilligen Engagements und der Selbsthilfe zuständig sind. 60 % der Anlaufstellen geben an, dass es in ihrer Kommune solche Ansprechpartner gibt, 37 % verneinen dies.

Die Zusammenarbeit mit diesen Ansprechpartnern gestaltet sich bei den meisten Anlaufstellen positiv, 81 % halten die Zusammenarbeit für gut, 16 % teils-teils und nur 3 % für schlecht. Die Unterschiede sind nicht groß, allerdings fällt der höhere Anteil der Seniorenbüros auf, die eine gute Zusammenarbeit betonen (88 %) und der geringere bei den Freiwilligenagenturen, die die Zusammenarbeit zu 26 % als nicht gut einschätzen.

Fast die Hälfte der Anlaufstellen gibt an, dass es in ihrer Kommune ein stadt- bzw. kreisübergreifendes Gremium (Beirat, Kuratorium etc.) gibt, das sich für

eine Engagement unterstützende Infrastruktur bzw. für die Förderung des freiwilligen Engagements und der Selbsthilfe einsetzt. 14 % nennen mehrere solcher Gremien, die in verschiedenen Bereichen agieren. Insgesamt sprechen sich 49 % der Anlaufstellen dafür aus, dass solche Gremien in ihrer Kommune geschaffen werden. Diese Forderung wird jedoch nicht nur dort erhoben, wo noch keine entsprechenden Gremien eingerichtet sind, sondern auch da, wo es bereits ein kommunenübergreifendes Gremium gibt.

Wo sich die Einzugsbereiche von Anlaufstellen überschneiden, gibt es zu 51 % Gremien, Arbeitskreise oder Verbünde, innerhalb derer die Anlaufstellen miteinander kooperieren. Typisch sind solche Kooperationsgremien für große Städte über 400.000 Einwohner (7 %), für die anderen Stadtgrößen bzw. Kreise weniger.

### ***Kooperation der Anlaufstellen für freiwilliges Engagement mit anderen Engagement unterstützenden Einrichtungen***

Freiwilligenagenturen wie auch Selbsthilfekontaktstellen und Seniorenbüros sind nicht nur Informations- und Vermittlungseinrichtungen. Sie wollen darüber hinaus die Rahmenbedingungen und Voraussetzungen für freiwilliges Engagement im lokalen Raum verbessern. Ihre Handlungs- und Einflussmöglichkeiten werden stark dadurch beeinflusst, ob sie gut in ihr kommunales Umfeld integriert sind und wie sie mit der Verwaltung, mit Verbänden und Einrichtungen zusammenarbeiten. Die Anlaufstellen wurden deshalb gefragt, wie eng sie mit anderen Einrichtungen kooperieren, die freiwilliges Engagement und Selbsthilfe unterstützen (vgl. **Abb. 3.31**).

Die Kooperationsaktivitäten der Anlaufstellen zeigen, dass am häufigsten eine Vermittlung von Bürger/innen an andere Beratungsstellen erfolgt, dies gilt besonders für Selbsthilfekontaktstellen und Seniorenbüros, weniger für Freiwilligenagenturen. An zweiter Stelle der Kooperationsaktivitäten steht der Austausch von Informationen, wieder häufiger bei Selbsthilfekontaktstellen und Seniorenbüros.

<b>Abb. 3.31: Kooperation der Anlaufstellen für freiwilliges Engagement mit anderen Einrichtungen</b>				
Wie kooperieren Sie in Ihrer Kommune mit anderen Einrichtungen, die freiwilliges Engagement und Selbsthilfe unterstützen?		Selbsthilfe-kontakt-stellen	Freiwilligen-agenturen	Senioren-büros
Vermittlung an andere Beratungsstellen	oft	62%	32%	50%
	gelegentlich	36%	61%	34%
	nicht	2%	7%	16%
Informationen austauschen	oft	48%	40%	47%
	gelegentlich	49%	56%	50%
	nicht	3%	4%	3%
Arbeit koordinieren	oft	26%	22%	28%
	gelegentlich	54%	53%	44%
	nicht	20%	25%	28%
in kommunalen Gremien Interessen vertreten	oft	20%	20%	25%
	gelegentlich	43%	33%	50%
	nicht	37%	47%	25%
Veranstaltungen durchführen	oft	16%	12%	16%
	gelegentlich	59%	64%	66%
	nicht	25%	24%	18%
Gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit	oft	10%	4%	16%
	gelegentlich	50%	54%	43%
	nicht	40%	42%	41%
dem Land gegenüber Interessen vertreten	oft	15%	10%	3%
	gelegentlich	27%	28%	42%
	nicht	58%	62%	55%
© Quelle: ISAB Köln 2000, Befragung von Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros, Freiwilligen-agenturen u. ä. E. (n = 312)				

Nur 26 % der Anlaufstellen koordinieren ihre Aktivitäten oft mit anderen Engagement unterstützenden Einrichtungen. Noch geringer ist die Abstimmung bei der Vertretung gemeinsamer Interessen der Anlaufstellen in den kommunalen Gremien. Seniorenbüros unterscheiden sich von den anderen Anlaufstellen durch eine intensivere kommunale Mitwirkung. Die Durchführung gemeinsamer Veranstaltungen und eine gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit wird nur von wenigen Anlaufstellen praktiziert. Dasselbe gilt für die gemeinsame Vertretung der Interessen der Anlaufstellen gegenüber den Bundesländern.

Die geringe Kooperationsintensität zwischen den Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros und Freiwilligenagenturen zeigt, dass sie bisher überwiegend damit befasst sind, ihre eigene Profilierung voran zu bringen und ihre Ressourcen in Abgrenzung von den anderen abzusichern. In dieser Situation können positive Synergieeffekte z. B. durch eine gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit und gemeinsame Veranstaltungen für freiwilliges Engagement kaum erreicht werden.

### ***Unterstützung des freiwilligen Engagements durch verschiedene Akteure in den Kommunen***

Insgesamt unterstützen die Wohlfahrtsverbände das freiwillige Engagement nach der Beurteilung durch die Anlaufstellen am besten (vgl. **Abb. 3.32**). Die Verbände sind die einzige Akteursgruppe, deren Unterstützungsleistung von mehr als 50 % als gut beurteilt wird, insbesondere von den Freiwilligenagenturen und Seniorenbüros. 55 % der Seniorenbüros und 50 % der Freiwilligenagenturen sehen auch die Unterstützung durch die Kirchen positiv. In der Wahrnehmung der Seniorenbüros wird freiwilliges Engagement am besten durch die Verwaltung unterstützt. Aus Sicht der Selbsthilfekontaktstellen ist dies zu 40 %, aus Sicht der Freiwilligenagenturen zu 35 % der Fall. Die Unterstützung durch die Politik fällt noch etwas ungünstiger aus als die der Verwaltung, sie wird nur von einem Drittel der Anlaufstellen als gut angesehen.

Die Unterstützung des freiwilligen Engagements durch professionelle Einrichtungen wird von den Selbsthilfekontaktstellen etwas besser bewertet als von den anderen Anlaufstellen, allerdings dominiert auch bei den Selbsthilfekontaktstellen das Urteil teils-teils. Zwei Drittel der Anlaufstellen halten die bisherige Förderung durch örtliche Firmen und Unternehmen für schlecht.

Fachlich sehen sich die Anlaufstellen durch ihre Träger gut unterstützt und nur zu 10 % schlecht (vgl. **Abb. 3.33**). Selbsthilfekontaktstellen beurteilen die Unterstützung durch ihren Träger kritischer als Freiwilligenagenturen und Seniorenbüros. Die überregionalen Interessenvertretungen der Anlaufstellen, also ihre jeweiligen Bundesarbeitsgemeinschaften, werden von den Selbsthilfekontaktstellen und den Seniorenbüros am positivsten bewertet. Nur 39 % der Freiwilligenagenturen halten die Unterstützung durch die BAGFA für gut, was sich auch daraus erklären lässt, dass sie die jüngste überregionale Unterstützungsgemeinschaft ist.

Weniger als 20 % der Selbsthilfekontaktstellen und der Freiwilligenagenturen halten die fachliche Unterstützung ihrer Anlaufstelle durch Verwaltung und Poli-



tik für gut. Lediglich Seniorenbüros beurteilen ihre Unterstützung durch Verwaltung und Politik wesentlich positiver.

Die Gesamtpraxis der derzeitigen infrastrukturellen Förderung des freiwilligen Engagements und der Selbsthilfe durch Politik und Verwaltung wird dagegen von 33 % der Anlaufstellen positiv gesehen. Allerdings ist ein Drittel der Anlaufstellen der Meinung, dass die bisherige infrastrukturelle Unterstützung in ihrer Kommune schlecht ist.

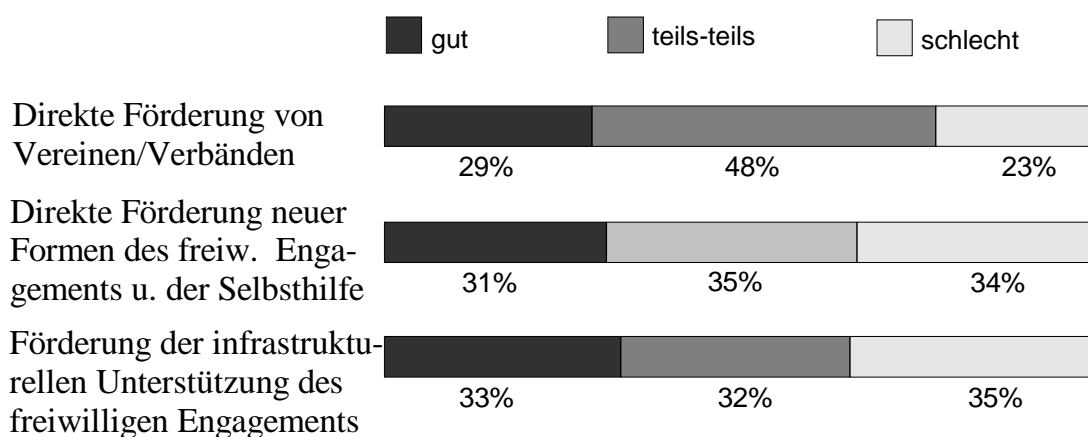
Am kritischsten wird die fachliche Unterstützung der Arbeit von Anlaufstellen durch die Länder gesehen. Die Anlaufstellen sind sich in diesem Punkte weitgehend einig und schätzen die fachliche Unterstützung der Länder mit 56 % als zu gering ein.

**Abb. 3.32: Unterstützungsbereitschaft des freiwilligen Engagements durch verschiedene Akteure**

<i>Wie beurteilen Sie die Bereitschaft folgender Akteure zur Förderung des freiwilligen Engagements und/oder der Selbsthilfe in Ihrer Kommune?</i>		Selbsthilfe-kontakt-stellen	Freiwilligen-agenturen	Senioren-büros
Verwaltung	gut	40%	36%	45%
	teils-teils	30%	38%	38%
	schlecht	30%	26%	17%
Wohlfahrtsverbände	gut	53%	58%	59%
	teils-teils	38%	34%	26%
	schlecht	8%	8%	15%
Kirchen	gut	41%	51%	55%
	teils-teils	39%	25%	36%
	schlecht	20%	24%	9%
Professionelle Einrichtungen	gut	33%	28%	22%
	teils-teils	43%	40%	43%
	schlecht	24%	32%	35%
Firmen	gut	6%	12%	2%
	teils-teils	28%	21%	31%
	schlecht	66%	67%	67%
Politik	gut	30%	33%	32%
	teils-teils	45%	35%	48%
	schlecht	25%	32%	20%
Gesetzliche Krankenversicherung	gut	27%	7%	11%
	teils-teils	38%	21%	17%
	schlecht	35%	72%	72%
© Quelle: ISAB Köln 2000, Befragung von Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros, Freiwilligen-agenturen u. ä. E. (n = 312)				

### Abb. 3.33: Unterstützung der Anlaufstellen für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe durch überregionale Unterstützer, Träger und Verwaltung

Wie bewerten Sie - insgesamt gesehen - die derzeitige Praxis der Förderung des freiwilligen Engagements und/oder der Selbsthilfe durch Politik und Verwaltung in Ihrer Kommune?



Wie beurteilen Sie die fachliche Unterstützung Ihrer Einrichtung durch folgende Akteure?		Selbsthilfekontaktstellen	Freiwilligenagenturen	Seniorenbüros
Bundes-AG	gut	52%	39%	62%
	ausreichend	36%	23%	30%
	Zu gering	12%	38%	8%
Träger	gut	58%	75%	76%
	ausreichend	30%	17%	12%
	zu gering	12%	8%	12%
Verwaltung	gut	18%	19%	48%
	ausreichend	44%	34%	32%
	zu gering	38%	47%	20%
Kommunalpolitik	gut	16%	12%	34%
	ausreichend	39%	27%	29%
	zu gering	45%	61%	37%
Land	gut	15%	21%	23%
	ausreichend	27%	23%	23%
	zu gering	58%	56%	54%

© Quelle: ISAB Köln 2000, Befragung von Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros, Freiwilligenagenturen u. ä. E. (n = 312)

## **4 Künftige Engagementförderung aus Sicht der Kommunen und der Anlaufstellen für freiwilliges Engagement**

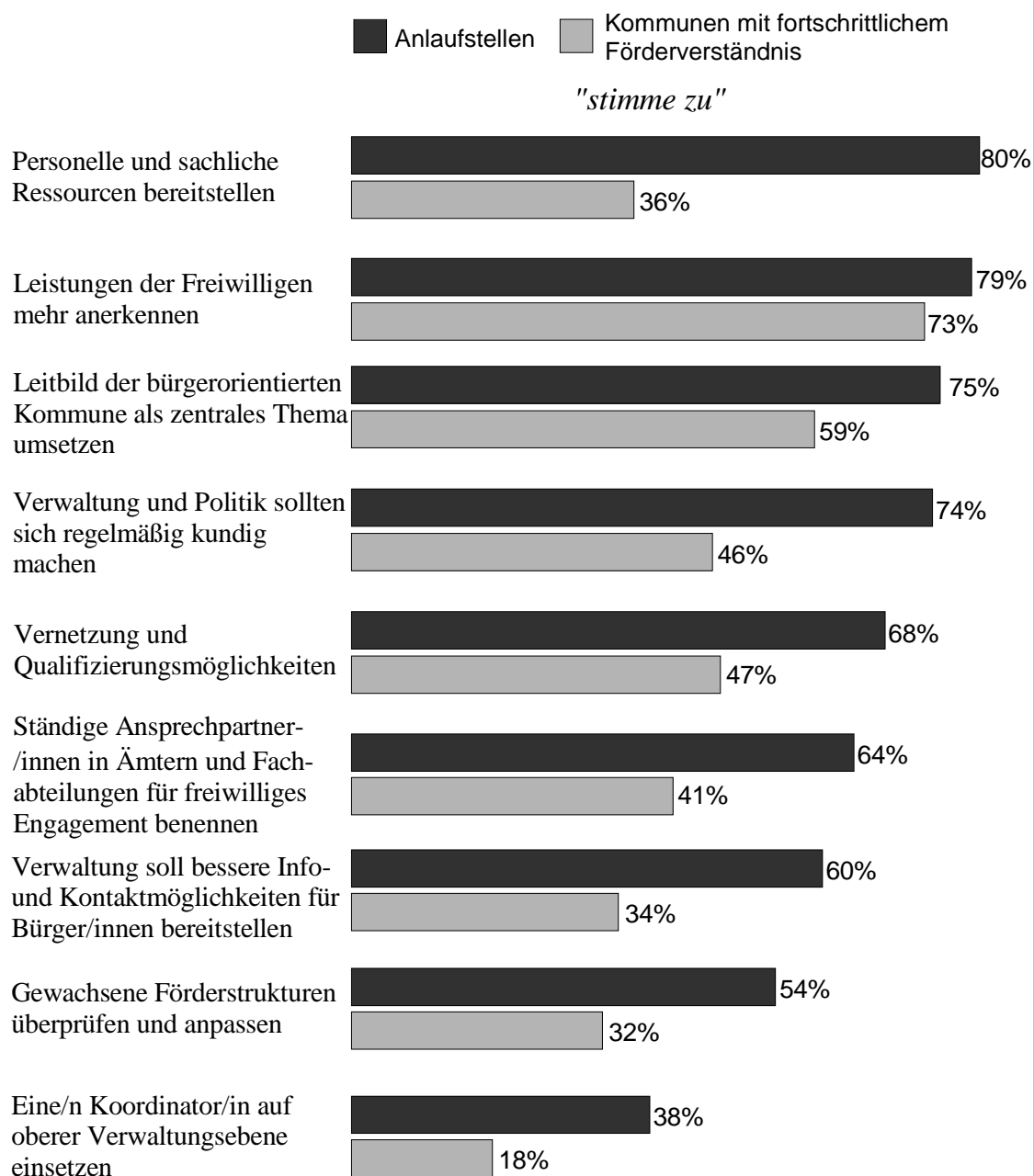
Anlaufstellen und Kommunen wurden danach gefragt, wie freiwilliges Engagement und Selbsthilfe zukünftig unterstützt werden sollten (vgl. **Abb. 4.1**). Beide sind sich weitgehend darüber einig, dass die Freiwilligen und ihre Leistungen mehr anerkannt werden sollten. 79 % der Anlaufstellen und 73 % der Kommunen stimmen dem voll zu. Konsens gibt es auch bezüglich der Aussage, dass das Leitbild einer bürgerorientierten Kommune und die Förderung des freiwilligen Engagements zu einem zentralen Thema von Politik und Verwaltung werden sollten. Von den Anlaufstellen betonen die Leitbildfrage besonders die Freiwilligenagenturen und große Städte über 400.000 Einwohner.

Zurückhaltender als die Anlaufstellen sind die Kommunen in der Frage, ob zur Förderung des freiwilligen Engagements und von Bürgerprojekten personelle und sachliche Ressourcen zur Verfügung gestellt werden sollten. Die Anlaufstellen bejahen das zu 80 % voll, die Kommunen jedoch nur zu 36 % (Städte über 400.000 Einwohner zu 69 %). Allerdings stimmen die Kommunen mit 48 % eingeschränkt zu, so dass dies nur von 15 % abgelehnt wird. Die Anlaufstellen betonen auch eine bessere Anerkennung freiwilliger Leistungen etwas mehr als die Kommunen.

Neben den Unterstützungszielen, die zwischen Kommunen und Anlaufstellen Konsens sind (Leistungen der Freiwilligen anerkennen, Leitbild bürgerorientierte Kommune), gibt es einen Punkt, der weder bei den Kommunen noch bei den Anlaufstellen intensiv eingefordert wird. Es handelt sich um die Einsetzung eines Koordinators auf höherer Verwaltungsebene, der freiwilliges Engagement und Selbsthilfe fördern soll. Viele Kommunen und Anlaufstellen versprechen sich mehr von ständigen Ansprechpartnern in den Ämtern und Fachabteilungen der Verwaltungen. Große Kommunen halten eine zentrale Koordination für wichtiger. Freiwilligenagenturen befürworten die Koordination der Engagementförderung auf oberer Verwaltungsebene etwas häufiger, allerdings sind auch ihnen Ansprechpartner in den Ämtern und Fachabteilungen wichtiger.

### Abb. 4.1: Zukünftige Unterstützung des freiwilligen Engagements aus Sicht der Kommunen und der Anlaufstellen für freiwilliges Engagement

*Wie sollten das freiwillige Engagement und die Selbsthilfe durch die Verwaltung zukünftig unterstützt werden?*



© Quelle: ISAB Köln 2000, Befragung von Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros, Freiwilligenagenturen u. ä. E. (n = 312)

Freiwilligenagenturen entwickeln die kritischste Einstellung gegenüber gewachsenen Förderstrukturen (z. B. in der Vereins- und Verbandsförderung). Sie fordern, dass diese überprüft und den gewandelten Engagementmotiven der Bürger/innen angepasst werden sollten. Die Urteilstendenz ist ähnlich wie in den Städten über 400.000 Einwohner, die in diesem Punkt ebenfalls stark von den kleineren Städten nach oben abweichen. Selbsthilfekontaktstellen und Seniorenbüros in Großstädten sind in diesem Punkte zurückhaltender.

### ***Erfordernisse aus Sicht der Kommunen mit fortschrittlichem Förderverständnis***

Die Typologie der Kommunen mit unterschiedlichen Förderverständnissen (vgl. **Abb. 4.2** und **Abb. 4.3**) zeigt, dass in Kommunen mit Anlaufstellen für freiwilliges Engagement auch die Bereitschaft höher ist, die infrastrukturelle Unterstützung auszuweiten. Auch die Erkenntnis, dass ein enger Zusammenhang dieses Vorhabens mit der Absicht besteht, neue Formen des freiwilligen Engagements stärker zu unterstützen, wird bestätigt. Dies wird insbesondere von den fortschrittlichen Kommunen für wichtig gehalten, unabhängig davon, ob die direkte Förderung von Vereinen und Verbänden beibehalten wird.

Wie aus den Abbildungen ersichtlich wird, heben sich die Kommunen mit fortschrittlichem Förderverständnis auch in ihren Vorstellungen zu Maßnahmen der zukünftigen Engagementförderung besonders heraus. Die Kommunen mit fortschrittlichem Förderverständnis haben nicht nur anspruchsvollere Ziele, sondern sind auch in ihrer Förderpraxis weiter fortgeschritten. Sie sind besser über den Freiwilligensektor und Anlaufstellen für freiwilliges Engagement informiert und bringen bereits ein umfangreiches Maßnahmenbündel und moderne Instrumente der Förderung des freiwilligen Engagements zum Einsatz.

**Abb. 4.2: Zukünftige Unterstützung des freiwilligen Engagements durch Kommunen mit unterschiedlichem Förderverständnis und aus Sicht der Anlaufstellen für freiwilliges Engagement**

Wie sollte das freiwillige Engagement und die Selbsthilfe durch die Verwaltung zukünftig unterstützt werden? („stimme zu“)	Förderverständnis der Kommunen			Anlaufstellen
	fortschrittlich (41%)	abwartend (35%)	traditionell (24%)	
Personelle und sachliche Ressourcen zur Verfügung stellen	46%	34%	22%	80%
Leistungen der Freiwilligen mehr anerkennen	80%	71%	61%	79%
Leitbild der bürgerorientierten Kommune als zentrales Thema umsetzen	73%	55%	42%	75%
Verwaltung und Politik sollten sich regelmäßig kundig machen	65%	37%	24%	74%
Vernetzung und Qualifizierungsmöglichkeiten	66%	33%	30%	68%
Ständige Ansprechpartner/innen in Ämtern und Fachabteilungen für freiwilliges Engagement benennen	57%	30%	24%	64%
Verwaltung soll bessere Info- und Kontaktmöglichkeiten für Bürger/innen bereitstellen	49%	28%	14%	60%
Gewachsene Förderstrukturen überprüfen und anpassen	40%	27%	25%	54%
Eine/n Koordinator/in auf der oberen Verwaltungsebene einsetzen	31%	10%	7%	38%
© Quelle: ISAB Köln 2000, Kommunale Umfrage zur Förderung des freiwilligen Engagements (n=317) und Befragung von Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros, Freiwilligenagenturen u. ä. E. (n = 312)				

Es gibt einige Unterstützungsprioritäten, die deutliche Unterschiede markieren, und zwar auch zu den abwartenden Kommunen, die sich meist im Übergangsfeld zwischen Kommunen mit fortschrittlichem und traditionellem Förderverständnis bewegen. Das trifft besonders auf die Vernetzung und Qualifizierungsmöglichkeiten sowie auf die Ansprechpartner in Ämtern und Fachabteilungen zu. In dieser Hinsicht sind die fortschrittlichen Kommunen mit 66 % bzw. 57 % uneingeschränkter Zustimmung eine kommunale Avantgarde. Ferner wollen sie sich stärker als die anderen Kommunen regelmäßig über freiwilliges Engagement kundig machen. Die anderen Kommunen bleiben bei allen Unterstützungsstrategien weit hinter den Kommunen mit fortschrittlichem Förderverständnis zurück.

**Abb. 4.3: Zukünftige Förderprioritäten des freiwilligen Engagements in Kommunen mit unterschiedlicher Einwohnerzahl**

Wie soll die finanzielle Förderung des freiwilligen Engagements, des Ehrenamtes und der Selbsthilfe durch Ihre Kommune in den nächsten Jahren gestaltet werden?		Städte mit ...			Kreise
		10.- 100.000 EW	100.- 400.000 EW	über 400.000 EW	
direkte Vereins-/ Verbandsförderung	ausweiten	9%	5%	15%	12%
	beibehalten	88%	93%	77%	84%
	einschränken	3%	2%	8%	4%
Förderung neuer Formen des freiwilligen Engagements	ausweiten	41%	46%	62%	33%
	beibehalten	55%	54%	38%	63%
	einschränken	4%			4%
Infrastrukturelle Unterstützung ausweiten	ausweiten	40%	43%	77%	36%
	beibehalten	56%	51%	23%	62%
	einschränken	4%	5%		2%

© Quelle: ISAB Köln 2000, Kommunale Umfrage zur Förderung des freiwilligen Engagements (n=317)

Trotz einer bereits besseren Einschätzung der Informations- und Beratungsmöglichkeiten von Bürger/innen, die sich freiwillig engagieren wollen, sind fortschrittliche Kommunen an einer Verbesserung dieser Möglichkeiten interessiert (49 % volle Zustimmung, nur 28 % bei den „Abwartenden“ und nur 14 % bei den „Traditionellen“). Sie messen auch Partnerschaften mit der Wirtschaft und Bürgerstiftungen größere Bedeutung bei.

In einer Reihe von Bewertungen stimmen die fortschrittlichen Kommunen mit den Anlaufstellen für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe überein. Sehr nahe ist man sich bei der besseren Anerkennung der Leistungen der Freiwilligen, bei der besseren Vernetzung und Qualifizierung und bezüglich der Gewichtung des Leitbildes der bürgerorientierten Kommune, die an der Spitze der Prioritäten liegen. Einig ist man sich auch bei der Notwendigkeit von Ansprechpartnern in

Ämtern und Fachabteilungen, der zentralen Koordinierung für das freiwillige Engagement und dessen Förderung auf der oberen Verwaltungsebene.

Auseinander gehen die Meinungen zwischen den Kommunen mit fortschrittlichem Förderverständnis und den Anlaufstellen dort, wo es um Bürgerbefragungen durch die Verwaltung über das freiwillige Engagement und die Selbsthilfe geht und um die Verbesserung der Informations- und Beratungsmöglichkeiten über freiwilliges Engagement. Noch größer werden die Unterschiede bei der Bereitstellung von sachlichen und personalen Ressourcen zur Förderung des freiwilligen Engagements und der Selbsthilfe.

In der Ressourcenfrage machen viele Kommunen Einschränkungen, selbst Kommunen mit fortschrittlichem Förderverständnis. Immerhin setzen 46 % auch hier eine uneingeschränkte Priorität, der jedoch mit 80 % ein fast doppelt so hoher Prozentsatz bei den Anlaufstellen gegenübersteht.

Breite Unterstützung erhält in allen Stadtgrößen und den Kreisen das Vorhaben, in Zukunft Freiwillige und ihre Leistungen für das Gemeinwesen mehr anzuerkennen. Insgesamt stimmen 72 % uneingeschränkt zu. Die Zustimmung steigt mit der Stadtgröße. Dieser breite Konsens der Kommunen deckt sich mit den in der bisherigen Förderpraxis bereits durchgeführten besonderen Ereignissen und Veranstaltungen sowie Ehrungen für Freiwillige.

Der Konsens ist etwas geringer, wenn es darum geht, das Leitbild einer bürgerorientierten Kommune und die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements zu einem zentralen Thema von Verwaltung und Politik zu machen. 59 % der Kommunen stimmen diesem Vorhaben voll zu. In den kleineren Städten wird dieser Punkt nicht so wichtig genommen wie in den Kreisen und besonders in den größeren Städten. Die besondere Betonung in den größeren Städten kann auch aus den dortigen Größenproblemen erwachsen, die es schwieriger machen, ein bestimmtes Thema zentral zu verankern.

Die Förderung von Vernetzung und Qualifizierungsmöglichkeiten für den Freiwilligensektor gewinnen ebenfalls mit steigender Stadtgröße an Bedeutung. Insgesamt wollen 47 % der Kommunen in Zukunft mit Bestimmtheit angehen, in den mittelgroßen Städten 67 % und in den großen 85 %. In diesem Punkt unterscheiden sich die Städte bis 50.000 Einwohner (35 % volle Zustimmung) von den Städten mit 50.000 bis 100.000 Einwohnern (51 %), da sie Vernetzung und Qua-



lifikationsmaßnahmen für die Zukunft weniger betonen. Es liegt bei den Städten ein fast linearer Größeneffekt vor, der wahrscheinlich vor allem mit dem steigenden Vernetzungsbedarf in größeren Städten zusammenhängt.

Bei den großen Städten bedeutet das Ziel der Qualifizierung zumeist die Intensivierung einer vorhandenen Praxis der Qualifizierungsangebote für Freiwillige. In den mittelgroßen Städten und auch in den Kreisen geht es um einen Ausbau bisher wenig vorhandener Angebote.

46 % der Kommunen wollen sich zukünftig regelmäßig über die Situation, die Entwicklung und das Potenzial des freiwilligen Engagements kundig machen. Es gibt wieder einen Größeneffekt, der besonders ab der Grenze von 100.000 Einwohnern aufwärts einsetzt, indem 66 % der mittelgroßen und sogar 85 % der großen Städte über 400.000 Einwohner dieses mit Bestimmtheit anstreben.

Über die Kommunen hinweg ist die Absicht, ständige Ansprechpartner für freiwilliges Engagement in den Ämtern und Fachabteilungen einzusetzen, relativ gleich verteilt. Es wird von 41 % der Kommunen angestrebt. Mit Ausnahme der großen Städte mit ihren besonderen Vernetzungsproblemen haben die meisten Kommunen nicht vor, einen Koordinator für die Engagementförderung auf der oberen Verwaltungsebene einzusetzen. Kommunen zwischen 50.000 und 100.000 Einwohnern stehen dagegen der zentralen Koordination aufgeschlossen gegenüber, indem sie diese nur zu 42 % ablehnen, während die Kreise zu 52 % tun, die Städte mit 100.000 bis 400.000 Einwohner zu 58 % und die kleinen Städte bis 50.000 Einwohner sogar zu 65 %.

Jeweils etwa ein Drittel der Kommunen will gewachsene Förderstrukturen (z. B. Vereins- und Verbandsförderung) überprüfen und den gewandelten Engagementmotiven der Bürger/innen anpassen, bessere Informations- und Beratungsmöglichkeiten über freiwilliges Engagement schaffen (34 %) sowie personelle und sachliche Ressourcen zur Förderung des freiwilligen Engagements und von Bürgerprojekten zur Verfügung stellen (36 %). Die großen Städte mit über 400.000 Einwohnern streben solche Maßnahmen jeweils mit mehr als 60 % an und heben sich damit stark aus dem Meinungsklima der Kommunen heraus.

Der Zusammenhangstest der Zukunftsvorstellungen der Kommunen ergibt zwei Antwortmuster: (1) Verstärkung der Engagementförderung und (2) Organisatorische und Strukturveränderungen.

### **Verstärkung der Engagementförderung**

- Die Bedeutung der Freiwilligen und ihre Leistungen für das Gemeinwesen sollten mehr anerkannt werden.
- Freiwilliges Engagement sollte durch Vernetzung und Qualifizierungsmöglichkeiten besser gefördert werden.
- Das Leitbild einer bürgerorientierten Kommune und die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements sollte ein zentrales Thema von Verwaltung und Politik werden.
- Zur Unterstützung des freiwilligen Engagements sollten bessere Informations- und Beratungsmöglichkeiten für Bürger/innen, Gruppen, Vereine und Projekte geschaffen werden.
- (Verwaltung und Politik sollten sich regelmäßig über Situation, die Entwicklung und das Potenzial des freiwilligen Engagements und der Selbsthilfe kundig machen.)
- (Zur Förderung des freiwilligen Engagements und von Bürgerprojekten sollten personelle und sachliche Ressourcen zur Verfügung gestellt werden.)

### **Organisatorische und Strukturveränderungen**

- Zur Förderung des freiwilligen Engagements und der Selbsthilfe sollte auf der oberen Verwaltungsebene ein/e Koordinator/in eingesetzt werden.
- Zur Unterstützung der Vereine, Initiativen und Projekte sollten Ämter und Fachabteilungen ständige Ansprechpartner für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe benennen.
- Gewachsene Förderstrukturen (z. B. Vereins- und Verbandsförderung) sollten überprüft und den gewandelten Engagementmotiven der Bürger/innen angepasst werden.

Der erste Komplex an Förderaktivitäten vereint die meisten Zukunftsbestrebungen in sich, die in verschiedener Weise auf eine Intensivierung der Förderung und Würdigung des freiwilligen Engagements hinauslaufen. Das betrifft besonders die bessere Anerkennung des Engagements, intensivere Vernetzungs- und Qualifizierungsaktivitäten, die verstärkte Thematisierung des Leitbilds der bürgerorientierten Kommune und die Verbesserung der Informations- und Beratungsmöglichkeiten.

Das zweite Antwortmuster beinhaltet vor allem organisatorische und strukturelle Veränderungen zur zukünftigen Verbesserung der Engagementförderung. Der Kern dieser zukünftigen Verbesserungen besteht in der zentralen Koordination der Engagementförderung auf der oberen Verwaltungsebene, der Unterstützung der Vereine und Gruppen durch ständige Ansprechpartner in den Ämtern und Fachabteilungen sowie der Überprüfung von bisherigen Förderstrukturen, insbesondere der herkömmlichen Vereins- und Verbandsförderung.

Interessant ist, dass die Vorhaben, in Ämtern und Fachabteilungen Ansprechpartner einzusetzen und die Absicht, die Engagementförderung auf der oberen Verwaltungsebene zentral zu koordinieren, sich nicht ausschließen, sondern eng miteinander zusammenhängen. Kommunen, die in den Ämtern und Fachabteilungen Ansprechpartner einsetzen wollen, befürworten gleichzeitig auch verstärkt eine zentrale Koordination auf der oberen Verwaltungsebene. Wo also in besonderem Maße organisatorische und Strukturveränderungen angestrebt werden, wird kein Gegensatz von verbesserter zentraler und dezentraler Koordinierung und Förderung des freiwilligen Engagements gesehen.

Die Überbrückung von Zentralität und Dezentralität der Koordinierung und Förderung des freiwilligen Engagements im Verein mit der Absicht, Strukturen zu ändern, hat besonders in den großen Städten Priorität. Allerdings ist dieses Muster auch in den Kommunen zwischen 50.000 und 100.000 Einwohnern besonders relevant, die damit im Gegensatz zu den kleinen Städten bis zu 50.000 Einwohnern stehen. Die Verstärkung der Engagementförderung nimmt linear mit der Stadtgröße zu, wobei sie erst ab der Stadtgröße von 100.000 Einwohnern überdurchschnittliche Bedeutung gewinnt.

Insgesamt wollen 42 % der Kommunen die Förderung der infrastrukturellen Unterstützung des freiwilligen Engagements (z. B. durch Anlaufstellen) ausweiten. Das ist gerade dort der Fall, wo es bereits Anlaufstellen gibt, besonders in den großen Städten (77 % wollen ausweiten). 42 % der Kommunen wollen neue Formen des freiwilligen Engagements zukünftig verstärkt unterstützen, in den großen Städten wiederum am meisten. Nur 3 % bis 4 % der Kommunen haben vor, die Infrastrukturförderung und Förderung neuer Formen des Engagements einzuschränken.

Beide Absichten (neue Formen und Infrastruktur mehr unterstützen) hängen eng zusammen und sind weitgehend davon unabhängig, was die Kommunen bezüg-

lich der direkten Förderung von Vereinen und Verbänden vorhaben. Diese soll in der Regel beibehalten werden. Diejenigen Kommunen, die neue Formen des freiwilligen Engagements fördern wollen, wollen auch zu 65 % die infrastrukturelle Unterstützung des Engagements ausweiten. Hier wird erkennbar, dass zunehmend neue Wege der Engagementförderung an die Seite der herkömmlichen treten, ohne dass sich ein Prozess der Ersetzung der traditionellen Formen der Engagementförderung andeutet.

Ein wichtiger Punkt der weiteren Unterstützung des freiwilligen Engagements in den Kommunen ist die Einbeziehung der Wirtschaft in die Engagementförderung. 21 % der Kommunen sind bereits Partnerschaften mit örtlichen Unternehmen eingegangen, um freiwilliges Engagement zu fördern, 11 % planen solche Maßnahmen. Die großen Städte sind in diesem Punkt besonders innovativ: 64 % haben bereits Partnerschaften mit der Privatwirtschaft geschlossen. Von den mittelgroßen Städten planen 26 % solche Partnerschaften und 29 % sind bereits Partnerschaften mit Unternehmen eingegangen. In kleineren Städten und Kreisen wird das Thema bis jetzt noch sehr wenig aktualisiert.

Bürgerstiftungen zur Förderung des freiwilligen Engagements spielen in den meisten Kommunen noch keine Rolle. In den großen Städten, wo das Thema Stiftungen relevanter ist, gibt es bereits zu 29 % Bürgerstiftungen, in 14 % sind diese geplant. In den mittelgroßen Städten sind zu 12 % Bürgerstiftungen für freiwilliges Engagement bereits realisiert.

Aus der kritischen Einschätzung der Förder- und Unterstützungspraxis in den Kommunen durch die Anlaufstellen ergibt sich erwartungsgemäß eine ganze Reihe an Forderungen der Anlaufstellen an die Engagementförderung der kommunalen Politik und Verwaltung (vgl. **Abb. 4.4**).

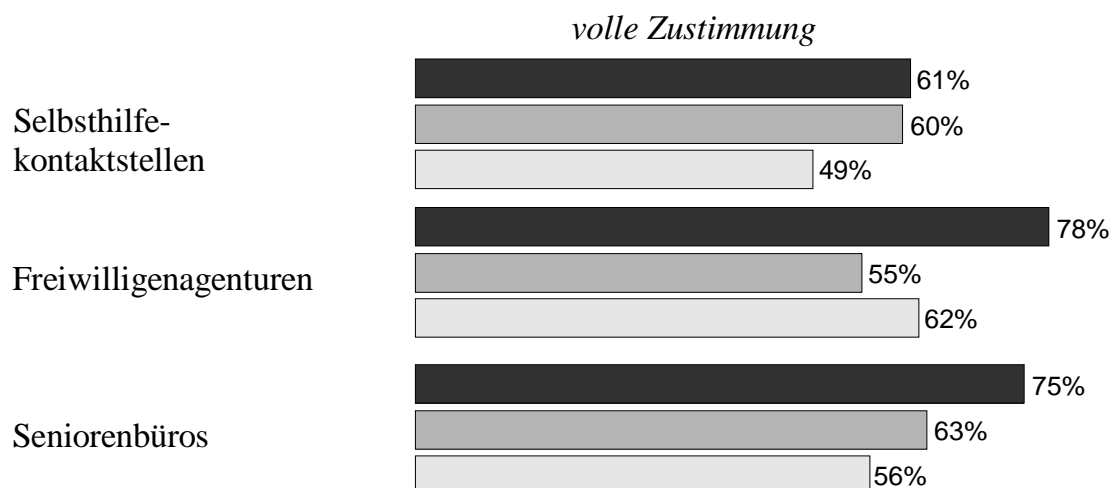
Die Anlaufstellen wollen, dass die Förderung Engagement unterstützender Anlaufstellen ein zentrales Thema von Politik und Verwaltung der jeweiligen Kommune wird. Die Anlaufstellen fordern ferner, dass die Unterstützungsleistungen für Gruppen, Vereine und Institutionen unbürokratischer erfolgen sollten und die Leistungen der eigenen Anlaufstelle von der kommunalen Verwaltung und Politik besser anerkannt werden. Diese Forderungen werden besonders von Freiwilligenagenturen und Seniorenbüros erhoben.

Schnellere und unbürokratischere Unterstützungsleistungen für Gruppen, Vereine und Institutionen werden besonders dort gefordert, wo eine zu hohe Regulierung (vgl. Einflussfaktoren) beklagt wird, die das Engagement behindert bzw. wo die Kommunalverwaltung intransparent erfahren wird. Wir erkennen, dass die Anlaufstellen das Regulierungsproblem, das die Kommunen eher von sich weisen, auch mit dem zu geringen Grad der Öffnung der Verwaltungen gegenüber den Bürger/innen und ihren Gruppen und Organisationen verknüpfen.

### Abb. 4.4: Erwartungen der Anlaufstellen für freiwilliges Engagement an die Kommunen

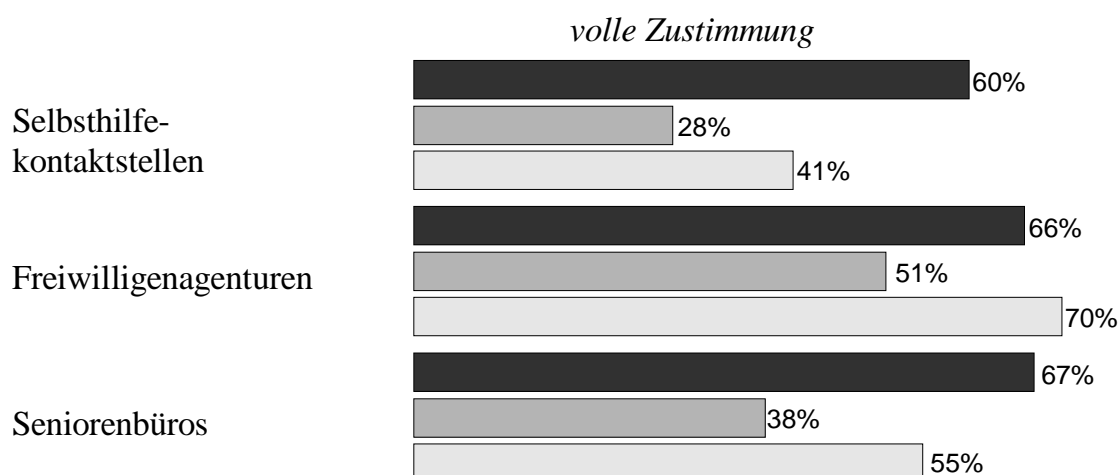
*Welche Erwartungen hat Ihre Anlaufstelle an die Engagementförderung Ihrer Kommune?*

- Unterstützung von Anlaufstellen als zentrales Thema von Politik und Verwaltung
- Unbürokratische Unterstützungsleistungen
- Leistungen der Anlaufstellen mehr anerkennen



*Wie sollten das freiwillige Engagement und die Selbsthilfe durch die Verwaltung zukünftig unterstützt werden?*

- Ansprechpartner/innen in Ämtern und Fachabteilungen
- Koordinator auf oberer Verwaltungsebene
- Gewachsene Förderstrukturen überprüfen



© Quelle: ISAB Köln 2000, Befragung von Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros, Freiwilligenagenturen u. ä. E. (n = 312)

## **5 Büro bzw. Netzwerk für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe: die erweiterte Konzeption einer Anlaufstelle für freiwilliges Engagement**

Die Befragung der Anlaufstellen und der Kommunen hat gezeigt, dass die bisherigen Anlaufstellen für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe aus verschiedenen Gründen nicht alle Bevölkerungsgruppen in ihrer Kommune ansprechen, und dass sie nur einen Teil der Engagementbereiche in ihre Leistungen einbeziehen. Dies gilt auch für Städte und Kreise, in denen es zwei oder mehrere Anlaufstellen gibt, da diese häufig unverbunden nebeneinander arbeiten. In Kommunen ohne Anlaufstellen fehlen Informations- und Beratungsmöglichkeiten über Gelegenheiten zum freiwilligen Engagement und zur Selbsthilfe weitgehend.

Aus dem Freiwilligensurvey wissen wir weiterhin, dass es ein unausgeschöpftes Engagementpotenzial und ein hohes Informationsinteresse in der Bevölkerung gibt, dem mit der vorhandenen Engagement unterstützenden Infrastruktur bislang nicht hinreichend entsprochen wird.<sup>1</sup> Der Freiwilligensektor ist wie die Wirtschaft als System zu betrachten, nicht als zufällige Anhäufung individueller Aktivitäten. Er unterliegt gesellschaftlichen Einflüssen, weist organisatorische Strukturen auf und erbringt eine Vielzahl von Leistungen für die Gesellschaft, durch die Bürger/innen, die sich für sich und andere engagieren. Aus der Fluktuation und einem unausgeschöpften Engagementpotenzial ergibt sich für die Engagementförderpolitik das Leitziel einer möglichst weitgehenden Potenzialausschöpfung. Ziel der Engagementförderung in Kommunen sollte die bestmögliche Organisation von Eintritts-, Wechsel- und Wiedereintrittsprozessen ins freiwillige Engagement sein.

Die Organisation dieser Prozesse zur Unterstützung des freiwilligen Engagements und der Selbsthilfe bedürfen einer hohen Informations- und Anstoßkapazität. Geeignete Förderstrategien sollen sowohl die Rückkehr „Ehemaliger“ ins Engagement, als auch die Gewinnung neuer Freiwilliger erreichen. Das Engagementpotenzial, auf dessen Aktivierung der Freiwilligenbereich angesichts seines dynamischen, auf diskontinuierliche Tätigkeiten aufbauenden Charakters angewiesen ist, kann dadurch besser ausgeschöpft werden.

---

<sup>1</sup> vgl. Klages, Helmut (2000), S. 114 ff.

Durch eine Engagement unterstützende Infrastruktur in Kommunen können diese Prozesse verstärkt und beschleunigt und das Engagementpotenzial besser erschlossen werden. Hierbei sind individuelle Motive und Mobilitätsbedürfnisse zu berücksichtigen und gleichzeitig Energie- und Zeitverluste zu vermeiden, die auf das Wirken von beeinflussbaren Engagementhemmnissen zurückzuführen sind. Zudem sollen die Anliegen derjenigen, die sich in Selbsthilfe engagieren wollen, gefördert werden.

Nach den Ergebnissen des Projekts „Förderung des freiwilligen Engagements und der Selbsthilfe in Kommunen“ stellt sich die Frage, welche Konzeption der infrastrukturellen Förderung des freiwilligen Engagements und der Selbsthilfe realisiert werden sollte, um ausreichende Informations- und Beratungsmöglichkeiten für alle Ziel- und Altersgruppen sowie für alle Engagementbereiche zu gewährleisten.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Ausgangssituation für die Verbesserung der infrastrukturellen Unterstützung des freiwilligen Engagements in den Kommunen unterschiedlich ist. Die bedarfsgerechte Gestaltung einer Engagement unterstützenden Infrastruktur, die Festlegung der von den Anlaufstellen zu erbringenden Leistungen und der erforderlichen Ressourcen sollte deshalb von der Situation und den Erfordernissen in Kommunen mit unterschiedlichen Einwohnerzahlen ausgehen und berücksichtigen, ob und welchen Anlaufstellentyp es bereits gibt:

1. Bei der Einwohnerzahl der Städte bzw. der Kreise sollte folgende Differenzierung zugrundegelegt werden:
  - Großstädte mit über 400.000 Einwohnern (16),
  - Städte mit 100.000 bis 400.000 Einwohnern (68),
  - Kommunen mit unter 100.000 Einwohnern (ab 10.000 E: 1.441),
  - Kreise (325)
2. Bei der bisherigen Ausstattung der Kommunen mit Anlaufstellen muss unterschieden werden (vgl. Kap. 3.1):
  - Kommunen, in denen es weder eine Selbsthilfekontaktstelle, noch ein Seniorenbüro, noch eine Freiwilligenagentur bzw. -zentrale gibt;
  - Kommunen, in denen entweder eine Selbsthilfekontaktstelle oder ein Seniorenbüro oder eine Freiwilligenagentur/-zentrum besteht;
  - Kommunen, in denen es mehrere Anlaufstellen gibt.



## **5.1 Konzeption für den Auf- und Ausbau der Engagement unterstützenden Infrastruktur in Städten und Kreisen**

**In Städten und Kreisen unter 100.000 Einwohnern, in denen es noch keine Anlaufstellen für freiwilliges Engagement gibt,** liegt vor allem das Engagementpotenzial derjenigen Bürger/innen brach, die nicht in Eigeninitiative entsprechende Gelegenheiten finden. In diesen Städten und Kreisen sollte direkt ein „Büro für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe“ realisiert werden.

„Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe“ bauen auf den Erfahrungen der Selbsthilfekontaktstellen, der Seniorenbüros, der Freiwilligenagenturen auf und entwickeln sie weiter, um deren Zielgruppen- und Bereichsbegrenzung zu überwinden.

Im Vergleich zu Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros und Freiwilligenagenturen besteht der konzeptionelle Unterschied eines „Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe“ in der Einbeziehung aller Engagementbereiche und aller Organisationsformen des freiwilligen Engagements in die konkrete Unterstützungsarbeit. Das „Büro für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe“ kann über seine unmittelbaren Informations- und Unterstützungsleistungen hinaus die Funktion einer offenen Innovations-, Anlauf- und Kristallisationsstelle für alle neu entstehenden Themen und Anliegen übernehmen, für die sich Bürger bürgerschaftlich, freiwillig und in Selbsthilfe engagieren wollen. Die Unterstützung lokaler Agenda-21-Gruppen und von Tauschringen sind Beispiele hierfür.

„Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe“ als infrastrukturell abgesicherte Unterstützungseinrichtungen sind Innovationsraum für neue Bedürfnisse und Anliegen im Freiwilligenbereich. Sie eröffnen die Perspektive, dass nicht immer wieder neue Engagement unterstützende Einrichtungen für Teilbereiche im Freiwilligensektor eingefordert werden, die das Rad, wie freiwilliges Engagement erfolgreich unterstützt werden kann, jeweils neu erfinden müssen.

Die erweiterte Konzeption der Anlaufstellen kann so gestaltet werden, dass die fachlichen und inhaltlichen Anforderungen der Selbsthilfeunterstützung, wie sie von Selbsthilfekontaktstellen wahrgenommen wird, erhalten bleiben.

Das organisatorische Konzept der erweiterten Anlaufstellenkonzeption stellt auch sicher, dass die positiven Erfahrungen der Seniorenbüros mit ihrer erfolgreichen

zielgruppenspezifischen Ansprache von Senioren erhalten bleibt. Durch die interne Aufgabendifferenzierung der erweiterten Konzeption und unterschiedliche Zuständigkeiten der hauptamtlichen Mitarbeiter/innen wird gewährleistet, dass die besonderen Qualitäten von Seniorenbüros, Selbsthilfekontaktstellen und Freiwilligenagenturen erhalten werden können.

In einer erweiterten Konzeption können bisher separate Anlaufstellen Ressourcen, Technik und Räume gemeinsam nutzen und z. B. ihre Öffentlichkeitsarbeit gemeinsam durchführen. Die interne Arbeitsorganisation der hauptamtlichen Mitarbeiter/innen kann nach einem Drei-Säulen-Modell gestaltet werden, mit besonderen Schwerpunkten für Selbsthilfe, Senioren und Freiwillige. Die explizite Ausweisung der die Selbsthilfe unterstützenden Aktivitäten ist auch wegen der Finanzierung der Selbsthilfeförderung aus dem Gesundheitsgesetz wichtig.

Sichergestellt werden muss außerdem die seniorenspezifische Ansprache, wie sie in den Seniorenbüros erfolgreich praktiziert wird. Die Erfahrungen der Seniorenbüros haben gezeigt, dass Senioren eigene Zugänge zum freiwilligen Engagement haben, die von ihren Lebenslagen geprägt sind. Dies kommt auch in einem besonderen Bedürfnis nach Begegnung, Entwicklung eigener Projekte, altersgerechter Bildung und seniorenspezifischen Veranstaltungen zum Ausdruck. Diese Aspekte dürfen in der erweiterten Konzeption nicht in den Hintergrund treten oder verloren gehen.

Die „Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe“ werden durch interne Arbeitsteilung so gestaltet, dass neben der Erweiterung auf alle Bevölkerungsgruppen und alle Engagementbereiche, alle von den bisherigen Anlaufstellen unterstützten Teilfunktionen des Freiwilligenbereichs erhalten bleiben:

- Freiwilligenarbeit von Freiwilligenagenturen/-zentren
- Selbsthilfeunterstützung durch Selbsthilfekontaktstellen
- Förderung des freiwilligen Engagements von Senioren durch Seniorenbüros

In der Außendarstellung und in der Öffentlichkeitsarbeit eines „Büros für freiwilliges Engagement“ werden diese Teilfunktionen so ausgewiesen, dass die Nutzer und Adressaten erkennen können, dass sie sich auch über Freiwilligenarbeit, Selbsthilfe und Seniorenengagement informieren und beraten lassen können.

**In Städten und Kreisen unter 100.000 Einwohnern, in denen es bereits ein Seniorenbüro oder eine Selbsthilfekontaktstelle oder eine Freiwilligenagentur gibt,** sollte das Aufgabenprofil erweitert werden, damit die Leistungen eines „Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe“ erbracht werden können.

**In Städten und Kreisen mit 100.000 bis 400.000 Einwohnern** können zwei Vorgehensweisen zweckmäßig sein. Wenn keine oder nur eine Informations- und Kontaktstelle besteht, sollte die erweiterte Konzeption des „Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe“ realisiert werden. Wenn es bereits mehrere Anlaufstellen gibt, ist es zweckmäßig, parallel arbeitende Informations- und Kontaktstellen so zu vernetzen, dass alle Engagementbereiche und alle Altersgruppen einbezogen werden können. Durch einen organisatorischen und konzeptionellen Verbund kann die Wahrnehmung des erweiterten Aufgabenprofils sichergestellt werden.

**In Städten und Kreisen mit über 400.000 Einwohnern,** in denen es bereits mehrere Informations- und Kontaktstellen gibt, sollte ein Netzwerk für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe geschaffen werden, das über gelegentlichen Austausch hinausreicht und abgestimmte Planungen und gemeinsame Aktivitäten zur Ansprache der Zielgruppen sowie eine einheitliche Informationsbasis gewährleistet. Die für die Engagementunterstützung insgesamt zu erbringenden Informations- und Beratungsleistungen können in einem solchen Verbund von 3 parallelen Anlaufstellen, also einer Selbsthilfekontaktstelle, einem Seniorenbüro und einer Freiwilligenagentur erbracht werden. Durch die Schaffung eines engen Verbundes bzw. Netzwerkes der organisatorisch getrennt arbeitenden Anlaufstellen wird sichergestellt, dass die Ziele und Aufgaben einer umfassenden Engagementunterstützung verwirklicht werden (Bsp. München).

### ***Fachliche Bezeichnung der erweiterten Konzeption der Anlaufstellen für freiwilliges Engagement***

Es wurde die Bezeichnung „Büro für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe“ empfohlen, um die Chance zu eröffnen, dass sich die bisher entstandenen Anlaufstellentypen unter einer umfassenden fachlichen Bezeichnung zusammenfinden können. Die Frage, ob die Bezeichnungen der bisherigen Anlaufstellen geändert werden sollen, stellt sich nur in den Kommunen, in denen es bereits Anlaufstellen mit verschiedenen Namen gibt. Kommunen, in denen es noch keine Anlaufstelle gibt, sollten beim Aufbau einer Engagement unterstützenden Anlauf-

stelle die Bezeichnung „Büro für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe“ verwenden.

Diese Bezeichnung ist jedoch nicht unabdingbar. Wichtiger ist, dass durch das Organisationskonzept und das Aufgabenprofil sichergestellt wird, dass alle Bevölkerungsgruppen und alle Engagementbereiche einbezogen werden und dies sowohl in der Außendarstellung wie in der internen Arbeitsdifferenzierung praktisch realisiert wird.

Wie die Anlaufstellen und die Kommunen selbst die Profilerweiterung und Vernetzung beurteilen, wird aus **Abb. 5.1** ersichtlich. Die Hälfte aller Anlaufstellen ist der Meinung, dass verschiedene Informations- und Kontaktstellen jeweils mit eigenen Mitarbeitern und Räumlichkeiten in einem organisierten Verbund in den Kommunen beibehalten werden sollten.

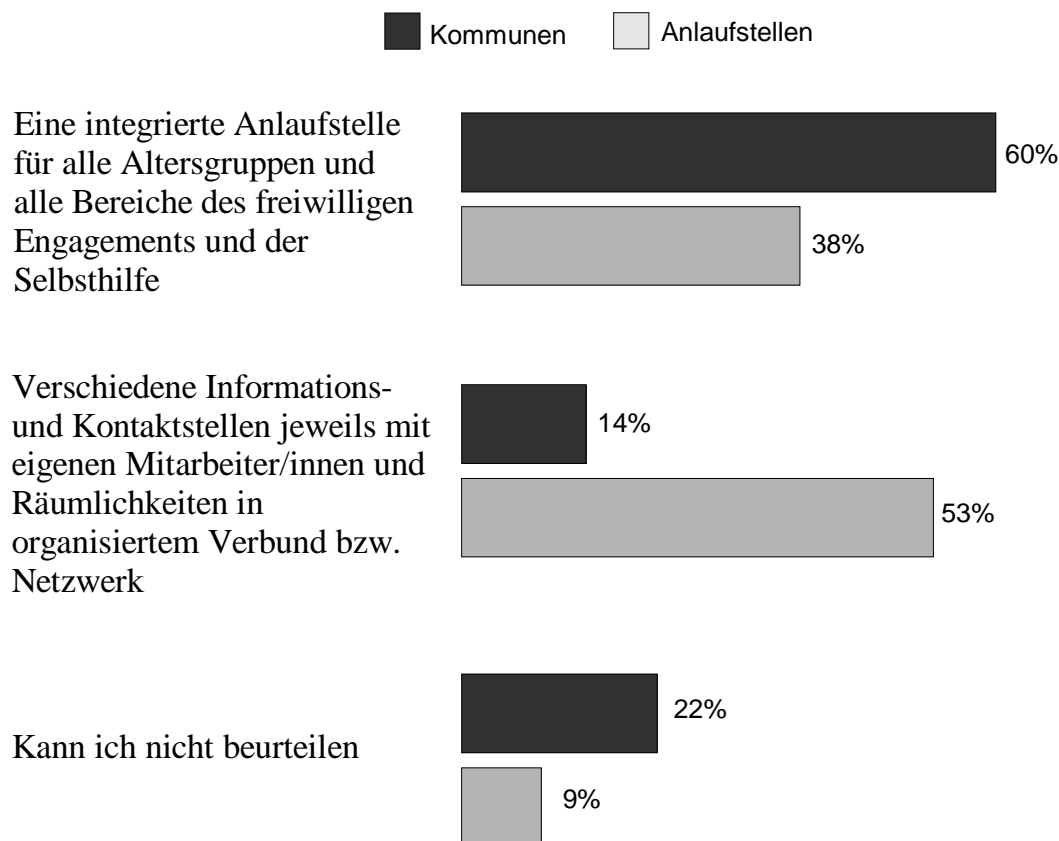
38 % der Anlaufstellen halten eine erweiterte Konzeption für alle Altersgruppen und alle Bereiche des freiwilligen Engagements und der Selbsthilfe für hilfreich. **Demgegenüber sprechen sich 60 % der Kommunen für die erweiterte Konzeption einer Anlaufstelle aus und nur 14 % für parallel arbeitende Informations- und Kontaktstellen.**

Aufschlussreich ist auch die Differenzierung nach Gemeindegrößenklassen. Danach zeigt sich, dass in Kommunen über 400.000 Einwohnern verschiedene Anlaufstellen in einem Netzwerk für sinnvoller gehalten werden als eine erweiterte Lösung. In Kommunen unter 400.000 Einwohnern wird dagegen die erweiterte Konzeption präferiert.

Das Votum für eine erweiterte Konzeption – insbesondere aus Sicht der Kommunen – hat im Hinblick auf die künftige Finanzierung nicht zuletzt deshalb ein erhebliches Gewicht, weil 60 % der Kommunen der Meinung sind, dass die bisherigen Anlaufstellen weitgehend bzw. teilweise gleiche Aufgaben, Adressaten und Nutzer haben. Aus Sicht der Anlaufstellen sind diese Unterschiede noch geringer. Hier sind 80 % der Meinung, dass sie weitgehend bzw. teilweise gleiche Ziele, Aufgaben, Adressaten und Nutzer haben.

### Abb. 5.1: Konzeption der infrastrukturellen Förderung des freiwilligen Engagements und der Selbsthilfe

*Welche Art der infrastrukturellen Förderung des freiwilligen Engagements und der Selbsthilfe sollte realisiert werden, um ausreichende Informations- und Beratungsmöglichkeiten für alle Ziel- und Altersgruppen und für alle Engagementbereiche zu ermöglichen?*



© Quelle: ISAB Köln 2000, Kommunale Umfrage zur Förderung des freiwilligen Engagements (n=317)

Trägerverbünde für „Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe“ sind hilfreich, weil die verschiedenen Verbände und Akteure dadurch besser in die Vorbereitung und Umsetzung von „Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe“ eingebunden werden können. Die Trägerschaft muss eine neutrale Haltung des „Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe“ gegenüber den Freiwilligenvereinigungen bei der Informations-, Beratungs- und Vermittlungsarbeit ermöglichen. Bei der Trägerschaft einer Anlaufstelle durch einen Wohlfahrtsverband ist es wichtig, dass sich dieser in der Außendarstellung zurückhält

und die Anlaufstelle möglichst mit eigenen Räumen und mit eigener Telefonnummer ausstattet.

Ob Bürger/innen sich in Initiativen, Projekten, in formellen oder informellen Gruppen, in Verbänden oder Einrichtungen engagieren wollen, entscheiden sie selbst nach ihren persönlichen Präferenzen. Die Vielfalt von Betätigungsmöglichkeiten bietet Chancen, auch wenn sich der Freiwilligensektor aus der Innensicht der einen oder anderen Organisation dadurch als Wettbewerbsfeld darstellt.

## **5.2 Aufgaben- und Leistungsprofil der „Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe“**

„Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe“ sollten das Aufgaben- und Leistungsprofil der bisherigen Anlaufstellentypen übernehmen und weiterentwickeln, um den Interessen und Anliegen aller Nutzerkreise gerecht werden zu können. Es besteht im Kern aus **fünf Hauptaufgaben, die parallel und kontinuierlich umgesetzt werden müssen**, um die an sie gestellten Erwartungen zu erfüllen (vgl. **Abb. 5.2**):

- an freiwilligem Engagement und Selbsthilfe interessierte Bürger/innen ansprechen, informieren, beraten und vermitteln;
- Initiativen, Gruppen, Vereine beim freiwilligen Engagement beraten und unterstützen;
- mit Verbänden und Einrichtungen sowie der Kommunalpolitik und -verwaltung kooperieren;
- Öffentlichkeitsarbeit für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe betreiben;
- die Rahmenbedingungen für freiwilliges Engagement durch Projektentwicklung und Qualifizierung verbessern.

Wie stellen sich die Kommunen das Aufgabenspektrum einer erweiterten Anlaufstellenkonzeption für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe vor, wenn diese kommunale Mittel erhalten sollen (vgl. **Abb. 5.2**)?



82 % der Kommunen fordern die „Information, Beratung und Vermittlung von interessierten Bürger/innen“ als vorrangige Leistung von Anlaufstellen. Hierbei sind sich die Kommunen der verschiedenen Größenklassen einig.

Die zweite Aufgabenpriorität, die 65 % der Kommunen von Anlaufstellen erwarten, ist die Öffentlichkeitsarbeit für freiwilliges Engagement. Hierbei gibt es einen starken Einfluss der Stadtgröße. Die mittelgroßen Städte fordern zu 79 % vorrangig Öffentlichkeitsarbeit, die großen über 400.000 Einwohner sogar zu 91 %. Eine Anlaufstelle ohne ständige und intensive Öffentlichkeitsarbeit würde in der Vielfalt großstädtischer Angebote untergehen und nicht wahrgenommen werden.

Dass Anlaufstellen vorrangig Gruppen, Vereine, Initiativen und Projekte unterstützen sollen, meinen 56 % der Kommunen. Diese Aufgabe wird mit 46 % von den Kreisen weniger betont. Die Zusammenarbeit von Anlaufstellen mit professionellen Einrichtungen und Verbänden, die freiwilliges Engagement unterstützen, sehen 55 % der Kommunen als vorrangig an. Alle großen Städte über 400.000 Einwohner halten dies für wichtig und 74 % der mittelgroßen Städte. Projektentwicklung in gemeinnützigen Organisationen und Fortbildung für Freiwillige durch Anlaufstellen halten 33 % der Kommunen für erforderlich. Hierbei ragen die mittelgroßen Städte etwas aus den Gesamtprioritäten heraus.

Das Leistungsspektrum, das die Kommunen von einer themenübergreifenden Anlaufstelle erwarten, kommt den derzeitigen Aufgabenprofilen der Anlaufstellen nahe. Allerdings stehen bei den Anlaufstellen stärker die Leistungen der Information, Beratung und Vermittlung von interessierten Bürger/innen und der Unterstützung von Gruppen, Vereinen, Initiativen und Projekten im Vordergrund. Projektentwicklung in gemeinnützigen Organisationen und Fortbildung für Freiwillige spielt bislang eine geringere Rolle als es die Kommunen erwarten.

Für die konzeptionelle Gestaltung des Aufgabenprofils des „Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe“ ergeben sich aus der Dynamik des Freiwilligensektors wichtige Konsequenzen. Engagementförderung durch Information und Beratung über Gelegenheiten zum freiwilligen Engagement ist eine Daueraufgabe. Sie muss an die lebensweltlichen und biografischen Voraussetzungen der Bürger/innen anknüpfen. Nur wenn es gelingt, sie dort abzuholen, wo sie jeweils stehen, wenn die Engagementförderung ihre jeweilige Lebenslage be-



rücksichtigt, können Engagementbereitschaften erhalten und neue Potenziale erschlossen werden.

Je kompetenter informiert, beraten und qualifiziert wird, um so mehr Entfaltungsmöglichkeiten können die „Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe“ für engagierte Bürger/innen eröffnen. Je mehr und je vielfältigere Tätigkeitsfelder und Verantwortungsrollen in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen erschlossen werden, um so stärker kann die Zahl der Freiwilligen wachsen. Für eine erfolgreiche Arbeit der Büros für freiwilliges Engagement ist es wichtig, dass alle Engagementbereiche einbezogen werden. Dies führt zu hohen Anforderungen an die Informationsbeschaffung, wenn aktuell und möglichst vollständig über die Gelegenheiten für freiwillige Tätigkeiten in verschiedenen Engagementbereichen informiert werden soll.

„Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe“ informieren und beraten Bürger/innen in Einzelgesprächen, öffentlichen Veranstaltungen und Vorträgen über Möglichkeiten des Engagements und über Wege der gesellschaftlichen Teilhabe. Sie wirken dem Informationsdefizit vieler zum Engagement bereiter Bürger/innen entgegen, die durch kompetente Beratung für ein freiwilliges Engagement gewonnen werden können. Bürger/innen erhalten in den Büros Informationen über Betätigungsmöglichkeiten bei Verbänden, Vereinen und Organisationen, über die jeweiligen Anforderungen im Tätigkeitsfeld sowie über den zeitlichen Umfang der Tätigkeit, den Einsatzbereich, über Anfahrtswege, Versicherungsschutz, Fortbildungsmöglichkeiten, Beteiligung an Entscheidungsprozessen und Möglichkeiten des Erfahrungsaustauschs mit anderen Freiwilligen.

Die erweiterte Konzeption zur Information und Beratung greift die Erkenntnisse über die Zugangswege zum freiwilligen Engagement und zur Selbsthilfe im Freiwilligensurvey 1999 auf. Die aktive Ansprache von Zielgruppen ist bisher keine Regelleistung vieler Anlaufstellen. Für die stärkere Aktivierung des Engagementpotenzials ist sie jedoch unverzichtbar, wenn die Schwelle zur Erst- und Neuaufnahme freiwilliger Tätigkeiten gesenkt und dadurch neue Bevölkerungskreise für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe gewonnen werden sollen.

„Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe“ vermitteln Bürger/innen als Freiwillige in Gruppen, Vereine und Projekte, in Einrichtungen und Verbände. Sie entwickeln bedürfnisgerechte Einsatzbedingungen, z. B. mit Hilfe von nied-

rigschwelligen Angeboten, die mit geringem Zeitaufwand oder niedrigem Verpflichtungscharakter verbunden sind, und begleiten die Bürger/innen bei ihrem freiwilligen Engagement, z. B. mit Beratungs-, Fort- und Weiterbildungsangeboten.

„Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe“ entwickeln neue Tätigkeitsfelder, initiieren Gruppen, Projekte und Initiativen, wenn sich Bürger/innen für bestimmte Tätigkeiten interessieren, aber ein entsprechendes Tätigkeitsfeld in der Kommune noch nicht besteht. Finden sich genügend Personen mit gleichen Interessen, können neue Projekte oder Gruppen mit Hilfe des Büros initiiert werden.

Als Voraussetzung zur erfolgreichen Wahrnehmung ihrer Aufgaben verschaffen sich die „Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe“ kontinuierlich einen Überblick über Möglichkeiten bei Gruppen, Projekten, Einrichtungen und Verbänden in ihrer Kommune, sich freiwillig zu engagieren und Selbsthilfe zu praktizieren. Sie erfassen Tätigkeitsfelder, die von Bürger/innen gewünscht und von Einrichtungen angeboten werden. Dadurch gelingt die Zusammenführung der am Engagement interessierten Bürger/innen und der Anbieter von Betätigungsmöglichkeiten für Freiwillige.

Mit Fachleuten aus Verbänden und Einrichtungen in kommunaler und freier Trägerschaft arbeiten die „Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe“ zusammen. Sie verbessern so die Voraussetzungen und Rahmenbedingungen für das freiwillige Engagement. Diese Zusammenarbeit ist Voraussetzung für die Vernetzung und wirkungsvolle Bündelung des Engagements im lokalen Raum.

„Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe“ tragen auch dazu bei, dass Weiterbildungsmöglichkeiten für freiwilliges Engagement geschaffen werden, und fordern diese im Interesse der Freiwilligen ein. Durch ihre Kooperation mit professionellen Einrichtungen, Verbänden etc. fördern sie die Bereitschaft zur besseren Einbeziehung und Beteiligung von Freiwilligen in den Organisationen. Sie verbessern das Verhältnis zwischen Hauptamtlichen und Freiwilligen. Mit ihren Aktivitäten zur Förderung einer Kultur der Freiwilligkeit wirken sie daraufhin, dass bei den Rahmenbedingungen für freiwillige Tätigkeiten stärker als heute auf die geänderten Wertvorstellungen der Menschen Rücksicht genommen wird.

Sie wirken auch in kommunalen Planungsgremien mit und übernehmen koordinierende Aufgaben. Hierdurch tragen sie dazu bei, dass die Bedürfnisse am Engagement interessierter Bürger/innen in der Kommunalpolitik stärker berücksichtigt und die Rahmenbedingungen für freiwilliges Engagement in der Kommune verbessert werden.

„Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe“ leisten gezielte Öffentlichkeitsarbeit, z. B. durch Presse- und Medienarbeit, öffentliche Veranstaltungen, Stellenanzeigen für freiwillige Tätigkeiten in der örtlichen Zeitung, eine eigene Zeitung etc. Durch ihre Öffentlichkeitsarbeit erreichen die Büros einen großen Kreis von Interessierten und verhelfen dem freiwilligen Engagement und den Leistungen engagierter Bürger/innen zu gesellschaftlicher Anerkennung. In vielen Kommunen übernehmen sie darüber hinaus Serviceleistungen im Auftrag der Kommune.

Mit ihrem Aufgabenprofil können die „Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe“ zu zentralen Anlauf- und Clearingstellen für das Engagement in Ehrenamt, in bürgerschaftlichen Aktivitäten, in Selbsthilfe und in Freiwilligenarbeit in ihrer Kommune werden. Insbesondere durch kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit fördern sie die breitenwirksame Information und Aufklärung über die Medien. „Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe“ tragen zur Sensibilisierung der lokalen Presse und der Medien für das freiwillige und bürgerschaftliche Engagement bei. Sie fördern die fortlaufende Vorstellung beispielhafter Leistungen freiwillig Engagierter im Gemeinwesen. Ihre Impulswirkungen zur Aktivierung des bürgerschaftlichen Engagements durch die Organisation von Freiwilligenbörsen, von Selbsthilfetagen und ähnlichen Aktionen fördert ein engagementfreundliches Klima in der Kommune sowie die bessere Anerkennung des zivilgesellschaftlichen Engagements.

Mit Unterstützung durch Politik, Verwaltung, Verbände und Wirtschaft kann das „Büro für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe“ ein wichtiger Akteur im Freiwilligensektor einer Kommune werden: Es trägt dazu bei, dass aktives Sich-Einbringen in die Gestaltung des Gemeinwesens für viele Bürger/innen anstelle konsumtiver und individueller Bequemlichkeit sowie der „Wegschau“-Mentalität attraktiv und lohnenswert wird.

### **5.3 Personal- und Sachausstattung**

Die personellen und sachlichen Ressourcen geben den Rahmen für die Aufgabenerfüllung der „Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe“ vor. Ihre im Unterschied zu Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros und Freiwilligenagenturen um die aktive Ansprache und Information aller Altersgruppen und um die Einbeziehung zusätzlicher Engagementbereiche erweiterten Leistungen müssen bei der Personal- und Sachausstattung berücksichtigt werden.

Damit die „Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe“ von engagierten und am Engagement interessierten Bürger/innen als verlässliche Anlauf-, Informations- und Beratungsstelle in Anspruch genommen werden können, müssen Verantwortlichkeiten, Kompetenzen und die Kontinuität der Leistungen gesichert werden. Es müssen regelmäßige Öffnungszeiten und telefonische Erreichbarkeit gewährleistet werden. Diese Verlässlichkeit wird nur durch hauptamtliche Fachkräfte garantiert. Sie gewährleisten die Koordination der Aufgaben in den Büros, die Begleitung der freiwillig Engagierten, die Erledigung organisatorischer Arbeiten und die Erreichbarkeit für alle Nutzerkreise. Wenn die „Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe“ erfolgreich arbeiten, müssen sie alle drei am freiwilligen Engagement interessierten Gruppen erreichen und informieren können, nämlich die engagierten „Expansiven“, die „interessierten Ehemaligen“ und die „Neuen“.

Informieren, beraten und vermitteln kann das Büro für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe nur, wenn geeignete Informationen über den Freiwilligensektor in der Kommune und über die Gelegenheiten zum freiwilligen Engagement beschafft wurden. Der Aufwand hierfür sowie für die Aktualisierung der Informationen fällt für jede Anlaufstelle an, ob sie nun aktiv auf Zielgruppen zugeht oder nur auf die Nachfrage von Interessenten reagiert. Auch die Kontaktpflege mit Initiativen, Projekten, Gruppen, Vereinen und Verbänden ist für kleine und große Büros unverzichtbar. Der Umfang und der Aufwand für die Informationsbeschaffung ist vom Einzugsbereich des Büros abhängig. Wichtig für die Personalbemessung ist auch der Arbeitsaufwand für die Mitarbeit in kommunalen Gremien, der Zeitaufwand für die Beratungsstellen und Einrichtungen sowie für die Kooperation mit den Verantwortlichen in Politik und Verwaltung.

„Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe“ können effektiver arbeiten als parallel tätige Informations- und Kontaktstellen mit unterschiedlicher Aus-

richtung. Synergieeffekte sind durch die zentrale Informationsbeschaffung (gemeinsame Adressverzeichnisse, Interessentenkarteien, Nutzerforen) zu erzielen, durch abgestimmte Öffentlichkeitsarbeit und auf Zielgruppen gerichtete Aktionen. Die Erfahrungswerte der von Informations- und Kontaktstellen für erforderlich gehaltenen Wochenstunden (vgl. **Abb. 5.3**) sind eine wichtige Grundlage für die Bemessung des Personalbedarfs der „Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe“ einer Kommune.

Der Personalbedarf an hauptamtlichen Kräften ergibt sich aus der Größe des Einzugsbereichs und daraus, ob ein „Büro für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe“ in einer Stadt oder einem Flächenkreis arbeitet. Je besser die Ausstattung mit hauptamtlichem Personal ist, desto professioneller und zuverlässiger kann es seine Aufgaben erfüllen und desto reichhaltiger werden Angebot und Qualität des angestoßenen und vermittelten freiwilligen Engagements sein.

Aus den Personalbedarfsangaben der Anlaufstellen ergibt sich für ein Büro bzw. Netzwerk für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe die in **Abb. 5.3** ausgewiesene Personalausstattung in unterschiedlichen Gemeindegrößenklassen. Die Kommunen sollten für eine Anpassung der Personalausstattung an den erkennbaren Bedarf offen sein. Die Empfehlung zur Personalausstattung kann für die Planung neuer „Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe“ genutzt werden. Einige Kommunen müssen die bisherige Mittelbereitstellung für die infrastrukturelle Unterstützung des freiwilligen Engagements erhöhen. Für andere steht die Vernetzung und Neuausrichtung des vorhandenen Informations- und Beratungspotenzials im Vordergrund.

Die hauptamtlichen Fachkräfte müssen neben sozialer Kompetenz, Eigeninitiative und Organisationstalent auch konzeptionelle Fähigkeiten einbringen, wie sie für die Planung von Projekten und die Gestaltung der kommunalen Engagementförderung erforderlich sind. Wichtig sind Erfahrungen im Bereich Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, im Umgang mit Verbänden und der Verwaltung, Projekterfahrung und redaktionelle Fähigkeiten sowie PC- und Internet-Kenntnisse.

Die derzeitige Vergütung der Leiter/innen von Selbsthilfekontaktstellen, Seniorbüros und Freiwilligenagenturen ist sehr unterschiedlich. 14 % werden nach BAT II, 20 % nach BAT III a/b, 36 % nach BAT IV a/b, 9 % nach BAT V bezahlt. Da alle Leiter/innen der „Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe“ ein ähnliches Aufgabenprofil erfolgreich umsetzen sollen, sind die Bezah-

lungsunterschiede aus fachlicher Sicht nicht angemessen. Eine unzureichende Bezahlung wird die Wechselbereitschaft erhöhen. Häufiger Personalwechsel bei den Fachkräften sollte vermieden werden, da dies wegen der vielen Außenkontakte dem Image der Büros schadet, die kontinuierliche Aufgabenwahrnehmung gefährdet und die Leistungsfähigkeit beeinträchtigt.

**Abb. 5.3: Personalbedarf der Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe in unterschiedlichen Gemeindegrößen**

	Gewünschte Personalressourcen aller Anlaufstellen einer Kommune <sup>1)</sup>		Derzeitige Personalressourcen aller Anlaufstellen einer Kommune <sup>3)</sup>	
	Vollzeitstellen aller Anlaufstellen <sup>2)</sup>	erforderliche Wochenstunden aller Anlaufstellen einer Kommune	Vollzeitstellen aller Anlaufstellen <sup>1)</sup>	Wochenstunden aller Anlaufstellen
Kommunen mit				
400 - 650.000 E.	6	228	5,2	201
200 - 400.000 E.	5	178	3,9	151
100 - 200.000 E.	3	122	2,1	82
unter 100.000 E.	1,3	52	1,1	44
<p>1) Frage: Wieviel hauptamtliche Unterstützung in Stunden pro Woche wäre für die optimale Wahrnehmung aller Aufgaben in Ihrer Einrichtung notwendig?</p> <p>2) Fachkräfte und Verwaltungskräfte; 38,5 Std./Woche</p> <p>3) Vgl. Abb. 3.12</p> <p>© Quelle: ISAB Köln 2000, Befragung von Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros, Freiwilligenagenturen u. ä. E. zur Förderung des freiwilligen Engagements (n = 312)</p>				

## 5.4 Kosten, Mittelbedarf und Finanzierung

Die vergleichende Analyse der Anlaufstellen hat gezeigt, dass die Frage, wie eine angemessene Finanzierung für ein „Büro für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe“ erreicht und dieses längerfristig abgesichert werden kann, und welche Leistungen hierfür erbracht werden können, nicht losgelöst von der derzeitigen Finanzierung von Selbsthilfekontaktstellen, Freiwilligenagenturen und Seniorenbüros zu klären ist. Obwohl es immer noch Stimmen gibt, die eine weitgehend ehrenamtliche Aufgabenerfüllung der Anlaufstellen für ausreichend halten, ist es aus fachlicher Sicht unstrittig, dass mehr Mittel für hauptberufliche Mitarbeiter und Sachkosten bereitgestellt werden sollten.

Die Erkenntnisse des vom BMFSFJ geförderten Projektes zur Engagementförderung in Kommunen sowie die Diskussion zur infrastrukturellen Unterstützung des freiwilligen Engagements im Internationalen Jahr der Freiwilligen zeigen, dass Parallelstrukturen von Anlaufstellen künftig allenfalls in Ausnahmen finanziert werden. Die längerfristige Absicherung einer Anlaufstelle in einer Kommune kann besser erreicht werden, wenn Freiwilligenagenturen, Selbsthilfekontaktstellen und Seniorenbüros ihr Profil und ihr Leistungsspektrum so erweitern, dass sie das aufgezeigte Gesamtspektrum der Informations- und Beratungsleistungen abdecken, die von Bürgern, Gruppen, Verbänden und Einrichtungen nachgefragt werden, und wenn in jeder Kommune jeweils ein umfassendes „Büro für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe“ finanziert wird.

Wenn das Profil dessen, was die Anlaufstellen leisten können und wollen, denjenigen, die sie finanzieren sollen, klarer als bisher vermittelt wird, entsteht die Chance, dass die labile Situation der bisherigen Finanzierung der Anlaufstellen und die oft unerträglichen Unsicherheiten für die Mitarbeiter/innen überwunden werden.

Die Sachausstattung der Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros und Freiwilligenagenturen kann als Basisausstattung für „Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe“ zugrundegelegt werden (vgl. **Kap. 3.3**). Allerdings können bei der Raum- und Sachausstattung im Vergleich zu drei parallel arbeitenden Informations- und Kontaktstellen Einsparungen erreicht werden.

Die bisher vorhandene Ausstattung mit Kommunikationstechniken lässt zusätzlichen Bedarf erkennen, der mit „Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe“ entstehen wird. Telefon, Telefaxgerät, Kopierer und PC für das Personal gehören zur Standardausrüstung. Ohne diese Geräte ist eine effiziente Informations-, Beratungs- und Vermittlungsarbeit nicht möglich. Insbesondere die auf dem Internet basierenden Kommunikationswege können stärker genutzt werden. Gerade sie erleichtern die Vernetzung, erweitern das Informationsangebot des Büros, indem sie den Zugang zu Informationen außerhalb der Öffnungszeiten und ohne persönliche Inanspruchnahme des Personals ermöglichen.

Außerdem gewinnen sie damit eine größere Attraktivität für jüngere Interessenten, die den Umgang mit PC und Internet in der Regel beherrschen. Besucher-PCs für eigenständige Recherchen und Laptops für die Informationssammlung und für Aktionen außerhalb des Büros sind gut zur Information geeignet, aber

nur sinnvoll, wenn eine für alle zugängliche Datenbasis über Gelegenheiten zum freiwilligen Engagement vorhanden ist.

Die erforderlichen Aufwendungen für ein „Büro für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe“ lassen sich aus der durchschnittlichen Zahl der Anlaufstellen in einer Kommune und dem von ihnen für erforderlich gehaltenen Kostenmehrbedarf ermitteln. Durch die organisatorische Bündelung parallel arbeitender Anlaufstellen in ein „Büro für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe“ ergibt sich ein Einspareffekt von 25 % bei den Verwaltungskräften, Büro- und Sachkosten. Demzufolge belaufen sich die Kosten eines „Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe“ in Kommunen mit unterschiedlicher Einwohnerzahl auf die in **Abb. 5.4** ausgewiesenen Beträge.

In einer Kommune mit 100-200.000 Einwohnern kostet das „Büro für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe“ 320.000 DM. Diese Aufwendungen sind notwendig, wenn die Leistungen des „Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe“ bedarfsgerecht erbracht werden und der Freiwilligensektor einer Kommune nachhaltig unterstützt werden soll.

Die Kostenunterschiede zwischen alten und neuen Bundesländern ergeben sich aus den von den Anlaufstellen in den neuen und alten Bundesländern bezifferten Gesamtaufwendungen. Eine allmähliche Anpassung der Kostensituation in den neuen Bundesländern ist in Rechnung zu stellen.

**Die Kosten eines „Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe“ sind geringer als die Kosten der additiven Finanzierung von Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros, Freiwilligenagenturen**, obwohl das „Büro für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe“ ein breiteres Leistungsspektrum im Freiwilligensektor bietet und breitere Nutzerkreise anspricht. Dies ist durch den effektiveren Mitteleinsatz in einem erweiterten Gesamtkonzept möglich.

Von der derzeitigen Finanzausstattung der Anlaufstellen zur Finanzierung der benötigten Mitteln eines „Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe“ ist es ein weiter Weg, da bereits die aktuelle Finanzierung nur für einen Teil der vorhandenen Anlaufstellen längerfristig gesichert ist. Die Finanzierung kann nur erreicht werden, wenn der ressortübergreifenden, infrastrukturellen Förderung des freiwilligen Engagements und der Selbsthilfe von Politik und Verwaltung die



Priorität zuerkannt wird, die sich aus den hohen gesellschaftlichen und individuellen Nutzen des bürgerschaftlichen Engagements ergeben sollte.

**Abb. 5.4: Erforderliche Aufwendungen für ein Büro für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe in unterschiedlichen Gemeindegrößen**

Städte und Kreise mit...	Mittelbedarf für die erweiterte Konzeption einer Anlaufstelle für freiwilliges Engagement <sup>1)</sup>		Mittelbedarf für jeweils eine Selbsthilfekontaktstelle, eine Freiwilligenagentur oder ein Seniorenbüro <sup>2) 3)</sup>	
	alte Bundesländer	neue Bundesländer	alte Bundesländer	neue Bundesländer
400 - 650.000 E. <sup>4)</sup>	860.000 DM	710.000 DM	289.000 DM	237.000 DM
200 - 400.000 E.	425.000 DM	320.000 DM	237.000 DM	177.000 DM
100 - 200.000 E.	320.000 DM	225.000 DM	208.000 DM	151.000 DM
Unter 100.000 E.	215.000 DM	150.000 DM	163.000 DM	115.000 DM
<sup>1)</sup> Modellrechnung des ISAB unter Berücksichtigung des Mittelbedarfs für jeweils eine Selbsthilfekontaktstelle, eine Freiwilligenagentur und ein Seniorenbüro und der Einsparungen durch gemeinsame Ressourcennutzung <sup>2)</sup> Frage: Wieviel Mittel benötigt Ihre Einrichtung pro Jahr mindestens, um ihre Aufgaben so erfüllen zu können, wie Sie dies fachlich für notwendig halten? <sup>3)</sup> Bei 3 parallelen Anlaufstellen in einer Kommune entsteht der dreifache Mittelbedarf. <sup>4)</sup> Netzwerke © Quelle: ISAB Köln 2000, Befragung von Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros, Freiwilligenagenturen u. ä. E. zur Förderung des freiwilligen Engagements (n = 312)				

**Die nachhaltige kommunale Etablierung der „Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe“ wird von der angemessenen Mischfinanzierung abhängen.** Vergleicht man die aktuelle Finanzierung der Anlaufstellen mit der von Kommunen präferierten Finanzierungsstruktur, ergibt sich eine hohe Übereinstimmung (vgl. **Abb. 5.5**).

Die wichtigsten Finanzierungsquellen der „Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe“ sind Landesmittel und Mittel der Kommune. Mittel der öffentlichen Hand sollten vor allem an Büros vergeben werden, die das erweiterte Aufgabenprofil umsetzen, bereichs- und organisationsübergreifend informieren, beraten und vermitteln und alle Bevölkerungsgruppen einbeziehen. Hilfestellung

bei der Prüfung der Förderwürdigkeit kann ein kommunaler Beirat für freiwilliges Engagement oder ein vergleichbares Gremium leisten.

In den Kommunen entsteht der größte Teil der aus dem freiwilligen Engagement resultierenden Wertschöpfung. Insofern sind ihre Aufwendungen Investitionen in das Gemeinwesen, die sich in der Zunahme von unentgeltlichen Leistungen der Bürgerschaft auswirken. Die kommunale (Mit-)Finanzierung einer Engagement unterstützenden Anlaufstelle für alle Altersgruppen und alle Engagementbereiche wird durch die bisherige ressortbezogene Förderung erschwert. Wichtige Schritte sind daher die Weiterentwicklung von zielgruppenspezifischen und sektoralen Anlaufstellen und eine Finanzierung, die durch einen Haushaltstitel für die infrastrukturelle Unterstützung des freiwilligen Engagements aller Bürger/innen in der Kommune bei der Verwaltungsspitze abgesichert werden muss.

<b>Abb. 5.5: Präferierte Finanzierungsquellen der Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe</b>					
<i>Wie sollte eine Engagement unterstützende Informations- und Kontaktstelle in Ihrer Kommune finanziert werden?</i>		Städte mit ...			Kreise
		über 400.000 EW	100. – 400.000 EW	10. – 100.000 EW	
Bundesland	vorrangig	42 %	39 %	34 %	40 %
	teilweise	58 %	59 %	59 %	56 %
Kommune	vorrangig	33 %	10 %	17 %	7 %
	teilweise	67 %	90 %	72 %	78 %
Spenden/Stiftung/Lotto	vorrangig	17 %	27 %	22 %	28 %
	teilweise	83 %	74 %	74 %	65 %
Eigenmittel (z. B. Erlöse, Honorare)	vorrangig	18 %	17 %	23 %	11 %
	teilweise	64 %	63 %	67 %	74 %
SAM-, ABM- und BSHG-Mittel	vorrangig	17 %	13 %	17 %	29 %
	teilweise	83 %	77 %	64 %	63 %
Träger	vorrangig	18 %	10 %	24 %	17 %
	teilweise	73 %	79 %	64 %	72 %
Wohlfahrtsverbände	vorrangig	8 %	3 %	12 %	12 %
	teilweise	83 %	83 %	70 %	67 %
Krankenkassen	vorrangig	0 %	17 %	11 %	9 %
	teilweise	92 %	76 %	56 %	61 %
© Quelle: ISAB Köln 2000, Kommunale Umfrage zur Förderung des freiwilligen Engagements (n=317)					

Die Länder sollen sich an der Mitfinanzierung der infrastrukturellen Unterstützung des freiwilligen Engagements und der Selbsthilfe in Kommunen beteiligen. Hierzu reichen Anreizfinanzierungen nicht aus, hilfreich ist eine anteilige Mitfinanzierung von „Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe“ in den Kommunen, in denen jeweils eine solche Anlaufstelle eingerichtet wurde, im Umfang von ca. 30 % der Gesamtkosten. Ohne finanzielle Unterstützung einer Infrastruktur mit „Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe“ durch die Länder werden diese in vielen Kommunen nur schwer aufgebaut werden können.

Eine Finanzierungsmöglichkeit besteht auch in der Akquisition von Spendenmitteln und Stiftungsgeldern. Das Social Sponsoring, das sich einer gewissen Beliebtheit erfreut, ist jedoch nicht umsonst zu haben, sondern bindet selbst personelle Ressourcen, die dann nicht für die eigentlichen Aufgaben zur Verfügung stehen. Zudem sind diese Mittel häufig zweckgebunden und nur kurzfristig kalkulierbare Einnahmequellen. Diese Finanzierung ist für Projekte und Initiativen interessant, weil diese spezielle Interessen bei Mittelgebern ansprechen können. Die Bereitstellung von Stiftungsmitteln für die infrastrukturelle Unterstützung des freiwilligen Engagements und der Selbsthilfe sollten durch eine gesetzliche Neuregelung des Stiftungsrechts angeregt werden. Daneben erlangen eigens für soziale Projekte eingerichtete Bürgerstiftungen an Bedeutung. Solche Stiftungsinitiativen sollten zukünftig auch zur finanziellen Absicherung eines „Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe“ genutzt werden.

Gleichen in ihrer Bedeutung für die Finanzierung der Büros sind nach Meinung der Kommunen Eigenmittel der Stellen, SAM-, ABM- und BSHG-Mittel sowie Mittel des Trägers. Eigenmittel spielen bisher eine geringere Rolle. Öffentliche Gelder wie z. B. aus der Arbeitsförderung sind als befristete Zuwendungen für die Aufbauphase geeignet und schaffen einen Zeitpuffer zur Klärung der Anschlussfinanzierung. Wenn diese lange ungeklärt bleibt, ist die Kontinuität gefährdet.

Bisher bringen Wohlfahrtsverbände einen erheblichen Anteil aus eigenen Mitteln auf. Ihre Bereitschaft, sich an der Trägerschaft oder Finanzierung von „Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe“ zu beteiligen, ist vor Ort zu klären. Wegen des Subsidiaritätsprinzips wird es Erwartungen auf Seiten der Wohlfahrtsverbände geben, ihre Anlaufstellen von den Kommunen mitfinanzieren zu lassen. Hier ist zu beachten, dass bei der „Werbung“ um Freiwillige Konkurrenz das Ge-

schäft des freiwilligen Engagements nicht unbedingt belebt, sondern infolge der Eigenwerbung von den Trägern der Büros deren Offenheit auch begrenzen kann.

Die Krankenkassen haben sich auf Bundesebene auf Richtlinien geeinigt, nach denen sie gemäß § 20 Sozialgesetzbuch V Selbsthilfekontaktstellen fördern wollen. Danach kommen sowohl pauschale als auch projektbezogene Fördermittel in Frage (Gemeinsame und einheitliche Grundsätze der Spitzenverbände der Krankenkassen zur Förderung der Selbsthilfe gemäß § 20 Abs. 4 SGB V vom 10. März 2000). Die konkrete Ausgestaltung nimmt die jeweilige Landesebene vor, die insbesondere bei Orts- und Betriebskrankenkassen relativ unabhängig entscheiden. Bei den Ersatzkassen gibt die Bundesebene in der Regel die Grundsätze vor, die von den Landesausschüssen angewendet werden. Da die Förderung der Krankenkassen auf die Unterstützung von Betroffenen mit bestimmten Krankheitsbildern beschränkt ist, sind die „Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe“ aufgefordert, Transparenz zu schaffen, indem sie entweder dafür eine eigene Zuständigkeit innerhalb des Büros schaffen oder Projekte für diese Zielgruppen entwickeln, für deren Umsetzung Mittel der Krankenkassen eingeworben werden. Zu beachten ist das große Interesse der Krankenkassen an einem geringen eigenen Verwaltungsaufwand und dem überprüfbaren Nachweis der Mittelverwendung, weshalb deren Dokumentation erforderlich ist. Die Büros können auch Selbsthilfegruppen und Selbsthilfeorganisationen beraten, welche Unterstützung diese von den Krankenkassen direkt erhalten können. Die Einbeziehung weiterer Institutionen, die für die Finanzierung rehabilitativer Leistungen verantwortlich sind, ist in der Diskussion. Abschließende Ergebnisse liegen jedoch noch nicht vor. Für Selbsthilfekontaktstellen muss sichergestellt werden, dass die Förderverpflichtung der Krankenkassen und künftig die Rentenversicherung in einem integrierten Konzept erhalten bleibt.

Bundeszuschüsse wurden bereits mehrfach für eine begrenzte Zeit geleistet, kommen aber für eine generelle Förderung der „Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe“ aus rechtlichen Gründen nicht in Betracht. Stattdessen ist der Bund in der Pflicht, sicherzustellen, dass Ländern und Kommunen Haushaltsmittel in einem Rahmen zur Verfügung stehen, dass diese auch freiwillige Aufgaben wie die Engagementförderung sachgerecht durchführen können.

Auch den Möglichkeiten, durch **Public-Private-Partnership**<sup>2</sup> Mittel aus der Wirtschaft zur Engagementförderung zu gewinnen, sollte zukünftig größere Bedeutung beigemessen werden. Hierzu sind Kooperationsbeziehungen zwischen der Stadt und den IHKs wichtig.

Ferner sollten die Sparkassen dazu gewonnen werden, sich von kurzfristiger Projektförderungen zu trennen und längerfristig wirksame unterstützende Engagement unterstützende Strategien mitzutragen, z. B. durch die Mitfinanzierung von Anlaufstellen. Hierzu sollten Vereinbarungen mit den Sparkassen über 5-10 Jahresverträge abgeschlossen werden. Ähnliches gilt für das Förderengagement der Sparkassenverbände, die ebenfalls dafür gewonnen werden sollten, die Infrastruktur mitzufinanzieren.

Die **Finanzierungskonzeption** muss beachten, dass einige Zuwendungsgeber nur bestimmte Leistungen oder Engagementbereiche fördern, die gesondert auszuweisen sind, entweder durch spezielle Projekte oder durch eigens dafür zuständiges Personal. Die Krankenkassen sind ein Beispiel hierfür. Andere schließen bestimmte Leistungen aus, weil sie diese nicht zu ihrem Zuständigkeitsbereich zählen. Insbesondere Zuschüsse seitens der Bundesländer können auf Richtlinien für Teilaufgaben basieren, Anforderungen an die zu fördernden Büros richten oder Ausgrenzungen vornehmen, indem sie Leistungen verlangen oder aus der Finanzierung ausschließen. Darauf müssen die Büros ggf. mit organisatorischen Maßnahmen und Leistungsverträgen reagieren.

---

<sup>2</sup> vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2001); Janning, Heinz/ Bartjes, Heinz (2000); SPD-Bundestagsfraktion (Hrsg.) (2001)

## **6 Beispiele für die erweiterte Konzeption einer Engagement unterstützenden Infrastruktur aus dem Bundeswettbewerb „Engagement unterstützende Infrastruktur in Kommunen“**

### **6.1 Empfehlungen aus dem Bundeswettbewerb**

50 Kommunen haben den Bundeswettbewerb zum Anlass genommen, ihre Engagement unterstützende Infrastruktur konzeptionell weiterzuentwickeln und auszubauen. Die hohe Beteiligung hat gezeigt, dass die Zielsetzung des BMFSFJ, mit dem Bundeswettbewerb die Diskussion zur Entwicklung einer Engagement unterstützenden Infrastruktur in Kommunen nachhaltig anzustoßen, gelungen ist. Der Bundeswettbewerb hat gezeigt, dass eine Reihe von Kommunen bereits erfolgreiche Organisationslösungen und zukunftsorientierte Schritte für den Ausbau und die Weiterentwicklung ihrer Engagement unterstützenden Infrastruktur entwickelt haben. Die kommunalen Gestaltungsbemühungen sind in vielen Kommunen fortgeschrittener als dies in der öffentlichen Wahrnehmung diskutiert wird. Dies trifft nicht nur auf die im Wettbewerb ausgezeichneten sieben Kommunen zu, sondern auch auf eine Vielzahl der nicht ausgezeichneten Bewerbungen aus den Kommunen.

Trotzdem besteht bei vielen Kommunen ein hoher Orientierungs- und Informationsbedarf über angemessene Wege zur Information und Beratung der Bürger/innen über Gelegenheiten zum freiwilligen Engagement und zu den Möglichkeiten der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements durch die kommunale Verwaltung und Politik. Die im Bundeswettbewerb ausgezeichneten sieben beispielhaften Städte und Kreise bieten gute Informationsmöglichkeiten über die in Kommunen realisierbare infrastrukturelle Unterstützung des freiwilligen Engagements und die Unterstützungsmöglichkeiten durch die Kommune.

Nach dem Votum der Jury des Bundeswettbewerbs sollten bei der Gestaltung und Weiterentwicklung der Engagement unterstützenden Infrastruktur in Kommunen insbesondere folgende Gesichtspunkte Berücksichtigung finden:

1. Deutlich wurde, dass es nicht die Einheitsform einer Anlaufstelle für freiwilliges Engagement für alle Kommunen gibt. Um den unterschiedlichen Rahmenbedingungen für die Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements zwischen Großstädten, Mittelstädten und Kreisen gerecht zu werden, sollte

das Organisationskonzept und die Ressourcenausstattung der Engagement unterstützenden Infrastruktur nach den jeweiligen Anforderungen und Bedarfen zumindest nach vier Gemeindegrößenklassen unterschiedlich gestaltet werden:

- für Kommunen mit mehr als 400.000 Einwohnern,
  - für Kommunen mit 100.000 - 400.000 Einwohnern,
  - für Kommunen unter 100.000 Einwohnern,
  - für Kreise.
2. Die Unterstützung und Aktivierung des freiwilligen Engagements ist in allen gesellschaftlichen Bereichen und für alle Altersgruppen hilfreich. Die Information und Beratung über Gelegenheiten zum freiwilligen Engagement sollte daher durch eine themenübergreifende, umfassende Konzeption einer Anlaufstelle für freiwilliges Engagement bzw. ein Büro für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe erfolgen und nicht durch nebeneinander entstandene, unterschiedliche Anlaufstellen in einer Kommune. Beim Ausbau der Engagement unterstützenden Infrastruktur in den Kommunen, in denen bereits eine Anlaufstelle für freiwilliges Engagement besteht (eine Freiwilligenagentur, eine Selbsthilfekontaktstelle, ein Seniorenbüro) soll deren Know-how und Erfahrungen mit dem Ziel einer Aufgabenprofil- und Zielgruppenerweiterung einbezogen werden.

In Städten und Kreisen mit mehr als 400.000 Einwohnern ist ein Verbund bzw. Netzwerk mehrerer Anlaufstellen (Selbsthilfekontaktstelle, Seniorenbüro, Freiwilligenagentur) die angemessene Organisationsform einer Anlaufstelle für freiwilliges Engagement.

3. Die Aufgaben und Leistungen der Anlaufstellen für freiwilliges Engagement sollen durch hauptberufliche Mitarbeiter/innen mit Unterstützung durch Ehrenamtliche erbracht werden.
4. Die Anlaufstellen sollen ihre Aktivitäten nicht isoliert von den kommunalen Akteuren und den Verbänden erbringen. Als erforderlich wird angesehen, dass in der Kommunalverwaltung sowohl Ansprechpartner für freiwilliges Engagement und für die Anlaufstelle geschaffen werden sollten, und dass sich die Kommunen koordinierend und unterstützend für den Freiwilligensektor engagieren.
5. Die Finanzierung der Anlaufstellen für freiwilliges Engagement soll von den Trägern und der Kommune zumindest mittelfristig abgesichert werden. Hierbei können verschiedene Finanzierungsquellen einbezogen werden (Land,

Kommune, Wirtschaft, Krankenkassen, Rentenversicherungsträger, Sponsoren etc.).

6. Der politische Unterstützungswille der Kommune ist für die Wirkungsmöglichkeiten der Engagement unterstützenden Infrastruktur von besonderer Bedeutung. Er sollte insbesondere seinen Ausdruck finden
  - in der Bereitstellung verwaltungsinterner Ansprechpartner für bürgerschaftliches Engagement,
  - in der ressortbezogenen und -übergreifenden Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements,
  - in der Förderung des Leitbildes der bürgerorientierten Kommune und der Unterstützung des Gestaltungsinteresses und der Mitwirkungsbereitschaften der Bürger in verschiedenen Lebensbereichen in der Kommune durch die Verwaltung,
  - in der engen Zusammenarbeit der Verwaltung mit den Anlaufstellen für freiwilliges Engagement,
  - in der Einbindung und Beteiligung aller Freiwilligenorganisationen zum Beispiel durch Foren bzw. Beiräte für bürgerschaftliches Engagement.

## **6.2 Wettbewerbsdurchführung, Beteiligung der Kommunen und Preisauszeichnung**

Der Bundeswettbewerb wurde vom Institut für sozialwissenschaftliche Analysen und Beratung im Auftrag des BMFSFJ im Rahmen des Projektes „Förderung des freiwilligen Engagements und der Selbsthilfe in Kommunen“ durchgeführt.

### ***Ziele des Wettbewerbs***

Ziel des Wettbewerbs war die Ermittlung und Auszeichnung innovativer Beispiele für eine Engagement unterstützende Infrastruktur in Großstädten, Städten, Kreisen und Gemeinden. Die bundesweite Bekanntmachung dieser Beispiele soll Kommunen und anderen Trägern Anregungen für den Aufbau und die Vernetzung von Anlaufstellen für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe geben. Der Wettbewerb zeigt,

- wie durch Information und Beratung über Gelegenheiten zum freiwilligen Engagement die Zugangswege und die Voraussetzungen für das freiwillige Engagement der Bürger/innen verbessert werden können und



- wie die Kluft zwischen bisherigem Engagement und den am freiwilligen Engagement Interessierten durch bessere Engagementförderung verringert werden kann.

Die Transparenz gelungener Förderstrategien und -konzepte bietet die Gelegenheit, von einer bewährten Praxis der Engagementförderung zu lernen. Hierdurch können bei der Planung von Anlaufstellen für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe („Büros für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe“) Fehler vermieden werden. Das präsentierte Erfahrungswissen kann hilfreich sein, um bei der Projektierung solcher Vorhaben Zeit und Ressourcen einzusparen. Der Wettbewerb richtete sich an Kommunen, Wohlfahrtsverbände, Vereine und sonstige Organisationen, die Träger einer oder mehrerer Selbsthilfekontaktstellen, Freiwilligenagenturen/-zentren, Seniorenbüros bzw. Ehrenamtsbörsen sind.

### ***Kriterien für die Ermittlung der Preisträger***

Der Bundeswettbewerb zeichnete Konzeptionen der Engagement unterstützenden Infrastruktur in Kommunen aus, die mit ihrem Profil und ihren Leistungen darauf abzielen, alle Altersgruppen in allen Engagementbereichen über Gelegenheiten zum freiwilligen Engagement und zur Selbsthilfe zu informieren, zu beraten und zu unterstützen. Alle Bürger/innen in der Kommune sollen über Gelegenheiten zum freiwilligen Engagement und zur Selbsthilfe informiert und beraten werden. Die Information und Beratung soll themenübergreifend auf möglichst alle Engagementbereiche (Sport, Schule, Freizeit, Kirche/Religion, Soziales, Gesundheit, Kultur, Politik und Interessenvertretung etc.) ausgerichtet sein. Bestehende Vereine, Selbsthilfegruppen, Initiativen und Projekte sollen ebenso beraten werden, wie in Gründung befindliche Gruppen und Vereine. Weitere Kriterien waren hauptamtliches Personal in den Anlaufstellen, die Gewährleistung einer mittelfristigen finanziellen Absicherung sowie die kommunale Einbindung.

<b><i>Beteiligung am Bundeswettbewerb</i></b>			
<b>Bewerber nach Gemeindegrößenklassen</b>	<b>Bewerbungen</b>	<b>Nicht prämierte Bewerber</b>	<b>Preisträger</b>
Kommunen mit mehr als 400.000 Einwohnern	6	5	1
Kommunen mit 100.000 - 400.000 Einwohnern	16	14	2
Kommunen unter 100.000 Einwohnern	19	17	2
Kreise	9	7	2
<b>Insgesamt</b>	<b>50</b>	<b>43</b>	<b>7</b>

***Mitglieder der Jury des Bundeswettbewerbs***

**Prof. Dr. Helmut Klages**, Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften, Speyer, **Vorsitzender der Jury**

**Christa-Maria Blankenburg**, Vorsitzende des PARITÄTISCHEN Wohlfahrtsverbandes Berlin, Stv. Vorsitzende des Paritätischen Gesamtverbandes

**Kerstin Freudiger**, Referentin für das Aufgabengebiet Zivilgesellschaft, Niedersächsisches Justizministerium

**Ursus Fuhrmann**, Hauptreferent des Deutschen Städtetages

**Dr. Thomas Leif**, Chefreporter Fernsehen, Südwestrundfunk Mainz

**MinR Dr. Wolfgang Linckelmann**, Leiter der Gruppe 6, Wohlfahrtspflege, Bürgerschaftliches Engagement, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

**Uwe Lübking**, Beigeordneter, Deutscher Städte- und Gemeindebund

**Christel Riemann-Hanewinkel**, MdB, Vorsitzende des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

**Gunhild Weihe von der Groeben**, Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz

***Ausgezeichnete Kommunen in vier Gemeindegrößenklassen***

Die Diskussion der umfangreichen, mehr als 6.000 Seiten umfassenden Bewerbungsunterlagen aus 50 Kommunen, in denen besondere Anstrengungen zum Ausbau und zur Absicherung einer Engagement unterstützenden Infrastruktur unternommen werden, stellte die Jury vor eine große Herausforderung.

Da die Rahmenbedingungen zwischen Großstädten, Mittelstädten und Landkreisen für die Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements sehr unterschiedlich sind, beschloss die Jury beispielhafte Konzeptionen und Strategien für vier Gemeindegrößenklassen auszuzeichnen, um eine große Breitenwirkung für Städte, Kreise und Gemeinden und die Intensivierung des interkommunalen Erfahrungsaustausches zu erreichen.

Folgende Kommunen wurden mit Preisen des BMFSFJ (jeweils 5.000 DM) ausgezeichnet:

- Für Kommunen mit mehr als 400.000 Einwohnern: **München,**
- für Kommunen mit 100.000 - 400.000 Einwohnern: **Halle, Heidelberg,**
- für Kommunen unter 100.000 Einwohnern: **Ahlen, Parchim,**
- für die Kreise: **Kreis Wesel,  
Rhein-Sieg-Kreis.**

Die Auszeichnung der Preisträger des Bundeswettbewerbs erfolgte in prominentem Rahmen am 3.10.2001, dem Tag der Deutschen Einheit, in Mainz im Gemeinschaftszelt der Bundesländer „Treffpunkt freiwilliges Engagement“. Alle sieben Preisträger präsentierten sich zugleich an einem Stand im Gemeinschaftszelt der Bundesländer „Treffpunkt freiwilliges Engagement“.<sup>1</sup>

Die Würdigung und Auszeichnung der Preisträger des Bundeswettbewerbs wurde von Dr. Christine Bergmann und von Mitgliedern der Jury vorgenommen. Gewürdigt werden mit der Auszeichnung die großen Verdienste der Kommunen um das Ehrenamt. So haben die Preisträger beispielsweise gemeinsam mit der Wirtschaft Netzwerke zum Ehrenamt ins Leben gerufen, besondere Anlaufstellen für freiwilliges Engagement und für die Selbsthilfe geschaffen und Informationsstellen für bürgerschaftliches Engagement eingerichtet. Bundesministerin Bergmann dankte den Aktiven in den Kommunen dafür, dass sie Bürgersinn voranbringen und damit die Strukturen der Zivilgesellschaft stützen: „Das vielfältige freiwillige Engagement in Deutschland hat seine Wurzeln in den Kommunen. 22 Millionen Menschen sind in Deutschland für unser Gemeinwesen freiwillig aktiv. Ohne sie wären Sportvereine und Bürgerinitiativen, soziale Einrichtungen und Nachbarschaftshilfen und viele andere lokale Initiativen kaum denkbar. Die Freiwilligen brauchen aber unsere Unterstützung in ihrem Engagement durch öffentliche Anerkennung und durch eine passende Infrastruktur. Die Kommunen, die wir heute mit dem Bundespreis auszeichnen, haben sich darum in besonderem Maße verdient gemacht. Sie werben für das Ehrenamt in allen Altersgruppen und sozialen Bereichen und stellen die Weichen dafür, dass die nötige Infrastruktur mittelfristig auch finanziell gesichert ist.“ (Pressemitteilung des BMFSFJ, Nr. 319, Veröffentlicht am 3. Oktober 2001)

---

<sup>1</sup> vgl. Bischoff, Stefan/ Braun, Joachim/ Wahlen, Gabriele, 2001

<b>Ablauf der Preisverleihung zum Bundeswettbewerb auf der zentralen Bühne im „Treffpunkt freiwilliges Engagement“ in Mainz am 3.10.01</b>	
1. <b>Moderatorenansage:</b> Dr. Thomas Leif Bundesministerin Dr. Christine Bergmann: Einführung zum Bundeswettbewerb „Engagement unterstützende Infrastruktur in Kommunen“	
2. <b>Laudatio zur Preisverleihung an München:</b> Bundesministerin Dr. Christine Bergmann Preisverleihung an München: Ida Hochstätter, Stadträtin im Münchener Stadtrat; Jutta Oxen, Leiterin des Forums bürgerschaftliches Engagement Moderator: Fragen an den Preisträger	
3. <b>Laudatio zur Preisverleihung an Halle:</b> Ursus Fuhrmann, Hauptreferent des Deutschen Städtetages, Mitglied der Jury Preisverleihung an Halle: Oberbürgermeisterin Ingrid Häußler; Olaf Ebert, Leiter der Freiwilligenagentur Halle <b>Laudatio zur Preisverleihung an Heidelberg:</b> Ursus Fuhrmann, Hauptreferent des Deutschen Städtetages, Mitglied der Jury Preisverleihung an Heidelberg: Dr. Jürgen Beß, Bürgermeister; Ralf Baumgarth, Bezirksgeschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Moderator: Fragen an die Preisträger	
4. <b>Laudatio zur Preisverleihung an Parchim:</b> Uwe Lübking, Beigeordneter, Deutscher Städte- und Gemeindebund, Mitglied der Jury Preisübergabe an Parchim: Bürgermeister Bernd Rolly; Birgit Naxer, Leiterin des ZiP-Büros <b>Laudatio zur Preisverleihung an Ahlen:</b> Uwe Lübking, Beigeordneter, Deutscher Städte- und Gemeindebund, Mitglied der Jury Preisverleihung an Ahlen: Bürgermeisterin Frau Werner; Irene Dause, Leiterin der Freiwilligenagentur Ahlen Moderator: Fragen an die Preisträger	
5. <b>Laudatio zur Preisverleihung an den Kreis Wesel:</b> Christel Riemann-Hanewinkel, MdB, Vorsitzende des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Mitglied der Jury Preisübergabe an Kreis Wesel: Peter Guttzeit, Fachbereichsleiter <b>Laudatio zur Preisverleihung an den Rhein-Sieg-Kreis:</b> Christel Riemann-Hanewinkel, MdB, Vorsitzende des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Mitglied der Jury Preisübergabe an Kreis Siegburg: Konrad Seigfried, Beigeordneter, Dezernent für Jugend, Soziales, Schule, Sport und Kultur, Sankt Augustin; Bernhard Wachter, Geschäftsführer Caritas; Jürgen Schweizer, Geschäftsführer Diakonisches Werk Moderator: Fragen an die Preisträger <b>Konsequenzen aus dem Bundeswettbewerb:</b> Christel Riemann-Hanewinkel, MdB, Vorsitzende des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Mitglied der Jury	

***Nicht prämierte Kommunen***

Auch unter den nicht ausgezeichneten Bewerbern finden sich zukunftsweisende Konzeptionen und Organisationslösungen für den Ausbau und die Weiterentwicklung Engagement unterstützender Infrastrukturen in Städten und Kreisen. Kommunale Entscheidungsträger und für die Engagementförderung Verantwortliche, die sich einen Überblick über aktuelle Erfahrungen und Wege der Information und Beratung der Bürger/innen über Gelegenheiten zum freiwilligen Engagement und zu den Möglichkeiten der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements durch die kommunale Verwaltung und Politik verschaffen wollen, können auf der ISAB-Homepage [www.isab-institut.de](http://www.isab-institut.de) die Kurzfassungen der Bewerbungen einsehen.

**6.3 Sieben Preisträger des Bundeswettbewerbs**

Die **Landeshauptstadt München und das Forum für bürgerschaftliches Engagement** erhalten den Preis des Bundeswettbewerbs als Beispiel für Kommunen mit mehr als 400.000 Einwohnern. Hiermit werden die besonderen Erfolge gewürdigt, bei der:

- Einrichtung der übergreifenden Kontakt- und Vermittlungsstelle „Infozentrum engagiert Leben“ in der Münchner Stadtinformation, die in Kooperation mit der Vermittlungsagentur „Tatendrang“, dem Münchner Selbsthilfezentrum, dem Treffpunkt Ehrenamt der inneren Mission, der „Freiwilligenzentrale Freimann“ der Caritas das freiwillige Engagement in München unterstützt
- Etablierung der ressortübergreifenden Arbeitsgruppe „Bürgerschaftliches Engagement“ unter Federführung des Direktoriums, in der alle elf städtischen Referate vertreten sind

Die **Freiwilligen Agentur Halle-Saalkreis e.V. und die Stadt Halle** erhalten den Preis des Bundeswettbewerbs als Beispiel für Städte mit 100.000 - 400.000 Einwohnern. Hiermit werden die besonderen Erfolge gewürdigt, bei:

- dem Ausbau der themen- und verbandsübergreifenden Informations- und Beratungsstelle für freiwilliges Engagement,
- dem Beirat für freiwilliges Engagement mit Repräsentanten der Stadt Halle, der Universität, der Kirchen, der Wohlfahrtsverbände sowie der Realisierung des kommunalen Gremiums „Runder Tisch Ehrenamt“.

Die **Stadt Heidelberg und der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband, Bezirksstelle Heidelberg**, erhalten den Preis des Bundeswettbewerbs als Beispiel für Städte mit 100.000 - 400.000 Einwohnern. Hiermit werden die besonderen Erfolge gewürdigt, bei:

- dem Aufbau der infrastrukturellen Unterstützungsstruktur des Heidelberger Selbsthilfe- und ProjekteBüros und der Freiwilligen Börse Heidelberg unter einem Dach,
- der Einrichtung der Clearingstelle für bürgerschaftliches Engagement im Referat der Oberbürgermeisterin,
- der Steuerungsgruppe Bürgerschaftliches Engagement aus Vertretern der Bürgerschaft, Fachkräften, Verwaltung, Politik und Wirtschaft.

Das **Bürgerkomitee Südstadt e.V. als Träger von ZiP und die Stadt Parchim** erhalten den Preis des Bundeswettbewerbs als Beispiel für Städte mit weniger als 100.000 Einwohnern. Hiermit werden die besonderen Erfolge gewürdigt,

- der Kontakt- und Informationsstelle für freiwilliges Engagement „ZiP“ (Zusammen in Parchim),
- des Initiativkreis Runder Tisch,
- der Kooperation mit Kommunen und Wirtschaft zur Würdigung des freiwilligen Engagement („ZiP-Card“).

Die **Stadt Ahlen** erhält den Preis des Bundeswettbewerbs als Beispiel für Städte mit weniger als 100.000 Einwohnern. Hiermit werden die besonderen Erfolge gewürdigt, bei dem Aufbau des themen- und bereichsübergreifenden Netzwerkes zur Unterstützung des freiwilligen Engagements und der Selbsthilfeaktivitäten:

- die Freiwilligenagentur Ahlen, die Selbsthilfekontaktstelle, das Projekt „Lern-Net Jung und Alt“,
- der koordinierenden Unterstützung und Zusammenarbeit des Vereins „Alter und Soziales e.V.“ mit der kommunalen Leitstelle und der KAA Sozial- und Projektmanagement (Ahleener System).

Die **Trägersgesellschaft der Freiwilligenzentren im Rhein-Sieg Kreis und der Rhein-Sieg Kreis** erhalten den Preis des Bundeswettbewerbs als Beispiel für Landkreise. Hiermit werden die besonderen Erfolge gewürdigt, bei:

- dem Aufbau der Freiwilligenzentralen in Siegburg und Meckenheim mit ihrem innovativem Konzept zur Koordination dezentraler Anlaufstellen und dem Aufbau einer flächendeckenden Infrastruktur zur Förderung des freiwilligen Engagement im Kreisgebiet,
- der Initiierung der Arbeitsgemeinschaft „Bürgerschaftliches Engagement“ im Kreisgebiet.

Der **Kreis Wesel und die Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der Freiwilligenzentralen im Kreis Wesel** erhalten den Preis des Bundeswettbewerbs als Beispiel für Landkreise. Hiermit werden die besonderen Erfolge gewürdigt, bei:

- der dauerhaften Umsetzung der Modellidee „Freiwilligenzentralen im Kreis Wesel“. Die von dem Trägerbündnis getragenen Freiwilligenzentralen in Dinslaken und Moers richten sich an alle Alters- und Bevölkerungsgruppen und beziehen alle Engagementbereiche ein,
- der Federführung und verantwortlichen Geschäftsführung durch den Kreis für die Angelegenheiten der Arbeitsgemeinschaft.

## **6.4 Konzeptionen und Profile der sieben Preisträger**

Die ausführlichen Fassungen der Wettbewerbsanträge aller am Wettbewerb beteiligten Kommunen sind auf der ISAB-Homepage unter [www.isab-institut.de](http://www.isab-institut.de) abrufbar. Die Wettbewerbsanträge sind nach sieben 7 Leitfragen gegliedert:

### ***Frage 1: Konzeption, Aufgabenprofil, Ziele***

Beschreibung der Anlaufstelle für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe bzw. des Verbundes mehrerer solcher Einrichtungen (Konzeption), ihres Aufgabenprofils und ihrer Ziele sowie Angaben zur bisherigen Entwicklung.

### ***Frage 2: Engagementbereiche, Organisationsformen und Zielgruppen***

Erläuterung der Engagementbereiche, der Organisationsformen des freiwilligen Engagements sowie der Zielgruppen, die angesprochen, beraten und informiert werden.

### ***Frage 3: Instrumente der Öffentlichkeitsarbeit***

Beschreibung der Instrumente der Öffentlichkeitsarbeit, die zur Information der Bürger/innen eingesetzt werden.

***Frage 4: Erfahrungen bei der Entwicklung und Schwierigkeiten***

Beschreibung der Erfahrungen, welche Akteure bei der Entwicklung unterstützend mitgewirkt haben und welche Schwierigkeiten zu überwinden waren.

***Frage 5: Beteiligung, Vernetzung, partnerschaftliche Zusammenarbeit***

Beschreibung der Formen der Beteiligung, der Vernetzung und der partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit lokalen und regionalen Akteuren.

***Frage 6: Kommunale Einbindung***

Beschreibung der Einbindung in die Kommune sowie der Zusammenarbeit mit Verwaltung, Politik, Verbänden und Wirtschaft.

***Frage 7: Mitarbeiter, Kosten, Finanzierung***

Angaben zur Zahl der Mitarbeiter, Kosten und Finanzierung der Einrichtung bzw. des Verbundes mehrerer solcher Einrichtungen.

## **6.4.1 München**

Bewerber: Landeshauptstadt München

Ansprechpartnerin: Theresia Danco, Direktorium Controlling/Steuerungsunterstützung, D-C/S, Marienplatz 8, 80331 München

***Frage 1: Konzeption, Aufgabenprofil, Ziele***

Im Auftrag der Stadt München wurde von dem Sozialwissenschaftlichen Institut München die „Münchner Bürgerbefragung 2000“ bei 1597 Münchner/innen durchgeführt. Ein Ergebnis war, dass 38,1 % bereit wären, eine freiwillige Tätigkeit zu übernehmen, unter der Voraussetzung, dass es eine für sie interessante Tätigkeit ist. Da in München über 1,3 Mio. Menschen leben, wäre danach über eine viertel Million Münchner/innen für eine freiwillige Tätigkeit zu aktivieren. Um die Lebensqualitäten aufrecht erhalten zu können, muss ein intensiver Dialog in der Stadtgesellschaft geführt werden. Dabei geht es um Fragen, wie der zunehmenden Ausdifferenzierung der Lebensstile unterschiedlicher Gruppen (Jung, Alt, verschiedene Kulturen) und der anwachsenden ökonomischen Spaltung in der Gesellschaft begegnet werden kann. Die Auseinandersetzung mit diesen Fragen passiert auf den unterschiedlichsten Ebenen, an den unterschiedlichsten Orten: in politischen Parteien, in Schulen und Bildungseinrichtungen genauso wie in kulturellen Vereinen, Selbsthilfegruppen und in Initiativen, bei Veranstaltungen zu Stadtentwicklung genauso wie auf Stadtteilstesten. Dieses gesell-



schaftliche Leben aktiv mitzugestalten, sich für andere und mit anderen gemeinsam zu engagieren und dabei seine eigenen Fähigkeiten einzubringen, sind wichtige Gestaltungselemente für bürgerschaftliches Engagement in München.

München hat bereits vor zwei Jahrzehnten erkannt, dass freiwilliges Engagement und Selbsthilfe der finanziellen Unterstützung bedarf. So kann München auf eine über 20jährige Tradition der Förderung sogenannter intermediärer Organisationen wie der Freiwilligenagentur „Tatendrang“ und des Münchner Selbsthilfezentrums zurückblicken. Die Freiwilligenagentur „Tatendrang“ wurde 1980 mit der finanziellen Unterstützung des Sozialreferates der Stadt München gegründet. Das Münchner Selbsthilfezentrum folgte im Jahr 1985.

Besonders im Sozialbereich ist die Palette an freiwilligem Engagement groß. Zunehmend mehr Münchner/innen knüpfen nachbarschaftliche Netzwerke und schließen dabei wichtige „Wahlverwandtschaften“, u. a. auch in initiieren Selbsthilfegruppen. In solchen Netzwerken unterstützen sich die Menschen gegenseitig, sei es in Krankheitsfällen oder bei der Kinderbetreuung, bei der Versorgung älterer Menschen oder um ausländischen Mitbürger/innen das Leben in der Ferne zu erleichtern. Ehrenamtliches Engagement in Kindergarten, Schule und in Kirchengemeinden hat natürlich auch in München eine lange Tradition.

Die Vielfalt des Kulturangebotes in München wäre ohne die Mitgestaltung Freiwilliger undenkbar: Sei es bei kulturellen Stadtteilveranstaltungen, bei Führungen durch die Stadt und ihre Geschichte, bei Literaturveranstaltungen, bei Festen mit und von den ausländischen Bewohner/innen wie auch in der Schwulen- und Lebenszene, oder in der Frauenkultur. Ebenso können Bürger/innen sich ins Planungsgeschehen der Stadt einmischen und engagiert für eine lebenswerte Zukunft eintreten. An einem zentral gelegenen Ort in München gibt es seit Jahren den „PlanTreff“. Hier können sich die Bürger/innen nicht nur über städtebauliche Planungen informieren, sondern durch Aktionen wird dort ihr Interesse und Verständnis für die Zukunft ihrer Stadt geweckt und gefördert.

Die Referate der Stadtverwaltung Münchens unterstützen nicht nur finanziell, sondern auch mit Fachtagungen und Veranstaltungen alle Bereiche Bürgerschaftlichen Engagements. Es wurden neue, zukunftsweisende Projekte initiiert wie beispielsweise das Weiterbildungsprogramm „switch – die andere Seite“. Es ermöglicht Führungskräften aus der Wirtschaft, für eine Woche die Seite zu wechseln und in einer sozialen Einrichtung Erfahrungen zu sammeln. Auch wur-

den neue Stiftungen im Bereich „Bürgerschaftliches Engagement“ errichtet: Die Stiftung BEST im Sozialbereich und die „Bürgerstiftung Zukunftsfähiges München“; die aus dem lokalen Agenda-21-Prozess in München hervor gegangen ist. Das Beziehungsgeflecht von Organisationen, Vereinen und Verbänden untereinander, wie auch deren Beziehungen mit den verschiedensten Ebenen der Stadtverwaltung, bzw. der städtischen Referate ist komplexer geworden. Dies hat zur Folge, dass es für die Bürger/innen zunehmend schwieriger ist, sich Informationen über freiwilliges Engagement zu besorgen. Diese etwas undurchschaubare Struktur „Bürgerschaftliches Engagement“ ist in ihrer Wirkung auf die Bürger/innen oft eher verwirrend als animierend.

Aufklärung bieten die vier Kontakt- und Vermittlungsstellen. Die Vermittlungsgentur „Tatendrang“ und das Münchner Selbsthilfezentrum werden von dem „Treffpunkt Ehrenamt“ der Inneren Mission und dem „Freiwilligenzentrum Freimann“ der Caritas ergänzt. Darüber hinaus ist das Projektbüro FÖBE (Verbund zur Förderung von Bürgerschaftlichem Engagement) eine wesentliche Anlaufstelle für soziale Institutionen, Behörden und Medien, um über das Netz von Handlungsfeldern und Akteuren bürgerschaftlichen Engagements in München zu informieren.

Es wird deutlich, auf welchen Ebenen bürgerschaftliches Engagement in München praktiziert und konzeptionell weiterentwickelt wird. Sowohl die städtischen Referate als auch die verschiedenen Verbände, Vereine und Initiativen kommunizieren untereinander bzw. in ihrem Verhältnis zueinander das Thema „Bürgerschaftliches Engagement“ sehr unterschiedlich. Die Intensität der Beziehungen reichen von informellen Besprechungen über Finanzierungs- und Zielverhandlungen sowie strukturierten Arbeitskreisen bis zu Zusammenschlüssen mit eigener Geschäftsordnung. Speziell aus dem Bereich der Sozialpolitik kam in den letzten Jahren die Forderung nach einem Perspektivenwechsel von der konsumtiven zur aktiven Bürgergesellschaft, die an den Ressourcen der Bürger/innen ansetzt und sie damit in den Mittelpunkt der Beachtung rückt. Dem Staat bzw. der Kommune obliegt dabei die Aufgabe, förderliche Rahmenbedingungen zu schaffen. Hierzu bedurfte es gerade auf der Ebene der Politik und Verwaltung gezielter Veränderungen. Die städtischen Referate und deren unterschiedliche Herangehensweise, Ausrichtung und Intensität bei der Beschäftigung mit dem Thema „Bürgerschaftliches Engagement“ machten eine stadtinterne Koordinierung notwendig. So wurde im Auftrag des Oberbürgermeisters der LH München im Juli 1999 die referatsübergreifende Arbeitsgruppe „Bürgerschaftliches Engagement“

unter Federführung des Direktoriums errichtet. In dieser Arbeitsgruppe sind alle elf städtischen Referate der Stadt München (vergleichbar den Dezernaten nord-deutscher Städte) vertreten.

Um sich der institutionellen Ebene (Vermittlungsstellen, Erwachsenenbildungsträger, Verbände, Vereine und Initiativen) außerhalb der Stadtverwaltung zu öffnen, wurde die Projektleiterin des Verbundes zur Förderung von bürgerschaftlichem Engagement, FöBE zur Teilnahme eingeladen. Sie ist die Schnittstelle zum „Forum Bürgerschaftliches Engagement München“. Das „Forum Bürgerschaftliches Engagement“ hat sich zum wesentlichen Kooperationspartner der Stadtverwaltung entwickelt. Das findet u. a. seinen Ausdruck darin, dass Vertreterinnen des Direktoriums und des Sozialreferates ihrerseits an den Plenumsitzungen des Forums teilnehmen.

Eines der Ergebnisse der Arbeitsgruppe „Bürgerschaftliches Engagement“ ist der eigene Internetauftritt auf der Homepage der Landeshauptstadt München seit Juli 2000. Bürger/innen finden hier Angebote zum Mit-Machen, zur Fortbildung und allgemeine Informationen zum Thema „Bürgerschaftliches Engagement“. Es haben dort alle städtischen Referate Gelegenheit zur Darstellung ihrer Aktivitäten im Bereich „Bürgerschaftlichen Engagements“. Außerdem stellen sich die vier Vermittlungsstellen, die Münchner Volkshochschule und zwei konfessionelle Erwachsenenbildungsträger vor. An externe Organisationen, die sich mit dem Thema beschäftigen, kann „verlinkt“ werden. Auf dieser Basis erschien Anfang 2001 das Handbuch „Bürgerschaftliches Engagement – Freiwilligenarbeit, Ehrenamt, Initiativen, Selbsthilfe“, das sich in erster Linie an Bürger/innen wendet und Anreize zum eigenen Engagement gibt. Zum Internationalen Jahr der Freiwilligen 2001 wurde außerdem die Internet-Darstellung **[www.muenchen.de/engagiert-leben](http://www.muenchen.de/engagiert-leben)** durch einen Veranstaltungskalender (auch als Printmedium) und den Hinweis auf spezielle Informationstage im „Info-Zentrum engagiert leben“ im Münchner Rathaus erweitert.

Bürgerschaftliches Engagement, Freiwilligenarbeit und Selbsthilfe, insbesondere aber das traditionelle Ehrenamt haben ihre Wurzeln im Sozialbereich. Die beiden konfessionellen Wohlfahrtsverbände, Caritas und Diakonie können auf eine Jahrhunderte alte Tradition des Ehrenamtes zurückblicken. Der Organisationsgrad in diesem Bereich ist weitaus höher als beispielsweise in „jüngeren“ Engagementbereichen wie im Umweltschutzbereich. Der höhere Organisationsgrad macht zumeist auch höhere finanzielle Aufwendungen notwendig. Kleinere Ver-

bände und Initiativen, die oft ohne nennenswerte finanzielle Förderung durch Kommune, Land oder Staat auskommen (müssen), machen durch ihr großes, kreatives Potenzial auf sich aufmerksam. Kleine, überschaubare Organisationen und Initiativen mit Sympathieträgern an ihrer Spitze sind meist bürgernah und damit bürgerfreundlich. Ein weiterer Grund, der vereinzelt zu Spannungen zwischen Großorganisationen und kleineren Initiativen führt, dürfte das Ungleichgewicht der Vergabe von städtischen Fördermitteln sein: In den Sozialbereich fließt mit 51,1 % der höchste Anteil der Fördermittel für freiwilliges Engagement der Landeshauptstadt München, in den Bereich des Gesundheits- und Umweltschutzes mit 2,1 % der geringste Anteil. Die eingangs erwähnte Bürgerbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts München hat festgestellt: Das Engagement in den Kirchengemeinden ist mit 31,3 % am größten und in den lokalen Agenda-Aktivitäten mit 0,9 % am niedrigsten.

Folgende Handlungsbedarfe hat die Arbeitsgruppe „Bürgerschaftliches Engagement“ aus den genannten Spannungsfeldern entwickelt:

- Förderung weniger bekannter Engagementbereiche (Bsp. lokale Agenda-Aktivitäten) durch verstärkte Öffentlichkeitsarbeit
- Förderung des Erfahrungsaustausches der unterschiedlichen Engagementbereiche
- Stärkere Einbindung kleiner Organisationen und Initiativen in die Arbeit der Arbeitsgruppe „Bürgerschaftliches Engagement“
- Förderung der Zielgruppen: Jugendliche und junge Erwachsene sowie Alleinlebende im München
- Organisation einer **zentralen Kontakt- und Vermittlungsstelle** unter Beteiligung der bestehenden Münchner Vermittlungs- und Kontaktstellen sowie der Vereine, Organisationen und Initiativen zum Bürgerschaftlichen Engagement in München.

Der Wettbewerb zum Internationalen Jahr der Freiwilligen 2001 gibt sowohl der Stadt München, als auch den beteiligten Organisationen Gelegenheit, diese zentrale Kontakt- und Vermittlungsstelle vorzustellen. Sie ist im Jahr der Freiwilligen entstanden und stellt das „missing link“ zwischen den bestehenden Vermittlungsstellen, allen Organisationen, die im Feld „Bürgerschaftlichen Engagements“ aktiv sind und den Bürger/innen Münchens dar: Das „Info-Zentrum engagiert leben“ ist eingebettet in das Münchner Netz der Verbände, Organisationen, Initiativen und Vereine. Es steht nicht isoliert als zusätzlicher Solitär da, sondern ergänzt das Münchner Netz zu einem sinnvollen Ganzen. Insofern wird

die Wettbewerbsausschreibung für die Besonderheiten einer Millionenstadt übersetzt und das neue entstandene „Info-Zentrum engagiert leben“ als wesentlicher Knotenpunkt unter den bestehenden Institutionen vorgestellt. Im Rahmen des Wettbewerbs stellen sich deshalb auch weitere wesentliche Akteure bürgerschaftlichen Engagements in München vor.

Die München-Information im Rathaus am Marienplatz ist die zentrale Anlaufstelle für Münchner/innen, für Besucher und Touristen. Sie ist eben-erdig in der Ladenpassage des Münchner Rathauses untergebracht, 250 qm groß und direkt an der U-Bahnstation Marienplatz gelegen. Somit ist sie auch für Mütter und Väter mit Kinderwagen oder Menschen im Rollstuhl problemlos zu erreichen. Die München-Information ist jeden Tag von Montag bis Freitag von 10.00 bis 20.00 Uhr und Samstag von 10.00 bis 16.00 Uhr geöffnet. Täglich kommen ca. 5000 bis 6000 Menschen in die München-Information und die angeschlossene Touristen-Information des Münchner Fremdenverkehrsamtes. Die Besucher erhalten Auskunft und Information, was in München los ist. Sie können Stadtrundfahrten buchen, das „München-Ticket“ oder Konzert- und Theaterkarten kaufen. Das sachkundiges Personal beantwortet täglich die unterschiedlichsten Fragen und hilft mit entsprechenden Informationen weiter. Für die zahlreichen Straßenkünstler und Straßenmusikanten ist die München-Information beispielsweise erste Anlaufstelle. Dort erhalten sie ihre Auftrittsgenehmigung. Es liegen Broschüren und Informationsmaterial aus allen nur denkbaren Bereichen aus: Das Spektrum umfasst Kultur und Gesundheit, Umwelt, Kinder, Jugend, Bildung, Sport, Rechtsratgeber u.v.m. Flyer aus der Münchner Schwulen- und Lesbenszene liegen neben dem Münchner Mietspiegel und einem Veranstaltungskalender der kirchlichen Erwachsenenbildungsstätten; das Handbuch für Frauen neben dem Leitfaden „Was tun, wenn mir meine Schulden über den Kopf wachsen?“. Insgesamt werden in der München-Information jährlich ca. 6,5 Millionen Broschüren, Handbücher und Flyer „umgeschlagen“. Kurzum: Die München-Information ist **die** „Info-Börse“ Münchens.

Und genau an diesem prominenten und zentralen Ort eröffnete der Oberbürgermeister der Stadt München, Christian Ude, am 24. April 2001 das „Info-Zentrum engagiert leben“. Dort lädt ein runder Tisch mit Stühlen zum Gespräch mit den Berater/innen ein. In einer Ecke steht ein Computer mit Internet-Anschluss zum zwanglosen Surfen. In Regalen liegt umfangreiches Broschüren- und Informationsmaterial zu allen erdenklichen Bereichen des Bürgerschaftlichen Engagements, sowie zum Internationalen der Freiwilligen 2001 bereit. Es informieren

und beraten seit April Mitarbeiter/innen aus mehr als 30 unterschiedlichen Organisationen abwechselnd jeden Dienstag von 10.00 Uhr bis 20.00 Uhr Interessierte darüber, wo sie ihre persönlichen Neigungen im freiwilligen Engagements am besten entfalten können.

Das Ziel des „Info-Zentrums engagiert leben“ hat der Oberbürgermeister der Stadt München in seiner Eröffnungsrede so formuliert: „Wir wünschen uns eine dauerhafte Wirkung vom Internationalen Jahr der Freiwilligen 2001, mehr als nur ein Schulterklopfen für die vielen Ehrenamtlichen. Wir wollen die ehrenamtliche Arbeit wirklich unterstützen und helfen, mehr engagierte Mitwirkende zu finden, damit sich die Arbeit auf mehr Schultern verteilt. Ehrenamtliche Arbeit macht Spaß und verschafft auch Befriedigung. Sie hilft, die Einsamkeit zu überwinden und verschafft einen breiteren Horizont“. Da die Berater/innen aus den verschiedensten Bereichen freiwilligen Engagements kommen, können sie über die gesamte Angebotspalette Auskunft geben. Die Bandbreite reicht vom Allgemeinen Deutschen Fahrradclub über die Innere Mission und den Verein zur Pflege der bayerischen Volksmusik bis hin zum Bund Naturschutz. „Wer sich da dann noch langweilt oder einsam fühlt, ist wirklich selber schuld“, sagte der Oberbürgermeister bei der Eröffnung.

### ***Frage 2: Engagementbereiche, Organisationsformen, Zielgruppen***

Im „Info-Zentrum engagiert leben“ wird über nahezu alle in München vorhandenen Engagementbereiche wöchentlich im Wechsel informiert. Welcher Themenschwerpunkt jeweils dienstags präsentiert wird, wird in der Tagespresse und im Internet unter [www.muenchen.de/engagiert-leben](http://www.muenchen.de/engagiert-leben) bekanntgegeben. Dort beraten Repräsentantinnen und Repräsentanten aus derzeit über 30 Münchner Organisationen. Sie arbeiten sowohl für als auch mit freiwillig Engagierten. Organisationen, die folgenden Kriterien entsprechen, können sich nicht im „Info-Zentrum engagiert leben“ präsentieren: Gruppierungen, die weder für noch mit freiwillig Engagierten „arbeiten“; radikale, insbesondere Gewalt verherrlichende Gruppierungen und politische Parteien.

Das „Info-Zentrum engagiert leben“ richtet sich an alle interessierten Münchner/innen. Besondere Aufmerksamkeit wird dabei auf folgende Zielgruppen gelegt: Jugendliche und junge Erwachsene sowie Alleinlebende. Beide Zielgruppen sollen verstärkt für freiwilliges Engagement gewonnen werden. Immerhin leben in München 158.755 Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 14 und 26 Jahren. Außerdem ist München bekannt als diejenige Großstadt mit dem größten

Anteil an Singlehaushalten. In 53,1 % aller Münchner Haushalte wohnen Menschen alleine. Familien mit Kindern leben eher in den Randbezirken Münchens. Zwar verfügen gerade alleinlebende Bewohner großer Städte im Durchschnitt über vielfältige Kontakte zu Freunden und Arbeitskollegen, aber um sie für freiwilliges Engagement zu begeistern, bedarf es einer etwas anderen, auch intensiveren Aufforderung, als beispielsweise bei Müttern oder Vätern. Diese sind oftmals durch den Kindergarten- oder Schulbesuch ihrer Kinder in eine freiwillige Tätigkeit eingebunden. Dies bestätigt die genannte Bürgerbefragung: 20,6 % der Engagierten im München geben an, dass sie im Kindergarten- oder Schulbereich tätig sind. Da über jede Person, die beraten wird, ein eigener Evaluationsbogen geführt wird, können schon heute einige Tendenzen ausgemacht werden. Die Besucher/innen, die sich im persönlichen Gespräch beraten und informieren, sind überwiegend weiblich, überwiegend noch nicht freiwillig engagiert und jeden Alters (von 16 bis 85 Jahre).

### ***Frage 3: Instrumente der Öffentlichkeitsarbeit***

Auf das „Info-Zentrum engagiert leben“ wird jeden Montag/Dienstag in der Tagespresse (Süddeutsche Zeitung etc.) mit Hinweis auf die jeweils beratende Organisation hingewiesen. Diese aktuelle Information wird auch auf der erwähnten Internetseite [www.muenchen.de/engagiert-leben](http://www.muenchen.de/engagiert-leben) gegeben. Im Rahmen der Aktivitäten zum Internationalen Jahr der Freiwilligen 2001 wird ganzjährig eine Plakataktion auf Großflächen und in der Münchner U-Bahn durchgeführt. Auf allen Plakaten, Broschüren, Veröffentlichungen, Flyern, Postkarten usw. wird auf das „Info-Zentrum engagiert leben“ hingewiesen. Aber auch die jeweiligen Organisationen weisen in eigenen Veröffentlichungen und in Stadtteilzeitungen auf den Tag hin, an dem sie ihre Organisation im „Info-Zentrum engagiert leben“ präsentieren. Als effektivstes und günstiges Werbemittel hat sich eine 1 x 4 Meter große Tafel erwiesen, die ganzjährig über der München-Information am Rathaus am Marienplatz hängt. Nicht nur, dass die Touristen jeden Tag Punkt 11.00 Uhr und 17.00 Uhr beim berühmten Glockenspiel automatisch auf das „Info-Zentrum engagiert leben“ aufmerksam gemacht werden, sondern es ist auch der Münchner Bevölkerung ständig präsent. Viele Besucher/innen des Info-Zentrums geben an, dass sie aufgrund dieser Hinweistafel schnell mal hereingekommen sind, um sich über bürgerschaftliches Engagement zu informieren.

***Frage 4: Erfahrungen bei der Entwicklung und Schwierigkeiten***

Die Idee für das „Info-Zentrum engagiert leben“ wurde in der referatsübergreifenden Arbeitsgruppe „Bürgerschaftliches Engagement“ entwickelt. Konzeptuell wurde von der Gruppe die technische und inhaltliche Ausgestaltung des Info-Zentrums vorgegeben. Ihre Umsetzung fand die Idee durch die Beteiligung interessierter Organisationen und Initiativen in München. So wurden im Namen des Oberbürgermeisters der Landeshauptstadt München Mitte März 2001 insgesamt 55 Münchner Organisationen, Initiativen und Projekte, die sich mit bürgerschaftlichem Engagement beschäftigen, eingeladen, an einer halbtägigen Schulung zum Projekt „Info-Zentrum engagiert leben“ teilzunehmen. Besonders im Bereich „Bürgerschaftlichen Engagements“ ist immer wieder festzustellen, wie motivierend es für die Akteure ist, wenn sie von der Stadtspitze direkt angesprochen werden. Vor allem wenn auch kleinere Organisationen angesprochen werden, fühlen sie sich in ihrem Anliegen ernst genommen und sind gerne bereit mitzumachen. Die Schulungen wurden in einer angenehmen, heiteren Atmosphäre durchgeführt. Die Angst einzelner Teilnehmer/innen vor „schwierigen Bürgeranfragen“ und „brenzlichen“ Situationen konnte dadurch verringert werden, dass „ein alte Hase“ aus der München-Information über seine langjährige Erfahrung berichtete. Als eine Schwierigkeit stellte sich heraus, interessierte ehrenamtliche Gruppen aus allen Themenbereichen anzusprechen und für die Mitwirkung in dem „Info-Zentrum engagiert leben“ zu gewinnen. Bei der Vielzahl von Vereinen und Gruppen (allein 10.000 eingetragene Vereine in München) war es nicht möglich, flächendeckend auf diese Beteiligungsmöglichkeit aufmerksam zu machen und um Mitarbeit zu bitten. Auch sind längst nicht alle Gruppen einem Dachverband angeschlossen und über diesen zu erreichen. Folglich wurde für die Zusammenstellung der Teilnehmergruppen auf bestehende Arbeitskontakte aus den städtischen Referaten zurückgegriffen. Es kommen jedoch ständig neue Vereine und Initiativen hinzu, so dass der Informationstag bis weit ins Jahr 2002 gesichert ist.

***Frage 5: Beteiligung, Vernetzung, partnerschaftliche Zusammenarbeit***

Bis Juli 2001 haben weitere 9 Münchner Organisationen – vom Kinderschutzbund über die Münchner Tafel bis zu einer „Initiativgruppe interkultureller Begegnung und Bildung“ – ihr Interesse an der Gestaltung eines Tages im „Info-Zentrum engagiert leben“ bekundet und wurden zu einem Schulungstermin Ende Juli 2001 eingeladen. Damit erhöht sich die Zahl der geschulten Organisationen auf 39. Eine Rückkoppelung der Themen findet in den regelmäßigen Sitzungen der referatsübergreifenden Arbeitsgruppe „Bürgerschaftliches Engagement“ statt.



Sie tagt vierteljährlich. Im Rahmen der Aktivitäten zum Internationalen Jahr der Freiwilligen 2001 hat sich eine Begleitgruppe zur Werbekampagne der LH München gebildet, in der die weitere Programm- und Strategieplanung stattfindet. Es können aus organisatorischen Gründen zwar nicht alle Akteure daran teilnehmen. Viele werden jedoch über das Forum „Bürgerschaftliches Engagement“, den „Verbund zur Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements – FÖBE“, sowie der Koordination zum Internationalen Jahr der Freiwilligen 2001 beim Direktorium der LH München auf dem Laufenden gehalten. Der geregelte Informationsaustausch aller Beteiligten ist damit gesichert. Nach der Auswertung der Evaluationsbögen, der über jedes Beratungsgespräch im „Info-Zentrum engagiert leben“ geführt wird, ist ein gemeinsames Auswertungsgespräch mit allen beteiligten Organisationen Anfang des Jahres 2002 geplant. Außerdem werden die beteiligten Organisationen – je nach Themenschwerpunkt – zu den diversen Empfängen der Stadt München eingeladen: So findet jährlich neben dem Empfang für Ehrenamtliche auch ein eigener Sozialempfang statt, und im Rahmen des Internationalen Jahres der Freiwilligen 2001 werden am Anfang und am Ende des Jahres je ein großer Empfang durchgeführt.

### ***Frage 6: Einbindung in die Kommune***

Da die Idee in der referatsübergreifenden Arbeitsgruppe „Bürgerschaftliches Engagement“ entwickelt wurde, ist das „Info-Zentrum engagiert leben“ sozusagen auf kommunale Beine gestellt. Laufen gelernt hat es jedoch von den derzeit 39 beteiligten Organisationen und Initiativen in München, die sich für die Förderung von Freiwilligenarbeit einsetzen. Weitere interessierte Organisationen werden dazukommen. Das „Info-Zentrum engagiert leben“ ist somit eingebettet in die Kommune München und die Zusammenarbeit mit der Verwaltung geregelt. Es steht sowohl die Koordination zum Internationalen Jahr der Freiwilligen 2001 als auch die Ansprechpartnerin für Bürgerschaftliches Engagement beim Direktorium der LH München allen Akteuren in München zur Verfügung. Die Verbindung zur Politik wird sowohl von der Stadtverwaltung zum Münchner Stadtrat als auch von den einzelnen Organisationen mit ihren eigenen direkten Kontakten zu Münchner Stadträtinnen und Stadträten gehalten. Das Thema „Bürgerschaftliches Engagement“ wurde an höchster Stelle in der Münchner Stadtverwaltung angesiedelt, dem Direktorium der LH München. Dies hat sich bewährt, da dadurch ein schneller – ohne Überwindung großer Hierarchiestufen – Zugang zur Stadtspitze und zum Münchner Stadtrat gewährleistet ist. Im Gegenzug sind gerade kleinere Organisationen in die jeweiligen Stadtviertel Münchens eingebettet

und stellen dadurch ein wichtiges Verbindungsglied zu den politischen Gremien in den jeweiligen Münchner Stadtbezirken dar.

Mit der Münchner Wirtschaft besteht insofern eine Zusammenarbeit, dass das Münchner Sozialreferat mit der Firma Siemens seit einigen Jahren gemeinsam das Projekt „Switch – die andere Seite“ betreut. Bei diesem Projekt wird Führungskräften aus der Wirtschaft Gelegenheit gegeben, eine Woche freiwillig in einem vom Sozialreferat betreuten sozialen Projekt „die andere Seite“ kennenzulernen und mitzuarbeiten. Dass die beteiligten Verbände und Organisationen selbst über diverse Kontakte zur Münchner Wirtschaft verfügen – sei es durch Sponsoring oder aufgrund der Durchführung von gemeinsamen Veranstaltungen – sei hier nur am Rande erwähnt.

### ***Frage 7: Mitarbeiter, Kosten und Finanzierung***

Da die Berater/innen in den überwiegenden Fällen selbst ehrenamtlich in ihren Organisationen tätig sind, übernehmen sie jeweils einen Vor- oder Nachmittag, um im Info-Zentrum zu beraten und zu informieren. Hinzu kommen die Mitarbeiter/innen aus der Stadtverwaltung für den logistischen Überbau zur Durchführung des „Info-Zentrum engagiert leben“. Diese Arbeit verteilt sich auf drei Akteure und beinhaltet:

- Koordination der Beratungstage im „Info-Zentrum engagiert leben“
- Schulung der beteiligten Organisationen
- Wöchentliche Information der Presse und im Internet
- Schriftlicher und telefonischer Kontakt mit der jeweiligen Organisation
- Begrüßung und Einführung der Berater/innen jeden Dienstag
- Bereitstellen des Informationsmaterials und der Beratungsunterlagen jeden Dienstag
- Sammeln und vorläufiges Auswerten der Evaluationsbögen
- Aufbereitung der Evaluation zur endgültigen Auswertung und Dokumentation.

Die bisher angefallenen Kosten für Werbung und für die Schulungen wurden aus dem Etat, den der Münchner Stadtrat für die Kampagne zum Internationalen Jahr der Freiwilligen 2001 bewilligt hat, getragen. Personalkosten für die Schulungen fielen insofern nur indirekt an, da die Schulungen von städtischen Mitarbeiter/innen (Ansprechpartnerinnen aus dem Direktorium der LH München zum Thema „Bürgerschaftliches Engagement“ und der Stadtinformation) durchgeführt wurden. Für das „Info-Zentrum engagiert leben“ fielen keine direkten

Mietkosten an, da es in den stadteigenen Räumen der München-Information durchgeführt wird. Nebenbei bemerkt, könnten Mietkosten von einer Organisation oder auch von mehreren an diesem prominenten, am Münchner Marienplatz kaum aufgebracht werden.

Dem „Info-Zentrum engagiert leben“ mit seiner integrierten Konzeption auf der Basis von derzeit 39 Münchner Organisationen des freiwilligen Engagements und der Selbsthilfe (es kommen ständig neue hinzu) ist es bereits nach vier Monaten gelungen, zusätzliche Bürger/innen in München zu interessieren und zu gewinnen. Das Ziel, die Zahl der Engagierten in München noch im Internationalen Jahr der Freiwilligen 2001 zu erhöhen, wird also erreicht.

Ein weiterer positiver Effekt: Die Aktiven aus den diversen Organisationen und unterschiedlichen Bereichen freiwilligen Engagements in München haben sich besser kennen gelernt (bei den Schulungen und den Infotagen im Info-Zentrum), der Erfahrungsaustausch wurde ausgebaut. Mit den verschiedenen Netzwerken wurden neue Synergie-Effekte erzielt und diese werden für gemeinsame Veranstaltungen wie beispielsweise eine für Januar 2002 geplante „open space“ Veranstaltung genutzt. Nach Auswertung der Evaluationsbögen (jeder Anfrage im „Info-Zentrum engagiert leben“) werden mit den beteiligten Organisationen neue Zielperspektiven entwickelt. Dabei wird die Organisationsform (einmal wöchentlich), die Zusammenarbeit und die verstärkte Einbeziehung kleiner Organisationen „auf den Prüfstand gestellt“. Eine wichtige Frage wird dafür auch sein, wie der Eintritts- und Wechselwunsch der nachfragenden Bürger möglichst reibungs- und konkurrenzlos bewerkstelligt werden kann.

Zwei weitere Aspekte werden die Akteure im Feld des Bürgerschaftlichen Engagements und der Freiwilligenarbeit in München zukünftig beschäftigen: **Erstens:** Das „Portal München“, die neue Internetdarstellung Münchens, wird derzeit heiß diskutiert. Das „Portal München“ basiert auf drei Säulen: Stadtverwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Eine Darstellung der Zivilgesellschaft und ihrer Selbstorganisation kann nur gelingen, wenn ein wichtiger Teil der Zivilgesellschaft, nämlich die dafür freiwillig engagierten Bürger/innen und ihre jeweiligen Organisationen im „Portal München“ repräsentiert und beteiligt sind. **Zweitens:** Das Thema „Bürgerschaftliches Engagement und Freiwilligenarbeit“ soll zukünftig noch stärker an Wirtschaftsunternehmen und Münchner Betriebe herangetragen werden. Mit dem eingangs erwähnten Projekt „switch – die andere Seite“ wurde eine Kooperation zwischen der Firma Siemens und der Sozialver-

waltung eingegangen. Weitere Kooperationsprojekte sollen folgen, denn in München steht eine große Palette an Einsatzmöglichkeiten für freiwillig Engagierte aus Betrieben zur Verfügung. Daher wird der Schlussempfang zum Internationalen Jahr der Freiwilligen 2001 ein „get together“ von Wirtschaft, Kultur und Freiwilligen-Organisationen sein. Ein Garant, damit bei dieser Veranstaltung die „Richtigen“ zusammenkommen, werden die Akteure des „Info-Zentrum engagiert leben“ sein. Ohne die aktive Mithilfe der Münchner Initiativen, Organisationen, Verbände, Vereine und Selbsthilfeeinrichtungen wäre das „Info-Zentrum engagiert leben“ nicht zum Leben erweckt worden.

## **6.4.2 Halle**

Bewerber: Freiwilligen-Agentur Halle-Saalkreis e.V.

Ansprechpartner: Olaf Ebert, Mittelstr. 14, 06108 Halle/Saale

### ***Frage 1: Konzeption, Aufgabenprofil, Ziele***

Die Freiwilligen-Agentur Halle-Saalkreis e.V. (FWA) gründete sich 1998 als unabhängige, trägerübergreifende Informations- und Beratungsstelle, die ihre Angebote sowohl an potentielle Freiwillige als auch an interessierte Organisationen richtet. Der Verein hat seinen Sitz im Zentrum der Stadt Halle, sein Agitationskreis erstreckt jedoch auf die gesamte Region Halle-Saalkreis. Die Arbeit wird von 6 hauptamtlichen Mitarbeiter/innen und einer jugendlichen Freiwilligen (im Rahmen eines einjährigen Freiwilligendienstes) geleistet und durch etwa 20 Freiwillige unterstützt. Die Agentur unterhält inzwischen eine Geschäftsstelle mit 4 Räumen für die Beratung, Information und Vermittlung von Freiwilligen und Organisationen und eine Zweigstelle in Halle-Neustadt, die sich speziell um die Zielgruppe der Jugendlichen bemüht.

Die Agentur hat sich mit der Intention einer umfangreichen und nachhaltigen Förderung bürgerschaftlichen Engagements zur Stärkung des Gemeinwesens gegründet. Sie versteht sich als Brücke zwischen engagementbereiten Bürger/innen und potenziellen Trägern von Freiwilligenarbeit. Offenkundig ist, dass prinzipiell viele Bürger/innen bereit sind, sich ehrenamtlich zu engagieren. Gleichzeitig klagen viele Organisationen über abnehmende Zahlen von Ehrenamtlichen. Wissenschaftliche Untersuchungen machen deutlich, dass sich dieser scheinbare Widerspruch vor allem auf Modernisierungsrückstände und unzeitgemäße Rahmenbedingungen für freiwillige Tätigkeit zurückführen lässt. Vor diesem Hintergrund

hat die FWA ihre Hauptprämisse entwickelt: Zur Schaffung einer neuen Kultur freiwilligen Engagements beizutragen. Daraus ergeben sich die Zielsetzungen, unter denen der Verein arbeitet:

- Förderung der Engagementbereitschaft in den unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen,
- Schaffung zeitgemäßer Formen der Freiwilligenarbeit sowie
- gesellschaftliche Anerkennung und Förderung freiwilligen Engagements.

Ausgehend von diesen Zielen und der Situation einer potenziell hohen Bereitschaft für bürgerschaftliches Engagement stützt sich das Aufgabenprofil der FWA auf vier Schwerpunkte: Information, Beratung und Vermittlung von Freiwilligen; Beratung von Organisationen in Fragen des Freiwilligenmanagements; Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit für bürgerschaftliches Engagement und Freiwilligendienste und Qualifikation von Haupt- und Ehrenamtlichen. Dafür wurde eine grundsätzlich nutzerorientierte Perspektive gewählt, die sowohl fachliche und zeitliche Ressourcen, Motivlagen und persönliche Erwartungen der Freiwilligen an die gemeinnützige Tätigkeit als auch die spezifischen Bedarfe von Organisationen berücksichtigt.

### **Information, Beratung und Vermittlung von Freiwilligen**

In Informations- und Beratungsgesprächen mit Bürger/innen werden deren Interessen, Fähigkeiten und Bedarfe erörtert und daraus ableitend individuelle Angebote erstellt. Dabei sollen die persönlichen Vorstellungen der Freiwilligen mit den konkreten Tätigkeiten und Möglichkeiten in den gewünschten Handlungsfeldern in Einklang gebracht werden, um ein gutes Passungsverhältnis und damit ein für Freiwillige und Organisation befriedigendes Ergebnis zu erzielen. Diese Grundintention setzt sowohl eine fachlich qualifizierte Beratung als auch die Möglichkeit einer Auswahl aus einem breiten Spektrum ehrenamtlicher Tätigkeitfelder voraus.

### **Beratung von Organisationen in Fragen des Freiwilligenmanagements**

Die FWA berät gemeinnützige Organisationen, die freiwillige Tätigkeiten anbieten. Weiterhin klärt sie mit Vereinen, Verbänden und Initiativen, für welche Bereiche sie ehrenamtlich Tätige benötigen und wie die Aufgaben sinnvoll zugeschnitten sein könnten. Dies ist notwendig, um die Zusammenarbeit zwischen Freiwilligen und Organisationen für beide Seiten gewinnbringend zu gestalten. Voraussetzung für eine nachhaltige Vermittlung ist, dass die Tätigkeit und die Einrichtung den Bedürfnissen der Freiwilligen nach Vielseitigkeit, Gestaltungsmöglichkeiten, interessanten Sozialkontakten etc. entgegenkommen. Nur so ist

ein längerfristiges Engagement zu erwarten. Ziel ist es daher, die Organisationen durch intensive Beratung für zeitgemäße Formen der Freiwilligenarbeit zu sensibilisieren, sie für geeignete Möglichkeiten der „Freiwilligenpflege“ sowie einer zeitgemäßen Anerkennungskultur zu interessieren bis hin zum etablierten Freiwilligenmanagement einer Organisation. So lassen sich die Vermittlung und der Einsatz von Freiwilligen verbessern durch:

- Stellen- und Aufgabenbeschreibung mit konkreten Erwartungen und Anforderungen
- Möglichkeiten des Ausprobierens und der Einarbeitung
- Persönliche und fachliche Begleitung und Unterstützung
- Möglichkeiten des Erfahrungsaustausches
- Beratung in Konfliktfällen sowie durch
- Spezifische Fortbildungsmöglichkeiten

### **Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit für bürgerschaftliches Engagement und Freiwilligendienste**

Im Rahmen der Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit geht es FWA um die anspruchsvolle Aufgabe, ein zeitgemäßes, modernes Verständnis von bürgerschaftlichem Engagement ebenso wie von Freiwilligendiensten Jugendlicher zu etablieren und somit einen nachhaltigen Beitrag zur demokratischen Gestaltung unserer Gesellschaft zu leisten. Neben der allgemeinen Öffentlichkeitsarbeit kommt der Lobbyarbeit gegenüber Parteien, Verwaltungen, Interessenorganisationen und Medien eine herausragende Bedeutung zu. Hierbei soll insbesondere verdeutlicht werden, was freiwilliges Engagement leistet, leisten kann und welchen Nutzen es für die engagierten Freiwilligen, für die beteiligten Organisationen, aber auch im besonderen für das Gemeinwesen insgesamt darstellt.

### **Qualifikation von Haupt- und Ehrenamtlichen**

Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit der FWA sind Fortbildungen für hauptamtliche Mitarbeiter von Organisationen zum Thema Freiwilligenmanagement und verschiedene andere Qualifikationen für Freiwillige und Hauptamtliche. In den Seminaren sollen Haupt- und Ehrenamtliche dazu angeregt werden, mehr Verständnis und Offenheit füreinander zu entwickeln und voneinander zu profitieren. Die Fortbildungsangebote richten sich an alle freiwillig Engagierten: haupt- und ehrenamtlich Aktive aus den unterschiedlichsten Bereichen – von Sport über Kultur, Technik und Ökologie bis Soziales. Wir möchten Ehrenamtliche kompetenter darin machen, ihre Aufgaben wahrzunehmen und die Tätigkeiten für sie befriedigend zu gestalten. Die Hauptamtlichen möchten wir dabei unterstützen,

die Zusammenarbeit mit Ehrenamtlichen professionell wahrzunehmen, Arbeits- und Rollenteilung produktiv zu gestalten und die individuellen Fähigkeiten und Kenntnisse von ehrenamtlich Engagierten als wertvolle Ergänzung und bedeutsame Ressource zu nutzen. Darüber hinaus erhalten die Organisationen die Möglichkeit, sich mit neuen Formen der Gewinnung Ehrenamtlicher auseinanderzusetzen. Die Fortbildungen sollen eine Plattform für den Erfahrungsaustausch freiwillig tätiger Bürger bieten, sie schaffen jedoch auch die Möglichkeit der Vernetzung und Kooperation der Organisationen und der FWA mit dem Ziel einer stärkeren Lobby für das Ehrenamt. Konkret bietet der Verein Fachseminare an – z. B. „Teamarbeit mit Freiwilligen“, „Vorstandsführerschein“, „Fundraising“ – oder Seminare, bei denen es um die Konfliktbewältigung zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen geht. Für jugendliche Freiwillige werden thematische Seminare durchgeführt, bei denen die Teilnehmer exemplarisch an Seminarpunkten wie Arbeit im Team und Teamentwicklung, Planung, Organisation und Öffentlichkeitsarbeit, Kommunikationsfähigkeit und soziale Kompetenzen (wie z. B. die der Darstellung und Durchsetzung eigener Interessen) erproben können. Somit sollen Fähigkeiten vermittelt werden, die zur Partizipation junger Menschen am Gemeinwesen beitragen.

Andere Seminare sind „maßgeschneidert“. Zum Thema „Freiwilligenmanagement in einer Organisation“ oder „Gewinnung von Freiwilligen“ gehen die Mitarbeiter der FWA in die Organisationen und bearbeiten mit ihnen dort den spezifischen Fall. Vereine, die sich verstärkt ihrer Nachwuchsförderung widmen möchten, können gemeinsam mit der FWA Strategien zur Gewinnung jugendlicher Freiwilliger entwickeln.

**Darüber hinaus bilden wichtige Schwerpunkte in diesem Jahr:**

- Der Aufbau von Partnerschaften mit Wirtschaftsunternehmen im Sinne des „Corporate Citizenship“.
- Der Ausbau der Dienstleistungsorientierung der Freiwilligen-Agentur Halle-Saalkreis e.V.. Dazu zählt die Übernahme von Forschungsprojekten in Kooperation mit der Martin-Luther-Universität Halle Wittenberg. Im Jahr 2001 ist dies eine qualitative Studie „Ehrenamt im Kulturbereich – Entwicklung und Probleme ehrenamtlicher Tätigkeit im Kulturbereich in Sachsen-Anhalt“.
- Intensivierte Öffentlichkeitsarbeit zum Internationalen Jahr der Freiwilligen.

### ***Frage 2: Engagementbereiche, Organisationsformen, Zielgruppen***

Die FWA arbeitet bei der Beratung engagementbereichs- und einrichtungübergreifend. Es existiert ein breites Netzwerk gemeinnütziger Einrichtungen. Derzeitig sind 15 Organisationen Mitglied im Trägerverein, darunter die fünf Wohlfahrtsverbände AWO, DRK, Diakonie, der Paritätische Wohlfahrtsverband und die Caritas. Diese Bandbreite der Engagementbereiche stetig zu erweitern, gehört zu den kontinuierlichen Aufgaben des Vereins. Zur Zeit sind im Katalog über 220 Tätigkeiten in 120 Einrichtungen erfasst. Dazu zählen gemeinnützige Vereine aus verschiedensten Bereichen, kirchliche und soziale Einrichtungen, Verbände, Initiativen, Projekte, Stiftungen und öffentliche Einrichtungen, Kunstvereine, Kinos und gemeinnützige Gesellschaften.

Für den Katalog sind die Engagementbereiche in die Kategorien Gesundheit, Handwerk und Technik, Internationales, Ausländerarbeit, Katastrophenschutz, Kinder-, Jugend- und Familienarbeit, Kultur, Kreatives, Menschen mit Behinderungen, Natur und Umwelt, Organisieren, Öffentlichkeitsarbeit, Büro, Senioren und Seniorinnen, Soziales und Sport gegliedert. Über diesen Anspruch eines sehr umfassenden Spektrums ehrenamtlicher Tätigkeiten hinaus hat jedoch eine möglichst detaillierte Beschreibung der Tätigkeit und ihrer Rahmenbedingungen in der jeweiligen Organisation ebensolche Priorität. Mit jeder Einrichtung wird in Zusammenarbeit ein ausführliches Tätigkeitsprofil über die ehrenamtlichen Aufgaben erstellt. Es informiert über Hauptaufgaben, Ansprechpartner, Zuschnitt der Tätigkeit und Arbeitsbedingungen. Dies erleichtert den Mitarbeitern der Organisation eine Bewertung der Tätigkeit und eine Klärung der Aufgabenbereiche des zukünftigen Ehrenamtlichen. Zugleich haben die interessierten Bürger/innen die Möglichkeit, sich ein Bild von der Tätigkeit zu machen und ihr Engagement für sich selbst gewinnbringend zu gestalten.

#### **Die Zielgruppen gliedern sich arbeitsthemenspezifisch in:**

- Non-Profit-Organisationen, die Freiwillige einbeziehen oder die vorhaben, Freiwillige zu beteiligen
- Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren möchten
- Jugendliche, um sie über Lernerfahrungen für ehrenamtliches Engagement zu begeistern
- Regionale Unternehmen, die sich bürgerschaftlich in ihrer Region engagieren oder solches Engagement unterstützen wollen

Seit der Eröffnung der FWA haben sich über 400 Interessierte über die Arbeit des Vereins informiert. 320 von ihnen haben sich ausführlich beraten lassen.



Von allen interessierten Freiwilligen konnten bisher 62 %, z. T. auch in mehrere Tätigkeiten, vermittelt werden. 12 % befinden sich derzeit im Vermittlungsprozess und weitere 26 % sind noch unentschlossen, haben z. Zt. keinen Bedarf oder konnten sich für keine der 220 Tätigkeiten entscheiden.

Das Altersspektrum der Interessierten ist breit gefächert. Zwischen 17 und 79 Jahren sind alle Altersgruppen vertreten. Das Durchschnittsalter beträgt 43 Jahre. Betrachtet man den Erwerbsstatus, ist die Gruppe der Arbeitslosen mit 39 % am größten, danach kommen Rentner und Vorruheständler mit 22 %, Erwerbstätige mit 16 %, Studierende mit 13 % sowie junge Jugendliche (6 %). Über die Hälfte der Interessierten war zuvor noch nie ehrenamtlich tätig. Jugendliche als die zukünftigen Gestalter unserer Zivilgesellschaft sieht die FWA als besonders ernstzunehmende Zielgruppe an. Wie empirische Untersuchungen zu den Themen „Jugend und Engagement“ verdeutlichen, sind junge Menschen durchaus bereit, sich in gesellschaftlichen Aufgabenfeldern zu engagieren. Häufig sehen sie jedoch sowohl in den Strukturen als auch in den Akteuren wenig Bezugspunkte zu ihren eigenen Wünschen und Bedürfnissen. Werte wie „Hilfsbereitschaft“ und „Solidarität“ spielen hier eher eine untergeordnete Rolle. Vielmehr muss freiwilliges Engagement für junge Menschen eine erkennbare Wirkung und einen sichtbaren Erfolg beinhalten. Es muss sich direkt an der Lebenswelt junger Menschen orientieren. Darüber hinaus nehmen soziale Bezugspunkte einen großen Raum ein. Jugendliche für freiwilliges Engagement zu begeistern bedeutet daher immer, Gruppenerlebnisse zu initiieren.

Die FWA hat diese Notwendigkeit einer besonderen Ansprache Jugendlicher in ein Pilotprojekt umgesetzt. „Projekt EmS - Engagement macht Schule“ hat sich zum Ziel gesetzt, junge Menschen über einen niedrigschwelligen und handlungsorientierten Ansatz zur Beteiligung an gemeinsinnorientierten Projekten zu motivieren. Über fassbare und transparente Aktionen können junge Menschen ihre Fähigkeiten erproben, Erfolge erleben und so erfahren, was freiwillige Beteiligung und demokratische Mitbestimmung für sie selbst und ihre Umgebung bedeuten kann. Des weiteren sollen sie sich für Engagement in regionalen gemeinnützigen Vereinen begeistern. Es sollen Methoden erprobt und evaluiert werden, wie Jugendliche über konkrete Projektangebote mit regionalen Vereinen und Organisationen zusammentreffen können und wie ihnen so ein jugendgemäßer Einstieg in Engagementfelder ermöglicht werden kann. Zu diesem Zweck wurde das Projekt als Gemeinschaftsinitiative der Kooperativen Gesamtschule „Wilhelm von Humboldt“ (sie gilt als die größte Schule in Sachsen-Anhalt) und der FWA konzipiert. Projekt EmS hat seinen Sitz in der Wilhelm-von-Humboldt-Schule.

Im letzten Jahr dehnte Projekt EmS sein Betätigungsfeld auf drei weitere Schulen in Halle/S. aus. Neben diesem Ansatz der Engagementförderung berät Projekt EmS gemeinnützige Vereine aus der Region in Fragen der Kontaktaufnahme, der Gewinnung und „Pflege“ jugendlicher Freiwilliger. Projekt EmS ist außerdem derzeit dabei, eine Beratungsstelle für Freiwilligendienste zu etablieren. Für Jugendliche von 17 – 27 Jahren werden inzwischen von einer große Zahl von Trägern verschiedene Möglichkeiten eines einjährigen Freiwilligendienstes angeboten. In dieser Vielfalt gibt die Beratungsstelle Orientierung und vermittelt interessierte Jugendliche. Eine zweite Aufgabe ergibt sich aus dem schwachen Netzwerk vorhandener Träger in unserer Region, welche Freiwilligendienste anbieten. Hier gemeinsam mit Jugendlichen neue Tätigkeitsfelder zu entdecken und so eine stärkere Öffentlichkeit für die gesellschaftliche Bedeutung der Jugendgemeinschaftsdienste zu schaffen, ist ein weiterer Schwerpunkt.

### ***Frage 3: Instrumente der Öffentlichkeitsarbeit***

Durch Aktivitäten und Projekte wird freiwilliges Engagement öffentlich thematisiert. Der Verein informiert regelmäßig durch eine enge Zusammenarbeit mit der Presse, mit Rundfunk und Fernsehen über freiwilliges Engagement in der Region und eigene Aktionen. In Zusammenarbeit mit dem Nichtkommerziellen Lokalradio Corax initiierte er eine Serie „Engagement konkret“. Im Juni, Oktober und November 2001 laufen die Sendungen „Engagement konkret I“ „Möglichkeiten zum Mitmachen (II)“ und „Ehrenamtliche Arbeit im Krankenhaus (III)“ bei Corax. In der lokalen Tageszeitung, in Wochenzeitungen und der Halleschen Straßenzeitung „Pflaster“ veröffentlicht die Freiwilligen-Agentur Halle-Saalkreis e.V. wöchentlich ausgewählte Möglichkeiten ehrenamtlicher Tätigkeiten aus dem aktuellen Angebot und stellt sich zugleich vor. Projekt EmS wirbt zudem für Jugendgemeinschaftsdienste mit ähnlich konkreten Angeboten und informiert über die Beratungsstelle für Freiwilligendienste und Engagement junger Menschen. Die Mehrheit der Bürger/innen, welche sich erstmals durch den Verein beraten lassen, kamen, weil sie sich aufgrund dieser konkreten Informationen angesprochen fühlten.

Einmal im Jahr erscheint die Broschüre „Mitteilungen“. Sie gibt einen Einblick in die Arbeit der FWA. Sie richtet sich mit dem Ziel, Transparenz zu erzeugen, sowohl an potenzielle wie auch an aktive Ehrenamtliche, an Organisationen, die sich für eine stärkere Förderung ehrenamtlichen Engagements interessieren sowie an Vertreter/innen aus Vereinen, Verbänden, Politik, Verwaltung und Wirtschaft. Durch ansprechende Gestaltung und kurzweilige, unkonventionelle und

informative Beiträge soll sie zum Lesen – auch einfach nur aus Neugier – animieren und zu einer Sensibilisierung für das Thema beitragen. Der Verein ist kontinuierlich auf Straßenfesten und öffentlichen Veranstaltungen vertreten. Er ist Mitorganisator des Mittelstraßenfestes – der Straße, in der sich die Geschäftsstelle befindet.

Auf Anregung eines vom Ministerium für Arbeit, Frauen, Gesundheit und Soziales einberufenen Kuratoriums zur Vorbereitung des IJF 2001 hat die FWA die Website [www.plattform.ehrenamt.de](http://www.plattform.ehrenamt.de) eingerichtet und betreut sie regelmäßig. Hierbei handelt es sich um eine Informations- und Kommunikationsplattform zur sektorübergreifenden Förderung für Freiwillige und für Vereine und Verbände aus dem Sozialbereich, aus Kultur, Sport und Ökologie und anderen Tätigkeitsfeldern. Vereine und gemeinnützige Organisationen in Sachsen-Anhalt und darüber hinaus können sich darstellen, untereinander Kontakt aufnehmen und ihre Angebote präsentieren. Zur öffentlichen Präsentation der Internet-Plattform fand eine Pressekonferenz mit Ministerin Dr. Gerlinde Kuppe statt.

Die FWA verfügt über eine eigene Homepage ([www.freiwilligen-agentur.de](http://www.freiwilligen-agentur.de)). Das Projekt EmS hat in diesem Jahr eine Diskussionsplattform zum Themenbereich „Jugend und Engagement“ eröffnet.

Durch verstärkte Aktionen und Veranstaltungen macht der Verein im Internationalen Jahr der Freiwilligen 2001 in besonderer Weise auf freiwilliges, unentgeltliches Engagement aufmerksam und intensiviert bei dieser Gelegenheit seine Zusammenarbeit mit kommunalen Entscheidungsträgern und sozialen Organisationen der Region. Ein weiteres Vorhaben mit dem Ziel, zu Anerkennung und Öffentlichkeit für Engagement beizutragen, wird regelmäßig am 5.12. verwirklicht. Zum Tag des Ehrenamtes richtet die FWA in Zusammenarbeit mit der Stadt Halle in diesem Jahr einen Ballabend für Freiwillige aus. Der Abend stellt eine Gelegenheit besonderer Würdigung ehrenamtlich wirkender Bürger dar. Zu diesem Zweck wird die Stadt mehrere Ehrenamtspreise ausloben, welche auf Anregung der FWA an innovative Projekte des lokalen Engagements gehen sollen. In ähnlicher Form hat der Verein schon im letzten Jahr mit der Stadt zusammengearbeitet.

#### ***Frage 4: Erfahrungen bei der Entwicklung und Schwierigkeiten***

Die FWA ging aus einer Initiativgruppe von Student/innen der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg hervor. Mit Unterstützung durch Dozenten der Hochschule, durch den Rektor des Diakoniewerkes und des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes begannen sie, ihre Vorstellungen von einer unabhängigen, trä-

gerübergreifenden Freiwilligenagentur in die Praxis umzusetzen. Bis dahin gab es in Halle/S. eine Ehrenamtsbörse, die von einem großen Wohlfahrtsverein unterhalten wurde.

Durch Gespräche und Verhandlungen auf kommunaler und Länderebene wurde die Vereinsgründung und die Bildung eines Vorstandes in Arbeitsgruppen vorbereitet. Darüber hinaus suchte die Gruppe den Kontakt mit den großen Wohlfahrtsverbänden, um in ihnen erste Vernetzungspartner und Fürsprecher zu erhalten. Bei einer ersten Tagung stellte die Initiativgruppe ihr Konzept vor Vertretern der Kommune und sozialer Organisationen vor. Hierbei musste starke Überzeugungsarbeit geleistet werden. Um Schwierigkeiten wirkungsvoller angehen zu können, wurde ein Ehrenamtsbeirat berufen, der sich aus Vertretern der städtischen, wissenschaftlichen und wirtschaftlichen, politischen, kirchlichen und sozialen Bereichen zusammensetzt. Es galt, das Votum der kommunalen LIGA, der städtischen Lobby und der Landesliga zu bekommen, so dass die reale Chance wuchs, vom Ministerium finanzielle Unterstützung zu erhalten. Dafür war es notwendig, die Bedeutung von Freiwilligenagenturen als kompetente und spezialisierte Dienstleister für Bürger/innen sowie auch als regional- und gesellschaftspolitisch relevante Vernetzer in ausführlicher Form darzustellen. Gerade großen Verbänden fiel es mitunter sehr schwer, eine Freiwilligen-Agentur als Partnerin und sinnvolle Ergänzung zu sehen und nicht in erster Linie als Konkurrentin. Nachdem die Stadt und andere soziale Vereine den Nutzen und Sinn einer unabhängigen, Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit betreibenden Freiwilligenagentur in ihrem lokalen Umfeld erkannt hatten, nahmen sie ihre Verantwortung in jeder Form wahr und wirkten unterstützend bei der Gründung des Vereins mit. Mit Hilfe einer Anschubfinanzierung durch das Land Sachsen-Anhalt konnte die FWA am 6.7.99 eröffnet werden.

Um im Jahr 2000 Projekt EmS zu etablieren, wurde es als Gemeinschaftsinitiative mit einer großen kooperativen Gesamtschule entwickelt. EmS arbeitet auf der Basis eines Kooperationsvertrages mit dem Träger der Schulsozialarbeit zusammen. Dies und die konzeptionelle Ausrichtung der KGS als Ganzttagsschule mit einer Vielzahl von Arbeitsgemeinschaften bilden günstige Rahmenbedingungen für das Projekt. Schwierigkeiten bereiten die voneinander abweichenden Motivationen und Erwartungen der so unterschiedlichen Zielgruppen der Jugendlichen, der Vereine, der Schüler/innen und Lehrer/innen in ihrer sozialen Rolle. Bei der Initiierung von Projekten konnte auf Seiten der Vereine nach einer zunächst schwierigeren Anlaufphase das Interesse an einer Mitarbeit am Projekt EmS geweckt werden. Die Anlaufschwierigkeiten wirkten insofern befremdlich

auf die Initiatoren, als gerade aus dem Non-Profit-Bereich in Gesprächen während der Konzeptionsphase ein hoher Bedarf an Aktivitäten dieser Art angemeldet wurde. Besonders der Workshop „Jugend und Engagement“ und die im Rahmen dieser Veranstaltung durchgeführte Öffentlichkeitsarbeit wirkte hierbei positiv. Positiv bewertet werden kann ebenfalls der bisher erreichte Bekanntheitsgrad an Schulen in Halle insbesondere unter den Lehrer/innen. Dennoch konnten bislang nur wenige Lehrkräfte für eine verbindliche Zusammenarbeit gewonnen werden. Berücksichtigung finden muss hierbei die Tatsache, dass Projekt EmS mit seiner Zielstellung eine Erweiterung der sich allmählich vollziehenden Reformbestrebungen innerhalb unseres Schulsystems darstellt. Diese Veränderungen erfordern – wenn sie nachhaltig gestaltet werden sollen – einen mittel- bis längerfristigen Prozess des Umdenkens innerhalb der Institution Schule.

***Frage 5: Beteiligung, Vernetzung, partnerschaftliche Zusammenarbeit***

Die FWA ist Mitglied der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen (bagfa), deren Ziel es ist, nachhaltige Infrastrukturen für die Etablierung und das Zusammenwirken lokaler Freiwilligenagenturen, -börsen und -zentren zu schaffen, zu optimieren und zu sichern. Die derzeit auf Länder- und Regionalebene arbeitenden Gruppen (LAGFA'S und RAGFA'S) sollen zu diesem Zweck enger vernetzt werden, um Synergien zu nutzen, den Informationsfluss zu effektivieren, intensivieren und auf diese Weise die bagfa in ihrer Funktion als Ressourcenpool zu forcieren.

Das Projekt EmS der FWA arbeitet darüber hinaus in einer bundesweiten Arbeitsgruppe Thema „Jugend und Engagement“ mit, welche sich mit der Förderung jugendlichen freiwilligen Engagements auseinandersetzt.

Ein drittes Vorhaben der bagfa ist die Diskussion und Initiierung von Partnerschaften zwischen Wirtschaft und Drittem Sektor auf der Basis neuartiger Formen der Zusammenarbeit wie *Corporate Citizenship* bzw. *Business in the community*. Die Diskussion und Entwicklung des Themas in der Öffentlichkeit soll dabei nicht nur Ausdruck einer neuen Rolle des Dritten Sektors sein und best-practice-Angebote öffentlich darstellen und vorbereiten, sondern impliziert auch die neue Verantwortung von Freiwilligenagenturen. Die FWA ist darüber hinaus in landesweiten Gremien zur Förderung freiwilligen Engagements (z. B. interministerielle Arbeitsgruppe) aktiv vertreten. Des weiteren arbeitet die FWA im

„Gesunde-Städte-Projekt“ mit, unter der Zielsetzung, auf kommunaler Ebene zur Vernetzung gesundheitsfördernder Initiativen beizutragen.

Über das Projekt EmS ist der Verein in zwei Vernetzungsgruppen der Kinder- und Jugendarbeit vertreten. Zusätzlich wird angestrebt, stärkere Kontakte zu den Gremien der Schulsozialarbeit in Halle aufzubauen. Möglichkeiten der Vernetzung und des Erfahrungsaustausches ergeben sich für den Verein auch aufgrund der veranstalteten Fortbildungen und Tagungen. Sind die Qualifizierungsangebote an Freiwillige gerichtet, entstehen neue Kontakte zu den jeweiligen Organisationen. Besteht die Zielgruppe eher aus Vertreter/innen aus Vereinen, ergibt sich die Möglichkeit, anhand eines konkreten Themas oder einer Fragestellung untereinander in Kontakt zu treten. Nicht selten ergaben sich hieraus längerfristige Kooperationspartnerschaften, die ihrerseits eine Vernetzung gleichgesinnter Aktivitäten fördern. Die intensive Zusammenarbeit mit der Stadt wirkt sich ebenfalls positiv auf die Etablierung der Einrichtung im Gemeinwesen aus.

### ***Frage 6: Einbindung in die Kommune***

Durch Einbindung in das kommunale Gefüge und Fürsprache von Vertretern aus Parteien, Verbänden und Verwaltung kann die FWA ihr Ziel der Neuorientierung bürgerschaftlichen Engagements verwirklichen. Um das Anliegen der FWA noch besser umsetzen zu können, wurde im September 2000 ein Beirat berufen. Er verbindet die Freiwilligenagentur enger mit der kommunal- und landespolitischen Ebene, bindet kompetente Unterstützer für die Interessenvertretung der Freiwilligenagentur und unterstützt den Vorstand und das Mitarbeiter-Team der FWA kompetent in allen fachlichen und fachpolitischen Fragen.

Das Internationale Jahr der Freiwilligen nutzt die FWA verstärkt als Instrument, um die Zusammenarbeit mit der Stadt zu intensivieren. In Gesprächen mit namhaften Vertretern aus Verwaltung und Politik soll die Stadt Halle angeregt werden, ihrerseits über Aktivitäten im Jahr der Freiwilligen nachzudenken und die Sache zu ihrer eigenen zu machen unter dem Motto: *Förderung einer Infrastruktur für freiwilliges Engagement ist Chefsache*. Eine Möglichkeit, in kommunales Gefüge und Entscheidungskriterien mit einbezogen zu sein, hat sich die FWA mit der Mitgliedschaft in der „Montagsgesellschaft“ geschaffen. Dies ist eine informelle Runde, an der namhafte Entscheidungsträger der Kommune aus Politik, Kultur und Wirtschaft teilnehmen. Hauptanliegen der „Montagsgesellschaft“ ist die Diskussion der Stadtentwicklung. Seit Beginn des Jahres 2001 wird das Vorhaben „Runder Tisch Ehrenamt“ verfolgt. Eine Arbeitsgruppe beschäftigt sich damit, ein kommunales Gremium, an dem alle wichtigen Akteure im Engagementbereich aus Politik, Vereinen, Verbänden vertreten sind, zu in-

itieren. Sinn und Zweck ist eine Vernetzung von Trägern, die freiwillig Engagierte beteiligen, mit wichtigen Entscheidungsträgern und die Verwirklichung konkreter Anerkennungsmittel für Freiwillige, z. B. ein Nachweisheft für ehrenamtliche Tätigkeiten oder ein Freiwilligen-Pass zur kostenlosen Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel. Die Mitarbeit von Vertretern aus der Wirtschaft soll dabei mit besonderer Energie angestrebt werden.

Wie sehr der Verein bisher mit seiner Arbeit dazu beigetragen hat, das Bewusstsein für die Bedeutung bürgerschaftlichen Engagements zu stärken, stellt sich an dem Fakt dar, dass sich im Umfeld der FWA eine Initiativgruppe gebildet hat, die die Idee verfolgt, eine Bürgerstiftung zu gründen. Sie will erreichen, dass sich Bürger/innen und Wirtschaftsunternehmen in der Region Halle stärker für die Entwicklung des Gemeinwesens verantwortlich fühlen. Durch Werbung von Spenden und Zustiftungen soll Vermögen angesammelt werden, mit dem regionale Projekte gefördert werden und so zu einem leistungsfähigen Gemeinwesen der Stadt Halle beigetragen werden kann.

### ***Frage 7: Mitarbeiter, Kosten und Finanzierung***

Gegenwärtig ist die Arbeitsfähigkeit der FWA im Rahmen von Projektzeiträumen für die nächsten zwei bis drei Jahre gesichert. Der Verein beschäftigt derzeit sechs Mitarbeiter/innen und eine jugendliche Freiwillige. Die Stelle des Geschäftsführers ist mittelfristig durch Finanzierung durch das Sozialministerium gesichert, eine weitere Personalstelle durch eine Projektfinanzierung durch das Kultusministerium. Eine dritte Stelle wird durch kommunale Mittel finanziert. Die weiteren drei Personalstellen hängen von Instrumenten des II. Arbeitsmarktes ab. Die Freiwillige engagiert sich im Rahmen der Initiative „Jugend erneuert Gemeinschaft“ der Robert-Bosch-Stiftung. Mittelgeber sind neben dem Ministerium für Arbeit, Frauen, Gesundheit und Soziales das Land Sachsen-Anhalt, das Regierungspräsidium, die Stadt Halle, der Saalkreis, das Arbeitsamt sowie verschiedene Stiftungen. Des weiteren finanziert sich der Verein aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden, Bußgeldern, Sponsoring und durch Dienstleistungsaufträge (wie z. B. wissenschaftliche Studien). Zu erwähnen sind weiterhin die Stiftung Demokratische Jugend, die Amadeo-Antonio-Stiftung und die Freudenbergstiftung, die die FWA bei der Finanzierung von Projekten unterstützen.

### 6.4.3 Heidelberg

Bewerber: Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, LV Baden-Württemberg e.V., Bezirksgeschäftsstelle Heidelberg, Heidelberger Selbsthilfe- und Projekte-Büro/FreiwilligenBörse Heidelberg

Ansprechpartner: Ralf Baumgarth, Moltkestr. 7, 69120 Heidelberg

#### ***Frage 1: Konzeption, Aufgabenprofil, Ziele***

„Tür an Tür – unter einem Dach“ – dieses Motto beschreibt die Konzeption mit der in Heidelberg eine zentrale Informations- und Kontaktstelle für unterschiedliche Formen des Engagements entstanden ist, die neben individuellen Beratungsangeboten Räume, Infrastruktur, Projektunterstützung und Fortbildung bietet und Foren zu unterschiedlichen Fragen des bürgerschaftlichen Engagements initiiert. Damit verfügt Heidelberg über eine gute infrastrukturelle Unterstützungsstruktur (schwerpunktmäßig) für die neueren Formen des gesellschaftlichen Engagements.

In der Alten Eppelheimer Straße 38 befinden sich die Informations- und Kontaktstelle für Selbsthilfegruppen und ein Büro für Initiativen und Projekte, das unter dem Namen Heidelberger Selbsthilfe- und ProjekteBüro seit 13 Jahren arbeitet. Am selben Standort hat die FreiwilligenBörse Heidelberg als Freiwilligenagentur Ende 1997 ihre Arbeit aufgenommen. Beide Einrichtungen befinden sich nicht nur räumlich, sondern auch trägerseits „unter einem Dach“: beides sind Einrichtungen des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes. Dies erleichtert die personelle Zusammenarbeit und die gemeinsame Nutzung der Infrastruktur (Räume, Geräte). Die Anlaufstellen sind nach außen als eigenständige Angebote erkennbar und verfügen über ein jeweils eigenes Erscheinungsbild, eigene Telefonnummer etc. Die Mitarbeiter/innen sind einem Arbeitsbereich fest zugeordnet, haben aber eine gemeinsame fachliche Koordination und gemeinsame Teamsitzungen. Die Räumlichkeiten sind barrierefrei zugänglich und bestehen aus je einem Büroraum für das Heidelberger Selbsthilfe- und ProjekteBüro und die FreiwilligenBörse, drei unterschiedlich großen Gruppenräumen und einem ProjekteBüro. Sie sind zentral gelegen und mit öffentlichen Verkehrsmitteln gut erreichbar. Die drei Gruppenräume stehen Selbsthilfegruppen/Initiativen/Projekten zur Verfügung und werden von 40 - 50 verschiedenen Gruppen zu ca. 140 Treffen im Monat genutzt.



Das Heidelberger Selbsthilfe- und ProjekteBüro erfüllt von seinem Profil her das volle Spektrum einer Informations- und Kontaktstelle, sowie sie von der Deutschen Arbeitsgemeinschaft Selbsthilfegruppen (DAG/SHG) beschrieben wurde.

Die **wichtigsten Aufgaben der Kontaktstelle** sind:

- Information, Vermittlung und Beratung Hilfesuchender und Interessierter
- Beratung und Unterstützung neuer und bestehender Selbsthilfegruppen
- Öffentlichkeitsarbeit, um den Gedanken der Selbsthilfe zu verbreiten
- Planung, Durchführung und Koordination von Veranstaltungen
- Vernetzung bzw. Kooperation auf kommunaler, Kreis-, Landes- und Bundesebene

Die **Kernaufgaben der FreiwilligenBörse** liegen in folgenden Bereichen

- Beratung von (potenziellen) Freiwilligen
- Beratung von Organisationen/Initiativen/Projekten
- Unterstützung neuer Projekte
- Vernetzung mit bestehenden lokalen Akteuren

Das ProjekteBüro bietet Initiativen und Projekten die Möglichkeit, eine Teilzeit-Bürogemeinschaft zu bilden. Es verfügt über einen eigenen Telefonanschluss und einen eigenen PC. Bei Bedarf können Kopierer, Fax, Video, Flipcharts, Meta-Plan-Wände, over-head etc. genutzt werden. Ebenso steht den Gruppen, sowie Interessierten eine umfangreiche Auswahl an Fachliteratur zur Verfügung. Neben Fortbildungsangeboten für Teilnehmer/innen aus Selbsthilfe und freiwilligem Engagement werden ergänzend Fachgespräche und Fortbildungen durchgeführt bzw. über bestehende Möglichkeiten (z. B. im Rahmen des Landesnetzwerks) informiert. Mit der Volkshochschule als Kooperationspartner der FreiwilligenBörse werden regelmäßig Fortbildungsmöglichkeiten beraten und entwickelt. Die Zusammenarbeit der beiden Einrichtungen wächst kontinuierlich. Gemeinsam ist beiden Einrichtungen ein professionelles Selbstverständnis, Menschen dabei zu unterstützen, sich für sich selbst und für andere zu engagieren. Als zwei miteinander verbundene Einrichtungen entwickeln sich zahlreiche Schnittmengen, Anknüpfungspunkte und Synergieeffekte:

- Erweiterung des Beratungsangebotes jeder Einrichtung (Know-how Zuwachs) mit kurzen Wegen für Interessierte
- Gemeinsame Nutzung der vorhandenen Infrastruktur z. B. Fax, Kopierer, etc.

- Gemeinsame Fachgespräche und bestimmte Fortbildungsangebote zu verschiedenen übergreifenden Themen bürgerschaftlichen Engagements können "ressortübergreifend" für Interessierte ausgeschrieben werden
- Gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit z. B. zum Internationalen Jahr der Freiwilligen oder dem jährlichen Volunteersday am 5.12., bei Veranstaltungen
- Gemeinsame Vertretung in Gremien und Netzwerken wie z. B. die Mitarbeit im Gesunden Städte Netzwerk

### ***Frage 2: Engagementbereiche, Organisationsformen, Zielgruppen***

**Selbsthilfe:** In Heidelberg und im Rhein-Neckar-Raum existieren derzeit ca. 250-300 Selbsthilfegruppen. Das Heidelberger Selbsthilfe- und ProjekteBüro ist Kontakt- und Informationsstelle für alle Bereiche der Selbsthilfe, weit über den Gesundheitsbereich hinaus. Es unterstützt bestehende Gruppen ebenso wie Neugründungen. Neben den in Selbsthilfegruppen engagierten und an Selbsthilfe interessierten Menschen gehört der Bereich des professionellen Gesundheits- und Sozialsystems zur speziellen Zielgruppe, z. B. Ärzteschaft, Therapeuten, Sozial Einrichtungen, Beratungsstellen oder Krankenkassen.

**Freiwilliges Engagement:** Die FreiwilligenBörse Heidelberg als zentrale Anlaufstelle für freiwilliges Engagement hat in Zusammenarbeit mit inzwischen über 100 Organisationen/Initiativen/Projekten/Einrichtungen aus den unterschiedlichsten Engagementfeldern (z. B. Soziales, Kultur, Ökologie) über 200 Tätigkeitsbeschreibungen erhoben und aufbereitet. Freiwillige können unter einem großen Angebot wählen, das in die Bereiche Büro-Organisation, Kultur und Kreativität, Ökologie, Soziales und Sport/körperliche Aktivitäten/Handwerk unterteilt ist. Den beteiligten Organisationen/Initiativen/Projekten bietet die FreiwilligenBörse die Beratung über Möglichkeiten der Zusammenarbeit und über Rahmenbedingungen für freiwilliges Engagement an.

**Start-ups:** Ob im Bereich der Selbsthilfe oder des freiwilligen Engagements: Das Heidelberger Selbsthilfe- und ProjekteBüro und die FreiwilligenBörse Heidelberg unterstützen engagementbereite Menschen jeden Alters in der Realisierung ihrer Ideen. Von der Heidelberger Tafel über den Interkulturellen Elternverein bis zum Rhein-Neckar-Journal (einer Tonbandzeitung für blinde Menschen) reicht das Spektrum erfolgreicher „Start-up-Beratung“.

**Politik, Verwaltung, Multiplikatoren:** Sowohl für das Heidelberger Selbsthilfe- und ProjekteBüro als auch für die FreiwilligenBörse Heidelberg gehören Man-

datsträger aller Ebenen (Gemeinderat, Landtag, Bundestag), Stadtverwaltung, Landratsamt und Ministerien zu einer wichtigen Zielgruppe, da sie entscheidend an den Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement gestaltend wirken.

**Aktuelle Schwerpunktzielgruppe Jugendliche:** Die bereits bestehenden Programme zur Förderung des Engagements und des sozialen Lernens von unterschiedlichen Teilgruppen Jugendlicher, z. B. über Compassion an Schulen und JobFit für arbeitslose Jugendliche, des Freiwilligen Sozialen/Ökologischen Jahres, des europäischen Freiwilligendienstes etc., sollen stärker in die öffentliche Wahrnehmung gebracht und ausgebaut werden. Dazu beteiligt sich die FreiwilligenBörse Heidelberg an der Erprobung neuer Formen zeitlich befristeten Engagements von Schüler/innen, Auszubildenden und Studierenden. Auch den Aufbau neuer Formen lokaler Freiwilligendienste wird die FreiwilligenBörse aktiv unterstützen.

**Querschnittsthema Lokale Agenda 21:** Mit der Beteiligung an einem Forschungsprojekt des BMBF will die FreiwilligenBörse Heidelberg/das Heidelberger Selbsthilfe- und ProjekteBüro im Rahmen der Aktivitäten zur lokalen Agenda 21 einen Beitrag leisten zum Aufbau eines Zentrums für nachhaltige, nutzungsorientierte Dienstleistungen und der Verbesserung des sozialen Klimas und der Lebensqualität im Stadtteil Bergheim. Dies soll u. a. durch die Stärkung von Eigeninitiative und bürgerschaftlichem Engagement in Kooperation verschiedener Akteure (Ökostadt, Mieterverein, Kirchengemeinden etc.) erreicht werden.

### ***Frage 3: Instrumente der Öffentlichkeitsarbeit***

Unterschiedliche Zielgruppen und Arbeitsformen setzen differenzierte Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit voraus. Das **Heidelberger Selbsthilfe- und ProjekteBüro** gibt etwa vier Mal im Jahr einen Rundbrief heraus, der sich an alle Selbsthilfegruppen in Heidelberg und im Rhein-Neckar-Kreis richtet und über aktuelle Termine und Geschehnisse im Umfeld der Selbsthilfe und des bürgerschaftlichen Engagements informiert. Regelmäßig aktualisiert erscheint eine Neuauflage der Liste von Themen, zu denen in Heidelberg und Rhein-Neckar-Kreis Selbsthilfegruppen existieren. Diese wird, zusammen mit der Broschüre über die Einrichtung, an Interessierte, Institutionen, Beratungsstellen, Arztpraxen u. a. verteilt. Die Liste erscheint monatlich aktualisiert in der lokalen Presse und ist im Internet erreichbar. In Kooperation mit dem Gesundheitstreffpunkt Mann-

heim ist eine Neuauflage eines Selbsthilfeführers für die Rhein-Neckar-Region erfolgt.

Regelmäßig werden Gruppentreffen, die Gründung neuer Selbsthilfegruppen oder Veranstaltungen an die örtliche Presse weitergegeben, um diese in Heidelberg und Umgebung publik zu machen und neue Interessent/innen anzusprechen. Das Heidelberger Selbsthilfe- und ProjekteBüro ist auch präsent auf der Internetseite des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Baden-Württemberg, mit Veranstaltungen der Selbsthilfe in Heidelberg sowie mit den bestehenden Selbsthilfegruppen in Heidelberg und im Rhein-Neckar-Kreis. Internet-Adresse: [www.selbsthilfe-info.de](http://www.selbsthilfe-info.de).

Die **FreiwilligenBörse** organisiert bislang den InfoTreff, der jeden ersten Mittwoch im Monat in der Cafeteria der Volkshochschule stattfindet. Dort stellen sich mehrere Organisationen/Initiativen/Projekte interessierten Freiwilligen jeden Alters vor, um ihre Angebote für freiwilliges Engagement zu erläutern. Ein roter Ordner mit diesen Angeboten wurde erstellt. Rund 60 dieser Ordner liegen an verschiedenen Stellen in der Stadt aus: bei den Bürgerämtern, der Volkshochschule, bei den Seniorenzentren, der Pädagogischen Hochschule, in verschiedenen Instituten der Universität und bei anderen, am Netzwerk beteiligten Einrichtungen, die Publikumsverkehr haben.

Mit Presseveröffentlichungen in den lokalen Zeitungen und Meldungen bei den lokalen Radiosendern, zielgruppenorientierten Veröffentlichungen, z. B. in den studentischen Medien, betreibt die FreiwilligenBörse Informations- und Öffentlichkeitsarbeit für freiwilliges, bürgerschaftliches Engagement in Heidelberg. Insbesondere anlässlich des IJF 2001 erfolgt eine verstärkte und kontinuierliche Pressearbeit insbesondere mit den Heidelberger Printmedien (Portraits von freiwillig/ehrenamtlich Engagierten im Stadtblatt und der Rhein-Neckar-Zeitung).

Für das Jahr 2001 ist erstmals eine Projektbörse nach dem Vorbild der Heidelberger Partnerstadt Montpellier in Frankreich geplant, bei der Freiwilligenorganisationen die Gelegenheit erhalten, ihre Arbeit möglichst öffentlichkeitswirksam zu präsentieren, um so neue Engagierte zu gewinnen und für bürgerschaftliches Engagement zu werben. Diese Börse soll in zentraler Lage in der Innenstadt (voraussichtlich Universitätsplatz) stattfinden. Der Tag soll seinen Abschluss in einem Fest haben, das gleichzeitig auch zur Würdigung und Anerkennung des aktiven bürgerschaftlichen Engagements dienen wird.

***Frage 4: Erfahrungen bei der Entwicklung und Schwierigkeiten***

Der „Aufruf zum bürgerschaftlichen Engagement in Baden-Württemberg“, den das Sozialministerium gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden im September 1996 gestartet hat, war Ausgangspunkt für den Paritätischen Wohlfahrtsverband in Heidelberg, sich mit einer Weiterentwicklung seines Arbeitsschwerpunktes der lokalen Unterstützung von Engagement zu befassen. In intensiver Zusammenarbeit mit der Stadt Heidelberg, nach Abstimmung in der Liga der freien Wohlfahrtspflege und mit Unterstützung der Volkshochschule Heidelberg wurde unter breiter Beteiligung interessierter Bürger/innen das Konzept für die FreiwilligenBörse entwickelt.

Im Mai 1998 wurde Heidelberg Modellstandort im „Landesnetzwerk zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements“. Eine gemeinsame Vereinbarung zwischen Sozialministerium, Städtetag, Stadt Heidelberg und PARITÄTISCHEM Wohlfahrtsverband hat das Ziel, in einem Zeitrahmen bis zum 31. Dezember 2000, die Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement vor Ort zu verbessern und eine Neuorientierung bei den Angeboten zum Bürgerschaftlichen Engagement vornehmen. Zur inhaltlichen Weiterentwicklung wurde die Arbeit der FreiwilligenBörse Heidelberg von einer Steuerungsgruppe begleitet, die sich aus Bürger/innen, Fachkräften, Mitarbeiter/innen der Stadtverwaltung, dem Träger und der Volkshochschule zusammensetzt. Die enge und frühzeitige Abstimmung mit der Stadtverwaltung und das Zusammenspiel dieser Strukturelemente des Landesnetzwerks (Vereinbarung, Steuerungsgruppe, Netzwerke) haben der Entwicklung in Heidelberg positive Impulse verliehen. Das Betreiben der Anlaufstellen unter ihren Eigennamen, die Kooperation mit Stadtverwaltung und Volkshochschule haben dazu beigetragen, dass eine Konkurrenzsituation mit anderen Verbänden oder Dachorganisationen (z. B. Stadtjugendring) ausgeblieben ist. Von Seiten des Landes wird eine stärkere Einbeziehung der Bürgerschaft in die konzeptionelle Weiterentwicklung der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements eingefordert. Der Gemeinderat unterstützt die Arbeit der beiden Anlaufstellen durch entsprechende Beschlüsse und Gewährung von Finanzmitteln. Eine Beteiligung von Wirtschaftsvertreter/innen ist dagegen bislang nicht gelungen.

***Frage 5: Beteiligung, Vernetzung, partnerschaftliche Zusammenarbeit***

Als einen Beitrag zur Entwicklung einer lokalen Kultur des Sozialen wollen die FreiwilligenBörse und das Heidelberger Selbsthilfe- und ProjekteBüro Vernetzungen und Kooperationen herstellen zwischen alten und neuen Formen des

Bürgerengagements und der Bürgerbeteiligung. Die bereits bestehende gute Einbindung und Vernetzung mit anderen gesamtstädtischen Aktivitäten, z. B. im Rahmen der Gesunden-Stadt, des Agenda-Prozesses und verschiedenen Netzwerken des bürgerschaftlichen Engagements bilden dafür die Basis. Mit den anderen Anlaufstellen und Kristallisationspunkten des Engagements in Heidelberg (Stadtjugendring, Sportkreis, Stadtteilvereine) besteht ein themen- und anlassbezogener Informationsaustausch und punktuelle Kooperation, die ausgebaut und intensiviert werden können. Bereits von Beginn an ist es der FreiwilligenBörse ein Anliegen, mit ihren Aktivitäten als vermittelnde und verbindende Plattform für die Diskussion um Rahmenbedingungen bürgerschaftlichen Engagements zu fungieren. Bislang gelingt dies: ob bei Wettbewerben, Expert/innengesprächen, Zukunftswerkstätten oder Ideenbörse. Über alle Altersgruppen und Engagementbereiche hinweg erreicht die FreiwilligenBörse den Alpenverein genauso wie amnesty international, die Akademie für Ältere ebenso wie Auszubildende der Stadtverwaltung und viele mehr.

**Beispiel Selbsthilfe:** Forum Selbsthilfe ist der Name einer Reihe themenspezifischer Veranstaltungen, die das Heidelberger Selbsthilfe- und ProjekteBüro mehrmals jährlich durchführt. Die Gesamttreffen aller Selbsthilfegruppen, -initiativen und -projekte werden regelmäßig organisiert und moderiert. Mit der Regionalen Arbeitsgemeinschaft Selbsthilfegruppen Heidelberg/Rhein-Neckar e.V. (RAG), in der sich 30 Selbsthilfegruppen zusammengeschlossen haben, besteht eine enge Zusammenarbeit. Das regionale Aktionsprogramm zur Gleichstellung behinderter Menschen stellt eine jährliche Kampagne dar, die organisiert und koordiniert wird. Durch die Mitarbeit im Psychiatrie-Arbeitskreis der Stadt Heidelberg oder der in Zusammenarbeit mit einer Krankenkasse gegründeten regionalen Schlaganfallselbsthilfegruppen entstehen Projekte und Netzwerke für die Rhein-Neckar-Region, an denen das Heidelberger Selbsthilfe- und ProjekteBüro aktiv mitwirkt. Darüber hinaus arbeitet das Heidelberger Selbsthilfe- und ProjekteBüro in verschiedenen lokalen und regionalen Gremien mit: dem Selbsthilfeförderfond der Stadt Heidelberg und der AG Selbsthilfeförderung des Rhein-Neckar-Kreises oder der Regionalen Arbeitsgemeinschaft Gesundheit.

**Beispiel Kultur:** Mit den Vertreter/innen der städtischen Kultureinrichtungen (Kulturamt, Museen, Stadtbücherei etc.) wurde im Rahmen einer Kulturamtsleiterkonferenz über die Möglichkeiten und die Ausweitung des bürgerschaftlichen Engagements im Kulturbereich diskutiert. Als Konsequenz konnten mit

einzelnen Einrichtungen bzw. Initiatoren neue Freiwilligenprojekte auf den Weg gebracht werden.

**Beispiel Internationales Jahr der Freiwilligen:** Die FreiwilligenBörse Heidelberg nahm das IJF 2001 zum Anlass, die Vernetzung zwischen den unterschiedlichen Feldern und Akteuren des Engagements weiter zu intensivieren. So hat sie im Juni 2000 unter breiter Beteiligung eine Ideenwerkstatt zur Vorbereitung lokaler Aktivitäten für das Jahr 2001 durchgeführt. Dabei sind verschiedene Projektideen entstanden (z. B. für ein multi-kulturelles Sprachenfest, für ein FreiwilligenCafé, für ein Fortbildungsprogramm für Engagierte), die von der FreiwilligenBörse Heidelberg aktiv unterstützt bzw. koordiniert werden. Auch die zentrale Koordination für Veranstaltungen und Öffentlichkeitsarbeit wird in Abstimmung mit der Stadt Heidelberg wahrgenommen.

**Beispiel „Gesunde-Stadt“:** Heidelberg gehört zum „Gesunde-Städte-Netzwerk“ der Weltgesundheitsorganisation. Ziel des Netzwerkes ist der gegenseitige Informations- und Erfahrungsaustausch über die jeweiligen Pläne und Maßnahmen sowie die (zunehmende) Einflussnahme auf die Gesamtpolitik. Im Rahmen der kommunalen Sozial- und Gesundheitspolitik beteiligen sich das Heidelberger Selbsthilfe- und ProjekteBüro und die FreiwilligenBörse Heidelberg intensiv an zahlreichen Aktivitäten und arbeiten mit einem breiten Spektrum an Institutionen, Einrichtungen und Verbänden in der Stadt Heidelberg zusammen. Neuer Schwerpunkt für die Jahre 2001 bis 2002 wird „Zeit, Freizeit, Bürgerschaftliches Engagement“ sein. Hierbei spielt auch die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements als sinnstiftende Freizeitbetätigung eine entscheidende Rolle. In den entsprechenden Projektgruppen und bei Veranstaltungen (Forum Gesundheit) bringen das Heidelberger Selbsthilfe- und ProjekteBüro und die FreiwilligenBörse Heidelberg eigene Schwerpunkte und Programmpunkte ein.

**Vernetzung im Stadtteil und in der Region:** Mit der Beteiligung an stadtteilorientierten Projekten (Zwischenräume, Bergheimer Sommer, Nachbarschaftsservice Bergheim) verstärkt sich die Akzeptanz und Wahrnehmung des Selbsthilfe- und ProjekteBüros und der FreiwilligenBörse im Stadtteil und fördert sehr gute Kooperationen und Kontakte zu anderen Einrichtungen sowie zur Universität. Im Rhein-Neckar-Kreis hat sich ein offener Arbeitskreis Bürgerschaftliches Engagement (Bürgerbüros, Projekte, Kommunen) gegründet, an dem das Heidelberger Selbsthilfe- und ProjekteBüro moderierend und unterstützend maßgeblich beteiligt ist.

### ***Frage 6: Einbindung in die Kommune***

Die Gesamtkoordination für das bürgerschaftliche Engagement in Heidelberg wurde inzwischen in der Stadtverwaltung beim Referat der Oberbürgermeisterin angesiedelt. Sowohl innerhalb der Verwaltung als auch für die Organisationen in der Stadt ist damit eine „Clearingstelle“ für bürgerschaftliches Engagement eingerichtet worden. Um die Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements in Heidelberg über die Modellphase hinaus zu sichern und zu optimieren, wurde gemeinsam mit der Stadtverwaltung ein entsprechendes Konzept für die Jahre 2001/2002 erarbeitet.

Weiterhin wird auch die Steuerungsgruppe „Bürgerschaftliches Engagement“ bestehen bleiben und neben den schon vorhandenen Teilnehmenden aus Bürgerschaft, Fachkräften, Verwaltung, Träger um weitere Repräsentant/innen von Politik (Gemeinderat), Wirtschaft sowie weiteren Engagementbereichen (Sport, Kultur, ...) ergänzt. Multiplikation bzw. Begleitung der Neuorientierung des Bürgerengagements soll durch die politischen Vertreter/innen des Gemeinderates gewährleistet werden. Der Gemeinderat bzw. dessen Ausschüsse sollen aktiv in die Neugestaltung der Rahmenbedingungen für das Engagement in Heidelberg einbezogen werden.

Für Heidelberg ist in Zusammenarbeit mit dem Agenda-Büro die Einrichtung eines Zukunftsforums „Bürgerschaftliches Engagement“ vorgesehen. Im Mittelpunkt des Forums soll das Thema „Wirtschaft und Bürgerschaftliches Engagement“ stehen. Hierbei spielt die Imageverbesserung und die Integration des bürgerschaftlichen Engagements in die Unternehmenskultur eine besondere Rolle. Es ist zu prüfen, ob sich aus diesem Zukunftsforum langfristig eine Eigenvertretung von Freiwilligen für Freiwillige etablieren lässt. Als weiteres Vernetzungsinstrument ist ein verwaltungsinterner Arbeitskreis Bürgerschaftliches Engagement bei der Stadtverwaltung Heidelberg vorgesehen. Die Arbeit dieses Gremiums soll sich darauf konzentrieren, für Heidelberg spezielle Wege von der „Ausführungsverwaltung“ zur „Ermöglichungsverwaltung“ zu finden.

### ***Frage 7: Mitarbeiter, Kosten und Finanzierung***

Im Heidelberger Selbsthilfe- und ProjekteBüro arbeiten drei Fachkräfte, die sozialarbeiterisch bzw. pädagogisch ausgebildet sind, auf 1,5 Planstellen. Bei der FreiwilligenBörse steht eine halbe Stelle sozialarbeiterisch bzw. pädagogisch qualifiziertes Personal als Ansprechpartner zur Verfügung. Ergänzend konnte eine weitere halbe Stelle im Rahmen einer Beschäftigungsmaßnahme eingerich-



tet werden. Administrative und fachliche Unterstützung erfolgt durch die Bezirksgeschäftsstelle des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes in Heidelberg. Projektbezogen arbeiten in beiden Anlaufstellen freiwillig engagierte Bürger/innen mit.

Das Budget des Heidelberger Selbsthilfe- und ProjekteBüros beträgt rund 240.000,- DM, das der FreiwilligenBörse Heidelberg rund 97.000,- DM. Für die Finanzierung der Arbeit des Heidelberger Selbsthilfe- und ProjekteBüros besteht mit der Stadt Heidelberg eine vertragliche Grundlage, die im Rahmen eines unbefristeten Kooperationsvertrages einen fixen Betriebskostenzuschuss garantiert. Neben der Stadt Heidelberg beteiligen sich der umliegende Rhein-Neckar-Kreis, das Sozialministerium, die Krankenkassen und der PARITÄTISCHE an der Finanzierung. An der Finanzierung der Modellphase der FreiwilligenBörse haben sich auf der Basis der bestehenden Kooperationsvereinbarung das Land Baden-Württemberg, die Stadt Heidelberg und der Paritätische Wohlfahrtsverband beteiligt. Nach einem Bericht über die bisherige Arbeit der FreiwilligenBörse im Sozialausschuss des Heidelberger Gemeinderates wurde die weitere kommunale Förderung dieser Arbeit einstimmig befürwortet.

#### 6.4.4 Parchim

Bewerber: Bürgerkomitee Südstadt e.V./ Kontakt- und Informationsstelle für freiwilliges Engagement in Parchim (ZiP)

Ansprechpartnerin: Gabriele Naxer, Ebelingstr. 33, 19370 Parchim

##### ***Frage 1: Kurzdarstellung des Projektes***

**ZiP** ist eine Kontakt- und Informationsstelle mit Unterstützungsangeboten für freiwilliges Engagement, Ehrenamt und Selbsthilfe.

**ZiP** leistet einen Beitrag zur infrastrukturellen Förderung des freiwilligen Engagements auf lokaler Ebene in Form von Beratung, Information und Unterstützung für alle Ziel- und Altersgruppen in allen Bereichen des freiwilligen, ehrenamtlichen Engagements.

**Zusammen** mit allen Parchimern soll der soziale Zusammenhalt gestärkt und weiterentwickelt werden. Ziel der Kontakt- und Informationsstelle für freiwilliges Engagement in Parchim – „ZiP“ – ist die Schaffung einer neutralen und partnerschaftlichen Netzwerkarbeit aller Parchimer, sowohl der Vereine, Initiativen,

Selbsthilfegruppen und Interessengemeinschaften als auch all jener Parchimer, die sich bereits in anderen Formen ehrenamtlich engagieren bzw. sich für diese Tätigkeit interessieren.

**In** die Arbeit von „ZiP“ können alle freiwillig engagierten und interessierten Bürger Parchims integriert werden. Innovative Konzepte und Ideen zur Förderung von freiwilliger Arbeit und sozialem Zusammenhalt sollen entwickelt und in die Praxis umgesetzt werden.

**Parchims** Einwohner möchten den sozialen Zusammenhalt in ihrer Stadt fördern, einer Stadt, in der es mittlerweile mehr als 150 Vereine, Initiativen, Selbsthilfegruppen, andere gemeinnützige Zusammenschlüsse und unzählige nichtorganisierte Freiwillige gibt.

Diese Entwicklung verstärkte sich nach der Wende. Aus diesem Grund erschien es besonders engagierten Bürgern nach 10 Jahren an der Zeit, dass bisher Erreichte zu bilanzieren, zu aktualisieren und weiter zu unterstützen. **Mitte 1999** fanden sich unter Führung des „Bürgerkomitees Südstadt e.V.“ Vertreter aus den verschiedensten Bereichen zu einem Initiativkreis, dem „Runden Tisch“ zusammen. Es sollte ein Projekt entwickelt werden, dessen Ziel und Aufgabe es ist, allen engagierten Bürgern Parchims Hilfe und Unterstützung bei ihrem ehrenamtlichen Engagement anzubieten und auch dafür zu sorgen, dass der soziale Zusammenhalt in der Stadt gefördert wird. So wurde das Ziel des Projektes auch zu dessen Namen: *„Den sozialen Zusammenhalt fördern...“*. Im **November 1999** lud der Initiativkreis die mehrere Vertreter des ehrenamtlichen Engagements zur ersten „Großen Runde“ ein. Die Teilnehmer/innen kamen aus den verschiedensten Bereichen (Kinder und Jugend, Kultur/ Musik, Soziales, Natur, Bildung, Kommune, Senioren, Sport, Heimat und Brauchtum, Fördervereine, Wirtschaft und andere). **Die in dieser Runde geäußerten Wünsche:**

1. Gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit, Mitgliederwerbung, Präsentation, Vereinskatalog, Veranstaltungskalender (43 %)
2. Koordination, gegenseitige Hilfe, Terminabstimmung, aktueller Informationsaustausch, kompetente Ansprechpartner für alle vor Ort (41 %)
3. Inhaltliche Bereiche, Projektentwicklung, Weiterbildung (7 %)
4. Fördermöglichkeiten, Sponsoren, effektiver Einsatz finanzieller Mittel (6 %)
5. Sonstiges (3 %)

machten deutlich, wie groß der Bedarf nach Hilfe und Unterstützung ist. Dementsprechend wurde darauf reagiert und beschlossen, **Anfang 2000** eine Kontakt- und Informationsstelle für freiwilliges Engagement einzurichten.

Um das Zusammengehörigkeitsgefühl und die Gemeinschaftlichkeit zwischen den einzelnen Kooperationspartnern zu verdeutlichen, wurde diese Stelle „ZiP“ genannt. „ZiP“ steht für Zusammen in Parchim, dem Grund und Leitgedanken dieses Projektes. Der „ZiP“er im Logo soll diesen Gedanken veranschaulichen, als ein Zeichen des Zusammenkommen, Zusammengehen und Verbinden/Vernetzen, aber auch als Möglichkeit sich jederzeit wieder öffnen/trennen zu können, als Kriterium der Freiwilligkeit. Basierend auf diesen Ideen und Anregungen des Initiativkreises und eines Bürgers, entwickelte eine Parchimer Jugendliche ein eigenes ZiP-Logo.

### ***Frage 2: Erläuterung der Engagementbereiche***

Die Ziele und Aufgaben von „ZiP“ legen die angesprochenen Bereiche, Zielgruppen und Organisationsformen eindeutig fest:

#### **Ziele von ZiP**

- Einbindung aller Parchimer Vereine, Initiativen, Selbsthilfegruppen und anderer lokaler Akteure und Interessierten (Kommune, Wirtschaft u. a.), zur Förderung von freiwilligen, ehrenamtlichen Tätigkeiten und sozialem Engagement im Rahmen einer neutralen und parteilich freien Netzwerkarbeit auf lokaler Ebene
- Nutzung gemeinsamer Ressourcen, um sich gegenseitig zu ergänzen, zu helfen und einem Konkurrenzdenken entgegenzuwirken
- Anreize für freiwilliges Engagement zu schaffen
- Weiterbildung, Anleitung, Betreuung und Ehrung von Ehrenamtlichen
- Aufbau einer kommunalen Lobby für das Ehrenamt und entsprechende Öffentlichkeitsarbeit

#### **Aufgaben von ZiP**

- Bürger, insbesondere auch junge Leute, für freiwilliges Engagement zu interessieren, zu aktivieren und ggf. an Vereine oder Initiativen zu vermitteln
- Vereine, Initiativen zu unterstützen, z. B. bei:
  - Öffentlichkeitsarbeit
  - Mitgliederwerbung
  - Aufbau und Vermittlung von Kontakten zwischen Vereinen, Initiative und anderen Partnern, Planung und Durchführung von Veranstaltungen
  - Fragen der Weiterbildung und Weiterentwicklung der ehrenamtlichen Arbeit
  - Gremien und Vorstandsarbeit

- Interessierte – auch aus Wirtschaft und Kommune – in eine partnerschaftliche Netzwerkarbeit einzubeziehen
- Ansprechpartner für alle Themen ehrenamtlichen Engagements zu sein

### ***Frage 3: Beschreibung der Instrumente der Öffentlichkeitsarbeit***

Alle Projekte, Veranstaltungen, Informationen für engagierte Freiwillige, Ehrungen, also alles was mit, in und um Parchim hinsichtlich der „ZiP“- Unterstützung für freiwilliges Engagement geschieht, wird natürlich in der **Lokalpresse** veröffentlicht. So meldeten sich Bürger nur allein auf Presseveröffentlichungen im „ZiP“- Büro und baten um Unterstützung, entweder beim Aufbau einer Selbsthilfegruppe oder bei der Vermittlung für freiwillige, ehrenamtliche Tätigkeiten. Auch nach der Auszeichnungsform der „ZiP-Card“ wurde gefragt. Die Presse ist ein sehr wichtiger Bestandteil, der breiten Öffentlichkeit ZiP näher zu bringen. Dabei helfen auch die „SVZ“, der „Elde- Express“ (kostenlos an alle Haushalte), "Hallo Nachbar" (kostenlos an alle Haushalte) und Zeitungen des Landrats bis hin zur Arbeitslosenzeitung.

Unser „**ZiP**“-**Flyer** ist ein weiteres Instrument, um konkretere Informationen über unsere Tätigkeit zu verbreiten. Er dient dazu, interessierten Bürger/innen den Kernpunkt der „ZiP“-Arbeit zu verdeutlichen – „Zusammen in Parchim“. Er ist dort zu finden, wo eine Vielzahl von Bürger/innen Zugang hat.

„ZiP“ stellt sich den Bürger/innen auch auf **Präsentationen** und Veranstaltungen vor. So z. B. am Tag des Behinderten, an dem „ZiP“ mit einem eigenen Stand vertreten war. Der Vorteil hier: man kommt mit den engagierten und interessierten Bürger/innen persönlich ins Gespräch, kann Ansatzpunkte erkennen für eine mögliche Kooperation und erläutern, wie die Zusammenarbeit, Hilfe und Unterstützung aussehen könnte.

Auch über das **Internet** ist „ZiP“ zu erreichen. Vereine und Bürger die dieses neue Medium intensiv nutzen, können auf unserer Homepage (z. Zt. [http://home.t-online.de/home/zusammen\\_in\\_parchim.de](http://home.t-online.de/home/zusammen_in_parchim.de)) die wichtigsten und wesentlichen Informationen, Aufgaben, demnächst auch Veranstaltungen herunterladen. Gerade für den Bereich der jugendlichen Freiwilligen ist das Internet eine wichtige Quelle der Information.

Neben diesen vier Grundinstrumenten der Öffentlichkeitsarbeit sieht „ZiP“ vor allem die erfolgreiche Umsetzung ihrer **Projekte** als ein wesentliches Mittel zur

Aktivierung des freiwilligen Engagements in Parchim. Mit diesen Projekten geht „ZiP“ gezielt auf die individuellen Bedürfnisse der Freiwilligen ein, bzw. reagiert auf gesellschaftliche Verhältnisse.

Diese regelmäßigen Veranstaltungen des Initiativkreises und „ZiP“ („**Große Runden**“), in denen Vereine, Initiativen, Selbsthilfegruppen, engagierte Freiwillige teilnehmen, finden 2 - 3 mal jährlich statt. Hier werden von allen Teilnehmern Erfahrungen, Ergebnisse und Informationen gebündelt, Probleme und Wünsche angesprochen, die verschiedensten Vereine, Initiativen und Einrichtungen vorgestellt und weitere Möglichkeiten der Zusammenarbeit erörtert.

#### ***Frage 4: Erfahrungen bei der Entwicklung und Schwierigkeiten***

Bei der Entwicklung und Umsetzung dieses Projektes galt es nicht nur, das Interesse für eine gemeinsame Zusammenarbeit zu wecken, sondern auch die Vorteile einer gemeinsamen, intensiven Kooperation zu erarbeiten und diese den einzelnen Initiativen, Vereinen und Institutionen deutlich zu machen. Als schwierig stellte sich dabei im Vorfeld heraus, die einzelnen verschiedenen Träger an einen Tisch zu bekommen und entsprechende Vorurteile abzubauen, zumal fast alle Träger auf gleiche „Fördertöpfe“ (Kommune, Landkreis) angewiesen sind. In diesem Zusammenhang befürchteten viele von ihnen, sich offenbaren zu müssen, bei eventueller Mit- bzw. Zusammenarbeit. Gleichzeitig (siehe Frage 1) war das Interesse, der Bedarf nach Kooperation, Unterstützung und Zusammenhalt vorhanden. Dies manifestierte sich in den Wünschen der ersten „Großen Runde“.

Mit Hilfe der verschiedenen **Gremien** des Projektes „Den sozialen Zusammenhalt fördern...“ konnten schrittweise einige dieser Vorbehalte ausgeräumt bzw. abgeschwächt werden. Persönliche Gespräche, Unterstützungen bei Veranstaltungen, Informations- und Erfahrungsaustausch, gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit und Mitarbeit in Gremien sind nur einige Mittel, um dieser Problematik zu begegnen. Zu vergessen sei dabei nicht, dass es sich hier um einen allmählichen Prozess handelt, welcher eine kontinuierliche und komplexe Arbeitsweise erfordert. Alle Vorbehalte von Trägern konnten noch nicht abgebaut werden. Es bedarf noch einer weiteren intensiven und kooperativen Zusammenarbeit. Um so erfreulicher ist es zu werten, dass inhaltliche Vorbehalte/Vorurteile zwischen den Vereinen, wie z. B. Mieterverein und dem Haus- und Grundbesitzerverein nicht mehr derart im Wege stehen, sich gemeinsam an einen Tisch zu setzen, um miteinander zu reden. Diese von „ZiP“ initiierten Gespräche wurden auf der letzten Jahreshauptversammlung von „Haus & Grund e.V.“ als sehr positiv gewertet und

lassen Möglichkeiten für weitere Gespräche im Interesse der Mitglieder offen. Es gilt, die gemeinsamen Ressourcen weiterhin entsprechend zu nutzen, um sich zu ergänzen und einem Konkurrenzdenken entgegenzuwirken.

***Frage 5: Beteiligung, Vernetzung, partnerschaftliche Zusammenarbeit***

Die „ZiP“-Projekte zeigen die Bandbreite der Aufgaben und Zielstellungen von „ZiP“. Einige abgeschlossene Projekte:

- Anlegen und Pflegen einer Datenbank mit über 280 Adressen von Parchimer Vereinen, Initiativen, Organisationen, gemeinsamen Zusammenschlüssen engagierter Bürger
- Präsentationsvorschläge an Vereine anlässlich eines Betriebsjubiläums
- Hilfe bei der Vorbereitung und Einladung zu einem klassischen Konzert, an dem sich Parchimer Vereine beteiligten
- Unterstützung engagierter Senioren des Seniorenbüros bei der Gestaltung und Herausgabe eines eigenen Kochbuches
- Hilfe bei der Gründung eines Skatvereines
- Unterstützung des Jugendringes bei der Organisation der Jugendwoche, sowie einer Demonstration
- Mitarbeit/Vorbereitung des Tages des Behinderten

***Aktuelle Projekte:***

***Entwicklung/Ausbau des Projektes „Schulen – Vereine – Ehrenamt“***

Dieses Projekt entstand auf Initiative von „ZiP“, da sich herausstellte, dass es für beide Seiten – Schulen wie auch Vereine – schwer war, aufeinander zuzugehen. So wurden dabei als besondere Schwierigkeiten fehlende Ansprechpartner, mangelnde Kenntnisse über Angebote der Vereine und Initiativen und in manchen Fällen auch negative Erfahrungen gesehen. Die Schulen wünschten sich Angebote und Möglichkeiten einer lebhaften Unterrichtsgestaltung/Gestaltung der Projektstage. Die Vereine beklagten eine Überalterung der Mitglieder bzw. ein Sinken der Mitgliederzahlen. Die Treffen dieses Projektes konnten den Wünschen beider Seiten bereits entgegenkommen. Mittlerweile gibt es sogar erste Erfolge. Projektstage konnten auf einer größeren Bandbreite durchgeführt werden. Auch konnten einige Vereine in die Unterrichtsgestaltung integriert werden, um den Kindern so für die Leistungen des ehrenamtlichen Engagements zu interessieren.

***Einführung und Ausbau der „ZiP-Card“***

Die „ZiP-Card“ ist ein weiteres Projekt, welches auf Initiative von „ZiP“ entstanden ist. Sie dient dazu, gezielt die unermüdliche Tätigkeit der engagierten Freiwilligen in Parchim zu ehren und Anreize für freiwilliges Engagement zu schaffen. Gleichzeitig soll sie die Kooperation zwischen Wirtschaft, freiwillig engagierten und Kommune ankurbeln und diese auch in der Öffentlichkeit hervorheben. Diese Card basiert auf einem erfolgreich laufenden Modell, das in den USA im Bereich des Volunteering eingesetzt wird. Das Prinzip ist ähnlich wie die in Deutschland verwendeten Club- und Rabattkarten. Neu daran ist die Übertragung auf die Freiwilligentätigkeit. Jeder Verein/Initiative benennt 1 - 2 besonders engagierte Freiwillige, welche für ihre Tätigkeit mit dieser Card geehrt werden. Für ein Jahr besteht für sie die Möglichkeit, vergünstigte Dienstleistungen und Angebote verschiedener Parchimer Firmen und Einrichtungen zu erhalten. Bisher konnten fünf Kooperationspartner aus dem Bereich der Wirtschaft gewonnen werden, die sich bereit erklärten, das freiwillige Engagement auf diese Weise anzuerkennen und zu würdigen. Auch die Stadt Parchim wird sich bis Ende der Sommerpause in diese Form der Ehrung mit einbringen. „ZiP“ bemüht sich selbstverständlich weiter, neue Kooperationspartner zu gewinnen, um dieses Engagement in seiner großen Bandbreite zu würdigen.

***Selbsthilfegruppe Schlaganfall***

Initiiert von „ZiP“ wurde die „Selbsthilfegruppe Schlaganfall“. Konzentrierte sich in der Anfangsphase die Unterstützung auf die Öffentlichkeitsarbeit, verlagert sich jetzt die Hilfe für diese Gruppe auf den inhaltlichen Bereich, bis hin zur Befähigung dieser Gruppe, sich selbstständig weiterzuentwickeln. In diesem Zusammenhang ist auch die Zusammenarbeit/Mitarbeit in den verschiedenen lokalen Gremien nicht zu unterschätzen:

- die Mitarbeit im Arbeitskreis des Drogenberatungszentrums zur Durchführung der Kampagne „Mit uns kommst Du klar“,
- die Mitgliedschaft im Arbeitskreis „Gesundheitsförderung“, in dem zur Zeit die Vorbereitung des 3. Gesundheitsmarktes ansteht,
- die ständige Kooperation mit dem Jugendring Parchim/Lübz sowie
- die Arbeit in der Vorbereitungsgruppe der Lebenshilfe zur Vorbereitung von Veranstaltungen mit und für Behinderte.

„ZiP“ nahm und nimmt weiterhin teil an Veranstaltungen wie „Gewalt gegen Frauen“ (Veranstaltung der Frauenbeauftragten, zu der auch viele Vereine eingeladen waren), Eröffnung der Präventionswoche, Jugendpolitische Konferenz

oder Eröffnung der Seniorenwoche, um nur einige Beispiele der Vernetzung und partnerschaftlichen Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene zu nennen.

Eine erfolgreiche Arbeit von „ZiP“ wird nur möglich durch diese persönlichen Kontakte, eine aktive Öffentlichkeitsarbeit und durch eine Umsetzung der Projekte, welche auf die Bedürfnisse der Freiwilligen ausgerichtet ist.

### ***Frage 6: Einbindung in die Kommune, Zusammenarbeit mit Verwaltung, Politik und Wirtschaft***

Einige dieser Verknüpfungspunkte wurden bereits in den vorhergehenden Punkten genannt. Einige weitere Aspekte/Beispiele sind:

- Kooperationen mit Kommunen und Wirtschaft hinsichtlich der Würdigung des freiwilligen Engagements („ZiP-Card“)
- Teilnahme von Vertretern aus Kommune/Wirtschaft am Initiativkreis „Runder Tisch“ (siehe Flyer)
- Ermöglichen der Verteilung von Flyern in öffentlichen Einrichtungen (z. B. Landratsamt, Kulturamt, Rathaus) und Firmen
- Bekanntgabe von zentralen Veranstaltungen/Weiterbildungen, wie z. B. das vom Finanzministerium durchgeführte Forum „Vereine- Steuern“ zur Weiterleitung an Vereine und Institutionen

Diese Kooperationen erfolgen im Rahmen einer neutralen und parteilich freien Netzwerkarbeit auf lokaler Ebene.

### ***Frage 7: Angaben zur Zahl der Mitarbeiter, Kosten/Finanzierung***

Zur Zeit arbeitet an diesem Projekt eine hauptamtliche Mitarbeiterin, unterstützt von freiwilligen, ehrenamtlichen Helfern. Zur Unterstützung verschiedener Formen der Öffentlichkeitsarbeit von Vereinen fallen vor allem Kosten für Formen der umfassenden Weiterbildungen für freiwillig Engagierte (auch mal über den lokalen Horizont hinaus), das Drucken von Flyern, Ausdrucken von Vereinsinformationen aus dem Internet und Mietkosten für Räumlichkeiten an. Die Finanzierung ist mittelfristig gesichert. Sie erfolgt über eine begrenzte Förderung durch die Robert-Bosch-Stiftung, weiterhin durch geringe Eigenmittel und der Einwerbung von Spenden und Bußgeldern. Auf Grund des jetzigen Verlaufes und Bedarfes ist eine längerfristige Absicherung und Weiterführung des Projektes wünschenswert und denkbar.



### 6.4.5 Ahlen

Bewerber: Stadt Ahlen

Ansprechpartnerin: Frau Woltering, Leitstelle „Älter werden in Ahlen“,  
Westenmauer 10, 59227 Ahlen

#### ***Frage 1: Konzeption, Aufgabenprofil, Ziele***

Die Stadt Ahlen ist mit über 55.000 Einwohner/innen die größte Stadt im Kreis Warendorf und übernimmt im südlichen Münsterland die Funktion eines Mittelzentrums für einen Versorgungsbereich von 50-100.000 Einwohner/innen. Derzeit erlebt die Stadt einen tiefgreifenden Strukturwandel durch die Schließung der Zeche Westfalen im Sommer letzten Jahres. Die Jahrzehnte vom Bergbau geprägte Stadt verändert ihre Identität und fordert in diesem Prozess von den Bürger/innen, den Politiker/innen sowie der Wirtschaft und Verwaltung ein hohes Engagement.

Insbesondere in zwei Schwerpunktbereichen hat die Stadt Ahlen eine Infrastruktur initiiert, die Veränderungen und Entwicklungen zielgerichtet begleitet und steuert sowie ein hohes Maß an Bürgerbeteiligung anregt:

1. Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensqualität älterer sowie hilfs- und pflegebedürftiger Menschen in Ahlen,
2. Maßnahmen zur Begleitung der Stadterneuerung in den von der Zeche geprägten Stadtteilen Süd/Ost.

In beiden Arbeitsfeldern wurden Trägervereine mit den hier jeweils tätigen Kooperationspartner/innen gegründet, die die Verankerung der Angebote in der sozialen Infrastruktur der Stadt sowie in der Bevölkerung gewährleisten. Die bürgernahen Anlauf- und Koordinationsstellen, die interessierten Bürger/innen mit Informationen und Beratung zu Seite stehen, sowie das Interesse und die Möglichkeiten für freiwilliges Engagement fördern, sind: die Freiwilligenagentur, die KAA Sozial- und Projektmanagement und das Stadtteilbüro Süd/Ost.

Durch die Selbsthilfe-Kontaktstelle für den Kreis Warendorf, die ihren Sitz in Ahlen hat, gibt es hier ein themen- und indikationsübergreifendes Dienstleistungsangebot, das auf die Unterstützung und Stabilisierung von Selbsthilfeaktivitäten abzielt. Auch aus anderen Arbeitsfeldern, wie der Jugendarbeit, Sport- und Kulturarbeit und der Volkshochschule ließen sich bedeutsame Beispiele der Förderung von Engagement und Freiwilligenarbeit anführen. Erwähnt sei hier, dass die Stadt ein sehr aktives Bürgerzentrum in einer ehemaligen Schuhfabrik unterstützt, welches von einem Bürgerverein getragen wird.

## **1. Schwerpunkt: Innovation durch Kooperation und Vernetzung – Aufbau einer Engagement unterstützenden Infrastruktur (nicht nur) in der Altenhilfe**

Auf die demografische Entwicklung mit all ihren Ausprägungen und Herausforderungen hat Ahlen schon sehr früh reagiert. Bereits 1989 wurde die Arbeitsgemeinschaft Altenhilfe gegründet, der neben den in der Altenhilfe tätigen Wohlfahrtsverbänden auch das Krankenhaus und die ambulanten Therapeut/innen angehörten. Der Altenhilfeplan wurde 1990 verabschiedet. Aus dieser AG wurde 1992 der Verein zur Förderung der Altenhilfe in Ahlen e.V. gegründet, der sich zum Verein Alter und Soziales e.V. weiterentwickelte, dem nun die Wohlfahrtsverbände, das örtliche Krankenhaus, die Altenheime, die Hospizinitiative, die Stadt und die Familienbildungsstätte angehören.

Das erste Schwerpunktthema der Arbeit lautete „Verbesserung der ambulanten Versorgung in Ahlen“. Die Geschäftsführung wird durch die kommunale Leitstelle „Älter werden in Ahlen“ wahrgenommen. Ziel und Aufgabe des Vereins ist es, einerseits gemeinsam und abgestimmt die Entwicklung und den Ausbau der Altenhilfe und Altenarbeit in Ahlen voranzutreiben und andererseits gemeinsam Projekte zur Verbesserung der Lebensqualität der älteren Menschen in unserer Stadt zu planen und durchzuführen.

Seit 1993 führt die Stadt Ahlen mit dem Verein in Ahlen Modellprojekte zur Verbesserung der Situation Pflegebedürftiger durch, die zunächst vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, dann vom Bundesgesundheitsministerium gefördert wurden. Auch das Landesministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit beteiligt sich an der Förderung. So konnten bzw. können in dem Projektnetz I „Pflege – Beratung – Betreuung“ und dem Projektnetz II „Pflege – Beratung – bürgerschaftliches Engagement“ insgesamt 24 Projekte entwickelt und umgesetzt werden. In dem Projektverbund befindet sich auch das Leitprojekt „KAA Sozial- und Projektmanagement“ in Verbindung mit der „KAA Wohn- und Pflegeberatung“. Dieses Projekt nimmt neben der Koordinierung ambulanter Angebote auch die Funktion der Beratung und Begleitung der weiteren Projekte des Netzes wahr. Damit unterstützt sie wesentlich die städtische Sozialplanung der Leitstelle „Älter werden in Ahlen“.

**Die Zusammenarbeit des Vereins „Alter und Soziales e.V.“ mit der kommunalen Leitstelle und der „KAA Sozial- und Projektmanagement“ stellt das „Ahleener System“ dar.** Es hat sich so eine Planungs- und Kooperationskultur entwickelt, die im Sinne eines „lernenden Systems“ flexibel und schnell auf neue

Entwicklungen und Herausforderungen reagieren kann. Ein zentrales Ziel, welches in dem Titel des aktuellen Projektnetzes „Pflege – Beratung – bürgerschaftliches Engagement“ zum Ausdruck kommt, ist die Förderung bürgerschaftlichen Engagements. Dabei steht im Mittelpunkt die Freiwilligenagentur, die im Projektverbund eine Querschnittsfunktion übernimmt. Sie erbringt Leistungen für die Vereinsmitglieder und ihre Angebote.

In allen Projekten und auch in den Regelangeboten der Träger/innen ist die Freiwilligenarbeit und deren Förderung ein erklärtes Ziel. **In dem der gemeinsamen Arbeit zugrundeliegenden „Integrierten Handlungskonzept zur Verbesserung und Absicherung der Lebensqualität älterer Menschen in Ahlen“ ist bürgerschaftliches Engagement und Selbsthilfe in alle Handlungsfelder einbezogen.** Durch die Aktivitäten der Freiwilligenagentur und die nun schon errichteten Strukturen wird sich dieser Erfolg weiter ausbauen lassen. Allein in dem Gemeinschaftsprojekt „LernNet Jung und Alt“ konnte die Agentur seit dessen Eröffnung im Frühjahr 2001 bereits 35 Freiwillige gewinnen.

## **2. Schwerpunkt: Ahlen im Strukturwandel – Stadtteilarbeit und Stadterneuerung**

Durch die Schließung der Zeche Westfalen sind die Bürger/innen und alle gesellschaftlichen Kräfte gefordert an einer Neuorientierung mitzuwirken. Der von dem Bergbau grundlegend geprägte Stadtteil Ahlen Süd/Ost, die Kolonie, ist seit 1995 in das Stadterneuerungsprogramm des Landes NRW aufgenommen und gilt als Stadtteil mit besonderem Erneuerungsbedarf. Nach dem Vorbild des Vereins zur Förderung der Altenhilfe in Ahlen e.V. wurde 1995 der Verein „Stadtteilforum Süd/Ost“ gegründet. Gemeinsam mit der Stadt arbeiten hier die Vertreter/innen der Schulen, Ausländergruppen, Wohlfahrtsverbände, Gewerkschaften, Kindergärten, Vereine und Gruppen im Stadtteil an der Lösung der sozialen Probleme. Ziele des Stadtteilforums sind der Aufbau und die Weiterentwicklung der sozialen Infrastruktur, insbesondere die Förderung sozialer und kultureller Projekte sowie von Maßnahmen zur Stadterneuerung und beruflichen Qualifizierung im Ahlener Südosten. Der Verein ist seit November 1995 Träger des Stadtteilbüros, das die Aufgabe der Koordination und Vernetzung von Vereinen, Verbänden, Bewohner/innen und weiteren Akteur/innen des Stadtteils im Sinne eines Stadterneuerungsmanagements übernommen hat. Auf der Grundlage von vereinbarten Teilzielen unterstützt das Stadtteilbüro insbesondere Initiativen von Bürger/innen und erreicht die wichtige Identifikation der Bewohner/innen mit dem Schicksal ihres Stadtteils. Flankiert werden diese sozialen Maßnahmen mit städ-

tebaulichen Interventionen, die erheblich zur Aufwertung und Belebung des Stadtteil beitragen.

Durch die Einrichtung dieser beiden Kooperations- und Koordinationseinheiten konnte die Stadt die Verantwortung für elementare kommunale Themen auf viele Partner/innen verteilen und Bürger/innen aktiv in die Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen einbeziehen. Durch diese dichte Zusammenarbeit konnten Verbandsegoismen überwunden und eine hohe Identifikation mit der Sozialplanung und der Umsetzung von Interventionen erreicht werden. Durch die Beteiligung von Bürger/innen und die Schaffung einer Vielzahl von Möglichkeiten sinnstiftenden, bürgerschaftlichen Engagements konnte eine hohe Bürgernähe erreicht werden.

### **Freiwilligenagentur Ahlen**

Die Freiwilligenagentur Ahlen ist ein Projekt zur Förderung, Unterstützung und Koordination des freien ehrenamtlichen Engagements in Ahlen. Der Träger der Freiwilligenagentur ist PariSozial – Gemeinnützige Gesellschaft für PARITÄTISCHE Sozialdienste mbH. Gefördert wird das dreijährige Projekt vom Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit NRW im Zeitraum vom 01.11.1999 bis zum 31.10.2002.

Die Freiwilligenagentur unterstützt, fördert und koordiniert freiwilliges Engagement in Ahlen. Das Thema Ehrenamt und Freiwilligenarbeit erhält dadurch einen hohen gesellschaftlichen Stellenwert und wird durch die neugeschaffenen Strukturen und Wirkungsmöglichkeiten aufgewertet. Folgende Intentionen werden mit der Agenturarbeit verfolgt:

- Stärkung von Ehrenamt und Freiwilligenarbeit
- Förderung des Bewusstwerdungsprozesses für die Notwendigkeit und Akzeptanz bürgerschaftlichen Engagements
- Erhöhung der gesellschaftlichen Akzeptanz und Motivation für die Übernahme freiwilliger Arbeit
- Verbesserung der Möglichkeiten für freiwilliges Engagement
- Qualitätssicherung der Freiwilligenarbeit

Die Freiwilligenagentur Ahlen erfüllt dabei folgende Aufgaben: Erfassung von Angebot und Nachfrage, Information und Beratung von Organisationen und Freiwilligen, Vermittlung, Begleitung, Kooperation und Vernetzung, Projektentwicklung/Projektarbeit, Interessenvertretung und Lobbyarbeit.

Die Freiwilligenagentur berät und informiert die Interessent/innen sowohl telefonisch als auch im persönlichen Gespräch. Insgesamt 54 Freiwillige erhielten eine individuelle Beratung. Insgesamt 61 Anfragen von den Organisationen hat die Freiwilligenagentur beantwortet. Außer der Beratung der Organisationen über das Tätigkeitsprofil möchte die Freiwilligenagentur zukünftig eine intensive Organisationsberatung über ein Freiwilligen-Audit anbieten. Dabei initiiert und begleitet die Freiwilligenagentur die Verbesserung bzw. die Einführung der Freiwilligenarbeit in den Organisationen. Getestet wird das Verfahren zunächst im Herbst dieses Jahres in der Entwicklung einer gemeinsamen Freiwilligenarbeit im Projekt LernNet.

Es sind insgesamt 54 Personen in 73 Einsatzbereiche vermittelt worden. Eine Begleitung bei den Ersteinsätzen wünschten 13 Freiwillige. Die Freiwilligenagentur begleitet Organisationen und Freiwillige bei Erstkontakten. Das monatlich stattfindende Freiwilligen-Forum bietet einen Rahmen für die Reflexion des eigenen Einsatzes und verschafft eine Übersicht über die mögliche Form der Freiwilligenarbeit in anderen Einrichtungen und Organisationen. In der Projektarbeit sowie bei dem Angebot von Weiterbildung ist ein breites Netz an Kooperationen entstanden.

Die Projektarbeit ist eines der zentralen Standbeine der Arbeit der Freiwilligenagentur. Die Projekte bieten die Möglichkeit, Einsatzgebiete des freiwilligen Engagement an der konkreten Arbeit aufzuzeigen, die Motivation zum bürgerschaftlichen Engagement zu steigern und den Bekanntheitsgrad der Freiwilligenagentur in Ahlen sowohl bei den potenziellen Freiwilligen als auch bei den Einrichtungen zu erhöhen. Bei allen Projekten übernimmt die Freiwilligenagentur folgende Aufgaben: Akquise von Freiwilligen, Begleitung der Freiwilligen, Unterstützung bei der Weiterbildung, Vermittlung an entsprechende Schulungsadressen, Beratung der beteiligten Organisationen bei der Umsetzung, Konzeption der entsprechenden Projekte, Herstellung von Kontakten, Gewinnung weiterer Kooperationspartner durch die Mitarbeit in verschiedenen Gremien.

### ***Frage 2: Engagementbereiche, Organisationsformen, Zielgruppen***

Die Freiwilligenagentur bezieht sich auf alle gesellschaftlichen Bereiche, in denen grundsätzlich ehrenamtliches und freiwilliges Engagement möglich ist. So werden über die Agenturarbeit grundsätzlich alle interessierten Freiwilligen und Vertreter von Organisationen aus den gesellschaftlichen Feldern Gesundheit, Soziales, Kultur, Schulen, Sport, Freizeit, Kirchen, Vereine angesprochen. Dabei

gilt das Prinzip der Unabhängigkeit, das heißt es wird ohne inhaltliche Bindung an Parteien, Konfessionen, Nationalitäten, Träger, Verbände und Berufsgruppen gearbeitet.

Eine der entscheidenden Handlungsgrundlagen der Freiwilligenagentur ist die Kundenorientierung. Das heißt in der konkreten Agenturarbeit, dass nicht nur der Freiwilligenbedarf in den Einrichtungen, Vereinen, Verbänden und Initiativen abgefragt wird, sondern vor allem die Wünsche und Vorstellungen der interessierten Freiwilligen Berücksichtigung finden. Die Freiwilligenagentur vermittelt sowohl in bestehende Projekte und Initiativen, sie ist aber auch bestrebt, Projektideen der interessierten Freiwilligen aufzugreifen und zu realisieren. Dabei steht jedoch die institutionelle Einbindung des Freiwilligen/der Freiwilligen im Mittelpunkt. Es bedarf eines klar benennbaren Trägers, der die Verantwortung für eine versicherungstechnische Absicherung des Freiwilligeneinsatzes und eine gute Betreuung und Begleitung garantiert. Aus diesem Grunde vermittelt die Freiwilligenagentur nicht in Privathaushalte.

Die Freiwilligenagentur Ahlen steht allen Bürger/innen, Einrichtungen, Vereinen, Verbänden und Initiativen Ahlens beratend zur Seite. Handlungsleitend ist dabei ein personenbezogenes Vorgehen. Durch die Arbeit der Freiwilligenagentur werden Möglichkeiten zur persönlichen, individuellen, sinnvollen Lebens- und Freizeitgestaltung gegeben. Neben der Verbesserung des Lebensumfeldes und der gesellschaftlichen Situation Ahlens, geht es vor allem darum, die persönliche Lebenssituation der Nutzer/innen zu verbessern und Handlungsperspektiven für die individuelle Lebensgestaltung zu gewinnen. Die ehrenamtliche und freiwillige Arbeit ist dabei im Hinblick auf die Situation und Strukturen der Organisationen immer als komplementäres Angebot zu sehen. Die Freiwilligenagentur Ahlen berät alle Organisationen, die Interesse bekunden weitere Freiwillige einzusetzen oder erstmalig freiwilliges Engagement einbinden wollen. Tritt eine Organisation an die Freiwilligenagentur heran, so wird sie anhand des spezifischen Tätigkeitsprofils beraten. Besteht ein weiterer Beratungsbedarf, sucht die Freiwilligenagentur die Organisation auf und führt vor Ort mit den Zuständigen ein intensives Gespräch. Gegenwärtig entwickelt die Freiwilligenagentur einen Beratungsleitfaden, der die Erfahrungen der Organisationsberatungen komprimiert und das Beratungsgespräch standardisiert.

***Frage 3: Instrumente der Öffentlichkeitsarbeit***

Es wurden insgesamt 2000 Flyer im Raum Ahlen verteilt, ausgelegt und verschickt. Regelmäßige Pressearbeit begleitet die unterschiedlichsten Aktivitäten der Freiwilligenagentur (Projektarbeit, Weiterbildungen, Ankündigungen: Freiwilligen-Forum, Jobparade in der regionalen Presse, geplant: Freiwilligenportraits im Ahlener Tageblatt und im Radio WAF, Job-Parade im Radio WAF). Es wurde ein Film zum Thema „Ehrenamtliches Engagement in Ahlen“ erstellt. Dieser Film hatte seine Premiere bei der offiziellen Eröffnung der Freiwilligenagentur und ist seitdem auf mehreren öffentlichen Veranstaltungen der Ahlener Bevölkerung zugänglich gemacht worden. Zur offiziellen Eröffnung der Freiwilligenagentur wurden ca. 100 haupt- und ehrenamtliche Vertreter aus Ahlener Organisationen, Einrichtungen, Vereinen und Initiativen eingeladen.

Aushänge und Auslagen informieren über aktuelle Veranstaltungen und offene Stellen. Sie werden in Paritätischen Zentren, Familienbildungsstätte, Senioreneinrichtungen, Bürgerzentrum, Bürgeramt, Jugendamt, Marktkauf verteilt. Ein umfassendes Konzept des Außenauftrittes mit Logo, Flyer, Briefpapier usw. wurde entwickelt. Die Freiwilligenagentur Ahlen ist auch im Internet präsent ([www.freiwilligenagentur-ahlen.de](http://www.freiwilligenagentur-ahlen.de)).

Die Freiwilligenagentur Ahlen war auf regionalen Veranstaltungen wie z. B. auf der Seniorenwoche im Mai, auf dem Stadtteilstfest im Juni letzten Jahres und mit Infoständen vor dem neuen Marktkauf präsent. Die Veranstaltung von Vorträgen und Seminaren zum Thema Ehrenamt und Freiwilligenarbeit zur Information und Vorstellung der Agenturarbeit erfolgt je nach Bedarf in Kooperation mit entsprechenden Einrichtungen.

***Frage 4: Erfahrungen bei der Entwicklung und Schwierigkeiten***

Zur allgemeinen Akzeptanz der Freiwilligenagentur haben entscheidend das Projektnetz II, die Institution der Lenkungsgruppe und der Beirat der Freiwilligenagentur beigetragen. Die Freiwilligenagentur Ahlen kann in Gegensatz zu vielen anderen Agenturen auf die Zusammenarbeit der Einrichtungen der unterschiedlichsten Wohlfahrtsverbände vor Ort zählen. Die Einbindung ist über die Beteiligung an dem Projektnetz II garantiert und erleichtert die Arbeit der Freiwilligenagentur deutlich. Die Anerkennung der Freiwilligenagentur als unabhängige Beratungs- und Vermittlungsinstanz ist recht hoch, insgesamt 41 Einrichtungen. Vereine und Verbände haben ihren Freiwilligenbedarf angemeldet. Insgesamt 61 mal wurde die Freiwilligenagentur von ihnen kontaktiert.

Der Freiwilligenagentur steht die **Lenkungsgruppe** als eine beratende Instanz in Fragen der inhaltlichen Ausrichtung, zur Seite. Dieses Gremium trifft sich regelmäßig, um die Arbeit der Freiwilligenagentur zu begleiten, Problemlösungen zu entwickeln und neue Akzente für die zukünftige Arbeit zu setzen. In der Lenkungsgruppe sind vertreten: die Selbsthilfekontaktstelle, der Geschäftsführer des PariSozial, die Leitstelle „Älter werden in Ahlen“ und die KAA. Unterstützend wirken auch die **Beiratsmitglieder**, die sich als aktive Teilhaber an der Förderung des freiwilligen Engagements verstehen. Vertreten sind im Beirat die wichtigsten Verbände, städtische Einrichtungen, Bildungseinrichtungen, beide regionale Zeitungen, Politik und Verwaltung. Der Beiratsvorsitzende und Bürgermeister der Stadt Ahlen unterstützt die Freiwilligenagentur in seiner Funktion als Schirmherr. Handfeste Unterstützung erhält die Freiwilligenagentur auch von den regionalen Zeitungen, die sich dazu bereit erklärt haben, die Jobparaden regelmäßig und kostenlos zu veröffentlichen.

Schwierigkeiten hat die FA Ahlen damit, die Bevölkerung zum freiwilligen Engagement zu mobilisieren. In der traditionell geprägten Arbeiterstadt, die einen recht hohen Anteil an Migrant/innen aufweist, ist der Gedanke der sozialen Bewegungen und des bürgerschaftlichen Engagements recht gering ausgeprägt. Die Bindungen an das traditionelle Ehrenamt ist relativ hoch und das Potenzial für das neue Ehrenamt noch weitestgehend unbekannt. Die Mobilisierung der Bevölkerung bedarf hier anderer Konzepte als in urbanen Gebieten mit geringer Bindungskraft der traditionellen Strukturen und hoher räumlicher und sozialer Mobilität. Aus der Erkenntnis heraus, dass es in Ahlen nicht genügt, ein übersichtliches und reichhaltiges Angebot des freiwilligen Engagements zu unterbreiten, hat die Freiwilligenagentur einen inhaltlichen Wandel vollzogen. Um die Berührungssängste in der Bevölkerung zu minimieren und Vorbildcharakter hervorzuheben, hat die Freiwilligenagentur ihre Arbeit auf Projektförderung, Organisationsberatung und die Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit verlagert. Die Verstärkung der Projektarbeit folgt der These, dass die Bürger/innen sich leichter motivieren lassen, wenn die Aufgaben der Freiwilligen klar definiert, die Betreuung, Qualifikationsmöglichkeiten und Mitspracherechte gegeben und gute Freiwilligenarbeit garantiert sind. In Projekten, die den „Zeitgeist“ und eine klare Zielgruppe gut treffen, ist die Wahrscheinlichkeit Menschen anzusprechen, die noch nicht in ehrenamtlichen Engagement eingebunden sind, relativ groß.

Der Erfolg der Projektarbeit als Mobilisierungsmethode soll zunächst an dem Projekt „LernNet Jung und Alt“ getestet werden. Die Freiwilligenagentur hat sich



seit April dieses Jahres intensiv in der Betreuung des Projektes engagiert. Das Projekt hat zum Ziel, älteren Menschen das Internet und die damit einhergehende Möglichkeiten der Kommunikation und des Wissenserwerbs näher zu bringen. Insgesamt sechs Internetcafés im Raum Ahlen haben sich zu diesem Zweck zu einem Projektverbund zusammengeschlossen und weitere Kooperationspartner werden permanent aufgenommen. Gefördert werden die Internetcafés vom Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit des Landes NRW. Die Angebotspalette ist sehr vielfältig: In den Internetcafés werden offene Nutzungszeiten für Interessent/innen (Betreuung durch Freiwillige und Hauptamtliche) und kostenlose oder mit einer geringen Gebühr belegten Schnupperkurse (durch Freiwillige geleitet) angeboten. Diejenigen, die an Schnupperkursen teilgenommen haben und Interesse an einer Vertiefung des Wissens haben, bietet der Projektverbund weitere Kurse an. Auch diese werden teilweise von ehrenamtlichen Kräften durchgeführt und durch die Freiwilligenagentur organisiert. Die Freiwilligenagentur hat dabei folgende Aufgaben übernommen: Erfassung des Freiwilligenbedarfes in den Internetcafés, Suche nach Freiwilligen, Koordination der Schulungen für Freiwillige und für ältere Menschen, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit für das freiwillige Engagement, für die einzelnen Internetcafés, für das Projektnetz, für die Schulungen, Beratung der Internetcafés in der Organisation und Freiwilligenarbeit. Geplant ist es, im September im Projekt LernNet ein Freiwilligen-Audit durchzuführen, mit dem Ziel, ein gemeinsames Konzept der Freiwilligenarbeit im Verbund zu entwickeln. Die Resonanz auf das Projekt ist relativ hoch. Insgesamt 10 Freiwillige haben sich auf Anzeigen hin gemeldet und 10 weitere Personen haben an den Schulungen teilgenommen. Die Presse hat umfangreich berichtet. Eine Pressereihe über die Internetcafés ist bei der Ahlener Zeitung geplant. Die Präsenz der Freiwilligenagentur in der Öffentlichkeit ist dadurch gestärkt.

Die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, die das Projekt LernNet betreffen, wird unterstützt durch die Verstärkung der Pressearbeit für die Freiwilligenagentur. Die Job-Parade, die bisher an die Druckorgane versandt wurde, geht nun auch an das Radio Warendorf. Damit wird die Reichweite deutlich erhöht. Gleichzeitig wird ab August/September im Radio Warendorf und im Ahlener Tageblatt aus Anlass des Internationalen Jahr der Freiwilligen eine Portrait-Reihe abgedruckt. Freiwillige aus unterschiedlichsten Engagementbereichen können dabei ihre Motivation zum freiwilligen Einsatz schildern und ein persönliches und praxisorientiertes Bild des freiwilligen Engagements vermitteln.

Parallel dazu bietet sich die Freiwilligenagentur Ahlen in viel stärkerem Maße als Beratungsinstanz für Einrichtungen in Fragen der Freiwilligenarbeit an; mit dem Ziel, die Einrichtungen für die Einbindung des freiwilligen Engagements, das andere Anforderungen an die Organisationen stellt als das sog. alte Ehrenamt, fit zu machen. Die Freiwilligenagentur entwickelt gegenwärtig ein Veranstaltungskonzept, in dessen Ablauf die Freiwilligenarbeit im Projekt LernNet erfasst, bilanziert und neu konzeptioniert wird. Das Ziel dieser Veranstaltung ist es, die Sensibilität für die Fragen der Freiwilligenarbeit zu erhöhen, Potenziale des Einsatzes von Freiwilligen zu erkennen und nötige Maßnahmen einzuleiten. Damit soll die Rolle der Freiwilligenagentur als Beratungsinstanz, die allen Einrichtungen, Verbänden und Vereinen offen steht, verdeutlicht und gestärkt werden.

***Frage 5: Beteiligung, Vernetzung, partnerschaftliche Zusammenarbeit***

Kooperationen werden vor allem in der Projektarbeit sowie in Weiterbildungsangeboten, aber auch in allen anderen Feldern der Arbeit der Freiwilligenagentur gesucht:

- Lenkungsgruppe (PariSozial, Selbsthilfekontaktstelle, Leitstelle „Älter werden in Ahlen“ der Stadt Ahlen, „Koordinationsstelle Ambulante Angebote“)
- Beirat (siehe Beantwortung der Frage 4)
- Mitarbeit bei der Planungsgruppe: Selbsthilfe und bürgerschaftliches Engagement im Kreis Warendorf zur Erstellung eines Familienberichtes
- Konzeptioneller Austausch über die Regionalgruppe der Freiwilligenagenturen Münsterland/Ruhrgebiet

***Frage 6: Einbindung in die Kommune***

Die Einbindung ist sehr stark ausgeprägt, vor allem über das Projektnetz II. Gering sind noch die Verbindungen zur Wirtschaft. Das Bestreben, diesen Sektor in die Agenturarbeit zu integrieren, dokumentiert sich in dem Projekt „LernNet Jung und Alt“. Als Sponsoren konnten gewonnen werden: Volksbank und Sparkasse. Als Kooperationspartner haben die gewerblichen Bildungsanbieter Lenzen Jack und die FAA ihr Interesse bekundet.

***Frage 7: Mitarbeiter, Kosten und Finanzierung***

Die Freiwilligenagentur ist mit einer vollen Stelle und einer 25%igen Verwaltungskraft besetzt. Gefördert wird das dreijährige Projekt vom Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit NRW im Zeitraum vom 01.11.1999 bis zum 31.10.2002. Den Eigenanteil von 20 % der Kosten trägt PariSozial.

**LernNet Jung und Alt oder Neue Medien in alten Treffpunkten**

1999 beauftragte die Stadt Ahlen das Institut Empirica mit der Erstellung eines Gutachtens „Potenziale und Perspektiven der Neuen Medien für Ahlen“. Intensiv wurden auch die Chancen und Risiken der Neuen Medien für ältere Menschen diskutiert. Zeitgleich stellt die Leitstelle mit den Trägern der Treffpunkte älterer Menschen eine Projektkonzeption zu dem medienpädagogischen Projekt „LernNet Jung und Alt“ auf. Der Erwerb von Kompetenzen für den Umgang mit dem PC und dem Internet wird in dem Projekt LernNet nicht als Selbstzweck verfolgt, sondern als Mittel zur Erweiterung und Absicherung der sozialen Teilhabe älterer Menschen und damit zur Steigerung der sozialen Lebensqualität dieser Zielgruppe. Außerdem birgt das Projekt eine Vielzahl von Betätigungsfeldern für ehrenamtlich Tätige und fördert daher das bürgerschaftliche Engagement in der Stadt.

***Umsetzung des Projektes: Soziale Teilhabe durch innovative offene Altenarbeit:***

Das Internetcafé im Treffpunkt spricht ältere Menschen jeder Altersgruppe an. Die Vermittlung der Medienkompetenz beginnt in Kleingruppen im Treffpunkt in geselliger und niedrigschwelliger Atmosphäre. Anders als in Lehrgängen, kann jeder nach seinem eigenen Tempo lernen ohne den Anschluss zu verlieren. In dieser Phase findet eine erste soziale Gruppenbildung statt und Grundkenntnisse werden vermittelt.

**Begegnungen zwischen Jung und Alt vor dem Bildschirm:** Die Lehrpersonen sind Schüler/innen, Praktikant/innen und Ehrenamtliche, die für diesen Einsatz zunächst qualifiziert werden. Für Jugendliche an der Schwelle zur beruflichen Ausbildung sind Zertifikate über ihre Tätigkeit im LernNet für Bewerbungen sehr hilfreich.

**Stufenweiser Aufbau von Medienkompetenz:** Nachdem die älteren Menschen einen Einstieg in die Materie im Treffpunkt vollzogen haben und sich gegenseitig kennengelernt haben, setzen sich die Kleingruppen zu einer üblichen Kursgröße von 10 bis 12 Personen zusammen und begeben sich nun in Schulungsräume, die z. B. in den Schulen im Rahmen der e-initiative des Landes eingerichtet wurden.

**Öffnung und Belebung der Treffpunkte:** Nun ist die Zeit gekommen, aus den Kursen eine größere Gruppe zu bilden, im Sinne eines Computerclubs. Der Computerkurs wird zum Computerclub, eine neue Nutzer/innengruppe etabliert sich im alten Treffpunkt. Für die übrigen Nutzer/innengruppen bedeutet die Einrichtung eines Senioreninternetcafés und die Etablierung der Computergruppe

eine Strukturveränderung ihres Treffpunktes. Dieser Prozess im Sinne einer Zielfindung und Standortbestimmung wird begleitet.

**Standards:** Das LernNet ist ein Verbund, der seiner Arbeit Standards zugrunde legt. Jegliche Nutzung des PCs und des Internets, die mit gewaltverherrlichenden und rechtsradikalen Inhalten verbunden ist, wird grundsätzlich abgelehnt. Als technische Mindeststandards werden die Richtlinien des SOL-SeniorenOnLine empfohlen. Für die Schulung der Ehrenamtlichen ist ein Curriculum aufgestellt.

**Öffentlichkeitsarbeit:** Für die erfolgreiche Umsetzung des Konzeptes LernNet findet neben der Öffentlichkeitsarbeit für die eigenen Internetcafés auch gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit für den Verbund statt. Internetcafés, die sich der Vereinbarung der Arbeitsgruppe anschließen, können im Sinne eines Gütesiegels das Logo des LernNet Jung und Alt verwenden.

**Zusammenarbeit:** Alle Einzelinitiativen werden in einen abgestimmten Zusammenhang gestellt. Das Projekt „LernNet Jung und Alt“ versteht sich als ein Bestandteil des Landesverbundes SOL-SeniorenOnLine und arbeitet mit diesem soweit wie möglich zusammen. SOL wiederum gestattet dem LernNet die Verwendung des SOL-Logos. Jedes Internetcafé setzt eigene Akzente und setzt das Konzept entsprechend der eigenen Infrastruktur und Möglichkeiten unterschiedlich um.

Heute gibt es bereits sieben Senioren Internetcafés in Ahlen. Für die Erarbeitung und Umsetzung des Projektes bildete sich zunächst eine Arbeitsgruppe des Vereins, die sich in der Folge um weitere Projektpartner/innen ergänzte. Das LernNet ist ein Projekt, das in das übergreifende Netzwerk „SINN – Senioren in neuen Netzwerken“ integriert ist. Das Netzwerk SINN dient der gemeinsamen und abgestimmten Entwicklung neuer Initiativen und deren integrierten Umsetzung. Es besteht aus dem Internetportal „Senioren-Ahlen.de“ und umfasst die Maßnahmen im Themenkomplex „Neue Medien und alte Menschen“.

#### **6.4.6 Freiwilligen-Zentren des Rhein-Sieg-Kreises**

Bewerber: Freiwilligen-Zentren des Rhein-Sieg-Kreises

Ansprechpartnerin: Jutta Thomas-Ackermann, Mühlenstr. 2-4, 53721 Siegburg

***Frage 1: Konzeption, Aufgabenprofil, Ziele***

Die beiden Freiwilligen-Zentren des Rhein-Sieg-Kreises bieten den Bürger/innen ihre Leistungen zu allen Angelegenheiten rund um das bürgerschaftliche Engagement. Der Rhein-Sieg-Kreis ist flächenmäßig mit 1.153 qkm einer der größten Landkreise in NRW. Dort leben 574.306 Menschen. Um einmal quer mit dem Auto durch den Rhein-Sieg-Kreis zu fahren, benötigt man 1 ½ Stunden. Da der Rhein eine natürliche Grenze zwischen den Regionen bildet, lag es nahe, zwei Zentren aufzubauen. So ist das Freiwilligen-Zentrum Siegburg für den rechtsrheinischen und das Freiwilligen-Zentrum OASE Meckenheim für den linksrheinischen Teil zuständig. Beide Zentren haben ein Konzept entwickelt, das den besonderen Gegebenheiten eines großen Landkreises mit sehr unterschiedlichen Kommunen entspricht. Sie arbeiten an der Schaffung dezentraler Strukturen, da sich freiwilliges Engagement in einem solchen Kreisgebiet allein von der Kreisstadt aus nur bedingt fördern lässt. Der Aufbau von lokalen Anlaufstellen für freiwilliges Engagement, betrieben von qualifizierten Freiwilligen vor Ort und begleitet und koordiniert von den hauptberuflichen Mitarbeiter/innen der beiden Freiwilligen-Zentren, ermöglicht auch kleineren Kommunen die Partizipation an der gesellschaftlich bedeutenden Aufgabe der Engagementförderung. Unseres Wissens verfügen keine weiteren Freiwilligenagenturen über ein solches Konzept. Exemplarisch darstellen möchten wir es am Beispiel des Freiwilligen-Zentrums Siegburg. Das Freiwilligen-Zentrum Siegburg ist eine gemeinsame Einrichtung des Caritasverbandes für den Rhein-Sieg-Kreis e.V., des Diakonischen Werkes des Evangelischen Kirchenkreises an Sieg und Rhein, des katholischen Vereins für soziale Dienste im Rhein-Sieg-Kreis e.V. (SKM) und des Sozialdienstes katholischer Frauen im Rhein-Sieg-Kreis e.V. (SkF) und wird für die Dauer von drei Jahren durch das Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit des Landes NRW gefördert. Es hat seinen Sitz in der Kreisstadt Siegburg und nahm dort am 01.10.1999 seine Arbeit auf. Den Mitarbeiter/innen stehen zwei Büroräume (einer mit Beratungsecke) sowie ein Seminarraum für Fortbildungsangebote und Besprechungen zur Verfügung.

Die besondere Situation des Freiwilligen-Zentrums Siegburg liegt darin begründet, dass es als Fachstelle für die Förderung bürgerschaftlichen Engagements eben nicht nur für das Stadtgebiet Siegburg, sondern für eine flächenmäßig sehr große und unterschiedlich strukturierte Region mit 420.000 Einwohnern in 13 Städten und Gemeinden zuständig ist. Hier unterscheiden sich Kommunen in ländlichen Gebieten von denen in Stadtgebieten. Diese vorgegebenen infrastrukturellen Bedingungen bringen nachhaltige Schwierigkeiten mit sich, vor allem

hinsichtlich Erreichbarkeit, Überschaubarkeit der Angebotsvielfalt und passgenauer Vermittlung. Auf diese Gegebenheiten reagierten die pädagogischen Mitarbeiterinnen der Einrichtung, indem sie die ursprüngliche Konzeption weiterentwickelten und ein **innovatives Konzept für den Aufbau und die Koordination dezentraler Anlaufstellen** in der Freiwilligenarbeit vorlegten. Im April 2001 eröffnete die erste dezentrale Anlaufstelle in Kooperation mit dem Freiwilligen-Zentrum Siegburg in Sankt Augustin, weitere sind in Planung.

Ziel des Freiwilligen-Zentrums ist es, dem sich ändernden Anspruch von Menschen, die sich freiwillig engagieren, gerecht zu werden und bürgerschaftliches Engagement im gesamten Rhein-Sieg-Kreis zu fördern. Das bedeutet:

- verbesserte Zugangswege und Rahmenbedingungen für das freiwillige Engagement vor Ort zu schaffen,
- Brücken zwischen traditionellem Ehrenamt (besonders in Kirchengemeinden und Vereinen) und neuem freiwilligen Engagement zu schlagen,
- den einzelnen Kommunen Anregungen hinsichtlich einer Engagementförderung vor Ort zu geben,
- Konzepte zur Einrichtung von lokalen Beratungsstellen für Freiwillige vorzulegen,
- gemeinsam Handlungsschritte zu entwickeln und dabei die lokalen Ressourcen zu berücksichtigen und
- das eigene Know-how den kommunalen Partnern zur Verfügung zu stellen.

Um dieses Ziel zu erreichen, hat das Freiwilligen-Zentrum Siegburg Aufgabenprofile in folgenden Leistungsbereichen herausgebildet:

### ***Leistungsbereich 1:***

Aufbau einer flächendeckenden Infrastruktur zur Förderung freiwilligen Engagements mit den Schwerpunkten:

- Gewinnung lokaler Kooperationspartner unter Berücksichtigung der vorhandenen Ressourcen
- Aufbau dezentraler Informations- und Beratungsstellen für freiwilliges Engagement
- Fortbildung und Qualifizierung von Freiwilligen, die vor Ort in enger Kooperation mit dem Freiwilligen-Zentrum Beratung und Vermittlung anbieten
- Aufbau und fachliche Begleitung eines Beraterteams bei Bedarf
- Projektunterstützung im lokalen Raum
- Vernetzung der im Bereich der Engagementförderung bereits tätigen Institutionen

***Leistungsbereich 2:***

Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit mit den Schwerpunkten:

- Vertretung der Ziele und Aufgaben des Freiwilligen-Zentrums in der Öffentlichkeit
- Anregung des öffentlichen Diskurses über bürgerschaftliches Engagement
- Verbesserung der Rahmenbedingungen freiwilligen Engagements
- Entwicklung von Anerkennungsformen
- Stärkung der Freiwilligen, ihre eigenen Interessen zu vertreten („Sozialkapital“)
- Verbesserte Kenntnis der Angebotsvielfalt im gesamten Kreisgebiet

***Leistungsbereich 3:***

Beratung und Qualifizierung mit den Schwerpunkten:

- Beratung und Vermittlung von Freiwilligen
- Beratung von Organisationen
- Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Hauptberuflichen und Freiwilligen in Institutionen
- Aufbau eines Qualifizierungsnetzwerkes für Freiwillige

***Frage 2: Engagementbereiche, Organisationsformen, Zielgruppen***

Oberstes Ziel ist es, allen Bürger/innen aus der Region den Zugang zu freiwilligem Engagement zu erleichtern. Im Mittelpunkt der Informations- und Beratungsgespräche steht jeweils der Freiwillige mit seinen Interessen und Erwartungen, die er an das Engagement stellt. Daher bemüht sich das Freiwilligen-Zentrum, eine möglichst umfassende Angebotspalette vorzuhalten, so dass der interessierte Freiwillige wählen kann, welche Aufgabe seinen Neigungen und zeitlichen Vorstellungen entspricht. Die Erfahrung zeigt, dass die Entscheidung vielfach von der Attraktivität der Aufgabe und weniger von der lokalen Nähe abhängt.

Das Freiwilligen-Zentrum Siegburg informiert und berät themenübergreifend zu allen Formen bürgerschaftlichen Engagements. Wiederum aufgrund der spezifischen Situation, für ein so großes Kreisgebiet zuständig zu sein, entwickelten die Mitarbeiter/innen einen sogenannten „Tätigkeitskatalog“, der den Interessenten einen ersten Überblick über die Vielfalt der Angebote bietet. Der Katalog dient den Mitarbeiter/innen des FWZ als ein Medium, die Angebote im Kreisgebiet zu publizieren, da er an den jeweiligen dezentralen Anlauf- oder Beratungsstellen im Kreisgebiet ausliegt (bisher in Much, Hennef, Troisdorf, Sankt Augustin, Lohmar). Er enthält ein Inhaltsverzeichnis, welches die Engagementbereiche im

Überblick zeigt. Bisher enthält der Katalog 208 Angebote aus den Engagementbereichen: Interessenvertretung, Kultur, Soziales (Kinder, Jugendliche, Senioren, Menschen mit Behinderungen, Kindergärten, Justiz), Sport/Bewegung, Umwelt, Rettungsdienste, Büro und Handwerk. Voraussetzung für die Entwicklung eines solchen Kataloges ist eine Bedarfserhebung bei Organisationen mittels eines dafür entwickelten Fragebogens. Die Bedarfserhebung ist bisher in den Städten Siegburg und Sankt Augustin geschehen, in der Stadt Hennef läuft sie zur Zeit. Aus den rückläufigen Fragebögen werden kurze Tätigkeitsprofile erstellt. Diese werden dann entsprechend den Engagementbereichen in unserem Katalog zugeordnet. Überholte Angebote werden entfernt, so dass der Katalog ständig aktualisiert wird.

Sollte das Informations- oder Beratungsgespräch zeigen, dass der Bürger andere Interessen und Erwartungen mitbringt als die katalogisierten Tätigkeiten anbieten, so wird entweder nach einem entsprechenden Angebot nachgefragt oder an die in Frage kommende Kontakt- und Informationsstelle im Kreisgebiet weitervermittelt, wie z. B. an KISS, AWO-Wissensbörse, Seniorenbüro Hennef, Aktive Senioren Siegburg.

Das Freiwilligen-Zentrum arbeitet mit allen Organisationen zusammen, deren Gemeinnützigkeit anerkannt ist. Die Formen der Organisationen sind unterschiedlich: Verbände, Vereine, Kirchengemeinden, Initiativen, Projekte, Einrichtungen wie z. B. Seniorenheime, Kindergärten u. a. Erfahrungsgemäß können durch eine gute Beratungs- und Vermittlungsarbeit Enttäuschungen auf beiden Seiten vermieden werden. Bisher fanden 274 Kontakte mit den zu beratenden Organisationen statt. Im Selbsthilfe-Bereich wird eng mit der Kontakt- und Informationsstelle für Selbsthilfe (KISS) zusammen gearbeitet. Interessierte aus diesem Bereich werden an diese Fachstelle weiter vermittelt.

Neben den Beratungsgesprächen für Organisationen bietet das Freiwilligen-Zentrum auch umfangreiche Qualifizierungen an. Zwei konkrete Angebote an Organisationen seien genannt:

- Weiterbildung von hauptberuflichen Mitarbeitern sozialpsychiatrischer Zentren mit dem Ziel, Strategien zu entwickeln, die auf der einen Seite die gemeindepsychiatrische Versorgung um das freiwillige Engagement von Bürger/innen bereichern und gleichzeitig die Institutionen in den Stand versetzen, die Mitarbeit für Freiwillige attraktiv und wertschätzend zu gestalten



- Seminarangebote für gemeinnützige Organisationen, Vereine, Kirchengemeinden, die freiwillige Mitarbeiter/innen für ihre vielfältigen Aufgaben gewinnen möchten

Das Freiwilligen-Zentrum bietet grundsätzlich allen interessierten Bürger/innen kostenlose Information und Beratung an. Über 400 Informations- und Beratungskontakte mit Interessenten wurden bisher registriert. Mit 90 Interessierten wurden ausführliche Vermittlungsgespräche geführt, deren Ergebnisse in einem entsprechenden Fragebogen ebenfalls dokumentiert werden. Am stärksten frequentiert wurden die Beratungsangebote von der Altersgruppe der 41-50jährigen, davon zwei Drittel Frauen. 66 % der beratenen Personen waren vorher noch nie ehrenamtlich tätig. Freiwillig/ehrenamtlich tätige Mitarbeitergruppen in Kirchengemeinden (z. B. Diakonieausschüsse) und sozialen Organisationen werden Seminare zur Klärung von Motivationen und Rahmenbedingungen angeboten: „Lust und Frust im Ehrenamt“. In einer einmaligen Aktion wurden vom Freiwilligen-Zentrum große Arbeitgeber der Region angeschrieben mit dem Ziel, Infomaterial vorrangig an die in den Ruhestand entlassenen Arbeitnehmer zu verteilen. Die zielgruppenspezifische Ansprache von Jugendlichen ist ein geplantes Projekt des Freiwilligen-Zentrums ab Ende 2001. Hier wurden Vorgespräche mit einer Realschule (Lohmar) geführt sowie mit dem Haus der Jugend in Königswinter bzgl. der Einrichtung einer Informationsstelle mit Schwerpunktangeboten für an Engagement interessierte junge Leute.

### ***Frage 3: Instrumente der Öffentlichkeitsarbeit***

Neben vielfältigen öffentlichkeitswirksamen Aktionen, auch in partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit anderen lokalen Akteuren, arbeitet das Freiwilligen-Zentrum Siegburg mit allen zur Verfügung stehenden Instrumentarien der Öffentlichkeitsarbeit, die dazu dienen, Ziele und Aufgaben des Freiwilligen-Zentrums bekannt zu machen, Freiwillige zu werben, freiwilliges Engagement in Politik und Gesellschaft aufzuwerten und Information über konkrete Engagementmöglichkeiten zu geben. Wesentlicher Bestandteil der Öffentlichkeitsarbeit sind kontinuierliche Pressekontakte. Besonders bei Aktionen gilt es, Vertreter der drei großen Tageszeitungen sowie der lokalen Anzeigenblätter zu Pressekonferenzen und Berichterstattung der Veranstaltungen einzuladen. Auch der lokale Radiosender (Radio Bonn-Rhein-Sieg) wird zur Publikation genutzt.

**Weitere Instrumentarien der Öffentlichkeitsarbeit:**

- Persönliche Ansprache im Rahmen von Präsentationen
- Zielgruppenspezifische Informationsschreiben an Interessierte, Institutionen, Vereine, Vertreter aus Politik und Verwaltung
- Flyer und bedruckte Einkaufschips als Werbemittel
- Stelltafel mit monatlich aktualisierten Stellenangeboten im Eingangsbereich
- Einladung zum „Tag der offenen Tür“
- Durchführung von Podiumsdiskussionen und Fachvorträgen (z. B. Versicherungsschutz)
- Eigene Homepage (unmittelbar vor der Fertigstellung)

**Frage 4: Erfahrungen bei der Entwicklung und Schwierigkeiten**

Zu Beginn konzentrierte sich die Arbeit auf das Stadtgebiet Siegburg, dem Standort des Freiwilligen-Zentrums. Gestartet wurde mit Presse- und Bürgerinformation sowie mit der Bedarfserhebung mittels Fragebögen bei allen ortsansässigen Organisationen. Von der Stadt Siegburg wurde dem Freiwilligen-Zentrum ein Beigeordneter als Ansprechpartner zur Seite gestellt, dem es gelang, dass die erste Auflage unseres Faltblattes durch die Stadt finanziert wurde.

In dem Bemühen, die Aufgaben und Ziele des Freiwilligen-Zentrums der Öffentlichkeit nahe zu bringen, wurden wir immer wieder mit den Schwierigkeiten konfrontiert, die Komplexität einer solchen Aufgabe der Engagementförderung zu verdeutlichen. Beispielhaft seien typische Missverständnisse auf Seiten der Organisationen genannt: (1) Es besteht vielfach die Vorstellung, aus einem bereits vorhandenen Pool des Freiwilligen-Zentrums einen Freiwilligen ordern zu können. (2) Rahmenbedingungen, wie die Benennung eines Ansprechpartners für den Freiwilligen und eine klare Tätigkeitsbeschreibung, werden nicht geschaffen oder der Dringlichkeit, einen freiwilligen Mitarbeiter zu finden, untergeordnet.

Die Idee war so neu, dass sehr viel Energie in die Erläuterung des Konzeptes und Darstellung der Aufgaben und Ziele investiert werden musste. Hinzu kam, dass der Name „Freiwilligen-Zentrum Siegburg“ entfernt liegende Kommunen zu der Annahme veranlasste, das Zentrum sei für diese nicht zuständig. Wir reagierten darauf, indem wir unseren Namen mit dem Zusatz „Partner für ehrenamtliches Engagement im rechtsrheinischen Rhein-Sieg-Kreis“ ergänzten. In dieser Phase konnten viele Erfahrungen im Umgang mit Kommunen gesammelt werden, die bei der Implementierung im gesamten Kreisgebiet nützlich sind.

Mit der Förderung des freiwilligen Engagements im Rhein-Sieg-Kreis sind mehrere unterschiedliche Vermittlungsstellen befasst. Um jedem interessierten Bürger die vielfältigen Möglichkeiten freiwilligen Engagements näherzubringen, initiierte das Freiwilligen-Zentrum als ersten Schritt des Dezentralisierungsprozesses die Gründung der Arbeitsgemeinschaft „Bürgerschaftliches Engagement im Kreisgebiet“. Es ist ein großer Erfolg, dass sich trotz anfänglicher Konkurrenz-Ängste, unter Federführung des Freiwilligen-Zentrums die AG mit folgenden Kooperationspartnern gegründet hat: (1) Seniorenbüro Hennef (Beratungsschwerpunkt: lokal auf Hennef und zielgruppenspezifisch auf Senioren begrenzt); (2) Aktive Senioren Siegburg (Beratungsschwerpunkt: lokal auf Siegburg und zielgruppenspezifisch auf Senioren begrenzt); (3) Kontakt- und Informationsstelle für Selbsthilfe KISS (Beratungsschwerpunkt: Selbsthilfegruppen im Rhein-Sieg-Kreis mit Sitz in Troisdorf); (4) AWO-Wissensbörse (Beratungsschwerpunkt: Einzelne, die nach dem Suche-Biete-Prinzip vorwiegend an Privatpersonen vermittelt werden, zuständig für den Rhein-Sieg-Kreis mit Sitz in Troisdorf) und (5) Freiwilligen-Zentrum Siegburg (Schwerpunkt: Engagementförderung im Rhein-Sieg-Kreis rrh., möglichst passgenaue Vermittlung Freiwilliger an gemeinnützige Organisationen, keine Vermittlung in Privathaushalte, Lobbyarbeit).

Sankt Augustin hat als eine der Engagementförderung sehr aufgeschlossene Kommune bereits kurz nach der Eröffnung des Freiwilligen-Zentrums durch den Beigeordneten für Jugend, Soziales, Kultur und Sport Kontakt aufgenommen. In diesem Gespräch klärte sich, dass drei Freiwillige und zwei Mitarbeiter/innen der dortigen Verwaltung zeitgleich mit Eröffnung des Freiwilligen-Zentrums eine Konzeption „Aktivbörse Sankt Augustin“ erarbeitet hatten, die in wesentlichen Punkten den Qualitätsstandards des Freiwilligen-Zentrums entsprach. Weitere Kooperationsgespräche, an denen z.T. auch der Beigeordnete teilnahm, dienten dazu, die Ressourcen für den Aufbau der Aktivbörse zu bündeln, d.h. seitens des Freiwilligen-Zentrums das Know-how und die Infrastruktur anzubieten, seitens der Stadt ein Team von Freiwilligen, Räumlichkeiten, Sachmittel und einen Mitarbeiter der Verwaltung als „Kümmerer“ für das Freiwilligenteam zur Verfügung zu stellen. Im Sozialausschuss wurden Ziele und Aufgaben des Freiwilligen-Zentrums und Idee der Aktivbörse gemeinsam präsentiert, die Umsetzung scheiterte jedoch zunächst an den begrenzten Finanzierungsmöglichkeiten der Stadt.

Die Idee lag jedoch nicht lange auf Eis, da eine Mitarbeiterin des Freiwilligen-Zentrums die Möglichkeit sah, die Räumlichkeiten des neu eröffneten und nur

vormittags besetzten Agendabüros der Stadt an den Nachmittagen für die Beratungszeiten der Aktivbörse zu nutzen, zumal das Büro aufgrund seiner zentralen Lage den interessierten Bürger/innen eine ideale Zugangsmöglichkeit bietet. Dieser Vorschlag wurde von den Freiwilligen in Sankt Augustin sehr begrüßt, an die Verwaltung weitergegeben und dort diskutiert mit dem Ergebnis, dass die Agendabeauftragte der Stadt sich um die Aktivbörse „kümmern“ solle, d.h. die Sachmittel beschaffen, die Schnittstelle zur Verwaltung gewährleisten und als Ansprechpartner für das Freiwilligenteam, das an drei Nachmittagen in der Woche Beratung anbietet, zur Verfügung stehen. Als Beschlussvorlage wurde dieses Ergebnis erst dem Sozial- und dann dem Hauptausschuss eingereicht und die Mittel für den „Aufbau der Aktivbörse in Kooperation mit dem Freiwilligen-Zentrum Siegburg“ wurden für die Erprobungsphase von einem Jahr bereit gestellt.

Die Anbindung an die Mitarbeiter des Agendabüros hatte für das Freiwilligen-Zentrum zur Folge, dass die weiteren Kooperationsgespräche mit einem ausgewechselten Team auf Seiten der Stadtverwaltung geführt werden mussten, welches an der konzeptionellen Entwicklung der Aktivbörse nicht beteiligt war und insofern über entsprechendes Grundlagenwissen in der Freiwilligenarbeit nicht verfügte.

Des weiteren wurde die Situation erschwert durch die verwaltungsinterne Zuordnung der Agendamitarbeiterin, die in dieser Funktion dem Bürgermeister unmittelbar unterstellt ist, als Mitarbeiterin der Aktivbörse jedoch zunächst in den Verantwortungsbereich des Beigeordneten für Jugend, Soziales, Kultur und Sport fällt. Dennoch gelang es den Mitarbeiterinnen des Freiwilligen-Zentrums auf der Grundlage des zuvor erarbeiteten Eckpunktepapiers den Kooperationsvertrag vorzubereiten und Arbeitsschritte und Verantwortlichkeiten im Blick auf die Zieldefinition gemeinsam mit dem Sankt Augustiner Team festzulegen. Aus der Sicht des Freiwilligen-Zentrums ist der Aufbau der Aktivbörse ein wichtiger Baustein im Dezentralisierungsprozess für den Rhein-Sieg-Kreis.

In Hennef fanden wir mit den aktiven Freiwilligen des Seniorenbüros Hennef und einer engagierten Sozialamtsleiterin lokale, Engagement fördernde Strukturen vor. Das Team des Seniorenbüros ist bereit, zusätzlich zur Beratung und Vermittlung von Hennefer Senioren, Information und Beratung über freiwilliges Engagement für alle Generationen und über die Stadtgrenzen hinaus zu leisten. Als nächsten Handlungsschritt wird das Freiwilligen-Zentrum an einem Informationsabend über konzeptionelle Hintergründe informieren und die konkrete Arbeit

einer dezentralen Informations- und Beratungsstelle vorstellen. Geeignete Freiwillige, die sich diese Tätigkeit vorstellen können, werden durch das Freiwilligen-Zentrum für diese Aufgabe geschult. Die Vernetzung mit den Seniorenbüros sowie die Ansprache der Zielgruppe Senioren ist der erste Schritt auf dem Weg zur Schaffung einer Engagement fördernden Infrastruktur für alle Generationen. Mit einer Aktion, die sich an Betriebe richtete, versuchte sich das Freiwilligen-Zentrum bei der Zielgruppe Berufstätige und Noch-Berufstätige vorzustellen. Erste Kontakte zur Zielgruppe Jugendliche bestehen bereits. Die Gewinnung der zwei letztgenannten Zielgruppen erfordert jedoch ein anderes Konzept, dessen Entwicklung und Umsetzung wegen mangelnder personeller Ressourcen bisher nicht möglich war.

Die Freiwilligen im Team übernehmen entsprechend ihren Fähigkeiten und Wünschen folgende Tätigkeiten: grafische Gestaltung von Plakaten, Handzetteln, usw.; Erstellung und Pflege der Homepage, technische Betreuung von PC, Fax, Drucker etc., Engagement-Beratung, Büroorganisation, Mitwirkung bei öffentlichkeitswirksamen Auftritten des Freiwilligen-Zentrums, kollegiale Beratung. Hierbei ist aufgrund der naturgemäß geringen Stundenanteile der einzelnen freiwilligen Mitarbeiter eine klar umrissene Aufgabenbeschreibung und die ständige Rückkopplung im Gesamtteam von großer Wichtigkeit. Ein Projekt, das auf gleichberechtigter Zusammenarbeit zwischen professionellen und freiwilligen Teammitgliedern beruht, war zunächst für die Träger neu. Schwierigkeiten bestanden immer dann, wenn Beschlüsse im Team durch hierarchische Anweisungen an die Angestellten aufgehoben wurden.

#### ***Frage 5: Beteiligung, Vernetzung, partnerschaftliche Zusammenarbeit***

**Kooperationen auf Landesebene:** Teilnahme an Seminaren des Diakonischen Werkes Rheinland, regelmäßige Teilnahme an Regionaltreffen der Freiwilligen-Zentren in der Region Köln – Bonn – Aachen, Teilnahme an den Arbeitstreffen „Unterstützungsnetzwerk Freiwilligenagenturen in NRW“ zur Erarbeitung gemeinsamer Qualitätsstandards, Diskussion und Durchführung öffentlichkeitswirksamer Aktionen und Projekte

**Gründung der Arbeitsgemeinschaft „Bürgerschaftliches Engagement im Kreisgebiet rrh.“ (BEiK):** Das Freiwilligen-Zentrum Siegburg führte die Kontakt- und Informationsstellen für freiwilliges Engagement mit unterschiedlichen Schwerpunkten oder Zielgruppen im rrh. Rhein-Sieg-Kreis in einer Arbeitsgemeinschaft zusammen mit den Zielen: (1) die jeweiligen Angebote zu vernetzen,

(2) Möglichkeiten der Weitervermittlung zu nutzen und damit die Engagementbereiche zu erweitern, (3) die Bedeutung der freiwilligen/ehrenamtlichen Arbeit im gesellschaftspolitischen Raum zu stärken. In einer gemeinsamen Aktion „Der Heiße Draht“ stellten sich die Mitglieder der AG BeiK den Fragen der Bürger/innen zum Thema freiwilliges Engagement. Ziel der Aktion war, die vielfältigen Beratungs- und Vermittlungswege im Rhein-Sieg-Kreis den interessierten Bürgern transparent zu machen und so den Zugang zu erleichtern. Um die Vielfältigkeit des Engagements zu unterstreichen, präsentierte sich die AG BeiK auf dem Neujahrsempfang des Freiwilligen-Zentrums. Bei regelmäßigen Treffen werden Fragen zu Qualifizierung von Freiwilligen, Spenden und Sponsoring, Öffentlichkeitsarbeit, Gewinnung von Freiwilligen, Beratung der Organisationen; Versicherungsschutz und gesellschaftliche Anerkennung erörtert. Hierbei profitiert jede teilnehmende Vermittlungsstelle von den Erfahrungen der anderen und es werden Konzepte ausgetauscht. Die AG trägt dazu bei, die Engagementmöglichkeiten im Dienste der Bürger/innen des Rhein-Sieg-Kreises zu vernetzen.

**Kooperationspartner „Aktivbörse“:** Mit Eröffnung der Anlaufstelle für freiwilliges und ehrenamtliches Engagement in Sankt Augustin hat das Freiwilligen-Zentrum eine erste eigenständige Beratungsstelle aufgebaut, die nach seinen Qualitätsmerkmalen und mit seinem Tätigkeitskatalog arbeitet.

**Kooperation mit dem Freiwilligen-Zentrum OASE in Meckenheim:** Gemeinsame Planung und Durchführung von Fortbildungsangeboten für freiwillige und berufliche Mitarbeiter/innen, Entwicklung und Diskussion der Qualitätsstandards für Freiwilligen-Zentren, gemeinsame Konzeptentwicklung zur Dezentralisierung und gemeinsamer Fachbeirat für beide Zentren mit dem Ziel des Erfahrungsaustausches sowie der Abgleichung von Zielen und Aufgaben

### ***Frage 6: Einbindung in die Kommune***

Bei der Vermittlungsarbeit erkannte das Freiwilligen-Zentrum bald, dass die Beratungen und Informationsgespräche in den Städten rund um Siegburg (Sankt Augustin, Hennef, Troisdorf) eine signifikant höhere Zahl aufwiesen als in ländlichen Gemeinden (Neunkirchen-Seelscheid, Much, Windeck). Die Gründe liegen vorrangig in der unzureichenden Infrastruktur der Landgemeinden. Daraufhin wurden Informationen über Ziele und Aufgaben unserer Einrichtung, ein Überblick über Engagementmöglichkeiten und das Angebot zum Aufbau einer dezentralen Beratungs- und Vermittlungsstelle vor Ort gezielt in den einzelnen Kommunen vorgestellt. Bei der Arbeit wurde sich jeweils an den lokalen Gege-

benheiten orientiert und dementsprechend mit Vertretern aus Politik, Verwaltung und Verbänden zusammengearbeitet. Der Entwicklungsstand der Kooperationsgespräche bzw. die Kontakte sind in den 13 Städten und Gemeinden sehr unterschiedlich. Dies ist einerseits abhängig von der Offenheit der Kommunen gegenüber den Zielen und Leistungsangeboten des Freiwilligen-Zentrums sowie von den unterschiedlichen Ressourcen, die die einzelnen Kommunen einbringen können. Andererseits hängt der Gesamtprozess der Dezentralisierung und damit der Engagementförderung im Kreisgebiet auch von den personellen Kapazitäten im Freiwilligen-Zentrum ab. Die Zusammenarbeit mit Verbänden gestaltet sich auf mehreren Ebenen: Zum einen bearbeiten wir Anfragen von Verbänden, die freiwillige Helfer/innen für ihre Bedarfe (überwiegend im sozialen Bereich) suchen. Interessiert sich ein Freiwilliger für eine Mitarbeit, so wird er er zum Erstgespräch begleitet und die Mitarbeiter des Freiwilligen-Zentrums lernen dabei die Verbandsstrukturen kennen. Die Erfahrung zeigt, dass die Verbände recht unterschiedliche Standards im Umgang mit freiwilligen Mitarbeiter/innen haben. Vielfach sind sie noch vom traditionellen Ehrenamtsverständnis geprägt (ehrenamtliche Vorstände). Daher hält das Freiwilligen-Zentrum Informationen und Aufklärung über die Rahmenbedingungen der „neuen Freiwilligkeit“ für erforderlich, die sie Freiwilligen in Form von Organisationsberatung bietet. So nehmen Verbände die Einrichtung zunehmend als Fachstelle für Engagementförderung wahr und weniger als „Rekrutierungsstelle“ für neue Freiwillige. Andere Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit Verbänden sammeln wir bei den Sitzungen unseres Fachbeirates, in dem Vertreter/innen der Wohlfahrtsverbände sitzen. Ihnen sind Ziele und Aufgabenprofile der Einrichtung vertraut und sie übernehmen Berater- und Multiplikatorenfunktionen.

### ***Frage 7: Mitarbeiter, Kosten und Finanzierung***

Bei der Umsetzung seiner Ziele legt das Freiwilligen-Zentrum Siegburg Wert auf die gleichwertige Zusammenarbeit der derzeit 5 hauptberuflichen und 5 freiwilligen Mitarbeiter/innen. Dabei stellen die hauptberuflichen Mitarbeiter/innen die Erfüllung von Kernaufgaben (Konzeptentwicklung, Koordination des Dezentralisierungsprozesses und der Öffentlichkeitsarbeit, Fortbildungsangebote, Präsentationen in politischen Gremien, Organisationsberatung und Engagementberatung in Siegburg, etc.) sicher, die freiwilligen Mitarbeiter/innen übernehmen unterstützende Aufgaben. Als schwierig erwies sich die ungleiche Stückelung der Wochenstundenarbeitszeit des pädagogischen Personals. Aufgrund der unterschiedlichen Trägeranteile verteilte sich die Arbeitszeit der beruflichen Mitarbeiter wie

folgt: Sozialpädagogin des DW (38,5 Std.), Sozialpädagogin des CV (19,25 Std.), Sozialarbeiter des SKM (4,0 Std.), Sozialpädagogin des SKF (2,0 Std.).

Die Mitarbeiter/innen mit den Hauptanteilen konnten sich auf eine Gleichverteilung einigen, so dass jede eine  $\frac{3}{4}$  Stelle ausfüllt, welches die Zusammenarbeit positiv beeinflusste. Die vier pädagogischen Mitarbeiter/innen arbeiten mit einem Wochenstundenanteil von insgesamt 63,75 Stunden neben 5 Freiwilligen mit einem Wochenstundenanteil von insgesamt ca. 11,5 Stunden. Hinzu kommen 15 Wochenarbeitsstunden einer hauptberuflichen Verwaltungskraft. Die Personal- und Sachkosten belaufen sich derzeit auf 206.230 DM p.a. Das Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit des Landes NRW hat die Förderung bis September 2002 übernommen, so dass den Trägern Kosten von derzeit ca. 75.000 DM entstehen.

#### **6.4.7 Kreis Wesel**

Bewerber: Kreis Wesel

Ansprechpartner: Peter Gutzeit, Reeser Landstr. 31, 46483 Wesel

##### ***Frage 1: Konzeption, Aufgabenprofil, Ziele***

Im Vorfeld des Modellprojektes „Aufbau von Freiwilligenzentralen im Kreis Wesel“ wurde durch eine Projektgruppe, die sich aus Mitarbeiter/innen der Kreisverwaltung Wesel zusammensetzte, der Bericht „Bürger für Bürger – Engagement stiftet Zusammenhalt“ erarbeitet. Der Kreis Wesel, die Städte Dinslaken und Moers als geplante Standorte und die Wohlfahrtsverbände im Kreis Wesel arbeiteten anschließend gemeinsam daran, die notwendige Kooperationsbeziehungen zu knüpfen und ein flächendeckendes Netz zur Unterstützung ehrenamtlicher Arbeit zu schaffen. Am 30.03.2000 traf der Kreistag des Kreises Wesel die Entscheidung zur Umsetzung und zur anteiligen Finanzierung des Modellprojektes. Die Beteiligten gründeten ein Trägerbündnis zum Aufbau, zur Beratung und Unterstützung und zur ergänzenden Finanzierung der Freiwilligenzentralen, die „Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der Freiwilligenzentralen im Kreis Wesel“. Die Bündelung der Ressourcen, d.h. des Know-how im sozialen und ehrenamtlichen Bereich, der Kontakte in den Flächenkreis Wesel und die Region hinein und nicht zuletzt die Übernahme der restlichen Finanzierung des Modellprojektes durch die Beteiligten an der Arbeitsgemeinschaft stellen die Garanten für eine erfolgreiche gemeinsame Arbeit dar. Das Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit des Landes NRW begrüßte die Verwirklichung der Idee



als trägerübergreifende Initiative ausdrücklich. Das Projekt wird für drei Jahren in erheblichem Umfang vom Land finanziell getragen. Am **01.09.2000** wurden die zwei Freiwilligenzentralen im Kreis Wesel in **Dinslaken** und in **Moers** eröffnet.

Die Einrichtungen haben die Aufgabe, die ehrenamtlichen Tätigkeiten von engagierten Bürger/innen insbesondere in den Bereichen Altenhilfe, Jugendhilfe, Wohlfahrtswesen, Kultur, Umweltschutz, Sport, Bildung und Erziehung, Religion und Völkerverständigung zu fördern. Bei der Vermittlung steht der Mensch im Mittelpunkt: nach seinen Wünschen, Fähigkeiten, Zeit- und Ortsvorgaben richten sich die in Frage kommende Aufgabe, Mitsprache sowie die Mitwirkung am Einsatzort und die Einbindung in die Gemeinschaft, was den Erfolg für ein anhaltendes bürgerschaftliches und soziales Engagement erhöht. Gerade deshalb verstärken die Freiwilligenzentralen im Kreis Wesel die Zusammenarbeit mit Organisationen und Institutionen, damit diese ihre potenziellen Betätigungsfelder so aufbereiten, dass den Freiwilligen nach einer Einarbeitung ein bestimmter Freiraum an Gestaltung zugestanden wird.

Als ein weiteres Element bei der Bürgerarbeit erachten die Freiwilligenzentralen die Schaffung von Rahmenbedingungen, welche den Einsatz von Interessierten sichern. Dazu gehören eine formell oder informell gehaltene Anleitung, Begleitung und Qualifizierung von Seiten der Organisationen, die „Zeitspenden empfangen“. Wichtig ist, dass durch die existierenden Freiwilligenzentralen potenzielle Helfer/innen anders angesprochen werden können und deren Wünsche im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit stehen.

Das Angebot der Freiwilligenzentralen im Kreis Wesel wird dem gewachsenen Anspruch der ehrenamtlich tätigen Menschen nach mehr Freiraum, Selbstbestimmung, Eigenverantwortlichkeit und Zeitsouveränität gerecht und verbessert damit angesichts der zunehmenden Individualisierung unserer Gesellschaft die Voraussetzungen für ehrenamtliches Engagement. Die kostenfreien Angebote der Zentralen richten sich an alle Alters- und Bevölkerungsgruppen und umfassen die oben angeführten Bereiche.

### ***Frage 2: Engagementbereiche, Organisationsformen, Zielgruppen***

Die Freiwilligenzentralen vermitteln freiwillige Dienste und halten entsprechende Angebote vor. Menschen und Organisationen werden zusammen gebracht und die notwendigen Kontakte hergestellt. Über die Kontaktaufnahme zu ge-

meinnützigen Anbieter(n)/innen freiwilliger Arbeit werden Anfragen und geeignete Aufgaben gesammelt. Dabei legen die Freiwilligenzentralen Wert auf adäquate Rahmenbedingungen, die den Interessen von Organisationen und Freiwilligen Rechnung tragen. So werden über einen Fragebogen die Zahl der gesuchten Freiwilligen, deren Tätigkeitsprofil, Versicherungsschutz, Fortbildungsmöglichkeiten u.v.m. ermittelt. Derzeit liegen 70 % der Angebote im Bereich der sozialen Arbeit (Mithilfe und Betreuungen, Kinder, Jugendliche, Behinderte und ältere Menschen), 11 % im Bereich der Kunst und Kultur und 6 % im Bereich der handwerklichen Tätigkeiten. Dies ist einerseits ein deutlicher Hinweis darauf, wo viele Freiwillige benötigt werden und andererseits auch eine Mahnung an die Freiwilligenzentralen, noch mehr Kreativität einzusetzen, um attraktive, neue und ungewöhnliche Aufgabenfelder in anderen Bereichen, z. B. Management, Technik/Computer zu erschließen.

Orientiert an den verschiedenen Bedürfnissen von Freiwilligen werden Projekte und Fortbildungen unterstützt bzw. initiiert. Hier eine beispielhafte Nennung: Initiierung einer Kochgruppe für alleinstehende ältere Menschen, Entwicklung eines Schulprojektes zum Thema „Werbung, Grafik und Design“, Initiierung einer Gruppe, die an einem Fotowettbewerb der Stiftung Bürger für Bürger teilnahm, Einrichtung einer ZWAR (Zwischen Arbeit und Ruhestand) Gruppe, Durchführung von Fortbildungen z. B. in Versicherungsfragen.

Als große „Arbeitgeber/innen“ sind die Wohlfahrtsverbände, Kirchengemeinden, Vereine, Organisationen und andere Non-Profit-Organisationen anzusehen. In Zeiten knapper Finanzen und durch den gestiegenen Bedarf an ehrenamtlicher Unterstützung muss sich jede Organisation, jeder Verband oder jede Selbsthilfegruppe inzwischen die Frage der Öffnung nach außen stellen. Es geht darum, auch organisationsfremde Freiwillige für spezielle Aufgaben oder einzelne Projekte – dies oft zeitlich befristet – zu gewinnen. Hier liegt die große Chance neuer Impulse für altbekannte Aufgaben. Es ist jedoch so, dass sich viele Menschen heutzutage nicht mehr dauerhaft „dienstverpflichten“ möchten. Sie wünschen sich die Teilnahme an überschaubaren Projekten und Aktivitäten, wobei sie Beginn, Umfang und Ende ihres Einsatzes selbst bestimmen wollen. Auch steht für die Freiwilligen die Sinnhaftigkeit bzw. Attraktivität ihrer Tätigkeit mehr im Vordergrund und weniger, welche Organisation diese durchführt.

Zwecks Steuerung des Vermittlungsvorganges verabreden die Mitarbeiter/innen der Freiwilligenzentralen mit den nachfragenden Stellen einen Termin für ein

Erstgespräch und begleiten die oder den Interessierte/n. Der erste Gesprächstermin zwischen dem/der Freiwilligen sollte möglichst bald sein, da die Freiwilligen zum Zeitpunkt des ersten Beratungsgespräches in der Freiwilligenzentrale hochmotiviert sind und gerne zum Einsatz kommen möchten. Die erste Beratung und möglicherweise die Begleitung zum ersten Gespräch tragen dazu bei, die Einsatzstellen vorzustellen, den Umfang der Arbeit und das Ausmaß der übernommenen Verantwortung zu beschreiben. Den Interessierten werden durch die angeleitete Vermittlung wichtige Entscheidungskriterien an die Hand gegeben (Worauf lasse ich mich ein? Was will ich? Was traue ich mir zu?).

### ***Frage 3: Instrumente der Öffentlichkeitsarbeit***

- Presseartikel zum Start in regionalen/überregionalen Medien
- Fenstergestaltung der Freiwilligenzentralen und Außenwerbung
- Auslage der Broschüren und Rundbrief zum Angebot an alle Vereine
- Thematische Artikel und Stellenangebote in lokalen Tageszeitungen und wöchentlich erscheinende Anzeigenblätter
- Gestaltung einer Seite im neuen Frauenratgeber
- Gestaltung zweier Stellwände zur Präsentation der Arbeit
- Podiumsgespräche
- Fotoaktion „Freiwillige in Aktion“ mit sechs verschiedenen Organisationen
- Gestaltung des Internetauftritts (FWZ Dinslaken und FWZ Moers)
- Teilnahme am Neujahrsempfang, Einweihung des Senioreninternetcafés,
- Internationaler Tag des Ehrenamtes
- Gespräche mit Multiplikatoren/Multiplikatorinnen und Politiker(n)/innen
- Durchführungen von Veranstaltungen und Workshops
- Mitarbeit in Gremien („Runder Tisch Ehrenamt“, „Forum Ehrenamt“)

### ***Frage 4: Erfahrungen bei der Entwicklung und Schwierigkeiten***

Vor der Eröffnung der Freiwilligenzentralen gestaltete sich besonders die Findung der Rechtsform dieses Trägerbündnisses schwierig. Die ersten Überlegungen zielten auf eine Vereinsgründung ab; dazu galt es, eine Satzung zu erarbeiten. Diese Satzung wiederum musste vom ansässigen Finanzamt anerkannt werden. Besonders der Punkt der „Gemeinnützigkeit“ war zuerst strittig. Um allen Unwägbarkeiten aus dem Weg zu gehen, einigten sich die Partner/innen schließlich darauf, dass vor Ort jeweils ein Wohlfahrtsverband die Rechtsträgerschaft (s. auch Kooperationsvertrag) übernehmen sollte. Mit sehr viel Geduld haben alle Beteiligten diesen „Findungsprozess“ gestaltet und nie das gewünschte Ziel, die Eröffnung der Freiwilligenzentralen, aus den Augen verloren. Als günstig wird

die Geschäftsführung an zentraler Stelle und in diesem Zusammenhang auch die Wahrung der Interessen aller am Trägerbündnis beteiligten Partner/innen erachtet. Das Modellprojekt wird durch das Land Nordrhein-Westfalen ausdrücklich begrüßt. Abgesehen von der Notwendigkeit der Neuorientierung im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements und der Freiwilligenarbeit wird auch die Gründung eines Netzwerkes, in dem sich die unterschiedlichsten Gruppen, Einrichtungen, Institutionen und öffentlichen Stellen zueinander in Beziehung setzen können und an der gemeinsamen Umsetzung einer Modellidee arbeiten, gefördert. Mit Blick in die Zukunft bereitet die Suche nach alternativen Finanzierungsquellen Sorgen. Diese Akquise wird durch das geltende Steuerrecht (z. B. mögliche Aberkennung der Gemeinnützigkeit bei Einnahmen) als auch durch Vorgaben des Versorgungsamtes (die Fördersumme wird durch Spendeneinnahmen u.ä. ab einer Höhe von 1000,-- DM reduziert) erschwert.

#### ***Frage 5: Beteiligung, Vernetzung, partnerschaftliche Zusammenarbeit***

Das im Kreis Wesel zur Umsetzung der Modellidee „Freiwilligenzentralen im Kreis Wesel“ gegründete Bündnis trägt den Namen **Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der Freiwilligenzentralen im Kreis Wesel**. Es besteht aus folgenden Mitgliedern: Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Wesel e.V., Caritasverband Dekanat Dinslaken e.V., Caritasverband Moers-Xanten e.V., Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Landesverband NRW e.V. Kreisgruppe Wesel, Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Dinslaken-Vörde-Hünxe e.V., Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Niederrhein e.V., Diakonisches Werk des Ev. Kirchenkreises Dinslaken, Diakonisches Werk Kirchenkreis Moers, Stadt Dinslaken, Stadt Moers und Kreis Wesel. Der Kreis Wesel hat die Federführung und die verantwortliche Geschäftsführung für die Angelegenheiten der Arbeitsgemeinschaft. Die Arbeitsgemeinschaft hat die Rechtsträgerschaft für die Freiwilligenzentrale Dinslaken dem Caritasverband Dekanat Dinslaken e.V. und für die Freiwilligenzentrale Moers dem Diakonischen Werk, Kirchenkreis Moers übertragen. Kreisdirektor Dr. Ansgar Müller ist der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft. Im Rahmen der Geschäftsführung ist der Kreis Wesel als Geschäftsstelle mit der Projektbegleitung betraut. Die Geschäftsstelle ist mit Karla Kirchner/Miriam Venhofen besetzt.

#### ***Frage 6: Einbindung in die Kommune***

In Politik und Gesellschaft wurde das Thema freiwilliges/bürgerschaftliches Engagement seit 1996 mit steigender Intensität diskutiert. Dieses steigende Interesse unterstützte auch die Arbeit zur Gründung der Freiwilligenzentralen im

Kreis Wesel und führte – nach dem Anstoß durch den innerhalb der Kreisverwaltung Wesel erarbeiteten Bericht „Bürger für Bürger“ – dazu, sich fach- und organisationsübergreifend mit dem Thema „Ehrenamt“ auseinanderzusetzen. Zu dieser Zeit gab es bereits eine Freiwilligenzentrale in einem Stadtteil von Moers, die sich die Büroräume mit einem Seniorenbüro teilte. Erste Erfahrungen und auch erste Erfolge einer Vermittlungsarbeit außerhalb der bereits bekannten Organisationen und Institutionen wurden sichtbar. Die damalige Leiterin dieser Freiwilligenzentrale hat die Aufbauarbeit der Freiwilligenzentralen im Kreis Wesel unterstützt. In der Diskussion vor Ort mit kirchlich, politisch und verbandlich organisierten Menschen wurden die Grundsätze freiwilliger Arbeit und die Anerkennung dieser Arbeit diskutiert. Aktionen sollten dazu beitragen, freiwilliges Engagement öffentlich zu machen und zu weiteren Aktivitäten anzuregen. Die seit dem 01.09.2000 bestehenden Freiwilligenzentralen haben beide bereits ein Netzwerk aufgebaut (Dinslaken „Forum Ehrenamt“) oder führen es fort (Moers „Runder Tisch Ehrenamt“). Hier treffen sich Freiwillige, Politiker/innen, Vertreter/innen der Wohlfahrtsverbände und die Mitarbeiter/innen der Freiwilligenzentralen. Inhaltlich geht es hierbei um die Initiierung neuer Projekte, die Vertiefung der Kenntnisse sowie um den Austausch von themenspezifischen Erfahrungen und Informationen. Die Freiwilligenzentralen stehen und fallen mit dieser stabilen Verankerung in einem lokalen bzw. regionalen Netzwerk. Sie agieren nicht isoliert, sondern nehmen eine zentrale Funktion in der Förderung und Unterstützung des freiwilligen Engagements ein. Für die Modellphase lässt sich sicher sagen, dass die Bündnispartner/innen eine verlässliche Unterstützungs- und Multiplikationsinstanz darstellen.

### ***Frage 7: Mitarbeiter, Kosten und Finanzierung***

Anlaufkosten je Freiwilligenzentrale in Dinslaken und Moers für 12 Monate:

Personalkosten:	157.000,00 DM
Sachkosten:	34.500,00 DM
Mieten:	18.000,00 DM
<b>Summe:</b>	<b>209.500,00 DM</b>

Die Finanzierung der Freiwilligenzentrale findet statt über Landeszuschuss (57 % der Gesamtkosten), Zuwendung der Arbeitsverwaltung, über den Kreis Wesel, die Städte Dinslaken und Moers sowie die Wohlfahrtsverbände in Dinslaken und Moers.

## 7 Anhang

### 7.1 Die Freiwilligenkultur in Deutschland entwickeln und gestalten: Förderpolitische Empfehlungen aus Sicht der Bürger/innen für Bund, Länder, Kommunen, Verbände und Organisationen<sup>1</sup>

1. Aus Sicht der Bürger/innen soll die **höchste Priorität zur Unterstützung des freiwilligen Engagements** auf Strategien und Maßnahmen gelegt werden, die die institutionellen und organisatorischen Rahmenbedingungen des freiwilligen Engagements betreffen.

Aufgabe der Politik und der Medien ist es folglich, ein gesellschaftliches Klima zu schaffen, in dem sich alle, die sich engagieren wollen, voll entfalten können.

Individuelle Anreize wie finanzielle Vergünstigungen, Steuervorteile und Geldpauschalen für freiwillig Engagierte sind hilfreiche, jedoch nicht die wichtigsten Instrumente, um das bürgerschaftliche Engagement in Deutschland zu unterstützen und die Idee einer lebendigen Zivilgesellschaft zu befördern.

2. Ein **Bündel von vier unterstützenden Maßnahmen und Aktivitäten** kann dazu beitragen, Deutschland engagementfreundlicher zu machen.

Durch **institutionelle und organisatorische Maßnahmen**, die vor allem auf der kommunalen Ebene wirksam werden müssen, sollen bestehendes Engagement stabilisiert und neue Engagementpotenziale aktiviert werden. Die Verantwortungsübernahme der Bürger/innen soll in allen Bereichen und Formen des freiwilligen Engagements gefördert werden.

Hierzu müssen sich Kommunen, Länder, Verbände und Einrichtungen stärker in der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements engagieren als bisher.

- **Für die erfolgreiche Arbeit von Gruppen, Vereinen, Projekten und Initiativen** sollen **mehr Mittel als bisher** von der Politik, der Verwaltung, den Verbänden, Organisationen und Sponsoren bereitgestellt werden.
- Kommunen, Verbände und Einrichtungen sollen die tatsächlichen **Motive und Erwartungen der freiwillig Engagierten besser ergründen und berücksichtigen**, indem die Gestaltungsspielräume und Teilhabe-

---

<sup>1</sup> vgl. Braun/Wahlen 2001, S. 183 ff.

chancen für freiwillig Engagierte erhöht werden. Zudem sollen Freiwilligen neue Aufgaben und attraktive Tätigkeiten ermöglicht werden. Demokratische Teilhabe und eigenverantwortliches Engagement bedingen sich gegenseitig.

- Verbände und Einrichtungen sollen freiwillig Engagierte durch fachliche und menschliche Unterstützung und Anerkennung sowie durch eine **engagementfreundliche Gestaltung des Verhältnisses von Haupt- und Ehrenamtlichen** unterstützen.
- Träger des freiwilligen Engagements sollten in Kooperation mit Bildungsträgern **bedarfsgerechte Qualifizierungs- und Weiterbildungsangebote** für freiwillig Engagierte und hauptamtliche Mitarbeiter/innen entwickeln. Dazu gehören tätigkeitsbezogene Weiterbildungsmöglichkeiten ebenso, wie Maßnahmen die **Sozialkompetenzen** und **Schlüsselqualifikationen** erweitern.

**3. Zentrales Ziel einer modernen Unterstützungspolitik** für mehr bürgerschaftliches Engagement ist es, die **Informations- und Beratungsinfrastruktur in Kommunen auszubauen**. Die Informationsmöglichkeiten über Gelegenheiten zum freiwilligen Engagement und die **Zugangswege zum freiwilligen Engagement** sind unzulänglich und müssen verbessert werden. Jede Stadt und jeder Landkreis sollte eine **zentrale Anlaufstelle**, ein Büro für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe aufbauen können. Sie soll alle Altersgruppen ansprechen und über alle Engagementbereiche informieren. Ziel ist es, auch solche Zielgruppen zu erreichen, die keinen Zugang über Vereine und Verbände haben.

Für die Informations- und Beratungsinfrastruktur sollen mehr Mittel als bisher bereitgestellt und Anlaufstellen für freiwilliges Engagement als gemeinnützige Einrichtungen anerkannt werden.

#### **4. Individuelle Anreize durch rechtliche Regelungen**

- **Anreize und Nachteilsausgleich** wie unbürokratische Aufwandsentschädigung und Kostenerstattung sowie Freistellung durch die Arbeitgeber als unmittelbar auf den freiwillig Engagierten zielende Maßnahmen können hilfreich sein.
- Auch **arbeits- und sozialrechtliche Verbesserungen für freiwillig Engagierte** durch die Gesetzgebung des Bundes tragen zur Unterstützung des freiwilligen Engagements bei. Sie umfassen:

- bessere Vereinbarkeit ehrenamtlicher Tätigkeiten mit dem Bezug von Arbeitslosengeld,
- Anerkennung ehrenamtlicher Tätigkeit als berufliches Praktikum oder berufliche Weiterbildung, als Ersatz für Wehr- oder Zivildienst,
- Absicherung durch Haftpflicht- und Unfallversicherung,
- steuerliche Absetzbarkeit von Unkosten, steuerliche Freistellung von Aufwandsentschädigungen.

## **5. Mehr Anerkennung des bürgerschaftlichen Engagements durch Gesellschaft, Politik und Medien**

- Bürgerschaftliches Engagement dient dazu, eine Zivilgesellschaft zu stützen und weiterzuentwickeln. Das **Leitbild der Zivilgesellschaft muss deshalb intensiver umgesetzt werden**. Alle Beteiligten stellen sich die Frage, für welche Gesellschaft sie sich eigentlich engagieren sollen und wie der Staat mit diesen Angeboten umgeht. Die Rolle als „möglicher Lückenbüßer“ oder „Ausgleichsfaktoren“ für Sparprogramme muss von vornherein ausgeschlossen sein.
- Durch regelmäßige Berichte in Medien (z. B. über beispielhaftes Engagement), durch Ehrungen sowie durch die Förderung von Projekttagen, Events und neuen Beteiligungsformen soll die **öffentliche Anerkennung des freiwilligen Engagements** gestärkt und ein **Engagement freundliches Klima** geschaffen werden. Ziel muss sein: In Deutschland gehört es zum „guten Ton“, sich gesellschaftlich zu engagieren. Die Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit ist dringend angeraten.
- Der Freiwilligenbereich ist naturgemäß ständigen Wechseln und Veränderungen unterworfen. Um Fördermaßnahmen besser auf die Bedürfnisse und Probleme freiwillig Engagierter abzustimmen, müssen der Freiwilligenbereich und seine Potenziale regelmäßig sozialwissenschaftlich begleitet werden (z. B. durch Panelbefragung, Berichterstattung, Beratung). Dies sollte auf kommunalen und übergreifenden Ebenen erfolgen.



## 7.2 Literaturverzeichnis

**Baldas, Eugen/Bock, Teresa/Gleich, Johann M./ Helmbrecht, Michael/ Roth, Rainer A. (Hrsg.) (2001):** Modellverbund Freiwilligen-Zentren. Bürgerengagement für eine freiheitliche und solidarische Gesellschaft. Ergebnisse und Reflexionen. Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Bd. 203. Kohlhammer.

**Beher, Karin/Liebig, Reinhard/Rauschenbach, Thomas (1999):** Strukturwandel des Ehrenamtes – Gemeinwohlorientierung im Modernisierungsprozess. Juvventa, Weinheim, München.

**Bischoff, Stefan/Braun, Joachim/Wahlen, Gabriele (2001):** Treffpunkt Freiwilliges Engagement: Gemeinschaftszelt der Bundesländer am Tag der Deutschen Einheit. 3. Oktober 2001 in Mainz. Informationen zur Präsentation beispielhafter Initiativen und Projekte zum bürgerschaftlichen Engagements aus den 16 Bundesländern und zu Förderinitiativen der Länder, des Bundes und der Vereinten Nationen. Herausgeber: Staatskanzlei Rheinland-Pfalz. Mainz.

**Braun, Joachim (2000):** Förderung des bürgerschaftlichen Engagements auf Länderebene. Gutachten im Auftrag der Enquête-Kommission "Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements". ISAB-Berichte aus Forschung und Praxis, Nr. 70. (unveröffentlichtes Manuskript)

**Braun, Joachim/Abt, Hans Günter/Bischoff, Stefan (2000):** Leitfaden für Kommunen zur Information und Beratung über freiwilliges Engagement und Selbsthilfe. ISAB-Verlag Köln. ISAB-Berichte aus Forschung und Praxis, Nr. 68.

**Braun, Joachim/Bischoff, Stefan (1998):** Expertise „Die Entwicklung von Bürgerengagement in deutschen Kommunen“ im Auftrag der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung (KGSt). Köln. Erschienen in: Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung (KGSt) (Hrsg.): Bürgerengagement – Chance für Kommunen. KGSt-Bericht 6/1999. Köln 1999.

**Braun, Joachim/Brendgens, Karl-Ulrich (2000):** Freiwilliges Engagement älterer Menschen. In: Sybille Picot (Hrsg.): Freiwilliges Engagement in Deutschland: Ergebnisse der Repräsentativerhebung 1999 zu Ehrenamt, Freiwilligenar-

beit und bürgerschaftlichem Engagement – Frauen und Männer, Jugend, Senioren, Sport. Schriftenreihe des BMFSFJ, Bd. 194.3. Kohlhammer.

**Braun, Joachim/Claussen, Frauke (1997):** Freiwilliges Engagement im Alter. Nutzer und Leistungen der Seniorenbüros. Schriftenreihe des BMFSFJ, Bd. 142. Kohlhammer.

**Braun, Joachim/Kettler, Ulrich/Becker, Ingo (1997):** Selbsthilfe und Selbsthilfeunterstützung in der Bundesrepublik Deutschland. Abschlussbericht. Schriftenreihe des BMFSFJ, Bd. 136. Kohlhammer.

**Braun, Joachim/Klages, Helmut (Hrsg.) (2000):** Freiwilliges Engagement in Deutschland: Ergebnisse der Repräsentativerhebung 1999 zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement – Zugangswege zum freiwilligen Engagement und Engagementpotenzial in den neuen und alten Bundesländern. Schriftenreihe des BMFSFJ, Bd. 194.2. Kohlhammer.

**Braun, Joachim/Opielka, Michael (1992):** Selbsthilfeförderung durch Selbsthilfekontaktstellen. Schriftenreihe des BMFuS, Bd. 14. Kohlhammer.

**Braun, Joachim/Wahlen, Gabriele (2001):** Die Freiwilligen: das Sozialkapital des neuen Jahrtausends. Förderpolitische Konsequenzen aus dem Freiwilligen-survey 1999: Fachtagung des BMFSFJ am 29./30. März 2001 in Bonn. Köln: ISAB-Verlag. ISAB-Berichte aus Forschung und Praxis, Nr. 71.

**Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen (Hrsg.) (2001):** Leitfaden zur Arbeit mit Freiwilligen: Ehrenamt in der BAGSO. Bonn: BAGSO.

**Deutsche Arbeitsgemeinschaft Selbsthilfegruppen e.V. (Hrsg.) (2001):** Empfehlungen der DAG SHG zu Ausstattung, Aufgabenbereiche und Arbeitsinstrumente. Gießen.

**Deutscher Bundestag (Hrsg.) (2001):** Enquête-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ – Handbuch. Berlin.

**Freiwillig. Magazin zum Internationalen Jahr der Freiwilligen 2001.** 1. Ausgabe, Dezember 2001. Herausgeber: Geschäftsstelle Internationales Jahr der

Freiwilligen im Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge, im Auftrag des BMFSFJ, Frankfurt.

**Engels, Dietrich (1991):** Soziales, kulturelles, politisches Engagement. Sekundäranalyse einer Befragung zu ehrenamtlicher Mitarbeit und Selbsthilfe. Köln: ISAB-Verlag. ISAB-Berichte aus Forschung und Praxis, Nr. 20.

**Forschungsjournal "Neue soziale Bewegungen",** Heft 2, 2000: In Amt und Ehren? Zukunft bürgerschaftlichen Engagements.

**Gensicke, Thomas (2001):** Freiwilliges Engagement in Rheinland-Pfalz. Freiwilligenarbeit, Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement. Landesstudie im Auftrag des Ministeriums des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz (Hrsg.). Speyer.

**Gesicht zeigen! Handbuch für Zivilcourage.** Frankfurt/New York: Campus-Verlag, 2001.

**Heinze, Rolf G. / Olk, Thomas (Hrsg.) (2000):** Bürgerengagement in Deutschland. Bestandsaufnahme und Perspektiven. Leske und Buderich.

**Hessische Staatskanzlei (Hrsg.) (2000):** Gemeinsam Aktiv – Bürgerengagement in Hessen. Dokumentation zum Kongress und Markt der Möglichkeiten vom 1. bis 2. Dezember 2000 in Kassel. Wiesbaden.

**Hummel, Konrad (2000):** Bürger sucht Gesellschaft. Freiwilliges Engagement von Menschen und die Dialektik seiner politischen Förderung. In: Blätter der Wohlfahrtspflege, Heft 11+12/2000, "Bürgerengagement", S. 241-247.

**In guter Gesellschaft – Szenarien aus Selbsthilfe und Bürgerengagement.** Arbeitshilfe für Selbsthilfe- und Bürgerinitiativen Nr. 23. Der Paritätische Wohlfahrtsverband, Gesamtverband und Stiftung Mitarbeit (Hrsg.). Bonn 2001.

**Jakob, Gisela/Janning, Heinz (2000):** Freiwilligenagenturen - eine erste Bilanz. In: Forschungsjournal – Neue Soziale Bewegungen, Heft 2, Juni 2000.

**Klages, Helmut (2000):** Engagementpotenzial in Deutschland. In: Braun, Joachim/Klages, Helmut (Hrsg.): Freiwilliges Engagement in Deutschland: Ergeb-

nisse der Repräsentativerhebung 1999 zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement – Zugangswege zum freiwilligen Engagement und Engagementpotenzial in den neuen und alten Bundesländern. Schriftenreihe des BMFSFJ, Bd. 194.2. Kohlhammer.

**Klie, Thomas/Roß, Paul Stefan (Hrsg.) (2000):** Die Zukunft des Sozialen in der Stadt. Bürgerschaftliches Engagement als Herausforderung. Freiburg.

**Klie, Thomas/Roß, Paul Stefan (2000):** Bürgerschaftliches Engagement in Baden-Württemberg. 4. Wissenschaftlicher Jahresbericht 1999/2000. Abschlußbericht. Sozialministerium Baden-Württemberg (Hrsg.). Stuttgart.

**Kramer, David/Wagner, Stephan/Billeb, Konstanze (2000):** Soziale Bürgerinitiativen in den neuen Bundesländern. Untersuchungen zu einem Förderprogramm 1998 - 1999. Herausgegeben von der Robert Bosch Stiftung, Materialien und Berichte 50, Stuttgart.

**Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.) (2001):** Gesellschaft im Wandel – Sozialstaat neu gestalten. Dokumentation der Fachtagung am 29./30. März 2000 in Köln. Düsseldorf.

**Nakos-Info (1997):** Gesundheitsförderung, Selbsthilfe und Bürgerengagement gehören zusammen. In: Nakos-Info, Nr. 52, September 1997, S. 30f

**Nakos-Info (2001):** Selbsthilfeförderung durch die Krankenkassen nach § 20, Abs. 4 SGB V. In: Nakos-Info, Nr. 68, September 2001, S. 16f.

**Olk, Thomas (1996):** Macht die Bürgergesellschaft Wohlfahrtsverbände überflüssig? Zur Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements. In: Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband (Hrsg.): Fachveranstaltung Bürgerschaftliches Engagement. Eine Dokumentation, Stuttgart. S. 13 - 33.

**Picot, Sibylle (Hrsg.) (2000):** Freiwilliges Engagement in Deutschland: Ergebnisse der Repräsentativerhebung 1999 zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement – Frauen und Männer, Jugend, Senioren, Sport. Schriftenreihe des BMFSFJ, Bd. 194.3. Kohlhammer.

**Roß, Paul Stefan (2001):** Erfahrungsaustausch und Vernetzung als Voraussetzung erfolgreicher Engagementförderung, in: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Förderung des freiwilligen sozialen Engagements älterer Menschen durch Länder und Kommunen, Bonn.

**Schmitz, Klaus (2000):** Teilnehmer und Interessenten an Weiterbildung für freiwilliges Engagement – Sekundäranalyse des Freiwilligensurvey 1999. Gutachten im Auftrag des BMFSFJ. ISAB-Berichte aus Forschung und Praxis Nr. 69.

**Soziales Bürgerengagement.** Themenheft der Blätter der Wohlfahrtspflege, 142. Jg., 9/95.

**SPD-Bundestagsfraktion (Hrsg.) (2001):** Unternehmen und bürgerschaftliches Engagement: Aufbruch zu neuer Verantwortung. Berlin.

**Stadt und Gemeinde (2001).** Nr. 10/2001. Herausgeber: Deutscher Städte- und Gemeindebund.

**Stiftung Mitarbeit; Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen e.V. (Hrsg.) (2000):** Freiwilligenagenturen und ihre Zielgruppen. Beiträge zu einer Fachtagung vom 05. bis 07. Oktober 2000 in der Europa-Akademie Werra-Meissner. Bonn.

**Jahrbuch für Kulturpolitik 2000:** Band 1: Bürgerschaftliches Engagement. Institut für Kulturpolitik der kulturpolitischen Gesellschaft e.V. Bonn. Hrsg. für das Institut für Kulturpolitik der kulturpolitischen Gesellschaft von Thomas Röske und Bernd Wagner. Essen: 2001.

**von Rosenblatt, Bernhard (Hrsg.) (2000):** Freiwilliges Engagement in Deutschland: Ergebnisse der Repräsentativerhebung 1999 zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement – Gesamtbericht. Schriftenreihe des BMFSFJ, Bd. 194.1. Kohlhammer.

**Witte, Gudrun (2000):** „Formen der Mitwirkung auf dem Prüfstand – Können Bürger über den Rat noch wirksam Einfluss nehmen?“ in der städtetag, 10/2000